Amtsblatt

der k. k.

Reichshaupt- und  Residenzstadt Wien.

Erscheint jeden Dienstag und Freitag abends.

Nr. 27. Dienstag, den 3. April 1894. Jahrgang III.

Pränumerationspreise: Für Wien: **ohne Zustellung** ganzjährig 6 fl., halbjährig 3 fl. „ „ **mit Zustellung** ganzjährig 7 fl., halbjährig 3 fl. 50 kr. | Für die Provinz: ganzjährig 8 fl., halbjährig 4 fl.

Einzelnexemplare à 10 kr. im Redactionslocale im Rathhause.

Gemeinderath.

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **28. März 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Haßfurther, Lukfch, Dr. Mittler, Stiaßny und Noske entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

2. Herr Gem.-Rath Dr. Linke ersucht um einen Urlaub von zwei Monaten. Die Herren sind mit Ertheilung desselben einverstanden. (Zustimmung.)

Herr Gem.-Rath Hawranek ersucht um einen Urlaub auf unbestimmte Zeit in Familienangelegenheiten. Die Herren sind mit der Ertheilung des Urlaubes einverstanden? (Zustimmung.)

3. Die Gesellschaft der Musikfreunde hat den Gemeinderath zu dem am 2. April d. J. stattfindenden Conservatoriums-Concerte eingeladen. Die Karten hiezu können im Präsidialbureau für die Herren Gemeinderäthe behoben werden.

4. In der letzten Sitzung hat die Wahl eines Mitgliedes in das Schiedsgericht für Lagerhausstreitigkeiten stattgefunden. Gewählt wurde Herr Jonas Weil.

Als Mitglieder in die Baudeputation wurden gewählt die Herren Eduard Kaiser, k. k. Oberbaurath, und Franz Roth, Architekt und Stadtbaumeister.

Als Mitglied in die Gewerbeschul-Commission wurde gewählt Herr Ignaz Wessely.

5. Herr Gem.-Rath Dr. Klotzberg hat in der letzten Sitzung eine Interpellation, betreffend die Erledigung seines Antrages auf Überreichung einer Petition an die Regierung behufs Änderung einiger Bestimmungen des Gesetzentwurfes über den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen gestellt. Ich beehre mich, in Beantwortung dieser Interpellation Folgendes mitzutheilen:

Der vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg und Genossen in der Gemeinderaths-Sitzung vom 7. März 1893 gestellte Antrag auf Überreichung einer Petition an die hohe Regierung behufs Änderung einiger Bestimmungen der Regierungsvorlage, betreffend den Verkehr mit Lebensmitteln und einigen Gebrauchsgegenständen, dessen Erledigung vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Klotzberg nunmehr urgiert wird, wurde mit dem Stadtrathsbescheide vom 8. März 1893, Z. 1251, dem Magistrate zur Berichterstattung übermittelt. Hierüber wurde unter dem 13. März 1893 vom Magistrate berichtet, dass die beantragte Petition an die hohe Regierung verspätet und zwecklos sein würde, weil die Regierungsvorlage bereits auf die Tagesordnung der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 15. März 1893 gesetzt war. Dieser Magistratsbericht wurde mit dem Stadtraths-Beschlusse vom 21. September 1893, Z. 1502, zur Kenntnis genommen.

Thatsächlich wurden die Berathungen über diesen Gegenstand auf Grund des Berichtes des Strafgesetzausschusses in den Sitzungen des Abgeordnetenhauses vom 15., 16., 17., 21., 22. und 24. März 1893 durchgeführt und hiebei die Regierungsvorlage mit einigen Änderungen vom Abgeordnetenhause angenommen; dieselbe liegt nunmehr dem Herrenhause zur verfassungsmäßigen Behandlung vor. Es entspricht daher nicht den thatsächlichen Verhältnissen, wenn behauptet wird, dass der Gesetzentwurf vorläufig von der Regierung zurückgezogen wurde.

Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen.

6. Herr Gem.-Rath Brauneiß hat einen Antrag auf Verleihung einer Auszeichnung eingebracht. Wenn der Herr Gemeinderath auf der Verlesung des Antrages besteht, so werde ich

mir erlauben, ihn in die vertrauliche Sitzung zu verweisen. Es genügt aber auch, wenn der Herr Gemeinderath diesen Antrag überreicht; er würde brevi manu dem Stadtrathe zur Erledigung zugewiesen werden. (Zustimmung.) Ist also der Herr Gemeinderath damit einverstanden? (Zustimmung.)

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

7. Anfrage des **Gem.-Rathes Dr. Lueger:**

In Zeiten, wie es die jetzigen sind, ist es mehr denn je Pflicht einer so großen Verwaltung, als welche sich die der Gemeinde Wien darstellt, in der Behandlung der Arbeiter allen anderen Arbeitgebern mit gutem Beispiele voranzugehen, indem gerechten Wünschen der Arbeiter entsprochen und alles vermieden wird, was geeignet ist, provocierend zu wirken. Nur dann kann in Fällen, in welchen mit ungerechten oder unbilligen Forderungen herangetreten wird, auch mit der erforderlichen Entschiedenheit das Interesse der Gemeinde vertreten werden.

Schon voriges Jahr sind über die Behandlung der Arbeiter des städtischen Lagerhauses seitens des Herrn Verwalters Klagen laut geworden. Auf die Art und Weise, wie dieselben unterdrückt wurden, will ich nicht näher eingehen.

Heuer wurde im „Kikeriki" ein Artikel veröffentlicht, in welchem die beinahe unglaubliche Behauptung aufgestellt wurde, dass den Arbeitern des Lagerhauses am Tage des Leichenbegängnisses des Bürgermeisters Herrn Dr. Prix nur der halbe Taglohn ausbezahlt wurde, weil ein halber Tag freigegeben war.

Die Behauptung wurde bis jetzt nicht berichtigt.

Vor einigen Tagen wurde mir Folgendes mitgetheilt:

Vor ungefähr 3 Monaten verunglückte ein schon seit Jahren im Lagerhause angestellter Wochenarbeiter namens Horaček, indem er unter einem Stoß Säcke verschüttet wurde. Der Unglückliche, welcher Familienvater ist, wurde in schwerverletztem Zustande in das Spital überführt. Dessen Frau kam nun nach einiger Zeit zu dem Verwalter, um ihn um einen kleinen Vorschuss zu bitten, da sie sonst den Zins nicht zahlen könne.

Der Verwalter wies sie mit der Motivierung ab, dass principiell kein Vorschuss gegeben würde.

Die Kameraden des Verunglückten erfuhren die Noth der armen Frau und wollten für sie eine Sammlung veranstalten. Dazu mussten sie, da jede Sammlung strenge verboten ist, die Bewilligung des Herrn Verwalters erbitten. Dieser aber wies die zwei Wochenarbeiter ab, und so konnte nur ein kleiner Betrag, der in einem Gasthause gesammelt wurde, der armen Frau zugeführt werden.

Wenn dies wahr ist, so läge darin eine Härte, welche nicht geeignet ist, die Sympathien der Arbeiter zu gewinnen.

Da meine erste Frage auf Veranstaltung von Erhebungen gerichtet sein wird, fühle ich mich verpflichtet, zu erklären, dass ich nur solchen Erhebungen Glauben schenken würde, welche von dem Magistrate ohne Intervention des Herrn Verwalters gepflogen werden.

Ich stelle sohin folgende Fragen:

1. Ist der Herr 1. Vice-Bürgermeister geneigt, Erhebungen über die in dieser Anfrage mitgetheilten Behauptungen zu pflegen und das Resultat derselben ehethunlichst bekanntzugeben?

2. Welche Verfügungen gedenkt der Herr Vice-Bürgermeister für den Fall, als sich die Angaben bestätigen, behufs Verhinderung der Wiederholung solcher Vorfälle zu treffen?

Bürgermeister: Ich werde die Ehre haben, diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen zu beantworten; bis morgen ist dies mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit nicht möglich.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

8. Anfrage des **Gem.-Rathes Sauerborn:**

Zum Leichenbegängnisse des verstorbenen Herrn Bürgermeisters Dr. Prix wurden nebst anderen auch sämmtliche Beamte des städtischen Lagerhauses befohlen und musste infolge dessen die Arbeit in demselben eingestellt werden.

Wie mir nun von betreffender Seite mitgetheilt wurde, soll den Arbeitern für diese unfreiwillige Unterbrechung der Arbeitsstunden ein entsprechender Abzug von ihrem Taglohne gemacht worden sein.

Ein solcher Vorgang wäre aber der Haupt- und Residenzstadt Wien, welche die Leichenfeier ihres verstorbenen Bürgermeisters mit dem größten Pompe auf Gemeindekosten veranstaltete, geradezu unwürdig.

Ich erlaube mir an den Herrn Bürgermeister die ergebene Anfrage:

Ist dem Herrn Bürgermeister bekannt, dass den Arbeitern des städtischen Lagerhauses ein Abzug von ihrem Taglohne gemacht wurde?

Wenn nicht, ist der Herr Bürgermeister geneigt, sich darüber Bericht erstatten zu lassen und eventuell zu verfügen, dass den Arbeitern der in Abzug gebrachte Lohn nachträglich ausgezahlt werde?

Bürgermeister: Wird in einer der nächsten Sitzungen beantwortet werden.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

9. Interpellation des **Gem.-Rathes Brauneiß:**

Seit der Einverleibung der Vororte haben in allen Bezirken daselbst ansässige Bewohner um die Verleihung des Bürgerrechtes angesucht und auch viele derselben erhalten; dass aber nicht immer in gleicher Weise bei der Verleihung desselben vorgegangen wird, beweisen folgende zwei Fälle:

1. Herr Josef Groß, welcher schon 22 Jahre in Rudolfsheim wohnt, Besitzer von drei Häusern ist, 12 Jahre der Gemeindevertretung von Rudolfsheim angehörte und daher gewiss in der Gemeinde Rudolfsheim schon das Bürgerrecht erhalten hätte, wurde abgewiesen.

2. Herr Franz Köck, Besitzer zweier Häuser, Knopffabrikant und beeideter Schätzmeister, ist seit 24 Jahren in Fünfhaus und Rudolfsheim wohnhaft, seit neun Jahren nach Fünfhaus zuständig, war über drei Jahre Armenrath (laut Anerkennungsschreiben der Bezirksvertretung des XIV. Bezirkes), durch 18 Jahre Mitglied der Fachschul-Commission, 15 Jahre Ausschussmitglied der Drechsler-Genossenschaft, derselbe wurde auch abgewiesen.

Laut Stadtraths-Beschluss heißt es, dass das Bürgerrecht nur nach einer zurückgelegten Zuständigkeit und Steuerleistung von zehn Jahren ertheilt wird, jedoch, wenn sich der Gesuchsteller durch eine öffentliche Sellung Verdienste erworben hat, davon Umgang genommen werden kann.

Ich erlaube mir daher an den hochgeehrten Herrn Bürgermeister folgende Anfrage zu richten:

Wäre der Herr Bürgermeister nicht geneigt, über die beiden vorgenannten Fälle Erhebungen pflegen zu lassen, wo die Schuld liegt, dass die beiden Bewerber abgewiesen wurden?

Bürgermeister: Der Stadtrath hat diese Angelegenheiten im eigenen Wirkungskreise und in eigener Competenz erledigt. Es kann daher diese Anfrage nicht Gegenstand einer meritorischen Beantwortung hier sein. Ich bin aber bereit, dem Herrn Interpellanten, wenn er es wünscht, Auskünfte auf Grund der Acten zu geben.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

10. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Der Gemeinderath der Stadt Wien wolle beschließen:

Es seien den städtischen Straßenaufsehern wasserdichte Regenmäntel als Dienstkleider beizustellen und ihnen auch ein angemessenes Stiefelpauschale anzuweisen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Mayer (liest):

11. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Nach den gegenwärtigen Vorschriften für die Abfuhr von Kehricht, Straßenstaub, Straßenkoth, Erde, Schutt, Schotter und Schnee ist es den Contrahenten für die Fuhrwerksleistungen gestattet:

1. Trockenes durch Straßensäuberung gewonnenes Material (Kehricht und Straßenstaub) mittels Wägen mit einem Fassungsraum von 1·73 m^3.

2. Erde, Schutt, Schotter und Straßenkoth mittels Truhenwägen von 1 m^3 Fassungsraum.

3. Schnee mittels Wägen von einem Fassungsraum von 1·84 m^3.

4. Hauskehricht mit Wägen alten Systems zu verführen.

5. Zur Straßenbespritzung die gewöhnlichen Wasserwägen mit Schleuderspritzen zu verwenden.

Diese Vorschriften sind für eine gehörige Controle zu compliciert; auch entsprechen die für Truhenwägen angegebenen Fassungsräume nicht der gewöhnlichen Größe solcher Wägen, welche bekanntlich fast ausnahmslos bei allen Fuhrwerksbesitzern Wiens 48 Cubikschuh = 1·50 m^3 fassen.

Der Gefertigte stellt daher den Antrag:

Der Magistrat wird angewiesen, rechtzeitig, d. i. bis zum 1. April 1894, zu welchem Termine auch der Bericht, betreffend die Straßenreinigung im I. Bezirke vorgelegt werden soll, vor Ablauf der gegenwärtig in Kraft stehenden Verträge, betreffend die Abfuhr von Straßenstaub, Kehricht, Koth, Erde, Schutt, Schotter und Schnee &c., eine neue Vorschrift auszuarbeiten, in welcher der Fassungsraum bei den Wägen:

ad 1 in allen Bezirken mit 2·00 m^3
„ 2 „ „ „ „ 1·50 m^3
„ 3 „ „ „ „ 2·00 m^3 bestimmt und
„ 4 zur Kehrichtabfuhr nur solche Wägen zugelassen werden, bei welchen die Staubentwicklung möglichst vermieden wird.

Ad 5 bei der Straßenbespritzung auf die eventuelle Einführung des in den meisten deutschen Städten in Anwendung stehenden Systems der Wasserwägen mit fixer Brause Bedacht genommen wird.

Gleichzeitig soll in dieser Vorschrift die Bestimmung aufgenommen werden, dass in sämmtlichen Bezirken zur Schneeabfuhr auch schon im Jahre 1894/95 Wägen mit einem Fassungsraum von 4 und 6 m^3 und Caps mit 1·00 m^3 benützt werden dürfen, wogegen den Contrahenten selbstverständlich eine verhältnismäßig höhere Entlohnung zustehen soll.

Bürgermeister: Dieser Antrag wird ebenfalls der geschäftsordnungsmäßigen Vorberathung unterzogen.

12. Ich habe die Ehre, der Versammlung zur Kenntnis zu bringen, dass der Herr Vice-Präsident der hohen k. k. n.-ö. Statthalterei, Baron Bourguignon, folgenden Erlass an mich gerichtet hat (liest):

Seine k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. März 1894 die Wahl Euer Hochwohlgeboren zum Bürgermeister der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst zu bestätigen geruht.

Ich beehre mich, Euer Hochwohlgeboren von dieser Allerhöchsten Schlussfassung die Mittheilung zu machen.

Indem ich gleichzeitig das Präsidium des Wiener Magistrates entsprechend verständige, füge ich bei, dass im Sinne des § 25 des Wiener Gemeindestatutes vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, die Beeidigung Euer Hochwohlgeboren Samstag, den 31. März 1894, um 11½ Uhr vormittags stattfinden wird.

(Bravo! Bravo!)

Wien, 27. März 1894.

In Vertretung:
Bourguignon.

Ich habe mir erlaubt, die Herren inzwischen schriftlich von diesem Erlasse zu verständigen, und bitte Sie, dem feierlichen Acte Samstag beizuwohnen.

Wir gehen zur Tagesordnung über. Zum Referate bitte ich Herrn Gem.-Rath Josef Müller.

13. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, über den Act St.-R.-Z. 52 Bericht zu erstatten. Derselbe betrifft die Baulinienbestimmung für die verlängerte Pfarrhofgasse zwischen der Hauptstraße und der Hütteldorferstraße in Baumgarten, XIII. Bezirk.

Der Eigenthümer der Grundb.-Einl.-Z. 35, Cat.-Parc. 76/1, 76/2 und 77, einer Realität, welche sich von der Hauptstraße über die Schulgasse gegen die Hütteldorferstraße erstreckt, ist an die Gemeinde um Baulinienbestimmung herangetreten. Infolge dessen sind die Baulinienpläne der früheren Gemeinde requiriert worden und hat sich herausgestellt, dass für diese Strecke seitens des Ministeriums bereits eine Baulinie projectiert war, und zwar laut Erlasses der k. k. Bezirkshauptmannschaft Sechshaus vom 4. August 1873, Z. 21307.

Nachdem diese projectierte Baulinie allen Anforderungen entspricht, welche hier geltend gemacht werden können, so steht nichts entgegen, diese projectierte Linie definitiv zu bestätigen. Dieselbe verläuft, wie ich bereits gesagt habe, von der Hauptstraße bis gegen die Hütteldorferstraße und soll eine Breite von 11·38 m erhalten. Bezüglich des Niveaus ist zu bemerken, dass dasselbe in der Hütteldorferstraße, in der Hauptstraße und in der Schulgasse bereits gegeben ist und auch für die Zukunft als definitiv anzusehen wäre, so dass die Verbindung dieses Niveaus von je zwei Straßen als das Niveau innerhalb dieser zwei Straßen zu gelten hat.

Bezüglich der Verbauungsart ist zu bemerken, dass laut Gemeinderaths-Beschlusses die Verbauung in dieser Gegend an der Hütteldorferstraße nach § 42 B.-O. bestimmt wurde.

In den bezüglichen Plänen ist die Fläche, welche nach § 42 B.-O. zu verbauen ist, roth lasiert, und es ist nicht ganz klar, wie weit dieselbe sich erstrecken soll. Der Stadtrath war nun der Meinung, dass man die Verbauung nach § 42 B.-O., also geschlossen mit dreistockhohen Häusern, soviel als möglich restringieren solle. Der bezügliche Beschluss geht daher dahin, die Verbauung nach § 42 B.-O. bloß längs der Hütteldorferstraße platzgreifen zu lassen, in der Schulgasse und gegen die Hauptstraße zu wird die Verbauungsart nach § 82 bestimmt. Es soll dort die Verbauung zwar in geschlossener Weise, jedoch mit niedrigeren Häusern stattfinden. Es sind aber auch in diesen Gassen keine Vorgärten projectiert und wird auch von der freistehenden Bauweise Umgang genommen werden, weil in dieser Gegend eine solche Bauweise bereits platzgegriffen hat. Aus diesen Gründen stellt der Stadtrath folgenden Antrag (liest):

„Es seien die Baulinien für die verlängerte Pfarrhofgasse in Baumgarten bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien i f b k und l g c m zu bestimmen und festzusetzen, dass die Verbauungsart nach § 42 B.-O. nur längs der Hütteldorferstraße stattfinden darf."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Dies ist nicht der Fall. Ich erkläre den Antrag für angenommen.

Beschluss: Die Baulinien für die verlängerte Pfarrhofgasse in Baumgarten werden bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien i f b k und l g c m bestimmt und festgesetzt, dass die Verbauungsart nach § 42 B.-O. nur längs der Hütteldorferstraße stattfinden darf.

14. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Beilage Nr. 66. Der Act betrifft das Ansuchen des Eigenthümers eines Hauses im XIII. Bezirke, Auhofgasse und St. Veiterstraße, um Abänderung der ministeriell bestimmten Baulinie. Die Herren sehen auf dem Plane, dass seinerzeit vom Ministerium die Baulinie, bezeichnet mit den Buchstaben b c, für diese Realität bestimmt wurde. Die Realität selbst besteht aus zwei Parcellen, und zwar Nr. 236/1 und 237/1. Durch diese Baulinienbestimmung wird der Eigenthümer einerseits hart getroffen, andererseits ist diese Baulinie nicht normal auf die Auhofgasse, beziehungsweise St. Veiterstraße gezogen, und es muss daher das Ansuchen des Eigenthümers um Abänderung dieser Baulinie als berechtigt anerkannt werden. Der Stadtrath schlägt daher vor, die Baulinie in der Weise abzuändern, dass die Linie b′ c′ zu gelten habe, und es wird der Antrag gestellt (liest):

„Es sei die Baulinie für den Platz bei Or.-Nr. 1 Auhofstraße in Hietzing nach den Linien b b′ c′ c zu bestimmen.

Weiters wäre die freistehende Bauweise mit 4 m breiten Vorgärten gegen die St. Veiter- und Auhofstraße und die Freilassung eines unverbaubaren Zwischenraumes gegen die Nachbargrenze von 3 m festzusetzen."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinie für den Platz bei Or.-Nr. 1 Auhofstraße in Hietzing wird nach den Linien b b' c' c bestimmt.

Weiters wird die freistehende Bauweise mit 4 m breiten Vorgärten gegen die St. Veiter- und Auhofstraße und die Freilassung eines unverbaubaren Zwischenraumes gegen die Nachbargrenze von 3 m festgesetzt.

15. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Nr. 67. Es handelt sich um die Bestimmung der Baulinie für die Rüdigergasse im V. Bezirke, und zwar zwischen der Grüngasse und Hundsthurmerstraße. Für das andere Stück der Rüdigergasse ist bereits die Baulinienbestimmung erfolgt und wurde eine Breite von 11·38 m bestimmt. Es wird nun vorgeschlagen, die Bauflucht in gerader Linie zu verlängern, und zwar nach den im Plane ersichtlichen Buchstaben C D und A B bei einer Straßenbreite von 11·38 m. Auf der Seite der Häuser mit geraden Nummern trifft dann die Baulinie auch mit der heutigen Bauflucht zusammen. Auf der Seite der Häuser mit ungeraden Nummern wird daher bei der Hundsthurmerstraße um 1·38 m hineinzurücken sein.

Ich erlaube mir daher, folgenden Antrag zu empfehlen:

Es seien die Baulinien für die Rüdigergasse im V. Bezirke bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien A B und C D zu bestimmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? Der Antrag ist angenommen.

Beschluss: Die Baulinien für die Rüdigergasse im V. Bezirke werden bei einer Straßenbreite von 11·38 m nach den Linien A B und C D bestimmt.

16. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Nr. 64 der Beilagen. Im XIII. Bezirke ist die Errichtung einer neuen Bürgerschule nothwendig, und es wird nunmehr auf Grund der gepflogenen Erhebungen ein Schulbauplatz in Anschlag gebracht, welcher zwischen Breitensee, Rudolfsheim und Penzing gelegen ist. Dieser Schulbauplatz erscheint aus dem Grunde zweckmäßig, weil, wenn dort eine Bürgerschule errichtet wird, der Zugang zu dieser Schule gleich leicht möglich ist den Kindern aus Breitensee, jenen aus Penzing und jenen aus Rudolfsheim. Es wurde von Seite der Wieninger'schen Erben diesfalls ein Offert überreicht, welches Offert auch von dem Magistrats-Referenten empfohlen und vom Stadtrathe acceptiert wurde.

Es muss jedoch bemerkt werden, dass im Magistrats-Gremium der Antrag gestellt wurde, einen Schulbauplatz für diese Schulrealität nicht zu erwerben, sondern dieselbe auf einem in der Ameisgasse gelegenen communalen Grunde zu erbauen.

Es wäre aber nicht zweckmäßig, in dieser Gegend die Schule zu erbauen, weil die Ameisgasse ganz abseits liegt in einem Gebietstheile, zu welchem der Zugang von Seite derjenigen Bezirkstheile, für welche diese Schule bestimmt, nicht leicht möglich ist. Aus diesem Grunde ist der Stadtrath von dem Magistrats-Gremial-Antrage abgegangen und hat den Antrag des Magistrats-Referenten acceptiert. Er hat sich auch in Unterhandlungen mit den Wieninger'schen Erben, beziehungsweise deren Vertreter eingelassen wegen Herabminderung des ursprünglich gestellten Anbotes, und ist es ihm auch gelungen, eine solche Ermäßigung zu erzielen.

Der betreffende Bauplatz, welcher zwischen der Neubergenstraße, Reinlgasse und Gurkgasse im XIII. Bezirke in Penzing gelegen ist, soll ein Ausmaß von circa 2000 m² haben, und der herabgeminderte Preis stellt sich auf 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter.

Es wird nunmehr von Seite des Stadtrathes der Antrag gestellt:

„Es sei der den Wieninger'schen Erben gehörige Grund zwischen der Neubergenstraße, Reinl- und Gurkgasse in Penzing, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 2000·20 m² um den Preis von 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter für den Bau einer Doppel-Bürgerschule anzukaufen.

Der Kaufschilling von 13.001 fl. 30 kr. ist in der Präliminar-Position XII 12 y des Budgets pro 1894 zu bedecken."

Ich bitte um die Genehmigung.

Gem.-Rath Mayer: Meine Herren! Ich möchte als Budget-Referent darauf hinweisen, dass sich auch die Budget-Commission eingehendst mit der Frage eines Schulbaues auf dem dortigen Platze beschäftigt hat und, entgegen dem Stadtraths-Antrage, welcher für diesen Schulbau den Betrag von 70.000 fl. eingestellt hat, aus Gründen, die ich in Kürze erörtern werde, nur den Betrag von 30.000 fl. beantragt. Wir werden heute hoffentlich darüber schlüssig werden. Wie ist nun die Budget-Commission in Kenntnis der dortigen Verhältnisse, die auch der Herr Referent hervorgehoben hat, gekommen, um hier diesen Vorschlag zu machen? Wenn die Schule auf dem der Gemeinde gehörigen Grunde in der Ameisgasse erbaut würde, so würden die von der Budget-Commission eingestellten 30.000 fl. als erste Baurate genügen. Müsste jedoch der Grund gekauft werden, so würde ein höherer Betrag erforderlich sein. Man ist nun von dem Gedanken ausgegangen, dass bei der bekannten Langwierigkeit der Verhandlungen in solchen Fällen, auch im ersteren Falle vorläufig nur ein Betrag von 30.000 fl. nothwendig wäre. Ich erlaube mir daher an den Herrn Referenten die Frage zu stellen: Wenn dieser Kauf perfect wird und auch die Vorverhandlungen in kürzester Zeit abgeschlossen werden, wie weit werden die Vorarbeiten des Stadtbauamtes gediehen sein, und eventuell wird man heuer, nachdem für den Platzkauf 13.000 fl. beansprucht werden, mit dem Betrage von 30.000 fl. auskommen oder nicht?

Referent: Ich habe mir vorgenommen, gelegentlich der Budgetberathung den Antrag zu stellen, dass der von der Budget-Commission eingestellte Betrag von 30.000 fl. auf 60.000 fl. erhöht werde. Wenn der Platz angekauft wird, so ist vorderhand der Betrag von 13.000 fl. hiefür erforderlich. Es ist selbstverständlich, dass im heurigen Jahre mit dem Baue begonnen werden kann und soll. Wenn dies geschieht, ist noch ein weiterer Betrag von wenigstens 40.000 fl. als erste Baurate erforderlich und wird mit dem Betrage von 53.000 fl. das Auslangen gefunden werden können.

Bürgermeister: Es ist kein Gegen-Antrag gestellt worden. Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Herren sind mit dem Referenten-Antrage einverstanden? — Angenommen.

Beschluss: Der den Wieninger'schen Erben gehörige Grund zwischen der Neubergenstraße, Reinl- und Gurkgasse in Penzing, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 2000·20 m² wird um den Preis von 6 fl. 50 kr. per Quadratmeter für den Bau einer Doppel-Bürgerschule angekauft.

Der Kaufschilling von 13.001 fl. 30 kr. ist in der Präliminarposition XII 12 y des Budgets pro 1894 zu bedecken.

Bürgermeister: Es kommen nun einige 92er Stücke zur Verhandlung. Ich bitte den Herrn Gem.-Rath Wurm, zu referieren.

17. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 1488. Der Antrag steht auf der Tagesordnung. Es handelt sich hier um den Verkauf eines Grundes zur Anlage eines Risalites bei der Baustelle des Florian und der Anna König, XVI. Bezirk, Thaliastraße 3. Es soll bei diesem Neubau ein Risalit mit einem Ausmaß der Grundfläche von 0·98 m^2 hergestellt werden. Die Ausladung des Risalits soll 25 cm betragen. Als Einheitspreis per Quadratmeter wird der Betrag von 42 fl. vorgeschlagen. Der Antrag des Stadtrathes geht dahin (liest):

„Überlassung des zur Herstellung einer Risalitanlage erforderlichen Grundes im Ausmaße von 0·98 m^2 um den Einheitspreis von 42 fl. per Quadratmeter."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Die Herren Schriftführer constatieren die Anwesenheit von 98 Herren Gemeinderäthen. Ich ersuche die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Herstellung einer Risalitanlage beim Hause XVI., Thaliastraße 3, erforderliche Grund im Ausmaße von 0·98 m^2 wird an Florian und Anna König um den Einheitspreis von 42 fl. per Quadratmeter überlassen.

18. Referent Gem.-Rath Wurm: Zahl 1901, Beilage 68. Hier handelt es sich um ein neuerliches Offert der Firma Fellner & Helmer auf käufliche Überlassung der Baustellen I b und III in der Jacquingasse. Sie werden sich zu erinnern wissen, dass ich vor einiger Zeit die Ehre hatte, über den Verkauf dieser Baustellen zu referieren. Leider hat sich aber die Sache damals verzögert, so dass die Offerenten nicht mehr im Worte waren und das Offert wieder zurückgezogen wurde. Nun stellen die Offerenten neuerdings den gleichen Antrag. Es handelt sich um zwei Baugründe, welche in der Jacquingasse an der Stelle des ehemaligen Pferdemarktes gelegen sind, und ich mache die Herren aufmerksam, dass die Gemeinde durch ein Landesgesetz das Recht erwirkt hat, diese Baustellen um den Einheitspreis von 20 fl. per Quadratmeter zu verkaufen.

Es sind bis jetzt Baustellen verkauft worden: eine zunächst der Stadt gelegene um 48 fl., eine Eckbaustelle um 45 fl., eine Mittelbaustelle um 29 fl. und eine Eckbaustelle um 40 fl. per Quadratmeter.

Nun wird offeriert für eine Mittelbaustelle 48 fl. per Quadratmeter und für eine Eckbaustelle 55 fl. per Quadratmeter, also um 10 fl. mehr als der Preis, um den die gegenüberliegende Eckbaustelle verkauft wurde.

Die Kaufbedingnisse sind dieselben, wie sie bei den früheren Verkäufen stattgefunden haben, und ich will nur kurz vorläufig skizzieren, dass ein Drittel eingezahlt wird innerhalb acht Tagen nach Verständigung der Offerenten von der Annahme ihres Offertes, der Rest in vier gleichen am Jahrestage der Übergabe in den physischen Besitz fälligen Jahresraten gegen 5percentige Verzinsung vom Fälligkeitstage der einzelnen Raten bis zur wirklichen Einzahlung. Der Antrag des Stadtrathes geht nun dahin:

„Die käufliche Überlassung der Baustelle I b, Theil der Einl.-Z. 479, im Ausmaße von 669·70 m^2 um den Einheitspreis von 48 fl. per Quadratmeter und der Baustelle III, Einl.-Z. 2501, III. Bezirk (ehemalige Pferdemarkt-Realität in der Jacquingasse) im Ausmaße von 971·93 m^2 um den Einheitspreis von 55 fl. per Quadratmeter an die Firma Fellner & Helmer wird unter folgenden Bedingungen genehmigt:

a) Der Kaufschilling, welcher vorbehaltlich des Resultates der bei der Übergabe in den physischen Besitz der Käuferin stattfindenden gemeinschaftlichen Vermessung 85.601 fl. 75 kr. beträgt, ist in der Weise zu berichtigen, dass ein Drittel binnen acht Tagen nach Verständigung der Offerentin von der Annahme des Offertes durch den Gemeinderath, der Rest in vier gleichen am Jahrestage der Übergabe in den physischen Besitz fälligen Jahresraten zu Handen der städtischen Hauptcassa bezahlt wird.

Der Kaufschillingsrest ist vom Fälligkeitstage der einzelnen Raten bis zur wirklichen Einzahlung derselben mit 5 Percent halbjährig im nachhinein fälligen Zinsen zu verinteressieren.

b) Den Käufern bleibt jedoch das Recht gewahrt, den Kaufschilling, respective den jeweilig noch restierenden Theil, auch vor den obbezeichneten Fälligkeitsterminen ganz oder theilweise zu begleichen.

c) Als Sicherstellung des Kaufschillingsrestes sammt Nebengebüren ist auf den zu verkaufenden Baustellen, und zwar auf jeder derselben rücksichtlich des hierauf entfallenden restlichen Kaufschillinges das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde Wien primo loco grundbücherlich einzuverleiben.

d) Die Bezahlung der Vertragskosten, der Kosten der grundbücherlichen Einverleibungen und Löschungen sowie der Vermögensübertragungsgebüren obliegt der Käuferin.

e) In dem Kaufpreise ist auch die Entschädigung für das alte Materiale der auf den fraglichen Baustellen befindlichen Requisitenhütte, welche die obgenannte Firma zu demolieren hat, enthalten."

Ich bitte, die Anträge anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Keine Einwendung? (Zustimmung.) Ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der vorstehende Referenten-Antrag.

19. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe die Ehre, über den Antrag St.-R.-Z. 1692 zu referieren. Derselbe betrifft eine Risalitabtretung an Herrn Karl Auteried in der Kochgasse im VIII. Bezirke.

Die Realität des Herrn Auteried ist an der Ecke der Kochgasse und der Mölkergasse gelegen und es soll in der Kochgasse ein Risalit in einer Länge von 5.55 m und mit einem Vorsprunge von 15 cm, in der Mölkergasse ein Risalit in der Länge von 6·45 m mit einem Vorsprunge von ebenfalls 15 cm hergestellt werden. Die Fläche, welche beansprucht wird und von der Straße abzutreten ist, beträgt 1·845 m^2. Es soll diese Fläche mit einer gleichgroßen Grundfläche, welche von Seiten des Gesuchstellers an die Gemeinde abzutreten ist, compensiert werden. Der Antrag, den der Stadtrath unterbreitet, geht dahin:

„Compensation des zur Anlage zweier Risalite erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1·845 m^2 mit einer gleichgroßen Fläche des abzutretenden Grundes."

Ich ersuche um die Annahme.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Es ist nicht der Fall. Ich ersuche jene Herren, welche mit diesem Antrage einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Die compensative Überlassung des zur Anlage zweier Risalite beim Hause VIII., Kochgasse 9, erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1·845 m² an Karl Auterieb gegen eine gleichgroße Fläche des abzutretenden Grundes wird bewilligt.

20. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters zu berichten über den Stadtraths-Antrag Zahl 62. Derselbe betrifft einen Grundverkauf an Rudolf Argauer im XVIII. Bezirke. Dieser Grund resultiert aus einer Baulinienbestimmung, welche in einer Zwischengasse zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße getroffen worden ist. In dieser Gasse war ein unregelmäßiger Platz vorhanden. Durch die Bestimmung der Baulinie ist nun ein Theil dieses Grundes frei geworden, welcher verkauft werden kann. Es ist das der im Plane mit a b c d bezeichnete Grund im Ausmaße von 129·15 m². Der Anrainer dieses Grundes, Herr Argauer, Besitzer des Hauses Nr. 73, ist an die Gemeinde um Ankauf dieses Grundes herangetreten. Er hat anfangs den Betrag von 25 fl. für den Quadratmeter geboten. Nachdem dieser Betrag dem Stadtrathe zu gering erschien, wurde ein Comité gewählt, um Verhandlungen mit Herrn Argauer anzubahnen. Die Verhandlungen haben das Resultat ergeben, dass Herr Argauer erklärt hat, für diesen Grund von 129·15 m² den Betrag von 30 fl. per Quadratmeter zu geben. Weiters verpflichtet er sich, denjenigen Theil seiner Realität, welcher infolge Umbaues desselben an die Straße fällt, unentgeltlich, lastenfrei, im richtigen Niveau an die Gemeinde abzutreten. Das ist jener Theil, welcher mit den Buchstaben a e f g bezeichnet ist und welcher ein Ausmaß von 39·91 m² hat.

Wenn man diesen Grund, welcher jedenfalls von Seite der Gemeinde entschädigt werden müsste, mit nur 15 fl. berechnet, beträgt der Wert 598 fl. 65 kr. Der Preis des anzukaufenden Grundes im Ausmaße von 129·15 m², mit 30 fl. per Quadratmeter berechnet, beträgt 3874 fl. 50 kr., was zusammen 4473 fl. 15 kr. ausmacht.

Vertheilt man diesen Betrag auf die Einheit nach dem Areale des zu kaufenden Grundes per 129·15 m², so kommt auf den Quadratmeter Baugrund ein Preis von 34 fl. 70 kr., respective 124 fl. 92 kr., welcher Preis für diese Gegend gewiss ein sehr guter ist.

Die Verpflichtung der Abtretung dieses Grundes von seiner Realität soll als Reallast auf seiner Realität sichergestellt werden. Weiter verpflichtet sich Herr Argauer, die Kaufsumme per 3874 fl. 50 kr. sofort nach Perfectwerden des Kaufvertrages bar an die Gemeinde zu übertragen und die Vertragskosten, sowie die Übertragungs- und Einverleibungsgebüren zu tragen.

Das sind die Bedingungen, die im vorliegenden Antrage angezogen sind und im Übereinkommen vom 27. September 1893 enthalten sind. Aus diesen Gründen ist der Stadtrath der Ansicht, dass unter den mitgetheilten Bedingungen der Verkauf an Argauer abzuschließen ist.

Der Antrag lautet folgendermaßen (liest):

„Die Gemeinde Wien überläßt dem Gesuchsteller den im Plane mit den Buchstaben a b c d bezeichneten Theil der Parcelle Nr. 790 — öffentliches Gut — in Währing, XVIII. Bezirk, im Ausmaße von 129·15 m² um den Kaufpreis von 30 fl. per Quadratmeter, somit um den Gesammtpreis von 3874 fl. 50 kr. gegen dem in das Eigenthum, dass derselbe von der ihm in der Einl.-Z. 143 grundbücherlich zugeschriebenen Parcelle Nr. 171, Bauarea, den im Plane mit den Buchstaben a e f g bezeichneten Theil im Ausmaße von circa 40 m² der Gemeinde zu Straßenzwecken unentgeltlich und lastenfrei und unter den im Protokolle vom 27. Februar 1894 enthaltenen Modalitäten in das Eigenthum überträgt.

Der auf dem anzukaufenden Grundstücke befindliche Pumpbrunnen hat in das Eigenthum des Gesuchstellers überzugehen."

Es befindet sich hier ein Punkt, welcher heute nicht mehr benützt wird, umsomehr, als gerade gegenüber ein Hydrant, welcher sich an die Hochquellenleitung anschließt, sich vorfindet. Ich ersuche um die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Jedlička: Meine Herren! Bei diesem Punkte muss ich mir etwas zu bemerken erlauben. Ich begreife nicht, dass man hier diese Zunge, die zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße geht und wo Häuser daraufstehen, die keine Höfe haben, noch immer mehr einengt. Hier bei der Argauergasse bricht sich diese Zunge zu Ungunsten der zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße stehenden Häuser. Wenn die Häuser ausgebaut werden und man da immer noch mehr einengt, so kriegen sie keine Höfe. Die werden keine 15 Percent Hof bekommen. Wenn die Linie gerade bis zur Argauergasse fortgesetzt wird, so könnte man an das Greisenasyl hinaufgehen, und es wäre der Platz zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße tiefer. Man brauchte von den Häusern nichts wegnehmen, und diejenigen, die dort bauen werden, könnten Höfe mit Licht und Luft bekommen. Aber auf diese Art ist es nicht möglich. Ich will nur zur Geltung bringen, dass man sich an den Plätzen, die mitten in der Straße liegen, versündigt, während man die rechts von der Herrengasse schont. Diese Höfe haben tiefe Gründe mit 200 bis 300 m. Denen könnte man leichter wegnehmen als denjenigen, die so zusammengedrängt sind.

Gegen den Preis habe ich nichts. Wenn man schon darauf eingegangen ist, so finde ich ihn eher zu hoch als zu nieder. Also, ich will nur betont haben, dass man nicht immer an die Zunge zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße drängen soll, sonst werden die Parcellen unverbaulich werden.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet; die Debatte ist geschlossen. Der Referent hat das Schlusswort.

Referent: Ich erlaube mir diesbezüglich zu bemerken, dass die hier zur Geltung kommenden Baulinien schon lange Zeit von Seite des Ministeriums genehmigt sind (Gem.-Rath Jedlička: Ich weiß das!) Von diesen Baulinien ist auch unter der früheren Gemeinde schon Gebrauch gemacht worden. Es stehen bereits auf der rechten Seite Häuser in dieser Baulinie und es ist nicht möglich, irgendeine Änderung der Baulinie eintreten zu lassen. Ich finde die Bemerkung des geehrten Herrn Vorredners ganz richtig; die Insel zwischen der Herrengasse und der Hauptstraße ist sehr schmal, da brauchte man jeden Centimeter Grund. Nachdem aber die Verhältnisse einmal so liegen, lässt sich absolut nichts mehr ändern; die rechte Seite hätte allerdings eine kleine Hineinrückung vertragen. Heute aber kann man von den bereits bestimmten Baulinien nicht mehr abgehen.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überläßt dem Gesuchsteller den im Plane mit den Buchstaben a b c d bezeichneten Theil der Parcelle Nr. 790 — öffentliches Gut — in Währing, XVIII. Bezirk, im Ausmaße von 129·15 m² um den Kaufpreis von 30 fl. per Quadratmeter, somit um den Gesammtpreis von 3874 fl. 50 kr. gegen dem ins Eigenthum, dass derselbe von der ihm in der E.-Z. 143 grundbücherlich zugeschriebenen Parcelle Nr. 171, Bauarea, den im Plane mit den Buchstaben d e f g bezeichneten Theil im Ausmaße von circa 40 m² der Gemeinde zu Straßenzwecken unentgeltlich und lastenfrei und unter den im Protokolle vom 27. Februar 1894 enthaltenen Modalitäten ins Eigenthum überträgt. Der auf dem anzukaufenden Grundstücke befindliche Pumpbrunnen hat in das Eigenthum des Gesuchstellers überzugehen.

21. Referent Gem.-Rath Josef Müller: Ich habe weiters die Ehre, über den Stadtraths-Antrag Z. 61 zu referieren. Derselbe betrifft die Überlassung eines Theiles des Linienwallgrundes in der Breitenfeldergasse im VIII. Bezirke an Paula Lang.

Dieser Gegenstand läuft eigentlich schon ziemlich lang. Es ist diesbezüglich ein Antrag von Seite des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger gestellt worden, und zwar hat es sich darum gehandelt, dass man die Breitenfeldergasse bis zur Thelemangasse durchführt, das heißt, dass man eine Verbindung zwischen dem VIII. Bezirke und Hernals ermöglicht. Das Hindernis, welches der Durchführung entgegenstand, ist die Realität Einl.-Z. 888, Cat.-Parc. 378. Diese Parcelle liegt mitten in der Straße, ist als Materialplatz verwendet und hindert, wie gesagt, die Verbindung der Thelemanngasse mit der Breitenfeldergasse. Auf Grund des vorerwähnten Antrages ist ein Comité gewählt worden und dieses hat seinerzeit mit der Eigenthümerin — ich glaube es war eine Frau Lux — Verhandlungen um Überlassung dieses Grundes gepflogen. Die Eigenthümerin hat jedoch damals einen derart hohen Preis begehrt, dass der Stadtrath nicht darauf eingehen konnte. Während der Zeit hat eine Transaction stattgefunden. Es hat nämlich Frau Lux diesen Grund an Frau Paula Lang verkauft und tritt nun letztere an die Gemeinde heran, eine Transaction dahin zu treffen, dass ihr ein Theil des Linienwalles überlassen werde, und zwar zur Arrondierung ihrer an den Linienwall grenzenden Realität Einl.-Nr. 76, Parc. 376 und 377, an der Ecke der Benno- und Breitenfeldergasse gegen dem, dass sie die Straßenverbindung zwischen der Theleman- und Breitenfeldergasse frei macht. Die ursprünglichen Anträge der Gesuchstellerin waren ebenfalls unannehmbar und wurde daher ein Comité damit betraut, Verhandlungen mit Frau Paula Lang zu pflegen. Diese Verhandlungen haben folgendes Resultat ergeben: Frau Paula Lang kauft von der Gemeinde den Theil des Linienwalles, welcher im Plane mit den Buchstaben a b c d umschrieben ist und ein Ausmaß von 275 m² hat, um ihre daranstoßende Baustelle gegen die verlängerte Blindengasse zu zu arrondieren, um den Betrag von 40 fl. per Quadratmeter.

Die Gemeinde bezahlt der Frau Lang denjenigen Grund, welcher aus der Cat.-Parc. 378 nach Durchführung der halben Straße resultiert, mit 103 m² ebenfalls um 40 fl. per Quadratmeter.

Dieser halbe Straßengrund wird in einer separaten Grundbuchseinlage der Gemeinde zugeschrieben und seinerzeit an die Nachbarrealität, welche dermalen noch nicht parcelliert ist, verkauft werden, so dass die Gemeinde bei Verbauung dieser Nachbarrealität seinerzeit das Geld wieder herausbekommt. Weiters verpflichtet sich die Eigenthümerin der Einlage 76, den längs ihrer Realität gelegenen schmalen Theil im Ausmaße von 118 m² unentgeltlich in das öffentliche Gut zu übertragen, während die Gemeinde denjenigen Theil des Linienwallgrundes, welcher sich längs des von Frau Lang zu kaufenden Grundes hinzieht, ebenfalls in das öffentliche Gut überträgt. Die Eigenthümerin der Einlage 76 verpflichtet sich, auch den Theil, welcher zur Completierung der halben Straße noch nothwendig ist und welcher derzeit einem fremden Nachbar gehört — er ist im Plane mit den Buchstaben Z Q R S umschrieben — im Ausmaße von 158 □° von demselben käuflich zu erwerben und ebenfalls in das öffentliche Gut zu übertragen, so dass die Durchführung der verlängerten Blindengasse ebenfalls ermöglicht wird.

Man muss diese Transactionen als ganzes auffassen und dann ergibt sich, dass die Eigenthümerin der Realität Einl. 76, nachdem sie den Grund mit 40 fl. per Quadratmeter kauft, 11.000 fl. zu bezahlen hat, wovon jedoch der Betrag für den Grund per 103 m², ebenfalls mit 40 fl. per Quadratmeter, also ein Gesammtbetrag von 4720 fl. in Abzug kommt, so dass nach 6880 fl. oder rund 7000 fl. von Frau Paula Lang an die Gemeinde zu zahlen sind. Sie verpflichtet sich, 1750 fl. sofort, den Restbetrag per 5250 fl. aber nach einem Jahre zu bezahlen und während dieser Zeit mit 4½ Percent zu verzinsen. Es soll auch auf dem Grunde per 275 m², welcher an Frau Paula Lang verkauft wird, der Restbetrag von 5250 fl. für die Gemeinde sichergestellt werden.

Diese Transaction ist eine derartige, welche den Bedürfnissen hier Rechnung trägt und endlich eine Verbindung des VIII. Bezirkes mit Hernals ermöglicht, so dass die Verbindung der Thelemangasse mit der Breitenfeldergasse herbeiführen wird.

Aus diesen Gründen erlaubt sich der Stadtrath, Ihnen den in Beilage 61 enthaltenen Antrag vorzulegen, welchen ich Sie bitte, anzunehmen.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall. Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Gemeinde Wien überläßt der Paula Lang behufs Arrondierung ihrer Realität E.-Z. 76, VIII. Bezirk, einen Theil der Linienwall-Parcelle Nr. 404/3, E.-Z. 115, VIII. Bezirk, Figur a b c d a, im Ausmaße von circa 275 m² um den Einheitspreis von 40 fl., wogegen die Genannte der Gemeinde den mit den Buchstaben l m n o l umschriebenen Theil der Cat.-Parc. Nr. 378, VIII. Bezirk, im Ausmaße von circa 103 m² gleichfalls um den Preis von 40 fl. per Quadratmeter lastenfrei und im richtigen Niveau abtritt und eine Aufzahlung von 7000 fl. leistet.

Diese Grundtransaction hat unter folgenden Modalitäten zu erfolgen:

a) Der obgenannte Pauschalbetrag per 7000 fl. ist in der Weise zu berichtigen, dass ein Betrag von 1750 fl. nach Genehmigung dieser Transaction durch den Gemeinderath, der Rest nach Ablauf eines Jahres

bezahlt und inzwischen mit $4^1/_2$ Percent Zinsen verinteressiert wird.

b) Sobald die Gemeinde in den grundbücherlichen Besitz der Linienwallgründe gelangt ist, wird als Sicherstellung des restlichen Betrages per 5250 fl. sammt Nebengebüren das Pfandrecht zu Gunsten der Gemeinde Wien primo loco auf dem an die Offerentin zu überlassenden Grunde auf deren Kosten grundbücherlich einverleibt.

c) Jeder Vertragstheil trägt die rücksichtlich der von ihm zu erwerbenden Grundflächen entfallenden Vertragskosten und Übertragungsgebüren.

d) Paula Lang verpflichtet sich, den mit den Buchstaben e f l m e bezeichneten Theil der Cat.-Parc. Nr. 378 im Ausmaße von circa 118 m², sowie den von ihrer Realität E.-Z. 76, VIII. Bezirk, zur Benno- und Breitenfeldergasse entfallenden Theil im Ausmaße von circa 49·64 m², Figur c k i h g f e c, unentgeltlich, im richtigen Niveau und lastenfrei an die Gemeinde abzutreten.

Die Übergabe der Cat.-Parc. Nr. 378, E.-Z. 888, VIII. Bezirk, in den physischen Besitz der Gemeinde hat unmittelbar nach dem November-Ausziehtermine 1894 stattzufinden.

e) Die Offerentin nimmt zur Kenntnis, dass die grundbücherliche Einverleibung ihres Eigenthumsrechtes bezüglich des an sie zu überlassenden Theiles der Parc. Nr. 404/3 erst nach erfolgter grundbücherlicher Übertragung der Linienwallgründe in das Eigenthum der Gemeinde stattfinden kann, und dass die Abgrabung des Linienwalles sowohl auf dem zu erwerbenden Baugrunde als auch auf dem zur Straße fallenden Theile der Parc. Nr. 404/3, Figur a q t p m e c d a, im Ausmaße von circa 170 m², dessen grundbücherliche Abschreibung und Aufnahme in das Verzeichnis für das öffentliche Gut die Gemeinde veranlassen wird, auf ihre Kosten zu bewerkstelligen ist.

22. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1535 zu referieren. Herr Baumeister Ludwig Zatzka ist eingeschritten um die Bewilligung zum Umbaue des Hauses Breitegasse Nr. 28 im VII. Bezirke. Er beabsichtigt dort zwei Risalite anzubringen, die 20 cm aus der Baulinie heraustreten. Der erforderliche Grund beträgt im Gesammtausmaße 2·12 m². Nachdem er aber einen kleinen Streifen von 0·83 m² abzutreten hat, so wird beantragt, denselben zu compensieren, so dass er nur 1·29 m² anzukaufen hat. Das Bauamt und der Magistrat beantragen, 75 fl. per Quadratmeter, d. i. für die 1·29 m² einen Betrag von 96 fl. 75 kr., zu verlangen. Der Stadtrath hat sich diesem Antrage angeschlossen und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Keine Einwendung gegen den Antrag? (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Anlage zweier Risalite beim Hause VII. Bezirk, Breitegasse 28, ist nach Compensierung mit dem abzutretenden Grunde per 0·83 m² mit einer Fläche von 1·29 m² an Ludwig Zatzka um den Preis von 75 fl. per Quadratmeter, d. i. um den Betrag von 96 fl. 75 kr. zu überlassen.

23. Referent Gem.-Rath Matthies: Ich habe ferner zu berichten zur Zahl 1926. Herr Karl König sucht an um Überlassung des zur Herstellung eines Thorportales bei dem Hause III. Bezirk, Jacquingasse, erforderlichen Grundes. Es ist ein Grund im Gesammtausmaße von 0·68 m² erforderlich, und es wird beantragt, den Quadratmeter mit 60 fl. zu berechnen; das gibt für den gesammten Grund den Betrag von 40 fl. 80 kr. Der Stadtrath hat sich dem Antrage des Magistrates angeschlossen, und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Bürgermeister: Niemand dagegen? (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der zur Herstellung eines Thorportales beim Hause III. Bezirk, Jacquingasse, erforderliche Grund im Ausmaße von 0·68 m² ist an Karl König noe. Alex. Friedmann um den Betrag von 40 fl. 80 kr. zu überlassen.

24. Referent Gem.-Rath Dr. Vogler: Nr. 60 der Beilagen. Bereits im vorigen Jahre haben Verhandlungen mit Herrn Ferdinand Kalb wegen Überlassung der an seine Realität angrenzenden Parcellen des ehemaligen Linienamtsgebäudes an der Westbahnlinie stattgefunden. Es ist dies, wenn man zur Linie hinausgeht, an der linken Seite der Westbahnstraße.

Die damaligen Verhandlungen haben zu einem Resultate nicht geführt, weil Herr Kalb für den Quadratmeter nicht mehr als 50 fl. geben wollte, und dieser Betrag dem Stadtrathe zu gering erschien. Auch wurde der Minimalpreis, unter welchem diese Realität nicht hintangegeben werden soll, vom Gemeinderathe mit 60 fl. bestimmt, und das Landesgesetz wurde in diesem Sinne erwirkt. Das Landesgesetz ist zwar noch nicht erschienen, jedoch wurde das Ansuchen an den Landtag gestellt und der Landtag hat auch im Sinne des Antrages des Gemeinderathes beschlossen; es steht nur noch die kaiserliche Sanction aus. Nun hat Herr Ferd. Kalb neuerlich den Antrag gestellt, den bezüglichen Grund zu erwerben, und die diesfalls gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Resultate geführt, dass derselbe nunmehr den Betrag von 65 fl. per Quadratmeter zu geben bereit ist, und dass er außerdem bereit ist, einige Grundabtretungen vorzunehmen, welche die Herren aus dem vorliegenden Plane und an der Hand des vorliegenden gedruckten Antrages entnehmen werden. Der Plan ist dem vorliegenden lithographierten Antrage angeheftet. Aus diesem Plane entnehmen die Herren, dass der dunkelschraffierte Theil in der Westbahnstraße von Herrn Kalb erworben werden soll; ebenso soll erworben werden ein Theil des Straßengrundes an der Westbahnstraße, Ecke der Wimbergerstraße. Dagegen soll Herr Ferdinand Kalb den etwas lichter schraffierten Grundtheil in der Wimbergerstraße abtreten, außerdem einen Grundtheil in der Kaiserstraße. Ich werde mir nunmehr erlauben, die Anträge, die der Stadtrath Ihnen empfiehlt, zu verlesen. Aus denselben ergibt sich auch der Sachverhalt, beziehungsweise sind aus denselben die näheren Grenzen der abzutretenden Grundstücke zu entnehmen. Der Antrag lautet (liest):

„Die käufliche Überlassung eines Theiles der städtischen Realität Or.-Nr. 47 Kaiserstraße, Or.-Nr. 37 Westbahnstraße, Einl.-Z. 1155, Cat.-Parc. 1309/1, 1319/2 und 1310, VII. Bezirk, Figur a d c II I a, im Ausmaße von circa 945 m², und eines Theiles der im öffentlichen Gute inneliegenden Parcelle 1825, VII. Bezirk, Figur I II b I, im Ausmaße von circa 12 m² an

Ferdinand und Leopoldine Kalb um den Einheitspreis von 65 fl. per Quadratmeter behufs Arrondierung der dem Genannten gehörigen Realität Or.-Nr. 47 Kaiserstraße, Einl.-Z. 367, VII. Bezirk, wird vorbehaltlich der Genehmigung des Landtages genehmigt.

Diese Grundtransaction wird unter folgenden Modalitäten abgeschlossen:

a) Von dem Kaufschillinge per circa 62.205 fl. ist ein Theilbetrag von 21.000 fl. bei der Übergabe des obgenannten Grundes in den physischen Besitz der Käufer, der Rest in zwei gleichen, vom Fälligkeitstage der ersten Rate laufenden Beträgen jährlich am Jahrestage der Übergabe zu Handen der städtischen Hauptcassa zu bezahlen und mittlerweile mit 5 Percent Zinsen vom Fälligkeitstage der ersten Rate bis zur Einzahlung der einzelnen Raten jährlich im vorhinein zu verinteressieren;

b) den Käufern bleibt jedoch das Recht gewahrt, den ganzen Kaufschilling, beziehungsweise den noch unberichtigten Rest auch ohne Einhaltung der angeführten Termine im vorhinein zu bezahlen, wobei denselben der entsprechende Theil der etwa schon einbezahlten Zinsen in Anrechnung gebracht werden wird;

c) als Sicherstellung für den Kaufschillingsrest sammt Nebengebüren ist auf dem an die Eheleute Kalb zu verkaufenden Baugrunde das Pfandrecht primo loco zu Gunsten der Gemeinde Wien einzuverleiben;

d) die Bezahlung der Kosten der Vertragsausfertigung, der grundbücherlichen Einverleibungen und Löschungen, sowie der Vermögensübertragungsgebüren obliegt den Käufern;

e) bei der physischen Besitzübergabe findet eine gemeinschaftliche Vermessung des fraglichen Grundes statt, und wird auf Grund der hiebei erhobenen Ausmaße die definitive Berechnung des Kaufschillings stattfinden.

f) die Käufer verpflichten sich, die von ihrer Realität, Einl.-Z. 367, VII. Bezirk, zur Kaiserstraße, respective zum Urban-Loritzplatze entfallenden Grundstreifen, Figur d e f g d im Ausmaße von circa 37 m² und Figur a h i k l a im Ausmaße von circa 437 m² unentgeltlich und im richtigen Niveau, sowie lastenfrei an die Gemeinde abzutreten;

g) sollte die Abtretung der sub f erstgenannten Grundfläche nach stattgehabter Übergabe des zu verkaufenden Grundes nicht erfolgen können, so haben die Eheleute Kalb diese Verpflichtung der unentgeltlichen Abtretung auf ihre Kosten als Reallast auf ihrer Realität Einl.-Z. 367 grundbücherlich sicherzustellen;

h) die Gemeinde Wien verpflichtet sich, die im Plane mit den Buchstaben l c' b a l und II m n e d c II bezeichneten Theile der städtischen Realität Einl.-Z. 1155 und den mit den Buchstaben a^I b^I i a^I bezeichneten Theil der Linienwallparcelle 1306/1, Einl.-Z. 430, VII. Bezirk, per 40 m² als Straßengrund gegen dem zur grundbücherlichen Abschreibung bringen zu lassen, dass die Käufer diese Grundflächen, insoweit dies nicht schon der Fall sein sollte, in das richtige Niveau bringen."

Ich empfehle diese Anträge der Genehmigung.

Bürgermeister: Wünscht jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Ich ersuche jene Herren, welche mit den Referenten-Anträgen einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe (Nach einer Pause:) Einstimmig angenommen.

Beschluss: Der vorstehende Referenten-Antrag.

25. Referent Gem.-Rath Ritt. v. Neumann: Nr. 65. Es ist der Eigenthümer des Grundstückes Einl.-Z. 1760 im IX. Bezirke, Lustkandlgasse, um Ergänzung seines Grundes durch Erwerbung eines Theiles der Linienwallparcelle, und zwar im Ausmaße von 80 m² eingeschritten. Die Bewertung für diesen Mittelgrund ist mit 22 fl. per Quadratmeter erfolgt. Diesen Preis von 22 fl. per Quadratmeter ist Herr Karl Riener auch bereit zu bezahlen und es ergibt sich daher unter Zugrundelegung des Ausmaßes von 80 m² ein Pauschalbetrag von 1760 fl. Es wird daher der Antrag gestellt (liest):

„Die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl. Z. 52, IX. Bezirk, im Ausmaße von circa 80 m², Figur c d k i c, an Karl Riener zur Arrondierung der demselben gehörigen Baustelle Einl.-Z. 1760, IX. Bezirk, um den Pauschalbetrag von 1760 fl., wobei der Genannte die Vertragskosten und Übertragungsgebüren zu tragen hat, wird genehmigt."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Bürgermeister: Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist niemand dagegen. Einstimmig angenommen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Die Herren sollen hereinkommen sonst sind nicht 92.

Bürgermeister: Vor der Berichterstattung ist die Anzahl von 98 Gemeinderäthen constatiert worden.

Beschluss: Die käufliche Überlassung eines Theiles der Linienwallparcelle 547/1, Einl.-Z. 52, IX. Bezirk, im Ausmaße von circa 80 m², Figur c d k i c, an Karl Riener zur Arrondierung der demselben gehörigen Baustelle Einl.-Z. 1760, IX. Bezirk, um den Pauschalbetrag von 1760 fl., wobei der Genannte die Vertragskosten und Übertragungsgebüren zu tragen hat, wird genehmigt.

26. Referent Gem.-Rath v. Götz: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1902, Beilage Nr. 63, zu referieren.

Es wurde von Herrn Rudolf Wiszkocsil für die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der Schlossparkrealität in Baumgarten, XIII. Bezirk, ein Pauschalbetrag von 900 fl. geboten. Das entspricht einem Preise von 2 fl. per Quadratmeter oder 7 fl. 20 kr. per Quadratklafter.

Nach dem im vorigen Jahre von Seite der Buchhaltung erstatteten Berichte beträgt der Selbstkostenpreis im Durchschnitte per Quadratmeter 1 fl. 46 kr., mit Hinzurechnung einer vierpercentigen Verzinsung würde das heute einen Preis von 1 fl. 52 kr. ergeben.

Im vorigen Jahre wurden sämmtliche Baustellen dieser Cottageanlage draußen von Seite beeideter Schätzleute geschätzt, und diese Baustelle wurde mit einem Betrage von 1 fl. 80 kr. per Quadratmeter oder 6 fl. 48 kr. per Quadratklafter eingeschätzt. Es entspricht demnach jedenfalls der hier angebotene Preis von 2 fl. den dortigen Verhältnissen und es wird infolge dessen von Seiten des Stadtrathes Folgendes beantragt (liest):

„Die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der parcellierten Schlossparkrealität in Ober-Baumgarten Einl.-Z. 241, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 448·67 m² an Rudolf Wiszkocsil um den Pauschalpreis von 900 fl. wird unter den im Protokolle vom 1. Februar d. J. enthaltenen Zahlungsmodalitäten genehmigt.

Hiebei wird bedungen, dass der Käufer sich den in der Vorschrift für den Verkauf der Baustellen der obgenannten Realität enthaltenen Bestimmungen unterwerfe und verpflichte, binnen drei Jahren vom Tage der Übergabe der fraglichen Baustelle in seinen physischen Besitz an die Verbauung derselben zu schreiten, welch letztere Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf der Baustelle 15 im Range nach der Eintragung des Pfandrechtes für den Kaufschillingsrest grundbücherlich sicherzustellen ist."

Ich bitte um die Annahme dieses Antrages.

Gem.-Rath Stehlik: Meine Herren! Als damals dieser Schlosspark gekauft worden ist, ist uns vorgesagt worden, dass dies ein so rentables Geschäft sei. Das muss man in Erwägung ziehen, wenn Sie jetzt den Quadratmeter um 2 fl. verkaufen wollen. Da ist also doch kein gutes Geschäft gemacht worden, und wenn Sie heute den Quadratmeter um 2 fl. verkaufen, so werden die anderen Gründe, die vielleicht weiterhin veräußert werden, auch nicht um mehr verkauft werden. Das muss so kommen, denn wenn man schon angefangen hat, so wird dann alles um denselben Preis abgegeben. Ich weise nur deshalb darauf hin, weil man uns damals vorgesagt hat, dass wir ein brillantes Geschäft machen. Man muss ja auch die Verzinsung, die uns das Capital trägt, in Betracht ziehen; wir haben eine schlechte Pachtrente, und wir müssen überhaupt froh sein, wenn wir einen Pächter bekommen, weil er ja ohnehin dort zugrunde geht.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet.

Referent (zum Schlussworte): Ich möchte mir nur eine Bemerkung erlauben. Von Seite der vormaligen Gemeinde Baumgarten wurde eine Baustelle um den Preis per 1 fl. 46 kr. per Quadratmeter an die Commune Wien übergeben. Die Commune hat also einen Profit von nahezu 50 kr. per Quadratmeter. (Gem.-Rath Stehlik: Und die Zinsen?) Die Commune Wien hat ja keine Zinsen zu rechnen, nachdem wir das Capital gebracht haben, das Capital hat nicht die Commune Wien hergegeben. Wenn man andererseits berücksichtigt, dass Sie in Baumgarten im vorigen Jahr auf der Hauptstraße Baustellen um 2 fl. 50 kr. per Quadratklafter gekauft haben, so können Sie doch nicht für eine Baustelle, die, wie aus dem Plane ersichtlich ist, rückwärts in einer Sackgasse gelegen ist, eine Trapezform und nur 17 m Gassenfront hat, einen höheren Preis verlangen.

Bürgermeister: Die Herren, welche mit dem Referenten-Antrage einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Es ist eine Stimme dagegen. 99 Gemeinderäthe sind anwesend, der Antrag ist also angenommen.

Beschluss: Die käufliche Überlassung der Baustelle 15 der parcellierten Schlossparkrealität in Ober-Baumgarten, Einl.-Z. 241, XIII. Bezirk, im Ausmaße von 448·67 m² an Rudolf Wiszkocsil um den Pauschalpreis von 900 fl. wird unter den im Protokolle vom 1. Februar d. J. enthaltenen Zahlungsmodalitäten genehmigt.

Hiebei wird bedungen, dass der Käufer sich den in der Vorschrift für den Verkauf der Baustellen der obgenannten Realität enthaltenen Bestimmungen unterwerfe und verpflichte, binnen drei Jahren vom Tage der Übergabe der fraglichen Baustelle in seinen physischen Besitz an die Verbauung derselben zu schreiten, welch letztere Verpflichtung als Reallast zu Gunsten der Gemeinde Wien auf der Baustelle 15 im Range nach der Eintragung des Pfandrechtes für den Kaufschillingsrest grundbücherlich sicherzustellen ist.

27. Referent Gem.-Rath Dr. Hackenberg: Ich habe die Ehre, zur Zahl 1785 zu referieren. Herr Paul Obrist benöthigt zur Herstellung von zwei Risaliten bei der Realität Einl.-Z. 235 in Gersthof, Ecke der Erndt- und Wallrißgasse, Grundstücke in einer Länge von 7 m, mit einem Vorsprunge von 10 cm um den Preis von 5 fl. 18 kr. (Rufe: Einverstanden! Einverstanden! und Heiterkeit.) Ich bitte um Überlassung dieses Grundstückes zum Zwecke der Risalitherstellung. (Rufe: Abstimmen! Wir sind einverstanden!)

Bürgermeister: Keine Einwendung? Die Herren sehen, dass diese Gegenstände offenbar nicht ins Plenum des Gemeinderathes gehören und dass es wünschenswert wäre, das Statut in dieser Beziehung abzuändern. Es ist niemand gegen den Antrag. Derselbe ist also einstimmig angenommen.

Beschluss: Die Überlassung des zur Herstellung eines Risalites beim Hause Einl.-Z. 235 in Gersthof, Ecke der Erndt- und Wallrießgasse, erforderlichen Grundes im Ausmaße von 1·40 m² um den Betrag von 5 fl. 18 kr. wird genehmigt.

28. Bürgermeister: Wir gelangen zur Fortsetzung der Berathung des Schulbauten-Präliminares. Ich bitte die Herren Referenten, ihre Plätze einzunehmen. (Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

In der letzten Sitzung haben wir den IX. Bezirk erledigt. Wir kommen zum X. Bezirke.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Beim X. Bezirke wird beantragt (liest):

Herstellung eines Turnsaales in der im Sehr'schen Stiftungshause X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, eingemieteten Volksschule . . . . 500 fl.

Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke . . . . . 15.000 fl.

Bau einer Doppel-Volksschule nächst der Triesterstraße
- im X. Bezirke vom Stadtrathe . . . . 90.000 fl.
- von der Budget-Commission . . . . 60.000 fl.

Bei letzterer Post ist zu bemerken, dass der Platz, an welchem diese Schule erbaut werden soll, vorläufig noch nicht bestimmt ist, weil ein zweckmäßigerer Platz, als der ausgewählte, erst aufgesucht werden soll. Ich würde bitten, einstweilen bloß den Betrag zu genehmigen, die Auswahl des Platzes wird später noch Gegenstand der Beschlussfassung des Gemeinderathes sein.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Die Budget-Commission hat sich gleichfalls eingehend mit dieser Frage beschäftigt und sich die Debatte zu Gemüthe geführt, die geführt wurde, als man beantragt hatte, auf der Höhe der Triesterstraße einen Platz anzukaufen. Sie war von der Anschauung durchdrungen, die damals ein Vertreter des X. Bezirkes ganz unverhohlen zum Ausdrucke brachte, dass jener Platz, der so exponiert ist, für den Bau einer Schule kaum geeignet sein dürfte und dies umsoweniger, als er eigentlich den Wünschen und Bedürfnissen des X. Bezirkes nicht entspricht. Die Herren, und namentlich jene, welche dem Bezirksschulrathe angehören, wissen, dass seit der Einverleibung der Vororte ein großer Theil der Kinder des X. Bezirkes in die Schulen der Gemeinde Inzersdorf gehen müssen, und dass wir bedeutende Beträge an die Gemeinde Inzersdorf zu bezahlen haben. Außerdem drängt die Gemeinde

Inzersdorf beständig auf die endliche Erbauung passender Schulen, damit sie Raum für ihre Kinder in den eigenen Schulen gewinnt. Aus diesem Grunde hat die Budget-Commission gemeint, dass es empfehlenswert wäre, einen anderen Platz zu suchen, und zwar näher den Ziegelöfen und näher an Inzersdorf, wo die Kinder nicht gar so weit haben und wo sie den Fährlichkeiten des strengen Winters und schlechten Wetters in der kälteren Jahreszeit nicht in solcher Weise ausgesetzt werden, wie beispielsweise dort auf dem Platze, wo die Schule ursprünglich zu bauen geplant war.

Man hat namentlich als sehr zweckmäßig die sogenannte Bezirksstraße angegeben, und zwar dort, wo sie abbiegt zum sogenannten Steinhof, wo auch Plätze zu bedeutend billigeren Preisen zu erwerben sind, als jener Platz, den wir bereits angekauft haben und der gewiss zu anderen Zwecken ganz gut zu verwerten sein wird. Denn gerade dort, wo der Gemeinderath den Platz angekauft hat, ist das Bedürfnis für einen Schulbau kein dringendes, denn während dort seit zwanzig Jahren Häuser gebaut werden, hat sich doch nur die Nothwendigkeit herausgestellt, bloß 13 Häuser zu bauen. Es beweist dies also, dass jener Raum für die Ansiedelung von neuen Häusern nicht sehr günstig ist. Weil nun solche Verhandlungen sich in die Länge ziehen und kaum mehr als eine erste Baurate nothwendig ist, beantragt Ihnen die Budget-Commission, es möge ein anderer Platz für die Erbauung einer solchen Schule, namentlich mit Rücksicht auf jene Kinder, die zur Gemeinde Inzersdorf gehören, gewählt und die Bezirksstraße vor allem ins Auge gefasst werden, und aus dem Grunde ist nur die Einstellung des Betrages von 60.000 fl. heuer nöthig.

Ich bitte daher, diesem geringeren Betrage Ihre Zustimmung zu geben, mit Rücksicht auf die von mir dargestellten Verhältnisse.

Gem.-Rath Pollak: Ich war, als mir dieses Schulbau-Präliminare zugesendet wurde, ganz erstaunt über die Bemerkung: „Die Wahl des Platzes ist neuerlich in Erwägung zu ziehen.“ Ja, meine Herren, Sie selbst haben bereits einen Beschluss gefasst; am 17. October haben Sie sich nach einer ziemlich lebhaften Debatte bewogen gefühlt, für den Kauf dieses Platzes, der Ihnen von zwei Seiten als der günstigste hingestellt worden ist, zu stimmen.

Der Platz ist heute bereits, wie mitgetheilt worden ist, angekauft worden, und jetzt stehen wir wieder genau dort, wo wir am 17. October waren; aber wir sind noch viel schlechter daran. Diese Verzögerung hier bringt es mit sich, dass ein ganzes Baujahr verloren geht; es wird das Schuljahr 1894/95 anbrechen und der Ortsschulrath des Bezirkes wird für die Kinder keinen Platz haben. Jetzt, meine Herren, erlauben Sie mir doch die Frage: Welche Veranlassung liegt eigentlich vor, dass der Platz, der bereits als Schulbauplatz angekauft ist, jetzt wieder zu etwas anderem verwendet werden soll, dass man neuerdings auf die Suche nach einem passenden Schulbauplatze geht? Der Herr Commissions-Referent hat gemeint, der Platz sei zu exponiert. Der Herr Referent — ich glaube, es war Herr St.-R. Wurm — hat das letztemal ganz richtig bemerkt: die Schule muss dorthin gebaut werden, wo Kinder sind, aber nicht dorthin, wo keine sind.

Meine Herren, dort sind Kinder, und ich werde mir erlauben, Ihnen auseinanderzusetzen, wie viele. Aus den Ziegelwerken gehen circa 200, vielleicht auch mehr, 300 Kinder nach Inzersdorf und Altmannsdorf, und es bietet sich das für die Groß-Commune ganz gewiss nicht besonders ehrenvolle Schauspiel, dass sie bei Dorfgemeinden betteln muss, dass ihre Kinder in die Dorfschule aufgenommen werden. Es ist einmal so: die „Ziegelschlagerbuben“, wie sie mit einem landläufigen Ausdruck heißen, gehören jetzt nach Wien und die Gemeinde Wien muss dafür sorgen, dass auch die „Ziegelschlagerbuben“ eine Schule erhalten, die Ihnen erreichbar ist.

Nun meint der Herr Commissions-Referent, die Schule solle näher zum Ziegelwerke sein. Ja, meine Herren, Sie dürfen aber auch nicht vergessen, dass außer den Buben in den Ziegelwerken und in der Thonfabrik noch andere Kinder sich dort befinden. So z. B. gehen von den Bediensteten des Franz Josef-Spitales circa 60 Kinder in die Schule in der Herzgasse und von den Kindern aus den Weber'schen Häusern — das scheint der Herr Collega Trambauer wahrscheinlich gar nicht zu wissen (Gem.-Rath Trambauer: O, sehr gut!) — müssen jetzt 31 in die Quellengasse gehen. Warum? Weil in der Herzgasse kein Platz mehr ist. Die Schule in der Herzgasse ist ringsum verbaut und infolge dessen überfüllt, und eigenthümlich ist auch noch, dass die Bürgerschule dort nach und nach die Volksschulclassen verdrängt, so dass zum Schlusse für die Volksschüler überhaupt kein Platz sein wird.

Es muss also in der Nähe dieser Häuser eine Schule gebaut werden, und da glaube ich, ist es doch am allerbesten, wenn wir einen Platz, den wir schon angekauft haben und der allen Anforderungen entspricht, behalten. Die Kinder aus den Ziegelwerken und von der Thonwarenfabrik haben, gut gerechnet, eine Viertelstunde zur Schule, wenn sie dort hinkommt, nicht weiter. Ja, meine Herren, ist das auch ein Weg? Außerdem müssen Sie bedenken, dass die Triesterstraße vollständig gepflastert ist. Ja, wenn Sie die Kinder, wie der Herr Commissions-Referent meint, in die Bezirksstraße hinüber beordern, so haben sie ganz gewiss nicht näher, und sie haben dann eine Straße zu gehen, die im Winter nicht in so gutem Zustande sein wird, als die gepflasterte Triesterstraße; das unterliegt doch keinem Zweifel. Dann geht es doch nicht an, lediglich für die Kinder aus den Ziegelwerken eine Schule zu bauen, das kann doch absolut nicht ihre Absicht sein, sondern die Absicht des Gemeinderathes geht nach meinem Dafürhalten dahin, eine Schule zu bauen, welche sowohl von den Kindern der Ziegelschläger, als auch von anderen Kindern, die dermalen sehr weit zur Schule haben, besucht werden kann, und dafür ist nach meiner Meinung und gewiss auch nach der Meinung mehrerer anderer Collegen gewiss hier der geeignetste Platz.

Der Herr Commissions-Referent hat auch ausgeführt, wenn schon 17 Jahre dort nichts gebaut wurde, so wird wahrscheinlich auch in Hinkunft nichts gebaut werden.

Nun, dies ist doch nicht so ganz richtig. An der Triesterstraße wird gebaut, es stehen jetzt beiläufig zehn bis zwölf Häuser dort (Rufe: Dreizehn!), also dreizehn — eine Unglückszahl — nun es werden schon mehr werden. Von diesen Häusern besuchen circa 100 Kinder oder mehr die Schule in der Quellengasse, weil sie in der Schule in der Herzgasse keinen Platz finden. Wenn also dort eine Schule gebaut wird, wo es projectiert ist, so können Sie versichert sein, dass innerhalb fünf Jahren diese Schule von unten bis oben mit Schulkindern vollgepfropft sein wird, von welchen keines einen weiteren Schulweg zu machen hat als eine Viertelstunde.

Nun ist es richtig, wie Herr St.-R. Wurm letzthin ausgeführt hat: vor jedes Haus kann man keine Schule bauen, sondern die Schule muss dort gebaut werden, wo Kinder schon sind, oder wo sich in absehbarer Zeit Kinder einfinden werden, und gerade dort in der Nähe sind schon 500 bis 600 Kinder, die diese Schule, wenn sie fertig ist, bevölkern werden.

Das eine ist auch gewiss: Wenn einmal dort eine Schule sein wird, wird die Bauthätigkeit in dieser Gegend gewiss zunehmen, und selbstverständlich werden sich die Häuser zuerst in der Triesterstraße einfinden, denn sie ist eine Hauptverkehrsader. Man wird nicht in andere Gassen gehen, die vielleicht noch nicht einmal existieren. Es ist nämlich die Meinung ausgesprochen worden, dass der beste Platz in der Sonnleitnergasse wäre. Ja, meine Herren, erlauben Sie mir, dass ich Ihnen die Sonnleitnergasse etwas schildere.

Die Sonnleitnergasse ist die letzte Gasse, die von der Simmeringerstraße nach aufwärts links abzweigt. Dass das eine Gasse ist, erkennt man nur an dem einen Eckhaus und an einem Haus, welches so beiläufig 100 Schritte weit innerhalb in einem Feld steht. Von Gas oder sonst etwas keine Spur; sie ist nicht gepflastert, ich glaube, auch nicht einmal canalisiert. (Gem.-Rath Trambauer: Ja!) Das Canalloch habe ich nicht gesehen; ich habe mich genau umgeschaut, aber gefunden habe ich keines. Es kann sein, dass sie canalisiert ist, jedenfalls ist die Straße nicht gepflastert, nicht einmal beschottert. Also, meine Herren, da will man eine Schule bauen. Weit und breit ist nichts mehr, aber auf der linken Seite habe: Sie etliche Schritte weiter die Schule in der Herzgasse. Wenn also in die Sonnleitnergasse eine Schule kommt, so bauen Sie dicht neben der einen Schule gleich wieder die andere Schule. Ich habe mir erlaubt, schon das letztemal auszuführen, dass es bei uns im X. Bezirke überhaupt ein Übel ist, dass zwei Schulen ganz nahe aneinander sind, dann lang, lang nichts mehr; daher kommen die großen Verschiebungen zu Beginn des Schuljahres, daher kommt es, dass die Kinder weiß Gott an wie vielen Schulen vorbeilaufen müssen, bis sie endlich ein Plätzchen gefunden haben, wo sie ihr müdes Haupt niederlegen können. (Heiterkeit.) Wie die Parteien zu Beginn des Schuljahres raisonnieren und lamentieren über die Schwierigkeit, die Ihnen gemacht wird, ihre Kinder in der nächstgelegenen Schule unterzubringen, davon haben Sie gar keinen Begriff, und ist es Thatsache: Kinder, die in der Herzgasse Nr. 25 wohnen, also im Hause daneben, sind ausgeschult worden wegen Platzmangels auf die Himbergerstraße Nr. 30. Daneben ist das Schulhaus, aber dort ist kein Platz; die Schule ist von oben bis unten voll. Die Kinder müssen an 4 bis 5 Schulen vorbeigehen, bis sie ein Plätzchen finden. Das kommt daher, wenn man eine Schule in nächster Nähe der anderen baut. Dem muss abgeholfen werden und es wird ganz gewiss abgeholfen, wenn Sie bei dem Platze bleiben.

Dann, meine Herren, ist noch etwas. In der Nähe dieses Schulbauplatzes, und das, glaube ich, ist auch zu bedenken, besitzt die Gemeinde bereits Gründe. Ja, meine Herren, was ist natürlicher, als dass, wenn dort die Schule gebaut wird, diese Gründe dann in kürzester Zeit verwertet werden, dass dann dort wirklich eine Bauthätigkeit entwickeln wird? Also, ich glaube, auch vom finanziellen Standpunkte ist es sehr zu empfehlen, dass diese Schule in dieser Gegend gebaut werde

Aber, meine Herren, insbesondere möchte ich Sie ersuchen, auf den Commissions-Antrag, der nach meiner vollen Überzeugung ganz und gar nicht gerechtfertigt ist, nicht einzugehen, sondern bei Ihrem ersten Beschlusse zu verbleiben, der voll und ganz richtig ist. Es kommt dann noch dazu, dass, wenn Sie den Schulbau wieder verzögern — und das geschieht, wenn Sie den Platz nicht annehmen und auf weitere Suche nach einem solchen gehen — das Baujahr wieder verloren sein wird. Glauben Sie da nicht, dass Ihnen der czechische Schulverein wieder einen Strich durch die Rechnung machen wird, wie er es schon einmal gethan hat? Ich kann die Herren nur erinnern an die Zeit, wie der czechische Schulverein draußen entstanden ist, da war so ein ähnlicher Zustand, wie er jetzt besteht. Es haben die czechischen Kinder häufig keine Aufnahme gefunden; das war diesen Herren allsogleich recht; sie haben den Stier bei den Hörnern gepackt und ihre Schule hingebaut; sie besteht jetzt. Die Ziegelschlagerbuben stammen zumeist von czechischen Eltern ab. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder in kürzester Zeit Unterkunft in einer Schule finden, sonst erleben wir vielleicht, dass wir eine zweite czechische Schule bekommen; das wollen die Herren gewiss nicht haben, und ich würde Sie daher dringend ersuchen: lassen Sie sich nicht herbei, den einmal gefassten Beschluss zu widerrufen. Sie können ganz beruhigt sein, der Beschluss, den Sie am 17. October gefasst haben, entspricht vollkommen den allseitigen Wünschen, den Wünschen des Ortsschulrathes, er entspricht ferner den Wünschen des Bezirksschulrathes, und man sollte doch glauben, dass der löbliche Bezirksschulrath auch wissen muss, wo der beste Platz für die Schule ist. Er entspricht auch den Wünschen der Einwohner; man kann somit sagen: er entspricht allen Wünschen, nur vielleicht nicht dem Wunsche des einen oder des anderen Collegen. Das thut mir leid, aber darauf kann ich nicht eingehen. Ich fühle mich verpflichtet, Sie nochmals dringend zu bitten, bei dem Beschlusse vom 17. October zu verbleiben, und Sie können die Beruhigung mit nach Hause nehmen, dass Sie dann für den X. Bezirk etwas gethan haben, wofür Ihnen die Bevölkerung gewiss dankbar sein wird. (Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Trambauer: Meine verehrten Herren! Ich werde Ihre Geduld nicht so lange in Anspruch nehmen, wie mein unmittelbarer Herr Vorredner. Er hat im Eingange seiner Rede bemerkt, dass am 17. October nach einer heftigen Debatte der Antrag endlich angenommen wurde, dass die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz“ gebaut werden soll. Ich erinnere mich nicht, dass eine heftige Debatte stattgefunden hat, es war bloß eine kleine Kreuzung zwischen mir und dem Herrn Collegen Pollak. (Rufe: Silberer!) Der Herr College Silberer hat die Sache vom sportlichen Standpunkte aufgefasst (Heiterkeit) und hat gesagt, dass er die Kinder schon auf der Straße todt sieht. Mein unmittelbarer Herr Vorredner hat gesagt: die Kinder müssen untergebracht werden.

Ich habe schon im Jahre 1891 auf die Kinder vom Ziegelofen hingewiesen. Damals war Herr St.-R. Dr. Vogler Referent. Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass diese Kinder in eine Communalschule eingeschult werden müssen. Ich war gegen die neugemietete Schule in der Quellengasse. Der Herr Vorredner sagt, es wird da eine Schule auf die andere gesetzt. Er hat aber doch dafür gesprochen und gestimmt, dass die Schule in der Quellengasse eingemietet wird. Er hat auch gesagt, die Kinder von der Thonfabrik haben nur eine Viertelstunde in diese Schule. Da hat er vollkommen recht, aber desto weiter haben die Kinder vom Ziegelwerke. Treten Sie an den Plan hin und sehen Sie, wo die Herzgasse ist und wo die „Spinnerin am Kreuz“ ist, wo die neue Schule hingebaut werden soll. Ich und der Bezirks-Ingenieur haben es im Cataster genau ausgemessen. Es sind 3 km Weg von der Triesterstraße, respective vom Spitale, wo die meisten Arbeiterhäuser stehen, wo die meisten Kinder sind.

Wenn Sie annehmen, dass ein Mann, der gut ausschreitet, zu einem Kilometer 12 Minuten braucht, so braucht er zu dem Wege 36 Minuten. Aber ein Kind mit 6, 7 Jahren geht nicht den Kilometer in 12 Minuten, es wird vielleicht 20 Minuten brauchen, und das Kind ist mithin eine volle Stunde unterwegs. Bedenken Sie, dass ein solches Kind den Weg viermal im Tage machen muss: es muss um 7 Uhr in der Frühe aus dem Hause gehen, kommt um 8 Uhr in die Schule; bis 10 oder 11 Uhr ist Schule, dann kommt es um 12 Uhr nach Hause. Um 1 Uhr muss es wieder weggehen, weil es um 2 Uhr in der Schule sein muss, und wenn der Unterricht bis 5 Uhr dauert, kommt das Kind im Winter um 6 Uhr abends nach Hause.

Was die Verbauung anbetrifft, so habe ich schon in der Budget-Commission erwähnt, dass im Jahre 1874 das erste Haus gebaut worden ist; nun sind 20 Jahre verflossen und es stehen heute 13 Häuser dort; davon enthält eines eine Milchwirtschaft und eines eine kleine Fabrik, und diejenigen Wohnhäuser, die dort stehen, sind zum größten Theile leer. Sie können sich davon überzeugen.

Wenn mein unmittelbarer Herr Vorredner gesagt hat, die Sonnleitnergasse habe nur ein einziges Haus, so muss ich Folgendes bemerken: Zwischen der Sonnleitnergasse und demjenigen Grunde, wohin die Schule gebaut werden muss, ist eine Fläche von vielleicht 120 Joch, die nicht verbaut ist; wenn Sie weiters bedenken, welche enormen Baugründe heute feilgeboten werden, die Linienwallgründe, die Kasernengründe — dann sollen 1263 Häuser wegen Straßenerweiterung demoliert werden, wann wird dann auf der Triesterstraße gebaut werden? An der rechten, respective an der Westseite von der Triesterstraße kann überhaupt nicht gebaut werden. Warum? Der eine Grund gehört der Südbahn, die nächsten Gründe sind das Communal-Krankenhaus und das kaiserliche Franz Josef-Spital. Und wissen Sie, meine Herren, vor kurzem haben Sie ein Referat gehabt, das Sie auch angenommen haben, dass das Inquisitenspital vergrößert, respective bis an die „Spinnerin am Kreuz" erstreckt und dieser Bau ausschließlich nur für Infectionskrankheiten, Scharlach, Blattern, Masern, Diphtheritis, Flecktyphus 2c., verwendet wird. Und wenn Sie weiters bedenken, dass vis-à-vis von diesem Infections-Pavillon in einer Entfernung von höchstens 100 m die Schule gebaut werden soll für die Kinder, die natürlich aus dem Ziegelofen und auch vom X. Bezirke kommen, so werden Sie doch zugeben, dass dorthin keine Schule gehört; das hat keinen Sinn. Ganz anders wäre es, wenn in der nächsten Nähe der Sonnleitnergasse, an deren Ende die Verbauung aufhört und wo man annehmen kann, es werde die Expansion stattfinden nach der Laxenburger- und Triesterstraße, endlich gebaut wird. Das ist richtig. Betrachten Sie nur den Plan genau, wo die Schule in der Herzgasse steht und wo die Schule gebaut werden soll an der Triesterstraße, und Sie werden zustimmen, dass dort unmittelbar keine Schule hingehört. Mein unmittelbarer Vorredner hat gesagt, die Kinder von der Thonfabrik 2c. sind sechzig an der Zahl. Wegen dieser sechzig kann man keine Schule bauen; die können in die Reinprechtsdorferstraße nach Matzleinsdorf gehen, dort ist auch eine neue Schule, und sie gehen vielleicht 20 bis 25 Minuten auf der gepflasterten Straße.

Dann muss ich noch eine Bemerkung machen. Ich muss Ihnen den Grund an der Triesterstraße schildern. Nächst dem Bauplatze, wo die Schule hingebaut werden soll, ist ein Ziegelwerk, das seinerzeit Kromes und Petz gehört und jetzt Eigenthum des Herrn Drasche ist. Dort ist der Grund in Gruben von einer Tiefe von mindestens 30 m ausgegraben, er ist also zum Verbauen nicht geeignet.

Gleich in der nächsten Nähe ist das Peter'sche Ziegelwerk, das auch ausgegraben, also nicht zum Verbauen geeignet ist. Gleich in nächster Nähe ist dann die Püringer'sche Sandstätte, die einen großen Grundcomplex hat; die Gemeinde kann den Eigenthümer nicht verhalten, dass er seine Gruben nicht ausnützt; er wird auch weiter Sand ausgraben und vielleicht nach 20 oder 30 Jahren kann dort gebaut werden. Weiter unten ist dann der evangelische Friedhof, und da werden Sie mir zugeben, dass es, wenn derselbe auch gesperrt werden wird, doch 15 bis 18 Jahre dauert, bis er rasiert werden wird. Also von einer Verbauung an dieser Stelle ist notorisch nicht die Rede und kann auch notorisch nicht die Rede sein.

Wenn darauf hingewiesen worden ist, dass eine Verzögerung eingetreten ist, so ist das ja richtig. Wäre man gleich im Jahre 1891, als ich darauf hingewiesen habe, dass für eine Unterkunft dieser Kinder vorgesorgt werden muss, darangegangen, so hätten die Kinder heute schon eine Schule. Nachdem dies aber bis heute nicht der Fall ist, so mussten die Kinder in der Inzersdorfer Schule eingeschult bleiben. Richtig aber hat der Herr Referent der Budget-Commission betont, dass für eine Schule für die Kinder aus dem Ziegelofen die allerbeste Lage an der Bezirksstraße wäre. Dort sind die Gründe sehr billig und die Ziegelöfen sind in der nächsten Nähe. Wenn Sie dort den Kindern eine Schule bauen, so kommt die Gemeinde ganz billig weg. Das, was aber der unmittelbare Herr Vorredner gesagt hat, ist nicht richtig, dass nämlich nur 200 Kinder in den Ziegelöfen sind; es sind vielmehr im Winter dort 500 Kinder und im Sommer weit über 500 Kinder. Andererseits ist noch etwas zu erwähnen.

Nicht alle Kinder, die aus dem Ziegelofen kommen, sind czechischer Zunge, es sind auch deutsche Kinder dabei. Nun bedenken Sie, welch schweres Material der Lehrer bekommen wird, wenn die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz" gebaut wird und der Lehrer bekommt Kinder rein deutscher Zunge und solche czechischer Zunge. Wie schwer wird der Lehrer mit einem solchen Material arbeiten! Wenn der Weg schlecht ist, werden die Kinder nicht kommen. Im Frühjahre und Herbste tritt manchmal durch acht Tage Regenwetter ein; die Kinder werden, weil sie schlechte Kleider haben, nicht kommen. Auch arme Eltern haben ihre Kinder lieb und werden sie nicht dem schlechten Wetter preisgeben, um sie in die Schule bei der „Spinnerin am Kreuz" zu schicken. Ich habe Ihnen die Zustände der dortigen Gegend geschildert, Sie brauchen aber meinen Worten nicht zu glauben; ich habe nicht gesprochen, um Sie von der Richtigkeit dessen, was ich gesagt habe, zu überzeugen. Ich stelle den Antrag, der löbliche Gemeinderath beschließt, es sei eine Localaugenscheins-Commission zusammenzusetzen, bestehend aus Mitgliedern des Gemeinderathes, des Orts- und Bezirksschulrathes und der Bezirksvertretung. Diese Commission kostet Sie nichts und Sie können sich durch dieselbe gründlich von der Richtigkeit meiner Aussagen überzeugen.

Ich lege Ihnen ans Herz, für diese Localaugenscheins-Commission zu stimmen.

Bürgermeister: Was soll denn die Localaugenscheins-Commission machen?

Gem.-Rath Trambauer: Sie soll die Gegend besichtigen, um zu sehen, ob der Schulbau dort zweckmäßig ist.

Bürgermeister: Es sollen also neuerlich Erhebungen gepflogen werden?

Gem.-Rath Trambauer: Nein, sondern der Gemeinderath beschließt, eine Localaugenscheins-Commission zusammenzusetzen, die an Ort und Stelle die Gegend besichtigt.

Bürgermeister: Ich bitte um schriftliche Formulierung Ihres Antrages.

Gem.-Rath Wurm: Es ist nichts peinlicher, als wenn ein Beschluss, welcher nach reiflicher Erwägung und langen Debatten gefasst wurde, plötzlich wieder umgeworfen werden soll. Der Beschluss, die Schule an der Stelle zu bauen, wo der Stadtrath sie beantragt, war gestützt auf die Kundgebungen aller betheiligten Organe. Der Ortsschulrath, der Bezirksschulrath, wie auch der Bezirksschulinspector waren einstimmig dafür, dass der vorgeschlagene Platz am zweckmäßigsten situiert sei. Man hat damals darauf hingewiesen, dass, wenn die Schule an irgend einen anderen Platz gestellt würde, die Mehrzahl der Kinder noch viel weiter in die Schule zu gehen hätte. Die Schule liegt so ziemlich in der Mitte zwischen jenen Gegenden, wo die schulpflichtigen Kinder vorhanden sind, sie liegt nicht so entfernt von den Ziegelöfen und auch nicht von jenem Theile Favoritens, der in großer Entwicklung begriffen ist. Die Situation ist unmittelbar in nächster Nähe der Triesterstraße und der nächsten Parallelstraße. Die Schule soll auf einen nach allen Seiten freien Platz kommen, sie ist ideal situiert, mitten in einer Gartenanlage und unmittelbar angrenzend an das Wasserreservoir, welches gleichzeitig ein großes Luftreservoir bildet, weil es auf einem bepflanzten Hügel gelegen ist. Die sanitäre Lage ist also eine ausgezeichnete, die Zugänglichkeit ist keine schwierige. Wenn der Herr Vorredner sagt, es mache nichts, wenn Kinder in einen ganz anderen Bezirk gehen, zum Beispiel von der Thonfabrik in den V. Bezirk, es mache jedoch etwas, wenn Kinder von den Ziegelwerken in diese Schule gehen sollen, so ist das nicht mit gleichem Maße gemessen, und ich muss annehmen, dass eine gewisse Voreingenommenheit gegen den Antrag, der wohl erwogen wurde, vorhanden ist.

Es ist doch auch sehr wertvoll, wenn ein Fachmann aus demselben Bezirke, der gewiss den Corporationen angehört hat, welche da mitberathen haben, sich in warmer Weise dafür ausspricht, dass dieser beantragte, nach langer, reiflicher Debatte angenommene Platz wirklich seinem Zwecke entspricht. Ich finde es daher wirklich bedauerlich, wenn diese Sache neuerlich verzögert werden sollte, nachdem sie höchst dringend ist und es geradezu der Gemeinde Wien unwürdig wäre, wenn Kinder in eine fremde, kleine Gemeinde länger eingeschult blieben.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Auch ich habe der Budget-Commission angehört und war nicht des Sinnes, in welchem der Beschluss gefasst wurde. Auch ich schließe mich der Anschauung der Herren Collegen Pollak und Wurm an. Wir haben nach reiflicher Überlegung den Beschluss gefasst, dass wir eine Schule an der Triesterstraße bauen sollen. Im Bezirksschulrathe ist die Sache zu wiederholtenmalen erwogen worden. Es ist nicht praktisch, wenn wir diesen Beschluss umstürzen. In der Budget-Commission ist es der hinreißenden Beredsamkeit des Herrn Gem.-Rathes Trambauer gelungen, die Herren umzustimmen. Der Referent für die Angelegenheit, Herr Dr. Daum, wie der Herr Magistratsrath Schnitt waren der Meinung, wir sollen an dem bereits einmal gefassten Beschlusse vom 17. October v. J. festhalten.

Ich empfehle Ihnen daher, da ich auch der Minorität der Budget-Commission in diesem Falle angehört habe, bei dem alten Beschlusse zu bleiben und die Localaugenscheins-Commission, sowie jede andere Verzögerung abzuweisen, auf dass endlich diese höchst nothwendige Schule gebaut werde.

Gem.-Rath Rißaweg: Ich muss bedauern, dass gegen den Beschluss des Gemeinderathes vom 17. October v. J. jetzt neuerdings Einsprache erhoben wird.

Die Herren werden sich erinnern, in der betreffenden Sitzung vom 17. October v. J. wurde der Beschluss gefasst, den Platz anzukaufen. Es hat eine Commission stattgefunden. Der Ortsschulrath hat genaue Erhebungen gepflogen. Wenn Herr Gem.-Rath Trambauer neuerdings eine Commission will, so hieße das die bereits stattgefundene Commission vor den Kopf stoßen.

Der Herr College hat verschiedene Gründe angeführt, insbesondere sanitäre Rücksichten, weil sich das Kaiser Franz Josef-Spital in der Nähe befindet. Alle seine Bedenken sind doch vom damaligen Referenten, wie vom Herrn Collegen Pollak gründlich widerlegt worden. Ich begreife nicht, wie der Herr College dazukommt, die Herren der Budget-Commission neuerlich zu haranguieren, um wieder für seinen Antrag, den er damals zurückgezogen hat, einzutreten. Ich fühle mich verpflichtet, als Mitglied des Ortsschulrathes im X. Bezirke — und die Herren werden zugeben, dass ich die Verhältnisse auch so ziemlich kenne, die übrigens vom Herrn Gem.-Rathe Pollak trefflich klargelegt wurden — zu betonen, dass es eine dringende Nothwendigkeit ist, dass diese Schule gebaut werde.

Die Entfernung von 3 km vom Ziegelwerke, die hier angegeben wurde, ist nicht richtig. Von der Thonwaren- und Terracottafabrik haben die Kinder eine Viertelstunde, nicht weiter. Von der Wienerberger Ziegelwerksfabrik sollen die Kinder eine halbe Stunde Weg haben. Das kommt in anderen Bezirken auch vor. Wie der Herr Gem.-Rath Pollak bemerkt hat, müssen Kinder aus der Nähe der Schule in der Herzgasse in die Himbergerstraße Nr. 34 gehen, weil in der erstgenannten Schule Raummangel herrscht. Eine halbe Stunde Weges ist da nicht gar so absonderlich. Übrigens ist die Triesterstraße bis Inzersdorf gepflastert.

Wie schon bemerkt, müssen hunderte von Kindern von der Thonwarenfabrik und dem Ziegelwerke nach Inzersdorf in die Schule gehen; es ist commissioniert und der Platz gutgeheißen worden, ich begreife nicht, wie man heute dazukommt, gegen einen einmal gefassten Beschluss neuerdings zu protestieren.

Ich erlaube mir daher, in dieser Beziehung den bestimmten Antrag zu stellen: „Es sei der Beschluss des Gemeinderathes vom 17. October 1893 bezüglich des Grundankaufes zum Zwecke der Erbauung einer Doppel-Volksschule in der Triesterstraße im X. Bezirke aufrecht zu erhalten; weiters sei die von Seite des Magistrates und des Stadtrathes pro 1894 beantragte Summe von 90.000 fl. zu vorerwähntem Zwecke beizubehalten.“

Ich möchte mir zu bemerken erlauben, es ist sehr bedauerlich, dass dadurch, dass diese Angelegenheit neuerlich in der Budget-Commission aufgetischt worden ist, die Summe von 990.000 fl., welche bereits vom Magistrate und Stadtrathe beantragt waren, um 30.000 fl. heruntergesetzt wurde.

Meine Herren! Wenn Sie die Güte haben, meinen Antrag anzunehmen, wird dieser Sache vorgebaut, und ich bitte Sie daher um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur Geschäftsordnung): Ich erlaube mir, Schluss der Debatte zu beantragen, nachdem noch eine Anzahl von Rednern vorgemerkt ist.

Bürgermeister: Es ist Schluss der Debatte beantragt; die Herren, welche für den Schluss der Debatte stimmen, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Das Wort haben noch die Herren Gem.-Räthe Pollak, Frauenberger, Trambauer und Sauerborn.

Ich möchte die Herren wirklich dringend bitten, sich recht kurz zu fassen. (Zustimmung.)

Gem.-Rath Pollak: Ich werde mich sehr kurz fassen. Ich hoffe, dass der löbliche Gemeinderath auf meine Ausführungen insofern eingeht, dass er den Antrag, den Herr College Rißaweg gestellt hat, annimmt. Nur eines kann ich nicht verwinden und das ist der Antrag des Herrn Collegen Trambauer auf Einsetzung einer Localaugenscheins-Commission. Meine Herren! Das geht ja nicht. Diese Commission hat bereits stattgefunden. Es waren Vertreter des Ortsschulrathes, Bezirksausschusses, Bezirksschulrathes, ich glaube auch solche des Bauamtes und des Magistrates dabei. Die Herren haben ja den Platz angeschaut und wissen schon, wo er ist. Also, was soll diese neue Commission, und sie involviert nach meinem Dafürhalten nichts anderes, als ein Misstrauen gegen die damalige Commission, und darauf kann doch der Gemeinderath nicht eingehen. Die übrigen Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Trambauer will ich in der Hoffnung, dass unseren Wünschen Rechnung getragen wird, unerörtert lassen.

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Es ist wohl zweifellos, dass nach allem, was wir gehört haben, der Antrag der Budget-Commission nicht angenommen werden wird. Ich wüsste aber auch gar nicht, was mit der Annahme dieses Antrages erzielt werden sollte. Denn es wird hier einfach gesagt. Die Schule wird nicht auf diesem Platze gebaut, es soll ein anderer Platz erst ermittelt werden. Das hieße also die Sache ins Unendliche verzögern und schließlich würde heuer die Schule im X. Bezirke überhaupt nicht gebaut.

Nachdem aber dort eine Schule dringend nothwendig ist, schon mit Rücksicht auf die bestehende czechische Schule, darf der X. Bezirk in dieser Hinsicht nicht vernachlässigt werden und ich möchte mich, weil ich schon beim Worte bin, auf einen Antrag beziehen, der seit langer Zeit hier ruht, nämlich, dass im X. Bezirke ein Kindergarten errichtet werde. Dieser Antrag ist bis heute nicht erledigt! Meine Herren, im X. Bezirke soll dringend etwas geschehen, dadurch bringen wir die czechische Schule am allerbesten weg.

Nun liegt hier ein Streit unter Brüdern — möchte ich sagen — vor und ich bedauere, dass die Herren sich nicht früher geeinigt haben. Ich muss aber sagen, dass ich in dieser Richtung dem Fachmanne zustimmen muss, der selbst Leiter einer Schule ist, der so viele Jahre im X. Bezirke mit der Schuljugend zu thun hat und daher am allerbesten weiß, wo diese Schule hingehört. Ich glaube, die Platzfrage, die erörtert wurde, und dass der Platz an der Triesterstraße, wie College Trambauer meint, nicht geeignet sei, wurde hinlänglich widerlegt. Ich bitte Sie daher schon als Mitglied des Bezirksschulrathes — und ich möchte Sie daran erinnern, dass der Ortsschulrath und Bezirksschulrath sich in dieser Richtung ausgesprochen haben — auf diese wohlerwogene Sache doch etwas Gewicht zu legen; es geht nicht an, wenn zufällig ein Antrag in der Commission unterstützt wird und die Mehrheit der Anwesenden findet, einem solchen Antrage gleich stattzugeben. Ich bitte Sie also, bleiben Sie bei unserem schon einmal gefassten Beschlusse vom 17. October v. J. und lehnen Sie den Antrag der Budget-Commission ab.

Gem.-Rath Trambauer: Ich muss erwähnen, wie der Platz ausgemittelt wurde. Man ist zuerst an den richtigen Ort gegangen und hat mit der Gesellschaft unterhandelt, weil man von der Überzeugung ausgegangen ist, dass dort die Schule am besten situiert ist, aber die Gesellschaft am Wienerberge ist der Gemeinde Wien nicht coulant entgegengekommen. Für den Platz hat sie, glaube ich, 10 fl. per Quadratmeter begehrt; dann ist von Seite des Magistrates um den Platz am Ziegelwerke verhandelt worden. Aber die Gesellschaft hat sich nicht herbeigelassen, außer wenn der Quadratmeter mit 10 fl. bezahlt wird. Darauf ist der Magistrat nicht eingegangen und auf diese Weise ist dann dieser Platz ausgemittelt worden, der an der äußersten Peripherie liegt; vielleicht ist in 20 Jahren noch kein Haus dort. Wenn die Gesellschaft einen Grund hergegeben hätte, so wäre dort keine Schule gebaut worden. Aber weil die Gesellschaft keinen Grund hergegeben hat, da sie so human ist gegen ihre Arbeiter, die ihr Millionen verdienen, so können jetzt diese Kinder einige Kilometer heraufgehen. Das ist das einzige.

Eines muss ich Ihnen aber sagen, weil es hier immer heißt, von allen möglichen Corporationen sei dieser Platz empfohlen worden. Ich habe auch in der Commission gesagt: Meine Herren! Wenn der Gem.-Rath Trost noch am Leben wäre, so wäre er auch Bezirksschulrath und er würde in seiner Urwüchsigkeit gesagt haben: „Meine Herren! So eine Dummheit können wir nicht machen, ganz gewiss nicht; den Plan können wir nicht annehmen, da haben die Kinder von oben und unten her zu weit.“ Im übrigen habe ich mich am 17. October ausgesprochen. Es ist mir ganz gleichgiltig. Bauen Sie die Schule, wohin Sie wollen, ich habe keine Kinder in die Schule zu führen. Aber die Zukunft wird lehren, dass die Schule nicht am richtigen Platze steht.

Gem.-Rath Sauerborn: Meine Herren! Ich habe mich kurz zu fassen. Der Gemeinderath hat am 17. October nach reiflicher Überlegung den Beschluss gefasst, dass die Schule dorthin gebaut werden soll. Die Gründe, die damals maßgebend waren, sind auch heute maßgebend und es haben sich alle Körperschaften dafür ausgesprochen, dass die Schule dort am Platz ist. Der Herr Gem.-Rath Trambauer war der einzige in der betreffenden Sitzung, der opponiert hat. Er hat auch Anträge gestellt, welche er aber später zurückgezogen hat, und trotzdem ist es ihm gelungen, in der Budget-Commission wieder diese Sache zur Sprache zu bringen und die Commission in seinem Sinne zu beeinflussen. Mich wundert es überhaupt, dass die Budget-Commission darauf eingegangen ist; ich muss meine Verwunderung darüber aussprechen, und ich kann dem Herrn Collegen Trambauer nur sagen, er wird sich einen schlechten Dank im Bezirke damit erwerben. (Gem.-Rath Trambauer: Oho!) Ich kenne die Verhältnisse draußen ziemlich gut. Es ist das eigentlich nur ein Steckenpferd des Herrn Collegen; wenn eine Schule gebaut wird, dann macht er immer Opposition, das ist sein Steckenpferd ....

Gem.-Rath Trambauer (unterbrechend): Ich bitte, das leide ich nicht von Ihnen!

Bürgermeister: Aber Herr Gem.-Rath Trambauer, das ist ja keine Beleidigung; das ist durchaus keine Beleidigung!

Gem.-Rath Trambauer: Das werde ich mir verbieten!

Gem.-Rath Sauerborn: Und ich verbiete mir das von Ihnen!

Bürgermeister: Ich bitte, es ist kein Anlass zu einer Aufregung!

Gem.-Rath Sauerborn (fortfahrend): Das kann man doch sagen .... Ich bitte Sie, meine Herren, halten Sie den einmal gefassten Beschluss aufrecht, es ist der beste, den wir fassen können.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Den Antrag, einen Localaugenschein vorzunehmen, halte ich für ganz und gar überflüssig. Die Angelegenheit ist nach meiner Meinung vollkommen spruchreif, wir können heute darüber schlüssig werden. Wichtig ist, dass mit dem Bau der Schule heuer noch begonnen wird, weil es nothwendig ist, dass die Kinder, von denen eine große Anzahl nach Inzersdorf eingeschult ist, aus dieser Schule heraus- und in unserer eigenen Schule untergebracht werden.

Die Anträge, welche vorliegen, sind die des Stadtrathes: 90.000 fl. für den Bau auf dem Platze, welchen wir für diesen Zweck bereits angekauft haben, zu verwenden; der Antrag der Budget-Commission geht dahin, eventuell sich um einen weiteren Platz umzusehen und infolge dessen einen Betrag von 60.000 fl. einzusetzen. Ich bitte, den Antrag des Stadtrathes, 90.000 fl. für diesen Zweck einzusetzen, geneigtest anzunehmen.

Referent der Budget-Commission: Ich werde Sie nur mit einigen Worten belästigen. Das Bedürfnis nach einer Schule im X. Bezirke, das gegenwärtig besteht, ist von allen Seiten anerkannt worden und als Referent der Budget-Commission muss ich die Anträge vertreten, die dort die Mehrheit erreicht haben, wenn ich auch selbst nicht dafür gestimmt habe und nicht damit sympathisiere. Nachdem Ihnen die Verhältnisse geschildert worden sind, ist es nun Aufgabe der Herren, zu beurtheilen, was das Bessere ist. Ich bitte also, darüber zu entscheiden.

Bürgermeister: Gegen die Post „Herstellung eines Turnsaales 500 fl." ist keine Einwendung. — Angenommen.

„Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke 15.000 fl." Keine Einwendung? — Angenommen.

„Bau einer Doppel-Volksschule nächst der Triesterstraße im X. Bezirke." Hier beantragt der Stadtrath die Einstellung von 90.000 fl., die Budget-Commission die Einstellung von nur 60.000 fl. und weiter, es sei die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen. Zu diesem Antrage stellt Gem.-Rath Trambauer den Zusatz-Antrag, es soll eine Localaugenscheins-Commission, bestehend aus Mitgliedern des Ortsschulrathes, Bezirksschulrathes, Gemeinderathes, Bezirksausschusses und den Schulinspectoren stattfinden.

Ich bringe zuerst die höhere Ziffer von 90.000 fl. zur Abstimmung. Die Herren, welche mit der Einstellung des Betrages von 90.000 fl. einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen. Nichtsdestoweniger könnte nun ein Theil der Versammlung damit einverstanden sein, dass die Wahl des Platzes in Erwägung zu ziehen sei. Ich bitte also jene Herren, welche damit einverstanden sind, dass die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen sei, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Damit entfällt die Abstimmung über den Antrag Trambauer, dass eine Localaugenscheins-Commission stattzufinden habe. Mit der Annahme der Ziffer von 90.000 fl. und der Ablehnung des Antrages, die Wahl des Platzes neuerlich in Erwägung zu ziehen, sind die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Rißaweg erledigt; es bleibt nämlich bei dem Beschlusse vom 17. October und ist der Betrag von 90.000 fl. eingestellt.

Referent des Stadtrathes: XI. Bezirk:

Ausbau, respective Zubau, in der Volks- und Bürgerschule für Knaben und Mädchen am Marktplatze in Simmering, XI. Bezirk . . . . 15.000 fl.

Bau einer neuen Volksschule in Kaiser-Ebersdorf, XI. Bezirk . . . . 65.000 fl.

Beiden Beträgen hat die Budget-Commission zugestimmt. Ich bitte die geehrten Herren um die Annahme der Anträge.

Bürgermeister: Keine Einwendung? — Angenommen.

Referent des Stadtrathes: XII. Bezirk.

Erweiterung des Schulgebäudes in Hetzendorf, XII. Bezirk 3.500 fl.

Zubau zur Schule in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39 und 41, im XII. Bezirke . . . . 2.000 fl.

Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hetzendorf, XII. Bezirk . . . . 6.000 fl.

Hiezu liegt ein Antrag der Budget-Commission vor, welchen mein College vertreten wird.

Referent der Budget-Commission: Nachdem man gedacht hat, heuer mit dem Schulbaue in der Herthergasse fertig zu werden, dies jedoch nicht möglich ist, und die Schulverhältnisse, die ich voriges Jahr eingehend auf Grund der mir damals zur Verfügung gestandenen Ziffern geschildert habe, dort einen Schulbau dringend nothwendig machen, wird von Seite der competenten Organe in Antrag gebracht und von der Budget-Commission unterstützt, es möge in der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling ein Zubau für fünf Lehrzimmer und einen Turnsaal gemacht und hiefür der nöthige Betrag von 40.000 fl. eingestellt werden. Ich bitte, dem zuzustimmen. Diese Arbeit ist wahrscheinlich heuer noch auszuführen. Wir müssen ohnehin Lehrzimmer von der Bürgerschule in der Schönbrunnerstraße mittlerweile zu Hilfe nehmen, um die Kinder unterbringen zu können.

Gem.-Rath Büsch: Es sind hier 3500 fl. für die Erweiterung der Hetzendorfer Schule eingestellt.

Ich weiß nicht, wofür diese 3500 fl. eigentlich eingestellt sind, nachdem die Hetzendorfer Schule bereits fertig ist und 44.500 fl. seinerzeit genehmigt wurden. Wir haben diese Summe für den Zubau, den Aufbau eines Stockwerkes auf das andere Gebäude bewilligt, ich habe schon das damals viel zu hoch gefunden. Ich dachte, dass man mit 35.000 fl. einen solchen Bau ausführen könnte. Ich weiß nicht, sind diese 44.500 fl. verbaut worden und braucht man noch 3500 fl. zu diesem Baue? Oder soll für diese 3500 fl. etwas anderes hergestellt werden? Ich möchte den Herrn Referenten bitten, mir darüber Aufschluss zu geben. Die Hetzendorfer Schule ist besucht, aber sie ist leider nicht, wie es bestimmt war, zur rechten Zeit fertiggestellt worden, sondern $1^1/_2$ Monate später, und heute sieht der Garten so elend aus, dass man glaubt, hier sind Ziegeleien. Es war eine Baumschule vom Verschönerungsvereine die Bäume sind ausgegraben und anderswohin gesetzt worden, tiefe Gruben sind gemacht, die Löcher aber nicht zugedeckt, worden, da liegen Ziegelstücke herum, und das sieht scheußlich aus. Die Leute, die dort wohnen, sagen: so arbeitet heute die Commune. Früher war ein wunderbarer Garten dort, ein Spielplatz und ein Turnplatz für die Kinder, und heute ist weder ein Spielplatz noch ein Turnplatz dort. Die Sache ist, wie ich vorhin gesagt habe, als ob dort Ziegel gewonnen würden. Ich möchte

das Präsidium dringendst darauf aufmerksam machen, hier etwas zu thun, damit Bäume gesetzt werden — in zwei bis drei Tagen ist das fertig; denn so kann das unmöglich bleiben, wie ich es gestern dort gesehen habe.

Weiters ist für die Inzersdorfer Schule ein Betrag von 2000 fl. eingestellt. Das ist derselbe Fall wie früher. Im vorigen Jahre ist die Schule gebaut worden mit einem Maximalbetrage von — wie der Herr Referent erwähnt hat — 20.000 fl. Heute stehen hier 2000 fl. eingestellt; ich weiß wieder nicht: Ist das eine Nachtragszahlung, oder soll für 2000 fl. wieder etwas gemacht werden? (Rufe: Restzahlung!)

Ich möchte hier bemerken, dass die Schule auch nicht am 1. September fertiggestellt wurde, sondern erst 18 oder 19 Tage nach der Zeit. Ich möchte bitten, dass, wenn solche Adaptierungen vorkommen, man die Arbeiten etwas früher vergibt, respective die Offertverhandlung früher ausschreibt, damit das zur Zeit fertig gemacht wird.

Ich habe damals eine Interpellation an den Herrn Bürgermeister gerichtet, ob er nicht die Schule sistieren würde, bis der Bau fertig wird. Nach vier Tagen ist eine Commission hingegangen, ich bin telegraphisch verständigt worden, dass nachmittags eine Commission stattfindet, ich habe von 1 bis 3 Uhr gewartet, und die Commission ist um 6 Uhr hingekommen. Am dritten Tage hat der Herr Bürgermeister meine Interpellation in der Weise beantwortet, dass es nicht nothwendig gewesen sei, seit dem 15. die Schule zu sistieren. Ich war damals nicht zugegen; allein diese Antwort war nicht im Einklange mit meiner Interpellation, die Beantwortung war unrichtig, weil selbst am Montag oder Dienstag, nachdem die Commission dort war, die Schule noch nicht fertig war. Die Lehrer sind zu mir gekommen und haben mir gesagt: Die Arbeiter entkleiden sich und betreten die Aborte, die für die Mädchen bestimmt sind, ganz in den Unterkleidern; das könne doch unmöglich angehen, und man könnte die Schule ganz gut auf drei Tage sistieren.

Es ist ferner eine Doppel-Volksschule für Altmannsdorf und Hetzendorf mit 6000 fl. eingesetzt. Ich weiß nicht, wofür diese 6000 fl. sein sollen; will man dafür einen Grund kaufen, oder ist das eine Angabe für den Grund? Ich habe die Lehrer in Hetzendorf befragt, die seinerzeit bei der Commissionierung waren; sie haben mir einige Gründe gezeigt und meinten, dass man diese für den Bau einer Doppel-Volksschule in Aussicht genommen habe; es ist das ein Grund ganz nahe am Eisenbahndamme und ein Grund in Altmannsdorf draußen, und ich möchte da wirklich sehr davor warnen, dass man da unvorsichtig vorgeht, weil man in dem unteren Theile dieser Gründe manchmal bei $^1/_2$ m auf Wasser stößt; wenn es regnet, sind oft die Keller voll Wasser und das Wasser läuft zum Thore hinaus. Ich möchte also nicht rathen, diese Gründe anzukaufen; denn dann haben wir wohl einen Grund, der aber nicht für die Schule geeignet ist; außerdem fährt dort die Bahn vorbei und das macht Lärm — mit einem Worte: der Platz passt nicht für eine Schule. Besser wäre es gewesen, wenn die obere Schule, welche die gesündeste Lage hat, nach meiner Anregung gebaut worden wäre; man hätte mit dem Betrage von 72.000 fl., den ich damals beantragt habe, die Schule bauen sollen und man hätte dann für zehn Jahre eine ordentliche Schule. Jetzt ist aber ein Zubau zur Schule gemacht worden, und doch ist noch immer die dritte Classe ausgeschult; dieselbe ist mitten im Orte in einem ganz feuchten Zimmer untergebracht, in welchem früher Pfründner waren. Die Lehrer beklagen sich sehr, weil der Unterricht sehr behindert ist.

Hier ist also nicht in diesem Sinne vorgegangen worden, wie wir es gesagt haben, die wir die Verhältnisse kennen, sondern die Herren haben für den Antrag gestimmt, den leider Herr College Schneiderhan vertreten hat, der besser den theureren Betrag für die Aufsetzung eines zweiten Stockes auf die Turnhalle hätte vertreten sollen.

Ferner soll für einen Zubau der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling, wie der Herr Budget-Referent gesagt hat, der Betrag von 40.000 fl. eingestellt werden. Ich kann mich für diesen Zubau nicht erwärmen, obwohl ich ein Schulfreund bin und weiß, dass die Schulen überfüllt sind. Denn diese Schule liegt in dem dichtest bevölkerten Theile von Meidling. Nebenan ist das städtische Waisenhaus. Ich habe mir gestern die Sache angesehen. Wenn der Zubau ausgeführt würde, würde der Garten des Waisenhauses von zwei Seiten umsäumt, so dass die Waisenkinder, die in dem Garten Erholung suchen, dort gar keine Luftcirculation vorfinden würden. Der Garten, der rückwärts an die Schule anstößt, würde bedeutend verkleinert werden, und heute müssen wir froh sein, wenn wir Luft haben. Wenn der linke Nachbar, der ein Parterrehaus besitzt, auch hinaufbaut, so wird der Schulgarten so klein und eingedämmt, dass nur ein Luftzugang vom anstoßenden Nachbarn möglich wäre.

Wir haben genug Bauplätze in dem Bezirke, viele gehören der Commune, und man soll heute lieber einen Neubau für die Schule aufführen und ins Budget für diesen Neubau 50.000 fl. einstellen und diesen Zubau nicht machen.

Wir haben ja die Erfahrung in Gaudenzdorf gemacht, dass Adaptierungen zweimal vorgenommen wurden, und dass wir heute wieder nichts haben, obwohl viele tausend Gulden ausgegeben wurden. Es war das eben eine Flickerei. Jetzt soll die Bürgerschule von Gaudenzdorf nach Margarethen verlegt werden, und deshalb ist ein großer Neubau nothwendig. Die Gaudenzdorfer Kinder hätten viel zu weit hinauf, und dieser Bezirkstheil wäre also in dieser Richtung ganz verkürzt. Wir brauchen also dringend eine neue Schule. Wenn Sie den Zubau bewilligen, so wird in zwei Jahren der Raum wieder zu klein sein und Sie müssen dann zu einem Neubaue schreiten.

Ich beantrage daher, in das Präliminare 50.000 fl. für die Erwerbung eines neuen Schulbauplatzes einzustellen, und bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen.

Ich spare und spreche heute so, wie ich früher gesprochen habe. Hätten Sie mir damals gefolgt, so hätten wir manche tausende von Gulden erspart, die heute hinausgeworfen sind. Stimmen Sie dem Neubaue zu, eine neue Schule genügt für mehrere Jahre, während, wenn ein Zubau um 40.000 fl. gemacht wird, in zwei Jahren der Raum wieder zu klein ist. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrages.

Bürgermeister: Sie stellen also gegen den Antrag der Budget-Commission, für die Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling 40.000 fl. einzustellen, den Gegen-Antrag für den Neubau einer Schule 50.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Es hat der Herr Collega um Auskunft seitens des verehrten Referenten gebeten, und mich würde die Sache auch interessieren, denn das Präliminare ist in der That so angelegt, dass man absolut nicht klar ist, was eigentlich mit der Ansetzung der einzelnen Posten geschieht. Ich würde um gütige

Beantwortung der Fragen des Collegen Büsch bitten, wie denn eigentlich die einzelnen Posten zur Verwendung gelangen sollen.

Gem.-Rath Schneiderhan: Ich will vornehmlich zur Post 22 sprechen. Es ist an der Grenze zwischen Altmannsdorf und Hetzendorf der Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule geplant, weil die Schule in Altmannsdorf wirklich den Bedürfnissen nicht entspricht. Nun entwickelt sich Altmannsdorf gerade in unmittelbarer Nähe des Ortes Hetzendorf, nämlich in der Nähe der Breitenfurterstraße und in der Fortsetzung der Breitenfurterstraße gegen die neue Linie hinaus.

Der natürlichste Platz, welcher sowohl Altmannsdorf als Hetzendorf zu gebote steht, ist nun so ziemlich in der Nähe der Eisenbahn, dort, wo die Kinder sowohl von dem einen ehemaligen Orte als dem anderen gleichweit weg haben. Aber es sind 6000 fl. eingestellt. Ich habe schon im Stadtrathe darauf hingewiesen, dass das zu wenig ist für einen Bauplatz, der in Aussicht ist. Der Platz misst circa 1000 □° und ist unter 10 fl. die Klafter nicht zu haben. Das sind also 10.000 fl. Ich möchte daher den Antrag stellen, die Summe um 4000 fl. zu erhöhen.

Ich möchte ferner bitten, dass von Seite des Präsidiums dahin gewirkt werde, dass der Kauf ehemöglichst perfect werde. Der Mann ist uns ja nicht lange im Worte, und die Baugründe werden draußen wie in anderen Gegenden von Tag zu Tag theuerer. Es wird eine Preiserhöhung eintreten, wenn der Kauf nicht bald abgeschlossen wird.

Was die Bemerkung des Herrn Vorredners bezüglich eines Zubaues zur Schule in der Schillergasse betrifft, die nicht in Ober-Meidling, sondern in Unter-Meidling ist, so ist ein solcher dadurch gerechtfertigt, dass für zwei Schulen, für die ehemalige Knaben-Bürgerschule und für die Mädchenschule nur ein Turnsaal besteht. Es geht nicht weiter, dass sämmtliche Classen in diesem einen Saal Turnunterricht genießen, weil verschiedene Störungen eintreten, wie es auch nicht in dem Belieben der die Schulordnung verfassenden Lehrer liegt, die Turnstunden ans Ende der Schulstunden zu verlegen. Der Bau eines Turnsaales ist also unbedingt nothwendig.

Nun sollen über den Turnsaal die unterzubringenden Lehrzimmer gebaut werden. Das ist natürlich. Das Dach müsste auf den Turnsaal so wie so d'raufkommen, es wäre das ein billiger Bau und wird vielleicht doch auf zwei Jahre den Bedürfnissen genügen. Ich möchte daher bitten, die Anträge, so wie sie von der Budget-Commission gestellt worden sind, bei Post 23 die 40.000 fl. zu genehmigen, bei Post 22 für den Schulbauplatz die Summe von 6000 fl. auf 10.000 fl. zu erhöhen, weil er unter diesem Betrage factisch nicht zu haben sein wird, und der Stadtrath in kürzester Zeit mit einem Antrage auf einen Zuschusscredit zu dieser Post kommen müsste.

Referent des Stadtrathes: Was die Zahlungen von 3500 fl. und 2000 fl. betrifft — Posten 20 und 21 — so sind das Restzahlungen. Die geehrten Herren finden das, wenn sie nicht bloß die Vorlage, welche ihnen wahrscheinlich zur Hand ist, einsehen, sondern wenn Sie das seit langer Zeit Ihnen zugesendete Budgetelaborat einsehen, wo diese Beträge ganz genau specificiert sind. Sie finden zu Post s — 3500 fl. — in der Anmerkung eine genaue Erklärung, ebenso in Betreff der nächsten Post per 2000 fl. die Aufklärung, dass das Restzahlungen von Beträgen sind, welche im vorigen Jahre eingestellt wurden.

Was die Erwerbung eines Baugrundes betrifft, so würde ich bitten, über 6000 fl. im Budget nicht hinauszugehen. Sollte es nicht möglich sein, damit das Auslangen zu finden, so müsste ein Betrag auf den Reservefond gehen. Ich glaube, es ist nicht gut, ohne dass man einen bestimmten Baugrund in Aussicht hat, einen zu großen Betrag einzusetzen.

Was den Antrag betrifft, die Position von 40.000 fl. zur Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Meidling zu streichen, so ist es Sache meines Collegen, darüber zu sprechen.

Aber wenn die Herren die Sache ablehnen und einen Betrag für einen neuen Platz einsetzen, so würde ich bitten, nicht einen Betrag von 50.000 fl. — der für einen Schulplatz in Meidling zu hoch ist — sondern einen niedrigeren Betrag, etwa 10.000 oder 20.000 fl. einzusetzen. Zunächst bitte ich, den Antrag des Stadtrathes anzunehmen.

Referent der Budget-Commission: Vor allem anderen muss ich mich gegen die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Büsch wenden, der es nicht acceptieren will, dass auf die Schule in der Schillergasse ein Aufbau, respective ein Zubau gemacht werde. Meine Herren, warum man gerade auf diesen Bau gekommen ist, ist selbstverständlich. Ich habe eingangs erörtert, dass die Schulverhältnisse in Meidling solche sind, dass man mit Beginn des nächsten Schuljahres dringend mehrere Lehrzimmer braucht.

Das ist nicht anders möglich, nachdem die Schule in der Herthergasse nicht fertig werden wird, als dadurch, dass die Gemeinde auch bei der Schule in der Schillergasse Erweiterungen vornimmt, und zwar wie Herr College Schneiderhan bereits erörtert hat, wird ein Turnsaal erbaut, der dringend nothwendig ist, und man benützt dann den Raum oberhalb desselben, um fünf Lehrzimmer herzustellen. Das Bauamt verspricht, dies noch in einer Zeit machen zu können, dass zu Beginn der nächsten Schulperiode die Lehrzimmer bereits benützt werden können.

Ich habe weiters gesagt, dass man jetzt schon in der Bürgerschule in der Schönbrunnerstraße Lehrzimmer freimachen muss, welche dringend gebraucht werden.

Mit diesem Baue hat sich die Commission, welche aus Vertretern des Bezirksschulrathes, Ortsschulrathes, dem Bezirksschulinspector, Vertretern des Stadtphysikates und Magistrates bestand, einverstanden erklärt, schon im Interesse und mit Rücksicht auf die Nothwendigkeit und Dringlichkeit dieser Arbeit.

Wenn die Herren jetzt meinen, durch Einstellung eines Betrages von 50.000 fl. — sei er höher oder niederer — für einen Bauplatz dem Zwecke näher zu kommen, so sind Sie im Irrthume, weil, bis die Verhandlungen wegen Erwerbung dieses Bauplatzes vollendet sind und bis das Haus gebaut ist, nahezu zwei Jahre vergehen und dem momentanen Bedürfnisse dadurch nicht Rechnung getragen und die Verlegenheiten, die im Bezirke heute schon bestehen, nicht behoben würden. Ich glaube also, das einzig Richtige ist, wenn Sie diesen Betrag bewilligen, was ja auch verhältnismäßig am billigsten kommt und am raschesten dem Bedürfnisse abhilft. Ich muss daher auf Grund der Erwägungen in der Commission, die sehr eingehend und gründlich waren, nochmals die Einstellung dieses Betrages beantragen.

Gem.-Rath Frauenberger: Mich interessiert hier auch eine Frage. Es heißt hier: Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling 40.000 fl. und da wurde vom Herrn Collegen Schneiderhan gesagt, dass er diesen Bau sehr billig finde.

Ja, meine Herren, ich war nun der Meinung, es werde hier etwas Großes aufgeführt, denn um 40.000 fl. kann man in Meidling schon etwas herstellen.

Ich kenne eine Menge Häuser in Meidling, die drei Stock hoch sind und nicht viel mehr als 40.000 fl. gekostet haben werden. Nun höre ich aber zu meiner großen Überraschung vom Herrn Referenten der Budget-Commission, was dort gebaut wird: ein Turnsaal wird eingedeckt und dann werden fünf Lehrzimmer gewonnen, und das kostet 40.000 fl.! Da muss ich doch recht sehr bitten, entweder hat das Bauamt da wieder einmal gehörig über die Schnur gehauen, so dass dann wieder die Hälfte erspart wird. Meine Herren, eine Stockwerks-Aufsetzung auf eine solche Schule wie die in Meidling kann doch unmöglich 40.000 fl. kosten! Und wenn sie das kosten würde, dann wäre es wirklich ein Verbrechen, wenn man eine solche Stockwerks-Aufsetzung vornehmen würde und damit nur fünf Lehrzimmer erzielt. Da wäre es doch viel gescheiter, wir geben noch 40.000 fl. dazu und gewinnen dadurch 18 Lehrzimmer oder noch mehr. Das wäre viel praktischer!

Ich möchte mir daher vor allem die Aufklärung darüber erbitten, da ich vielleicht falsch verstanden habe; denn wenn wir nur fünf Lehrzimmer und einen Turnsaal gewinnen, dann hätte ich nicht das Herz, für diesen Betrag zu stimmen, das muss ich sagen!

Referent der Budget-Commission: Ich will den Herrn Collegen sofort darüber aufklären. Der Turnsaal, der gebaut werden soll, besteht noch nicht, sondern er wird im Parterre angebaut und umfasst den Raum von zwei Lehrzimmern. Daran schließen sich Garderoben, die ungefähr drei Lehrzimmer umfassen und über diesen im 1. Stocke werden fünf Lehrzimmer etabliert, das ganze muss fundiert, es muss ein Dach gebaut werden. Außerdem hat das Bauamt bei allen Überschlägen für Schulbauten auch die vollständige innere Einrichtung inbegriffen, und der Herr Collega weiß, dass diese durchschnittlich — wir haben die Erfahrung seit Jahren — circa 6- bis 7000 fl. per Lehrzimmer kostet. (Widerspruch.)

Der ganze Bau sammt Einrichtung kostet so viel; die Herren wissen, es handelt sich um einen vollständigen Bau vom Keller bis zum Dach hinauf.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Meine Herren! Ich habe im Stadtrathe für diese 40.000 fl. gestimmt, weil ich immer von der Überzeugung ausgehe, dass es nothwendig ist . . .

Referent des Stadtrathes: Es war nicht im Stadtrathe . . .

Gem.-Rath Dr. Lueger: Aber es ist darüber gesprochen worden, ich erinnere mich daran; ich muss aber sagen, dass, wenn die Auseinandersetzungen des Herrn Collegen Büsch richtig sind, ich diesem Antrage nicht zustimmen kann.

Es müsste die Sache näher erwogen werden. Herr Collega Büsch hat erwähnt, dass speciell das Waisenhaus tangiert würde, dass ihm Licht und Luft genommen, respective karger zugemessen werden. Ich gestehe, dass der Gedanke des Herrn Collegen Büsch, eine neue Schule zu bauen, richtig ist, und glaube, dass wir dem Antrage Büsch zustimmen sollen. Das ist meine Meinung. Wir könnten eventuell heute eine bestimmte Summe, z. B. 50.000 fl. festsetzen und bezüglich der Art und Weise der Verwendung dieser Summe bestimmen, dass die Angelegenheit an den Stadtrath zurückgeleitet werde. Ich stelle auch diesen Antrag.

Gem.-Rath Schneiderhan: Der Herr Budget-Referent hat schon die Aufklärung theilweise gegeben, warum eine Stockwerks-Aufsetzung stattfinden soll. Herr Collega Frauenberger meinte, ich hätte gesagt, der Bau ist billig. Ich habe nur gesagt, man baut billiger, wenn man auf einen ebenerdigen Tract ein Stockwerk aufsetzt, weil das Dach auch hinaufkommt, es würde also die Bedachung erspart. Was die Bedenken des Herrn Gem.-Rathes Büsch wegen Verkleinerung des Gartens anbetrifft, so ist ja der Garten ziemlich groß und es wird Licht und Luft nicht viel mehr wegnehmen, wenn man ein Stockwerk auf den Turnsaal aufsetzt. Die Zimmer werden ordentlich beleuchtet von Westen und von Osten, wo die Fenster zumeist hinausgehen. Der Haupttract steht nordwestlich. Die Beleuchtung auf der Straßenseite ist sehr gut, und selbst die hofseitig gelegenen Zimmer sind ziemlich gut beleuchtet. Es sind die Gänge ganz hinausgebaut, das Stiegenhaus liegt ganz außerhalb des Hauses. Der Zubau kommt so weit weg, dass nicht Gefahr ist, dass die Beleuchtung schlecht werden kann und der Garten bleibt immerhin groß genug, denn es kommt der ganze Zubau senkrecht zur Baulinie in den Grund hinein. Es wird auch hinter dem Schulhaus so viel Grund sein, dass 10 bis 15 m — ich kann es jetzt momentan nicht sagen — hinter dem Zubau bleiben. Ich glaube also, es ist keine Gefahr und Sie helfen damit momentan ab; wenn Sie das Project, wie es vorliegt, annehmen, so wird dem Bedürfnis nach Lehrzimmern schon mit Beginn des Schuljahres 1894/95 abgeholfen sein, was, wenn Sie den Antrag Büsch annehmen, gewiss nicht der Fall sein wird.

Es ist zweifellos, dass bei der fortschreitenden Verbauung in Meidling es nicht länger als zwei Jahre dauern würde, dass wir wieder eine neue Schule brauchen. Wir aus den ehemaligen Gemeinden haben die Erfahrung, dass wir alle drei bis vier Jahre eine neue Schule bauen müssen. Zwei Jahre wurde jetzt bei uns keine gebaut. Heute kommt man mit dem Palliativmittel einer Stockwerks-Aufsetzung, also es wird kaum länger als zwei Jahre dauern, so wird eine Schule in der Nähe der Bahn und der Dammstraße gebaut werden müssen. Dort hat auch die Gemeinde Plätze genug, Bürgerspitalgründe die schwere Menge. Es wird leicht sein, einen Platz zu erwerben. Es ist sogar dort in der Parcellierung ein freier Platz für eine Schule in Aussicht genommen. Ich glaube, es ist auch im Plane eingezeichnet. Ich kann mich aber nicht genau erinnern, ob er auch geeignet ist, ob er nicht zu nahe an der Bahn liegt, so dass das Geräusch von der Bahn her störend einwirken würde. Es sind dort genug Plätze zu finden. Ich bitte also, die Anträge der Budget-Commission anzunehmen, um einem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Alle Anträge, welche in der Budget-Commission durch Collegen Dr. Daum und mich, die wir die Referenten über Schulbauten waren, gestellt wurden, sind in einer Weise entstanden, die Ihnen volle Beruhigung gewähren kann. Dr. Daum und ich sind Mitglieder des Bezirksschulrathes und haben infolge dessen Gelegenheit, fortwährend mit den Bezirksschulinspectoren zu verkehren. Wir haben nun die Bauten in jedem einzelnen Bezirke mit denjenigen Schulinspectoren durchberathen, welche in dem betreffenden Bezirke thätig sind. Als wir nun zum XII. Bezirke kamen, haben wir die Bauten mit dem Inspector Suchomel eingehend besprochen, und Herr Inspector Suchomel hat uns erklärt, dass, wenn nicht heuer mit dem Baue begonnen wird, im Herbste eine große Noth an Classen eintreten werde. Er hat bei der Schöpfung von Neu-Wien den Bezirk mit einer größeren Anzahl von Spätclassen übernommen. Jetzt besteht gar keine Spätclasse mehr. Das Bedürfnis ist durch die Anzahl von Schulen, die gebaut wurden, befriedigt.

Es ist aber unbedingt nothwendig, diesen Bau durchzuführen, wenn nicht im Herbste fünf bis sechs Spätclassen abermals eingerichtet werden sollen.

Ich möchte die Herren daher warnen, die Sache abzulehnen und einer nochmaligen Berathung zuzuführen. Es ist alles gründlich genug überlegt worden. Wir werden auch eine Schule bauen müssen, welche Herr Gem.-Rath Büsch beantragt hat und wir werden auch dem Wunsche des Herrn Gem.-Rathes Dr. Lueger Rechnung tragen müssen. Zur raschen Behebung eines Nothstandes ist aber dieser Bau nothwendig. Es ist ein fachmännischer Rath, auf welchem die Anträge der Budget-Commission basieren.

Gem.-Rath Dr. Geßmann: Ich möchte zunächst nur zur Post 22 bemerken, dass bezüglich der Wahl des Platzes, der mit 6000 fl. eingestellt worden ist, noch keinerlei Verfügungen, bezw. Einleitungen getroffen wurden. Eventuell würde ich mich da um Auskunft an den geehrten Herrn Referenten wenden. Jedenfalls aber möchte ich mir zu dieser Post den Antrag zu stellen erlauben, dass zur betreffenden Commission die Gemeinderäthe des Bezirkes eingeladen werden, weil da gewiss auch andere Interessen mit in Betracht zu ziehen sind, Fragen, die nicht allein von Seite der Schulbehörden gelöst werden können.

Ganz ähnlich ist es auch bezüglich der Post 23. Es hat der geehrte Herr Vorredner gemeint, es sei die Sache von Seite der Bezirksschulinspectoren in eingehendster Weise studiert und auf das Referat der Herren hin diese Einstellung gemacht worden. Nun handelt es sich da aber, wie gesagt, auch um die Interessen des Waisenhauses, das unmittelbar daneben steht, die zu wahren gar nicht die Sache der Bezirksschulinspectoren, wohl aber Sache des Gemeinderaths-Plenums ist. Es ist also gewiss immerhin wünschenswert, dass auch dieser Frage Rechnung getragen werde.

Wenn das aber richtig ist, was sowohl Herr St.-R. Schneiderhan als der unmittelbare Herr Vorredner gesagt haben, dass der Neubau einer Schule unbedingt in kürzester Zeit nothwendig wird, dann, glaube ich, ist der Antrag Büsch bezw. Lueger in der That der praktikablere. Es braucht ja die Sache nicht ein halbes Jahr herumzuwandern, sondern es kann ja die Entscheidung möglichst schnell getroffen werden. Aber das eine ist sicher: wenn wir eine neue Schule bauen, kommt das vielleicht auf 80.000 oder 100.000 fl. zu stehen, aber es wird dann wirklich etwas geschehen. Wir kriegen dann 18 Lehrzimmer, während es sich hier um fünf handelt. Ich muss aufrichtig gestehen, dass ich, obwohl ich voll und ganz das Bedürfnis nach Erweiterung der Schulräume anerkenne und unbedingt dafür bin, dass mit größter Beschleunigung der Classennoth abgeholfen werde — denn es ist ja ein schauderhaftes Lernen in überfüllten Classen — dennoch in diesem Falle aus dem Gesichtspunkte einer radicalen Abhilfe für den Antrag Büsch stimmen werde.

Gem.-Rath Bärtl: Als Mitglied der Budget-Commission muss ich nur bestätigen, was Herr Dr. Friedjung und Herr Dr. Daum in der Budget-Commission ausgeführt haben. Meine Herren, der Magistrat wie der Stadtrath haben Restzahlungen eingestellt, und zwar zusammen 5500 fl. Dann ist ein Betrag von 6000 fl. eingestellt worden zur Erwerbung eines Schulplatzes in der Nähe von Hetzendorf. Die Budget-Commission hat nun geglaubt, weil die Dringlichkeit nicht verkannt worden ist, dass es am besten und schnellsten gehen würde, wenn ein Zubau in der Schillergasse in Meidling stattfinden würde, und dass ein Betrag von 40.000 fl. hinlänglich wäre. Die Budget-Commission hat aber auch nicht verkannt, dass damit nicht abgeholfen ist, sondern dass auch eine neue Schule, wie Herr College Schneiderhan bereits hingewiesen hat, im nächsten Jahre oder in zwei Jahren gebaut werden muss.

Wenn Sie den Antrag der Budget-Commission annehmen, wird also sofort in diesem Jahre Hilfe geschaffen. Nehmen Sie ihn nicht an und stellen den Betrag von 50.000 fl. zur Erwerbung eines Schulplatzes und zur Erbauung einer Schule ein, so glaube ich, dass die Mitglieder der Budget-Commission sich nichts vergeben, wenn sie auch diesem Antrage zustimmen. Die Budget-Commission hat eben nur geglaubt, dem Übelstande rasch abzuhelfen, wenn sie den Zubau fördert, so dass dieser noch in diesem Jahre geschieht.

Die Budget-Commission hat es gut gemeint, um der Sache rasch und schnell abzuhelfen, aber ich glaube, wie gesagt, dass sich die Mitglieder der Budget-Commission nichts daraus machen dürfen, wenn sie einen noch höheren Betrag als 50.000 fl., d. i. also den Antrag Büsch, annehmen. Die Sache wird allerdings dadurch verzögert; in diesem Jahre kommen Sie dann nicht zum Baue. Die Herren wissen ja, wie die Geschäfte bei uns gehen; wie die Sachen vom Stadtbauamte zum Magistrate kommen, wie dort Erhebungen gepflogen, Pläne fertiggestellt und Berechnungen angestellt werden ꝛc.; in diesem Jahre kommen Sie also nicht zum Baue. Wenn Sie aber meinem Herrn Collegen, der den XII. Bezirk gut kennt, zustimmen, so vergeben Sie sich nichts; nur geht es schneller, wenn der Antrag der Budget-Commission angenommen würde.

Gem.-Rath Schmidt: Ich muss auch den Antrag des Herrn Budget-Referenten wärmstens unterstützen, und zwar aus dem einfachsten Grunde, weil die Beistellung von Lehrzimmern in der Schillergasse zur dringendsten Nothwendigkeit geworden ist. Es wurde auch infolge dessen im Monate Februar eine Commission abgehalten, um für das nächste Schuljahr nur einige Lehrzimmer zu bekommen, so auch durch die Adaptierung der Schulleiterwohnung. Bei der Commission hat sich aber die Nothwendigkeit herausgestellt, dass ein zweiter Turnsaal für diese Mädchenschule erbaut werden muss, und da ist von Seite des Stadtbauamtes der Antrag gestellt worden, dass auf diesen Turnsaal ein zweites Stockwerk aufgesetzt werden soll, um auf diese Art wenigstens für zwei, drei Jahre der großen Noth bezüglich des Lehrzimmermangels abzuhelfen. Schon im verflossenen Jahre wollte man Spätclassen errichten; aber man hat durch Überfüllung einzelner Lehrzimmer diesen Übelständen abgeholfen. Wenn Sie diesen Nothbau nicht zum Beschlusse erheben, so müssen Sie unbedingt im nächsten Schuljahre 1894/95 wieder Spätclassen einrichten. Das gibt Bedenken, und ich bitte daher, den Antrag des Budget-Referenten anzunehmen.

Gem.-Rath Büsch: Ich werde die Herren nicht lange aufhalten. Es handelt sich hier hauptsächlich um einen Turnsaal; Zimmer für die Schulclassen werden sich immer finden; es könnte in der Noth ja die Directorswohnung verwendet werden, bis die neue Schule fertiggestellt ist; ich glaube gehört zu haben, dass Herr Schmidt ausziehen wird, da wäre also immer ein Ersatz für Schulräumlichkeiten geboten. Es bliebe also nur der Turnsaal. Ich meine es ja nur gut, dass die Kinder schneller und besser untergebracht werden. Aber ich weiß, es wird so fortgehen, wie es auch in Hetzendorf der Fall war. Der Herr College Schneiderhan ist ja nicht consequent; früher sagte er, auf den

Turnsaal solle man eine Räumlichkeit aufbauen, damit Zimmer vorhanden sind. Was aber Hetzendorf betrifft, so hat er gegen mich gesprochen. Ich wollte, dass man in Hetzendorf auf den Turnsaal ein Stockwerk aufbaue, damit die Classen, die in feuchten Zimmern sich befinden, dort ordentlich untergebracht werden, und dabei hat er mich nicht unterstützt. Diese Schule hat zwei Stockwerke, und jetzt baut man einen Turnsaal unten und baut einen Stock hinauf. Wie schon vorhin erwähnt wurde, ist ein Seitentract gezogen, so dass das Waisenhaus fast gar keinen Luftraum bekommt, und wenn auf der linken Seite ein Haus aufgebaut wird, hat der Garten absolut gar keine Luft. Das ist der Grund, warum ich keinen Zubau will. Dieser Raum des Gartens soll erhalten werden, wir sollen hier etwas Grünes haben. Wird dieser Theil verbaut, so haben wir einen ganz kleinen Garten, und aus diesem Grunde wünsche ich, dass man nicht einen Zubau macht, sondern eine neue Schule. Man kann sich, wie der wienerische Ausdruck lautet, noch ein bis zwei Jahre mit den fünf Schulräumen fretten und hat dann eine ordentliche Schule. — Ich bitte, in diesem Sinne meinen Antrag zu unterstützen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Nachdem die Anträge des Stadtrathes von keiner Seite bekämpft wurden, habe ich keine Bemerkung zu machen.

Referent der Budget-Commission (zum Schlussworte): Ich werde mich recht kurz fassen. Ich muss aber wirklich sagen: Es hat mich überrascht, dass der Herr Vertreter des XII. Bezirkes so warm befürwortet, es möge dort nur ein Turnsaal gebaut und nicht zugleich ein Stockwerk auf den Turnsaal aufgesetzt werden. Durch die Erbauung des Turnsaales nehmen Sie den von Ihnen so hoch geschätzten Luftraum auch weg. Ich habe mich gerade bei dem Vertreter des Stadtbauamtes erkundigt, wie groß eigentlich dieser Luftraum ist, wenn der Zubau dort ausgeführt wird, und habe die fachmännische Antwort erhalten, dass der übrigbleibende Theil des Gartens sammt Schulplatz noch immer einen freien Raum von 300 □° repräsentiert. Ich glaube nicht, dass Sie viele Schulen haben, wo ein solcher Luftraum noch übrig bleibt, und glaube, dass die Ängstlichkeit ein bisschen zu groß ist. Wenn Sie aber Ihrem Schulbezirke wirklich das geben wollen, wessen er dringend bedarf, so müssen Sie unbedingt für diese 40.000 fl. stimmen, aus dem Grunde, weil Sie dann heuer zu Beginn des Schuljahres wirklich die nothwendigen Lehrzimmer haben, was in gar keinem anderen Falle möglich ist. Wenn man später einen Betrag für einen Platz und die erste Baurate einstellt, so wissen Sie — namentlich diejenigen Herren, welche dem Gemeinderathe länger angehören — doch aus Erfahrung, dass da vor zwei Jahren die Schule nicht bezogen werden kann. Wie wollen Sie also dem momentanen Bedürfnisse entsprechen?

Sie verkennen ganz die Wichtigkeit der Sache, die uns zu dieser Ausgabe zwingt; es wäre gewiss schön, wenn dieser Betrag erspart werden könnte. Wenn erst ein Platz erworben wird, so haben Sie lange noch keine Schule. Ich glaube: wer schnell gibt, gibt doppelt. Aus diesem Grunde bleibt nichts übrig, als im Interesse der Schule diese Adaptierung, diesen Zubau vorzunehmen. Ich bitte, für die Einstellung dieses Betrages zu stimmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger (zur Berichtigung): Ich will berichtigen, dass mein Antrag nicht dahin geht, dass der Antrag der Budget-Commission total abgelehnt werde, sondern ich will, dass die Art und Weise der Verwendung, wie sie von der Budget-Commission, wie sie vom Herrn Collegen Büsch beantragt wird, dem Stadtrathe zur Entscheidung zugewiesen werde.

Gem.-Rath Frauenberger (zur persönlichen Bemerkung): Ich muss dem Herrn Referenten bemerken, dass ich nicht seiner Meinung bin, dass wir, wenn wir heute diese Summe bewilligen, im September oder October diesen Zubau zur Benützung fertig haben. Bezüglich des angeführten Sprichwortes „Wer schnell gibt, gibt doppelt", bin ich seiner Meinung, weil ich glaube, dass es wirklich das Doppelte kosten wird, wenn wir auf seinen Antrag eingehen. (Lebhafte Heiterkeit.)

Referent der Budget-Commission: Ich will auf das gute Wortspiel des Herrn Gem.-Rathes Frauenberger nicht eingehen; aber nach den Aufklärungen des Herrn Vertreters des Stadtbauamtes wird die Schule im October fertiggestellt sein und dem Schulzwecke übergeben werden können. Das wollte ich richtigstellen.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung: „Erweiterung des Schulgebäudes in Hetzendorf, 3500 fl." Keine Einwendung? — Angenommen.

„Zubau zur Schule in Gaudenzdorf-Schönbrunn, 2000 fl." Keine Einwendung? — Angenommen.

„Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hetzendorf." Antrag des Stadtrathes und der Budget-Commission: 6000 fl. Herr Gem.-Rath Schneiderhan beantragt, statt 6000 fl. 10.000 fl. einzustellen; die Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Zu Post 4 „Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling" beantragt die Budget-Commission 40.000 fl. Der Stadtrath stellt diesfalls keinen Antrag. Gem.-Rath Büsch beantragt, statt dieser Post den Betrag von 50.000 fl. einzustellen für Erwerbung eines neuen Schulplatzes, beziehungsweise Errichtung einer neuen Schule.

Gem.-Rath Dr. Lueger beantragt, diese beiden Anträge, sowohl den Antrag der Budget-Commission als auch den Antrag Büsch, zur nochmaligen Vorberathung dem Stadtrathe zuzuweisen. Diesen formellen Antrag bringe ich zuerst zur Abstimmung. Ich ersuche die Herren, welche mit demselben einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

XIII. Bezirk:

Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule in Unter-St. Veit . . . . 70.000 fl.
Bau eines Schulgebäudes in Hütteldorf . . . . . . 60.000 „
Ausbau des Schulhauses in Ober-St. Veit . . . . . 27.000 „
Erbauung einer Doppel-Bürgerschule an der Grenze der ehemaligen Gemeinden Penzing und Breitensee . 70.000 „
Bau einer Volksschule in der Gegend der Rochusgasse in Penzing . . . . 15.000 „
Bau einer Doppel-Volksschule im Centrum der ehemaligen Ortschaften Lainz und Speising . . . . 10.000 „

Ich bitte um die Annahme.

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Dr. Vogler: Zum Antrage auf Erbauung einer Doppel-Bürgerschule im XIII. Bezirke möchte ich eine Bemerkung machen. Es wurde heute vom Gemeinderathe der Beschluss gefasst, die Wieninger'sche Realität in der Neuberg-

gasse anzukaufen um den Betrag von 13.000 fl. Es würde also noch zur Erbauung dieser Schule wenigstens als erste Baurate ein Betrag von 17.000 fl. verbleiben; das ist unbedingt zu wenig, und wenn Sie auch nicht auf den früheren Antrag des Stadtrathes zurückgehen wollen mit den 70.000 fl., so möchte ich doch glauben, dass diese Position auf 53.000 fl. zu erhöhen wäre. Wir haben dann 13.000 fl. für den Bauplatz und 40.000 fl. als erste Baurate. Ich hoffe, dass das genügen wird. Ich beantrage daher die Einstellung von 53.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon zu Anfang der heutigen Sitzung darauf hingewiesen, warum die Budget-Commission 30.000 fl. eingestellt hat. Nach den Aufklärungen, die uns geworden sind, und nach der Zustimmung, die Sie dem Antrage des Dr. Vogler gegeben haben, bleibt nichts übrig, als in Anbetracht der Verhältnisse statt 30.000 fl. hier 53.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath v. Götz: Ich kann nur den Antrag des Herrn Dr. Vogler auf das wärmste befürworten. Ich möchte bemerken, dass im XIII. Bezirke 13 Volksschulen für 6000 Schulkinder bestehen, darunter eine einzige Bürgerschule, und dass jetzt ein Provisorium in Unter-St. Veit geschaffen ist. Es ist jedenfalls für die Bezirke Penzing und Breitensee nothwendig, dass schon heuer der Schulbau durchgeführt wird, weil hier 1933 Kinder die Volksschule besuchen, und gewiss eine große Anzahl Kinder die Bürgerschule besuchen wird.

Ich bitte demnach, den Antrag, in das Budget 53.000 fl. einzustellen, anzunehmen.

Gem.-Rath Brauneiß: In den Berathungen der Budget-Commission hieß es, dass diese Bürgerschule heuer nicht mehr in Angriff genommen wird, und dass die Bewilligung zur Erwerbung eines Platzes erfolgen soll. Ich sehe aber die dringende Nothwendigkeit ein, dass, nachdem ich höre, dass die Schule heuer in Angriff genommen werden soll, der höhere Betrag, den Herr St.-R. Dr. Vogler beantragt hat, eingesetzt wird.

Ich bin sehr dafür, dass dieser Betrag angenommen wird.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent der Budget-Commission: Ich habe schon meine Zustimmung zu dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Dr. Vogler ertheilt und habe daher nichts mehr beizufügen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Von sämmtlichen Ansätzen ist bloß bei Post 27 ein Gegen-Antrag vom Herrn Gem.-Rathe Dr. Vogler gestellt worden, anstatt der 30.000 fl., welche die Budget-Commission beantragt, 53.000 fl. einzustellen.

Ich bringe diesen Antrag, welcher die höhere Ziffer enthält, zuerst zur Abstimmung und bitte jene Herren, welche Post 27 mit 53.000 fl. zu dem in der Vorlage ersichtlichen Zwecke einstellen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Die übrigen Posten sind nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Referent des Stadtrathes: XIV. Bezirk.

Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der Area des ehemaligen Sechshauser Bezirksspitales . . . . 110.000 fl.

Vergrößerung des Schulgebäudes in der Selzergasse (Kröllgasse) in Rudolfsheim . . . . 27.000 fl.

Mit beiden Posten ist die Budget-Commission einverstanden. Ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Röhrl: Hochverehrte Herren! Im XIV. Bezirke ist in den Schulen kein Platz mehr, es müssen heuer daselbst mehrere hundert Kinder ausgeschult und in andere Bezirke geschickt werden. Dieser Zustand kann nicht weiter aufrecht erhalten werden. Die Bevölkerung ist sehr stark, und die Schulen sind nicht mehr aufnahmsfähig. Es ist daher nothwendig, eine neue Schule am Cardinal Rauscherplatze oder in unmittelbarer Nähe desselben zu erbauen.

Ich stelle daher den Antrag, es sei im XIV. Bezirke Rudolfsheim am Cardinal Rauscherplatze eine neue Volksschule mit Berücksichtigung aller modernen zweckmäßigen Einrichtungen ehestens zu erbauen, ferner sei daselbst ein Sommer-Turnplatz zu errichten.

Ich bitte um Ihre Zustimmung, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zugewiesen werde.

Gem.-Rath Brauneiß: Denselben Antrag, den Gem.-Rath Röhrl jetzt stellt, habe ich schon vor längerer Zeit gestellt, nachdem ich weiß, dass der Platz für diesen Schulbau schon angekauft ist. Da ich mir nun in der letzten Zeit die Gewissheit verschaffte, dass bis im nächsten Jahre für unsere Schulkinder keine Unterkunft mehr sein wird, schließe ich mich dem Antrage des Herrn Gem.-Rathes Röhrl an, zumal ich diesen Antrag ohnehin schon gestellt habe, und damit der Schulbau vielleicht noch heuer in Angriff genommen wird, würde ich beantragen, dass ein Betrag von etwa 40.000 fl. hiefür in das Budget eingestellt werde.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen. Die Herren Referenten haben das Schlusswort.

Referent des Stadtrathes: Gegen die Posten des Stadtrathes, welche auch die Budget-Commission acceptiert hat, ist keine Einwendung erhoben worden; gegen die Zuweisung des Antrages Röhrl an den Stadtrath habe ich selbstverständlich auch eine Einwendung nicht zu machen, dagegen bitte ich Sie, einen größeren Betrag nicht einzustellen, weil dies nicht nothwendig ist und unser Budget unnöthig belasten würde, nachdem wir ohnehin in diesem Jahre zum Baue nicht schreiten werden.

Referent der Budget-Commission: Ich habe nichts weiter zu bemerken und stimme den Ausführungen meines Collegen zu.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Posten, welche für den XIV. Bezirk beantragt werden, wurden nicht angefochten, ich erkläre dieselben für angenommen.

Der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Röhrl lautet: „Es sei im XIV. Bezirke Rudolfsheim im Jahre 1894 am Cardinal Rauscherplatz eine neue Volksschule mit Berücksichtigung aller modernen zweckmäßigen Einrichtungen ehestens zu erbauen; ferner sei daselbst ein Sommer-Turnplatz zu errichten."

Ich bringe diesen Antrag in der Richtung zur Abstimmung, ob die Herren damit einverstanden sind, dass derselbe dem Stadtrathe zugewiesen wird.

Diejenigen Herren, welche diesen Antrag zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung an den Stadtrath verweisen, bitte ich die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes: XV. Bezirk. Bau einer neuen Volksschule in der Zinkgasse in Fünfhaus . . . . . 55.000 fl., die Budget-Commission ist damit einverstanden und ich bitte um Ihre Zustimmung.

Gem.-Rath Beutnitz: Sehr geehrte Herren! Diese projectierte Schule betrifft den Bezirkstheil oberhalb der Westbahn. Nun befindet sich im XV. Bezirke unterhalb der Westbahn eine

Doppel-Bürgerschule und was die Bevölkerungszahl und die Zahl der schulpflichtigen Kinder anbelangt, überragt der untere Theil weit den oberen. Diese Bürgerschule nun ist nur zum Theile ausgebaut und es ist eminent nothwendig, dass der Theil, der nicht ausgebaut wird, zur Ausbauung gelange, und daher stelle ich den Antrag:

„Es sei die Doppel-Bürgerschule im XV. Bezirke, Friedrichsplatz, auszubauen und bitte ich, dem zuzustimmen, dass dieser Antrag dem Stadtrathe zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen werde."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wünscht noch jemand das Wort? (Niemand meldet sich.) Die Debatte ist geschlossen. (Beide Referenten verzichten auf das Schlusswort.) Die Position selbst ist nicht angefochten, ich erkläre dieselbe für angenommen. Es kommt jetzt der Antrag Beutnitz: Es sei die Doppel-Bürgerschule im XV. Bezirke am Friedrichsplatze auszubauen.

Ich bitte jene Herren, welche der Zuweisung dieses Antrages zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest): XVI. Bezirk:

Bau einer Doppel-Volksschule in der Panikengasse in Ottakring	10.000 fl.
Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude, Seitenberggasse Nr. 10	3.000 fl.
Bau eines zweiten Turnsaales für die Doppelschule in der Seitenberggasse (Mildeplatz)	4.500 fl.
Erbauung zweier Turnsäle für die Schule in Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 und Wagnergasse Nr. 27	1.700 fl
Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Stillfriedplatze in Ottakring (Lorenz Mandlgasse)	60.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld	63.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes	15.000 fl.

Zu diesen Anträgen hat die Budget-Commission einige Abänderungen beschlossen, welche der Herr College beantragen wird.

Referent der Budget-Commission: Gegen Einstellung der Posten 33 bis 37 hat die Budget-Commission nichts einzuwenden. Anders verhält es sich mit den Posten 39, 40, und zwar war vom Magistrate und Stadtrathe ein Betrag von 63.000 fl. eingestellt für die Aufsetzung eines Stockwerkes auf dem Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk. Nach den Erhebungen, die von Seite des Stadtbauamtes gepflogen wurden, hat es sich herausgestellt, dass diese Stockwerks-Aufsetzung aus technischen Gründen unausführbar ist, und zwar müsste die Schule dort eine ganz neue Stiege erhalten.

Weiters ist die Decke des ersten Stockwerkes eine so schlecht tragfähige, dass, um ein zweites Stockwerk aufsetzen zu können, man dort eine vollkommen neue Deckenconstruction aufstellen müsste.

Weiters müsse ein Turnsaal dort errichtet werden und würde dadurch der Hofraum zu klein; überdies entspräche die Lage dieser Schule gar nicht dem Bedürfnisse des Bezirkes. Aus all' diesen Gründen beantragt Ihnen die Budget-Commission, die hier unter 39 l ¹ eingestellten 63.000 fl. zu streichen, dagegen 60.000 fl. für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatz als erste Baurate einzusetzen. Dieser Platz entspricht mehr dem Bedürfnisse des Bezirkes und die Schule liegt dann dort, wo sie gebraucht wird.

Ich beantrage daher die Streichung der Post 39 l ¹ mit 63.000 fl., dagegen die Einstellung des Betrages von 60.000 fl.

Was weiters die 15.000 fl. anbelangt zum Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes, so beantragt gleichfalls die Budget-Commission, hiefür keinen Betrag einzustellen, aus dem einfachen Grunde, weil durch die Erbauung einer Doppelschule am Stillfriedplatz in der Lorenz Mandlgasse, die beinahe fertig ist, den Bedürfnissen der Bevölkerung jener Gegend vollkommen Rechnung getragen ist, und wenn auch anerkannt wird, dass die Schulbedürfnisse im XVI. Bezirke sehr dringend Schulbauten erheischen, so müssen Sie doch berücksichtigen, was im vergangenen Jahre an neuen Schulen gebaut wurde und was heuer im Budget beantragt ist.

Ich glaube daher, dass wir mit der Erwerbung des Bauplatzes noch warten sollen, umsomehr, als durch die Erbauung der neuen Schule in der Lorenz Mandlgasse und die Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. den Bedürfnissen des Bezirkes Rechnung getragen ist. Ich bitte, dem Antrage der Budget-Commission zuzustimmen.

Gem.-Rath Matzenauer: Ich habe mich zum Worte gemeldet, um gegen die Erbauung einer Schule am Yppenplatz zu sprechen. Der Stadtrath hat seinerzeit keinen Betrag dafür eingesetzt. Mittlerweile ist aber im Stadtrathe darüber referiert worden und es wurde der Beschluss gefasst, dem Gemeinderathe die Erbauung dieser Schule am Yppenplatz zu empfehlen. Ich habe bereits im Stadtrathe Veranlassung genommen, mich dagegen auszusprechen, und zwar deshalb, weil ich der Ansicht bin, dass die wenigen bestehenden freien Plätze nicht noch durch Schulbauten verdorben werden sollen. (Sehr richtig! links.) Die Parcellierungen, die in den Vorortebezirken vorgenommen wurden, sind ohnedies der großen Mehrzahl nach solche, dass auf die freien Plätze sehr wenig Rücksicht genommen wurde. Die wenigen freien Plätze, die da geschaffen wurden oder schon bestanden, soll man auch erhalten, und wo eine Gartenanlage noch nicht geschaffen wurde, soll sie geschaffen werden, auch sollen Kinderspielplätze geschaffen werden. Ein Drittel eines Platzes wieder für einen Schulbau in Anspruch zu nehmen, heißt: es kreißt der Berg und gebiert eine Maus. Man nimmt einen großen Anlauf, will große Plätze schaffen, dann zwickt man wieder einen Theil davon ab und verbaut sie. Es ist mir da speciell das Beispiel des Einsiedlerplatzes in Margarethen gegenwärtig. Man hat den schönen Platz ganz verschandelt, indem man ein Volksbad hingestellt hat. Wenn ich den Platz heute ansehe, so habe ich das Gefühl, dass man eine Collecte veranstalten sollte, um das Volksbad von dort wieder wegzubringen. Dasselbe will man jetzt in verstärktem Maße mit dem Yppenplatz thun, man will den großen Platz wieder klein machen. Ich glaube, es gibt dort draußen in den Seitengassen noch genug kleine Häuser, wo man mit der Hand auf das Dach greifen kann, so dass man zu verhältnismäßig billigen Preisen Baustellen erwerben kann. Die Schule braucht nicht in einer Hauptstraße zu stehen, sie soll nicht in einer Hauptstraße stehen, weil das Wagengerassel dort immer störend ist. Der Fehler ist in Wien herinnen oftmals gemacht worden, dass man gerade in Hauptverkehrsstraßen, wie in der Hundsthurmerstraße u. dgl., Schulhäuser hingestellt hat, während man ein paar Schritte seitwärts einen ruhigen Platz hätte haben können.

So kann man auch da noch seitwärts ruhige Partien finden, die jetzt entweder unverbaut sind, oder wo, wie gesagt, niedrige, einstöckige oder ebenerdige Häuser stehen, die man zu verhältnismäßig billigem Preise bekommt.

Ich bin damit einverstanden, dass 60.000 fl. eingestellt werden, d. h. zur eventuellen Erwerbung des Bauplatzes, respective als erste Baurate. Ich will an der Ziffer nicht mäkeln, aber ich muss mich dagegen wenden, dass ein bestehender freier Platz, bloß um die paar Gulden für den Ankauf eines Schulbauplatzes zu ersparen, jetzt auf immerwährende Zeiten verdorben wird.

Ich stelle also den Antrag: Es sind 60.000 fl. für den Bau einer Schule zu bewilligen; über die Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath ein eigenes Referat zu erstatten.

Gem.-Rath Maresch: Meine sehr geehrten Herren! Im Präliminare für das Jahr 1894 sind für den projectierten Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule auf dem Yppenplatz im XVI. Bezirke als erste Baurate 60.000 fl. eingestellt. Was meine Person anbelangt, so werde ich immer solche Referate, die einen Schulbau betreffen, mit besonderer Freude begrüßen. Es wurde aber von Seite der Mehrheit der Vertreter des XVI. Bezirkes, welche dem Gemeinderathe angehören, der größere Theil des Yppenplatzes für den Großmarkt ausersehen, denn es befindet sich in der Payergasse nur wenige Schritte vom projectierten Schulbauplatz ohnehin eine Schule. Der Yppenplatz ist fast vollkommen abgesperrt; auch ist dort schon die Großwage, und er ist in allem zum Großmarkte vollkommen geeignet. Ferner ist der Yppenplatz schon dadurch nach meiner Ansicht zum Großmarkte geeignet, weil an denselben mehrere todte Gassen, wie die Elisabethgasse, Payergasse, Laudongasse u. s. w. angrenzen, welche zum Aufstellen von Wägen 2c. vollkommen geeignet sind. Die Verlegung des Großmarktes an eine andere Stelle würde dem XVI. Bezirke bedeutenden Schaden zufügen. Derselbe hat auch nur am Yppenplatze dauernden Verbleib. Es ist auch schon ein Platz in der Nähe ausfindig gemacht worden, es wird dann später der Herr Bezirksvorsteher Helbling auf diese Sache kommen.

Ich erlaube mir daher folgenden Antrag zu stellen und ersuche, der löbliche Gemeinderath möge zustimmen:

1. Es sei von dem Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatze im XVI. Bezirke abzusehen und hiefür in der Nähe ein anderer geeigneter Platz ausfindig zu machen.

2. Der Yppenplatz soll für den Großmarkt, welcher weder auf der Thalia- noch auf der Koppstraße einen Verbleib haben kann, reserviert bleiben.

3. Eventuell sei der Beschluss betreffs der Schule am Yppenplatze — aus den von mir heute angeführten Gründen — an den Stadtrath zu leiten.

Referent der Budget-Commission: Um einer unnöthigen Debatte vorzubeugen, will ich die Herren über die Rechtsverhältnisse, wie sie diesbezüglich vorliegen, aufklären.

Als die seinerzeitige Gemeinde Ottakring den Yppenplatz vom Invalidenfonde käuflich erwarb, hat sie damit auch die Verbindlichkeit und die Verpflichtung übernommen, den größeren Theil — es geht ja doch die Straße durch und schneidet den Platz in zwei Theile — für Gartenzwecke als Platz zu erhalten, den kleineren Platz jedoch nur für Schulzwecke zu verwenden. Es ist daher ausgeschlossen, dass dieser Platz für Marktzwecke dauernd etabliert werde. Wenn heute dort noch zwölf Markthütten stehen, so sind die betreffenden Inhaber bereits mit dem Gedanken vertraut, dass sie, wenn dort eine Schule erbaut wird, die doch nur einen verhältnismäßig ganz kleinen Theil einnehmen wird — einen ganz separaten Theil, der nach dem Berichte des Stadtbauamtes ungefähr 7- bis 800 □° misst — wegziehen und der Schule Platz machen müssen. Ich glaube, so sehr es wünschenswert ist, dass man viel Luftraum schaffe, so wird doch durch die Erbauung der Schule dort so wenig weggenommen, dass trotz der Schule noch immer ein sehr großer Platz von mindestens 6000 □° übrig bleibt. Ich glaube also, dass es sich am besten empfehlen wird, den Antrag der Budget-Commission anzunehmen.

Gem.-Rath Rauscher: Bei der Durchsicht der uns im Schulbauten-Präliminare für 1894 vorgelegten Anträge mussten mir selbstverständlich jene Propositionen ins Auge fallen, welche mit den Postnummern 34, 39 und 42 markiert waren und die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf bestehende Schulgebäude zum Gegenstande haben. Da solche Vorschläge zum erstenmale beim XVI. Bezirke auftreten, habe ich es als meine Pflicht erachtet, mich hier zum Worte zu melden, um meine Stellung zu dieser Frage klar zu kennzeichnen. Ich erfülle demnach nur meine Pflicht, wenn ich die Gelegenheit ergreife, zu dem betreffenden Antrage des Magistrates, Stadtrathes und der Budget-Commission im negativen Sinne zu sprechen. Wenn ich, meine Herren, boshaft wäre und aggressiv vorgehen wollte, würde ich nunmehr meine Worte etwa folgendermaßen stilisieren:

Wenn die Herren das Schulbau-Präliminare gefälligst durchblättern wollten, wo finden Sie denn Stockwerks-Aufsetzungen beantragt?

Im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke, und wenn ich auch durchaus nicht etwa eine Parallele zwischen den inneren und äußeren Bezirken ziehen will und wenn ich auch absolut nicht von einer stiefmütterlichen Behandlung der ehemaligen Vorortegemeinden sprechen will, muss doch dieser merkwürdige Zufall ganz besonders auffallen, und ich muss sagen, dass das gehörig zu denken gibt.

So würde ich sprechen, wenn ich, wie schon gesagt, irgendeiner Bosheit die Zügel schießen ließe. Da ich aber der Sache ganz ohne Voreingenommenheit gegenübertrete, so will ich unumwunden eingestehen, dass, wie ich weiß, auch in den alten Bezirken dreistöckige Schulhäuser zur Genüge vorhanden sind. Allerdings ergibt sich daraus für mich durchaus nicht der Schluss, dass man das Übel, welches in den alten Bezirken bereits erbgesessen zu sein scheint, auch auf die neu einbezogenen Bezirke ausdehnen müsse. Gerade in den neuen Bezirken sollte man den Bau dritter Stockwerke auf die bestehenden Schulen einfach sistieren, weil diese Bezirke von einer durchaus armen Volksclasse bewohnt werden. Die Bezirke sind an und für sich arm, demzufolge sind die Kinder schwächlich; die Inclination derselben zu Lungenkrankheiten, besonders zu der berühmten Wiener Krankheit, ist in hohem Maße vorhanden. Überdies ist die Ernährung eine höchst mangelhafte u. dgl. Dinge.

Glaubt man vielleicht, die Schwächlichkeit der Kinder durch das täglich mehrmalige Ersteigen des dritten Stockwerkes zu beheben? Da regnet es einerseits Erlässe über Erlässe auf die Lehrkräfte herab, dieselben werden strengstens beauftragt, ihr besonders Augenmerk auf die sanitären Verhältnisse zu lenken, andererseits geht die Commune, vielleicht in Ausübung der sanitätspolizeilichen Obsorge mit gutem Beispiele voran, setzt ein Stockwerk nach dem anderen auf die Schulgebäude hinauf und schafft auf diese Art wahre Schulkasernen, die trotz der rigorosesten prophylaktischen

Maßnahmen zu Brutstätten von Krankheiten, ja zu wirklichen Seuchenherden sich gestalten können. Endlich denke man doch nur an mögliche Unglücksfälle, Einstürze, Brände u. dgl. Ich wenigstens möchte die Verantwortung für das namenlose Unheil, das unter solchen Umständen eintreten müsste, gewiss nicht auf mein Gewissen nehmen.

Überhaupt verstehe ich die leitenden Principien nicht, auf welchen die Anträge, betreffend die Aufsetzung dritter Stockwerke auf bereits bestehende Schulgebäude, fußen. Ich habe diesbezüglich Umfrage gehalten und zweierlei Gründe in Erfahrung gebracht. Von einer Seite hörte ich die Meinung aussprechen, dass dies zu dem Zwecke geschehe, um die Mehrkosten zu ersparen, welche die Anstellung eines Schulleiters in einer neuen Schule erfordern würde, gegenüber vielleicht einer einfachen Lehrkraft in der aufgestockten alten Schule. Ich muss sagen, dass schon der Gedanke an die Möglichkeit dieses Umstandes bei einem Budget, wie es die Stadt Wien aufweist, mir so absurd, so entwürdigend erschienen ist, dass ich desselben gewiss nicht einmal erwähnt hätte, wenn nicht dessen Bekanntgabe, obgleich als Curiosum, ein grelles Streiflicht auf die ganze Situation werfen würde.

Eine andere Quelle begründet die Errichtnng der dritten Stockwerke mit dem Hinweise auf die geringeren Baukosten. Dem gegenüber muss ich nun derjenigen Fälle gedenken, die wir bereits erlebt haben, wonach die Commune Wien in der Lage gewesen ist, für eine Stockwerks-Aufsetzung mehr bezahlen zu müssen, als die frühere autonome Gemeindevertretung für den Neubau von Schulen ausgelegt hatte. In dieser Beziehung verweise ich beispielsweise auf die Interpellation des Collegen Dr. Rader, welche sich mit der auch in unserem Präliminare enthaltenen Post 47 „Aufsetzung eines Stockwerkes auf die Schule in Weinhaus, Köhlergasse 1," beschäftigt.

Um nun auf den XVI. Bezirk zurückzukommen, will ich zunächst einmal von der Post 34 gänzlich absehen und dieselbe außer allem weiteren Betracht lassen, da die eingesetzten 3000 fl. in mir die Vermuthung aufsteigen lassen, dass die Stockwerks-Aufsetzung bereits eine vollzogene Thatsache ist; ich stehe also hier einem fait accompli gegenüber, meine Opposition käme post festum, und ich glaube, dass man mir zuliebe ein allzu hohes Schulhaus nicht köpfen wird. Aber nicht umsonst scheint mir der Liebe Mühe bei Post 39 zu sein, wo es sich um die Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse im XVI. Bezirke handelt, für welche Post der Stadtrath 63.000 fl. einsetzt. Diese Summe finde ich riesig und ich bin überzeugt, dass früher, solange die Gemeinden autonom waren, mit dieser Summe nicht Stockwerks-Aufsetzungen, sondern Neubauten aufgeführt worden sind. Die Budget-Commission scheint von diesem Bewusstsein durchdrungen gewesen zu sein, da sie dem Stadtraths-Antrage ihre Zustimmung entzogen und den Bau einer neuen Schule beantragte. Nur mit der Wahl des Platzes scheint sie kein Glück gehabt zu haben. Auf der einen Seite hat sie etwas Gutes geleistet und sofort im nächsten Augenblicke dieses Gute mit etwas Bösem wettgemacht. Sie hat nämlich für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule auf dem Yppenplatze einen Theil dieses Platzes, das Luftreservoir für die angrenzenden Straßen, für sich erheischt. Für die Belassung des Yppenplatzes in seiner Gänze mich einzusetzen, ist nicht meine Aufgabe, das bleibt den Vertretern des XVI. Bezirkes überlassen.

Ich schließe mit der Bitte, die Majorität des Hauses möge meine Opposition gegen die dreistöckigen Schulgebäude billigen und allen diesbezüglichen Anträgen des Stadtrathes und der Budget-Commission die Zustimmung verweigern. Ich bin überzeugt, die Schulkinder, die Lehrkräfte und die Eltern werden Ihnen dafür gewiss aufrichtigsten Dank sagen.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte zunächst sofort erklären, dass bei Post 39 die Aufsetzung eines Stockwerkes meines Erachtens nicht möglich ist. Es liegt nämlich ein Referat vor, aus welchem hervorgeht, dass technische Schwierigkeiten — der Herr Referent der Budget-Commission hat das schon dargelegt — solcher Natur vorliegen, welche die Stockwerks-Aufsetzung dort gar nicht gestatten. Infolge dessen entfällt diese Post eo ipso. Infolge dessen hat die Budget-Commission 60.000 fl. für Erbauung einer Schule auf den Yppenplatze beantragt. In dieser Beziehung glaube ich, dass die Bemerkungen des Herrn Collegen Matzenauer etwas über das Ziel hinausschießen. Wenn man nämlich die Situation ansieht, findet man, dass der Yppenplatz aus einer größeren Gartenanlage besteht, welche nach dem vorliegenden Antrage intact bleiben soll, und aus einem, durch eine Gasse, nämlich die Yppengasse, abgegrenzten anderen Theile, welcher gegenwärtig zu Marktzwecken benützt, und zwar, wie ich vom Herrn Budget-Referenten höre, sogar widerrechtlich benützt wird, weil eine eigene Widmung besteht, dass dieser Platz nur zu Schulzwecken benützt werden soll und darf.

Es war auch, soviel ich mich erinnere, seinerzeit von der autonomen Gemeinde Ottakring geplant, auf diesem Platze eine Werkmeisterschule zu errichten. Bekanntlich hat die Gemeinde Ottakring dahin gestrebt, dass man in ihrem Bezirke die jetzt im X. Bezirke bestehende Werkmeisterschule errichte.

Dieser Platz nun — ich bitte den Herrn Collegen Matzenauer, sich aus dem Plane zu überzeugen — ist vollkommen für die Erbauung einer Schule geeignet, und es unterliegt meines Erachtens gar keinem Hindernisse, dort eine Schule hinzustellen. Ich bin ebenso wie der Herr College für die Erhaltung jedes grünen Platzes in Wien und bin gegen die Verbauung irgendwelchen großen Platzes. Hier aber, muss ich sagen, handelt es sich gar nicht um einen Platz, sondern um eine Bauparcelle, welche zwischen zwei Straßen gelegen ist. Übrigens habe ich gegen den vom Herrn Collegen Matzenauer gestellten Antrag in formeller Beziehung keine Einwendung zu machen, weil dieser Antrag ja nicht präjudiciert; er beantragt nur, dass der Stadtrath die Sache überprüfen soll; überdies hat der Stadtrath noch gar keinen Antrag gestellt, dass die Schule am Yppenplatz gebaut werden soll. Es unterliegt also keinem Anstande, den Antrag des Herrn Collegen Matzenauer anzunehmen. Aber jedenfalls bitte ich Sie, diese 60.000 fl. einzustellen; denn, wenn Sie den Antrag ganz ablehnen, so würde gar keine Schule gebaut, nicht der dritte Stock in der Neumayergasse und auch nicht die Schule am Yppenplatze. Die Verhältnisse sind aber gerade in diesem Bezirke sehr triste.

Der letzte Herr Vorredner hat eine große Philippica gehalten, in welcher er auf die drei Stock hohen Schulen loszieht und ein Schreckensbild malte, wie es den armen Kindern ergeht, welche eine solche Schule besuchen müssen. Das ist doch, wie ich glaube, etwas zu sehr übertrieben. In einer Großstadt müssen die Kinder gewohnt sein, drei Stockwerke hinaufzusteigen, und man kann den Kindern und auch den Eltern derselben nicht zumuthen, dass sie immer nur ebener Erde, im ersten oder zweiten Stocke wohnen, sondern es wird manche Kinder geben, die im dritten Stocke oder noch höher wohnen müssen. Infolge dessen können sie auch eine

drei Stock hohe Schule, beziehungsweise den dritten Stock derselben, besuchen, und die Gesundheitsverhältnisse der Kinder werden durch dieses Stiegensteigen gewiss keine Gefahr laufen. (Rufe links: O ja! — Rufe rechts: O nein!) Aber ich bitte, meine Herren, die Kinder sind doch im jugendlichen Alter, sie springen herum, laufen 2c., und da soll man ihnen nicht zumuthen dürfen, drei Stock hoch zu steigen? Das geht denn doch zu weit.

Dann ist auch der Einwand erhoben worden, dass durch solche drei Stock hohe Schulen Schulkasernen geschaffen werden, welche sanitäre Übelstände mit sich bringen. Nun, Schulkasernen sind in einer Großstadt nicht zu vermeiden. Ich bin gewiss dafür, dass die Schulen in den excentrischen Bezirken mit ländlichem Charakter womöglich nicht drei Stock hoch gebaut werden, und die Verbauung nur bis zum zweiten Stocke reichen und mehr in die Breite gehen sollte, aber in den städtisch verbauten Theilen ist es doch nicht auszuschließen, dass dort, ebenso wie die Gebäude nebenan, auch das Schulhaus mit drei Stockwerken erbaut werde. Es handelt sich da nicht vielleicht darum, den Schulleiter zu ersparen, obwohl dieses Moment schließlich auch ins Gewicht fallen kann, auch nicht so sehr, die Baukosten zu ersparen, sondern darum, dass man den Grund entsprechend ausnützt, und daraus wollen Sie der Gemeinde einen Vorwurf machen?

Ich bin daher der Meinung, dass in den städtisch verbauten Theilen auch drei Stock hohe Schulen erbaut werden können, und ich bitte Sie also, den Antrag des Herrn Vorredners in dieser Richtung abzulehnen.

Gem.-Rath Gräf: Ich werde mich sehr kurz fassen, nachdem meine beiden Herren Vorredner schon ausführlich besprochen haben, was ich Ihnen mittheilen wollte. Es handelt sich hier um die Einstellung eines Betrages von 60.000 fl. für die Erbauung einer Volks- und Bürgerschule am Yppenplatze. Ich empfehle Ihnen nur, die Anträge des Herrn Collegen Matzenauer und Maresch anzunehmen und die 60.000 fl. im Budget zu belassen, aber von der Erbauung einer Schule am Yppenplatze Umgang zu nehmen, und zwar aus den Gründen, die schon von meinem Herrn Vorredner angeführt wurden.

Nun komme ich aber zu einer anderen Angelegenheit. Ich möchte den Herrn Referenten der Budget-Commission auf etwas aufmerksam machen; er hat nämlich bezüglich der 15.000 fl., die für die eventuelle Erbauung einer Volks- und Bürgerschule an der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes vom Magistrate und Stadtrathe beantragt werden, den Standpunkt der Commission damit gerechtfertigt, dass diese Schule eigentlich ganz unnütz wäre, und er hat unter anderem — vielleicht nur aus Irrthum — gesagt, dass die bereits fertige Schule in der Lorenz Mandlgasse geeignet wäre, den Raummangel zu beheben.

Da erlaube ich mir nun mitzutheilen, Herr Referent, dass bei dieser Schule noch nicht ein Spatenstich gemacht wurde. Man ist heute noch nicht über die Platzfrage einig und es wird sicher zwei Jahre dauern, bis diese Schule fertig ist.

Es dürften aber im heurigen Jahre schon so viel Spätclassen sich in der Schule in der Seitenberggasse ergeben, dass unbedingt im nächsten Jahre schon an die Erbauung eines weiteren Schulgebäudes gedacht werden muss; da möchte ich Sie bitten: Stimmen Sie dem Antrage des Magistrates und Stadtrathes zu bezüglich der Einstellung der 15.000 fl. für die Erbauung einer Schule an der Grenze des XVII. Bezirkes, weil wir dann wenigstens vor einer Überraschung bewahrt bleiben. Wenn das heute geschieht, so können für den Betrag eventuell Schulbauplätze erworben werden, wir haben dann die ganze Angelegenheit ins Rollen gebracht und können im nächsten Jahre, wo es sich unbedingt als nothwendig herausstellen dürfte, an die Erbauung eines neuen Schulgebäudes schreiten. Im übrigen bitte ich, die Anträge Matzenauer und Maresch anzunehmen. Ich bitte Sie aber auch, an dem Antrage des Stadtrathes bezüglich der 15.000 fl. festzuhalten.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Ich muss mich auch gegen die Erbauung einer Schule auf dem Yppenplatze aussprechen. Verfallen Sie nicht in den Fehler, welchen vielleicht Ottakring als Gemeinde begehen wollte. Wenn auch die Gemeinde Ottakring einmal den Beschluss gefasst hatte, eine Werkmeisterschule zu erbauen auf dem Yppenplatze, so war das gewiss kein Kunststück. Sie war gewiss nicht so glücklich, im Geldsacke so herumwühlen zu können, wie vielleicht die Commune Wien es ist (Heiterkeit), und sie musste einige 20- bis 30.000 fl. zahlen, um einen Platz zu kaufen. Aber, meine Herren, es ist absolut ein Fehler, und zwar ein großer Fehler, wenn man heute Plätze zu Schulzwecken oder zu welchem Zwecke immer wieder verbauen würde. Bezüglich eines anderen Bezirkes war erst neulich ein Referat; da geben Sie 400- bis 500.000 fl. aus, um einen Park zu schaffen. Wenn Ihnen ein Platz nicht angenehm ist, so machen Sie aus dem Platz einen Park. Das wird gewiss viel besser sein; gerade in den Vororten haben wir nicht viel Plätze. Sehen Sie sich in den Bezirken um! Es wäre gewiss ein Verbrechen, wenn Sie dorthin eine Schule bauen würden. Herr Dr. Vogler hat sich den Bezirk noch nicht gut angeschaut, höchstens bei Nacht, wenn er in irgendeiner Versammlung war. (Heiterkeit.) Er soll sich ihn einmal bei Tag anschauen und soll sehen, wie wenig Plätze in diesen Bezirken sind, dann wird er es nicht mehr wagen, aufzustehen und für einen Schulbau zu sprechen, durch den noch das Stückerl Platz verbaut wird. Mir kommt das so vor, jedes grüne Platzerl, welches die Verkehrs-Commission nicht nimmt, will Herr Dr. Vogler wegnehmen. So scheint es mir wirklich zu sein.

Ich empfehle Ihnen den Antrag Matzenauer — es freut mich dies von ihm als politischen Gegner — und den Antrag Maresch, ich kann diesem Antrage nur zustimmen. (Gem.-Rath Matzenauer: Nur so weiter, dann alle Achtung!)

Gem.-Rath Frauenberger: Meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Rauscher veranlassen mich zu einigen Bemerkungen. Es ist nicht richtig, wenn er sagt, dass nur für die neuen Bezirke Stockwerke aufgesetzt werden. (Gem.-Rath Rauscher: Das habe ich nicht gesagt!) Ich erinnere daran, dass wir — es ist nicht lange her — auch im VII. Bezirke ein Stockwerk aufgesetzt haben (Gem.-Rath Rauscher: Das habe ich auch gesagt!), und wenn er beansprucht, dass drei Stock hohe Schulen nicht mehr gebaut werden sollen, so ist das wirklich über das Ziel hinausgeschossen. (Gem.-Rath Rauscher: Durchaus nicht!)

Ich glaube, dass er damit selbst in Lehrerkreisen in der Minorität bleiben würde, weil man doch der Gemeinde nicht zumuthen kann, sich in solche Auslagen zu stürzen. Er meinte weiter, es sei geradezu sanitätswidrig, wenn Kinder drei Stock hoch hinaufsteigen; da muss ich sagen, dass ich darin nichts sanitätswidriges erblicke. Besser wäre es freilich, wenn die Schulen bloß zwei Stock hoch sein könnten, aber das lässt sich in großen Städten nicht durchführen. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Gehen Sie nach Paris!)

Aber bei diesem Referate ist mir etwas anderes ganz unverständlich und ich würde um Aufklärung bitten. Es wurde ursprünglich eine Stockwerks-Aufsetzung vorgeschlagen, für welche 65.000 fl. ausgegeben werden sollten, und jetzt erfahren wir, dass das nicht geht. Nun möchte ich doch bitten, mir zu sagen, woher denn dann dieser Antrag kommt? Hat denn das Stadtbauamt früher nicht gewusst, dass das dort nicht geht?

Ich möchte die anwesenden Vertreter des Bauamtes — den einen oder den anderen Herrn — bitten, uns das doch zu sagen, denn dieser Antrag musste doch vom Bauamte vorgelegt worden sein, sonst käme er nicht hieher. Jetzt stellt es sich heraus: es geht nicht.

Bezüglich der Schule am Yppenplatz muss ich aufrichtig sagen, dass ich dem auch nicht zustimmen kann, dass man diesen schönen Platz in der Weise verwende, dass man dort eine Schule erbaut. Wir sind ja bemüht, überall, wo es geht, freie Plätze zu schaffen. Darum sollen wir die bestehenden nicht verkürzen. Ich bin also der Meinung, dass man von diesem Platze absehen soll, weil wir ja, wie schon College Matzenauer ausgeführt hat, draußen Seitengassen genug haben, wo man eine solche Schule erbauen kann. Ich eile zum Schlusse und hoffe, dass ich die gewünschte Aufklärung erhalten werde, wie man zu diesem Antrage gekommen ist, nachdem sich jetzt herausstellt, dass die Durchführung gar nicht möglich ist.

Magistratsrath Schnitt: Im vorigen Jahre hat der Ortsschulrath des XVI. Bezirkes selbst darauf hingewiesen, dass es, um den dringenden Schulbedürfnissen von Neulerchenfeld zu entsprechen, angezeigt erscheine, auf das Schulhaus in der Kirchstettern-Neumayergasse ein Stockwerk aufzusetzen.

Wir hatten keinen Grund, von vornherein dagegen aufzutreten, weil wir die Verhältnisse nicht genau kannten, und so ist über Vorschlag des Ortsschulrathes im Einvernehmen mit dem Bezirksschulrathe zunächst in Aussicht genommen worden, die Stockwerks-Aufsetzung für das Jahr 1894 ins Budget einzusetzen. In der Folge wurden die commissionellen Erhebungen gepflogen, an denen die technischen Organe theilgenommen haben. Dabei hat man sich überzeugt, dass die Ausführung auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde, ja dass damit den Bedürfnissen von Neulerchenfeld gar nicht einmal entsprochen würde, weil das Bedürfnis nach einer Schule nicht linkerseits, sondern rechterseits der Lerchenfelder Hauptstraße vorhanden ist, nämlich in der Gegend des Yppenplatzes. So ist man dazu gekommen, dass die Stockwerks-Aufsetzung fallen gelassen wurde und der Antrag auftauchte, eine neue Schule zu bauen.

Gem.-Rath Dr. Friedjung: Es ist vom Herrn Gem.-Rathe Rauscher die Frage aufgeworfen worden — freilich in ganz discreter Weise — ob nicht die Vororte gegenüber den alten Bezirken zu wenig berücksichtigt worden seien. Ich möchte dem Herrn Gem.-Rathe Rauscher nur eine einzige Ziffer nennen. Es liegen die Schlussrechnungen über das Jahr 1893 uns noch nicht vor, aber ich habe mir diese Rechnungen, soweit sie die Schulbauten betreffen, ausheben lassen. Aus diesen Schlussrechnungen geht hervor, dass wir im Jahre 1893 1,040.000 fl. für Schulbauten ausgegeben haben; von diesen 1,040.000 fl. wurden 240.000 fl. für die alten zehn und 800.000 fl. für die neuen Bezirke verwendet. Das ist ja keineswegs ein Geschenk, sondern es war eine unbedingte Nothwendigkeit; aber daraus geht hervor, dass die neuen Bezirke soviel berücksichtigt wurden, als möglich war.

Wir haben also, seitdem wir die neuen Bezirke einverleibt haben, um weit über eine Million Gulden Schulen in den neuen Bezirken gebaut. Die natürliche Folge dieser Neubauten war, dass der Spätunterricht, welchen die früher fehlenden Classen nothwendig gemacht haben, fast ganz aufgehört hat.

In den beiden Inspectionsbezirken, welche den XV., XVI., XVII. und XVIII. Bezirk umfassen, haben zur Zeit der Einverleibung der Vororte 68 Classen gefehlt; es waren demnach 68 Spätclassen nothwendig; in demselben Zimmer musste zweimal Unterricht ertheilt werden. In diesen vier Bezirken, welche zwei Schul-Inspectionsbezirke sind, ist jetzt eine einzige Spätclasse. (Oho-Rufe links. — Gem.-Rath Jedlička: Kommen Sie zu uns nach Währing!) Ich constatiere, dass die beiden Herren Bezirks-Schulinspectoren Eichler und Pötzl mir diese Daten gegeben haben. Ich berufe mich auf diese beiden Herren und auf die Daten, welche mir bei der Berathung des Budgets mit diesen beiden Herren gegeben worden sind. Ich kann also nur constatieren, woher ich diese Daten habe.

Wir haben jedenfalls den dringendsten Bedürfnissen der Vororte genügt, und wir können froh sein mit dem Werke, das wir vollbracht haben.

Gem.-Rath Dr. Kupka: Ich spreche bezüglich der Schule am Yppenplatze. Es wurde von Herrn Dr. Vogler erwähnt, dass dieser Platz für eine Schule besonders geeignet sei. Das mag ja sein, es gibt aber in der nächsten Nähe auch Plätze, oder wenigstens, wie schon Herr Gem.-Rath Matzenauer ganz richtig ausgeführt hat, Häuser, welche geeignet wären, um eine Schule hinzubauen. Es ist ein Übel, dass man sich solche Plätze, wie dieser einer ist, zur Verbauung aussucht.

Es wurde bemerkt, dass in Wien leider früher viel gesündigt und alles verbaut wurde, was verbaubar ist, man hat Luftreservoirs überhaupt nicht berücksichtigt. Hier ist eine gute Gelegenheit, bei der von Ihrer Seite selbst ein Antrag kommt, um Gotteswillen diesen Platz zu schonen.

Vom Herrn Budget-Referenten wird angeführt, es sei einmal ein Übereinkommen getroffen worden, dass dieser Platz für Schulzwecke erhalten werden muss. So viel ich glaube, war dies anfangs der Siebzigerjahre. Nun, meine Herren, bedenken Sie, was für Verhältnisse damals waren! Hat damals ein Mensch geahnt, dass Ottakring und Hernals sich in dieser Weise entwickeln werden?

Wo haben Sie dort Plätze? Es sind nur sehr wenige. Jetzt wird dieser Platz für Marktzwecke benützt, und ich wüsste nicht, wo man in Neulerchenfeld oder Ottakring einen Großmarkt hinpostieren sollte.

Sehen Sie sich den VIII. Bezirk an! Der hat überhaupt keinen Markt. Die Leute sind früher aus dem VIII. Bezirke auf diesen Markt hinausgegangen und waren froh, dass ein Markt dort besteht. Seitdem nun die Linienwälle beseitigt worden sind, ist es ihnen noch erwünschter. Nun wollen Sie den einen Großmarkt auch beseitigen und eine Schule dorthin bauen!

Die Tendenz, welche damals bei diesem Vertragsabschlusse obwaltete, war offenbar die, dass man dort einen Platz für öffentliche Zwecke erhalten soll. Man hat an den Markt offenbar nicht gedacht, denn sonst hätte man ihn sicher nicht ausgeschlossen, denn der Markt ist ebenso im öffentlichen Interesse, wie eine Schule im öffentlichen Interesse ist.

Ich kann mich daher nur vollständig den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Matzenauer anschließen, und ersuche die Herren, dass Sie diesen Antrag annehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich werde mich sehr kurz fassen, weil die Zeit schon sehr vorgeschritten ist. Bezüglich der Stockwerke bei den Schulgebäuden erkläre ich mich als einen Anhänger der zweistöckigen Schulgebäude und bin der Meinung, dass es sogar ein Glück wäre, wenn auch die Privathäuser nur zweistöckig wären; das wäre als ein großer Vorzug anzusehen und nicht die Zinskasernen, und wenn von einer Großstadt gesprochen wird, so weiß ich, dass in Paris die Schulen zweistöckig sind, und Paris ist gewiss noch etwas größer als Wien. Die Herren sollen also nicht mit Dingen kommen, die nicht richtig sind. Wenn irgendwo dreistöckige Schulgebäude errichtet werden müssen, so gebietet das vielleicht das eiserne Muss, aber wo andere Plätze zu finden sind, sollte man sich mit zwei Stockwerken vollständig begnügen. Das ist meine Anschauung in dieser Frage.

Meinen unmittelbaren Herrn Nachbarn muss ich noch berichtigen. Er hat gemeint, dass die Stadt Wien im Geldsacke nur so wühlen kann.

Die Gemeinde Wien kann ebensowenig im Geldsacke wühlen, als es die frühere Gemeinde Ottakring konnte, vielleicht geht es uns sogar noch viel schlechter, als es je der Gemeinde Ottakring gegangen ist. Also, die Sparsamkeit muss auch da ins Auge gefasst werden.

Was die Spätclassen betrifft, so möchte ich dem Herrn Gem.-Rathe Dr. Friedjung den Rath geben, sich in Hinkunft bei anderen Personen zu erkundigen.

Die Herren Bezirksschulinspectoren haben ihm nicht die Wahrheit gesagt, weil meines Wissens mehr Spätclassen als eine in den Vororten vorhanden sind. (Gem.-Rath Dr. Friedjung: Im XVI., XVII. und XVIII. Bezirke!) Es ist übrigens über diese Frage bereits sehr viel gesprochen worden, ich erwähne aber nur Folgendes: Als die Angelegenheit im Stadtrathe berathen wurde — und sie wurde im Stadtrathe berathen, wenn auch kein Antrag hier gestellt wird — habe ich gemeint, man solle diese Angelegenheit dem Bezirksausschusse zur Äußerung zuweisen, weil ich immer von dem Grundsatze ausgehe, dass in solchen wirklich hervorragenden Angelegenheiten der Bezirksausschuss einvernommen werden soll. Damals hat es aber keinen Bezirksausschuss in Ottakring gegeben; er war aufgelöst, aber es hat geheißen, wenn die Sache im Gemeinderathe zur Sprache kommen wird, werden die Vertreter des Bezirkes ohnehin ihre Meinung über den Yppenplatz kundgeben. Nun, das ist geschehen, und ich hoffe, dass der Antrag bezüglich des Yppenplatzes einstimmig abgelehnt werden wird, so dass er als Platz erhalten bleibt. Ich glaube, es ist schon erwähnt worden, dass man den Vororten immer den Vorwurf gemacht hat, dass bezüglich der Parcellierungen und Verbauungen in rücksichtslosester Weise vorgegangen worden ist.

Meine Herren! Wenn wir den Yppenplatz verbauen, so begehen wir den nämlichen Fehler, den wir früher immer den Vororten zum Vorwurfe gemacht haben. Noch eines erwähne ich: Im V. Bezirke hat man zwei große Plätze verkleinert, den einen durch einen Schulhausbau, der anderen zum Baue eines Volksbades. Ich wünsche nicht, dass das gleiche in den anderen Bezirken geschieht, darum bitte ich um die einstimmige Ablehnung dieses Antrages bezüglich des Yppenplatzes.

Gem.-Rath Tagleicht (zur Geschäftsordnung): Ich beantrage Schluss der Debatte.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Es ist Schluss der Debatte beantragt. Ich bitte jene Herren, die damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Schluss der Debatte ist angenommen.

Zum Worte vorgemerkt ist Herr Gem.-Rath Gräf als letzter Redner.

Gem.-Rath Gräf: Ich verzichte.

Referent des Stadtrathes (Schlusswort): Was die Anträge betrifft, so ist es selbstverständlich, dass Post 39 „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld, XVI. Bezirk, 63.000 fl.“ fallen gelassen werden muss, nachdem diese Stockwerks-Aufsetzung nicht möglich ist.

Was die nächste Post betrifft, „Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatze“, so stimme ich dem Antrage Matzenauer zu und bitte Sie, diese 60.000 fl. einzustellen, jedoch den Ort, wo die Schule hingebaut werden soll, der späteren Beschlussfassung vorzubehalten.

Weiter bitte ich, die 15.000 fl., welche der Stadtrath für den Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacher Straße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes eingestellt hat, zu beschließen, wenn wir auch im Augenblicke an den Schulbau für die allernächste Zeit nicht denken.

Ich glaube, dass später solche Bauplätze theuerer bezahlt werden müssen, und es liegt nichts daran, wenn wir 15.000 fl. ein Jahr früher auslegen. Was die dreistöckigen Schulen betrifft, so wird ja gewünscht, die Vororte auf dasselbe Niveau zu erheben wie die alten Bezirke. Wenn nun die alten Bezirke dreistöckige Schulen haben, warum sollen sie die Vororte nicht auch haben? (Heiterkeit.)

In allen unseren Schulen wird das Turnen sehr lebhaft betrieben. Nun bin ich der Meinung, dass, wenn die Kinder Bock springen und 10- bis 20mal die tiefe Kniebeuge machen, und das ihrer Gesundheit sehr zuträglich ist, ihre Glieder kräftigt und stärkt, es auch nicht schadet, wenn die Kinder in das dritte Stockwerk hinaufgehen. Das ist auch eine Art Turnübung.

Ich glaube also, dass diese Besorgnis für die Gesundheit der Kinder wohl etwas übertrieben ist, und bitte Sie um Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission (zum Schlussworte): Der Antrag auf Streichung der 63.000 fl. und die Motivierung, die ich derselben unterlegt habe, hat Ihre Zustimmung gefunden.

Was den Yppenplatz anbelangt, so habe ich die Verhältnisse und auch die Rechtsverhältnisse dargelegt und kann mich nur darauf beziehen. Bei dieser Gelegenheit muss ich auf das reflectieren, was Herr College Rauscher erwähnt hat, dass man den Vorortegemeinden nicht mit derselben Liebenswürdigkeit entgegenkommt, die sie zu fordern ein Recht haben. Herr Gem.-Rath Dr. Friedjung hat bereits die Ziffern genannt, welche im abgelaufenen Jahre für Schulbauten bewilligt worden sind. Ich will nur die Ziffern für den XVI. Bezirk nennen. Nach dem Budget für 1893 wurden für Schulbauten im XVI. Bezirke 216.000 fl. bewilligt. Wenn Sie jetzt die Anträge der Budget-Commission annehmen, wobei 63.000 fl. und 15.000 fl. gestrichen werden, verbleibt noch immer für den XVI. Bezirk ein Betrag von 139.200 fl. Ich glaube daher nicht, dass man ein Recht hat, zu sagen, dass die Vororte oder speciell der XVI. Bezirk stiefmütterlich behandelt werden.

Was die Lorenz Mandlgasse anbelangt, ist es richtig, dass man mit dem Baue noch nicht begonnen hat. Das hat seinen Grund darin, dass der Platz, der ursprünglich für diese Schule bestimmt war, von der Gemeinde zwar erworben ist, dass man aber neuerdings in Verhandlungen eingetreten ist, um noch weiter drei Plätze zu diesem Zwecke zu erwerben. Diese Verhandlungen sind noch nicht zum Abschlusse gebracht. Das ist der Grund, warum man mit dem Baue noch nicht begonnen hat. Ich bitte um Annahme der Anträge der Budget-Commission.

Gem.-Rath Dr. Friedjung (zur thatsächlichen Berichtigung): Herr Dr. Lueger hat mir vorgehalten, dass in den Vororten sich eine größere Anzahl von Spätclassen befinden. Da nur diese Bezirke in Berathung kamen und ich nur die Ziffern für diese Bezirke augenblicklich vor mir hatte, habe ich gesagt, dass in den Bezirken XV, XVI, XVII und XVIII zusammengenommen sich eine Spätclasse befindet und ich halte diese Thatsache unbedingt aufrecht und jedenfalls sind mir die Herren Bezirksschulräthe, welche unaufhörlich von Schule zu Schule gehen, viel competenter wie irgendjemand sonst.

Was den Inspectionsbezirk betrifft, der die Bezirke XVII und XVIII umfasst, so weiß ich — da ich mich um die Angelegenheiten dieser Bezirke im Bezirksschulrathe ganz genau kümmere — dass bei Einverleibung der Vororte in diesem Inspectionsbezirke 38 Classen gefehlt haben, respective 8 Spätclassen bestanden und in diesem Augenblicke keine einzige Spätclasse vorhanden ist. Das weiß ich.

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich berichtige gegenüber den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung in Betreff des Betrages, welcher für Schulbauten verwendet wurde, dass wir schon vor fünf Jahren 150.000 fl. für einen Schulhausbau eingestellt haben; wir sind jedoch aufgelöst worden und haben ihn erst voriges Jahr bekommen.

Gem.-Rath Gräf (zur thatsächlichen Berichtigung): Ich kann den Herrn Collegen Dr. Friedjung auch nur dahin berichtigen, dass Spätclassen im XVI. Bezirke nur infolge der Einverleibung der Vororte mit Wien entstanden sind, weil ein Betrag von 150.000 fl. für zwei Schulen, darunter die in der Panikengasse, bestimmt war und nur durch die Einverleibung der Gemeinde zu Wien die Aufnahme des Darlehens gehindert wurde. Bezüglich der Spätclassen habe ich ihn dahin zu berichtigen, dass in Ottakring mehrere Spätclassen und überdies eine Anzahl überfüllter Lehrzimmer vorhanden sind.

Gem.-Rath Witzelsberger (zur thatsächlichen Berichtigung): Nachdem der XV. Bezirk unter denjenigen genannt wurde, wo Spätclassen sein sollen, berichtige ich thatsächlich, dass im XV. Bezirke gar niemals Spätclassen waren und auch gegenwärtig keine existieren.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich schreite zur Abstimmung. Ich bitte, die Vorlage zur Hand zu nehmen und mich zu controlieren.

Posten 33, 35, 36 und 37 sind nicht angefochten worden; ich enunciere daher, dass die Beträge von 10.000 fl., 4500 fl., 1700 fl. und 60.000 fl. genehmigt sind. Bei den Posten, wo es sich um Stockwerks-Aufsetzungen handelt, muss abgestimmt werden. Ich bringe nun zur Abstimmung die Post 34 „Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude im XVI. Bezirke, Seitenberggasse". Antrag der Budget-Commission und des Stadtrathes, 3000 fl. (Rufe: Das ist schon fertig, das ist eine Restzahlung!) Ich ersuche die Herren, welche mit dieser Post einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Bei Post 38 ist kein Antrag.

Nun kommt die Post 39 „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Neumayer- und Kirchstetterngasse in Neulerchenfeld". Vom Stadtrathe sind 63.000 fl. beantragt. Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Minorität. — Abgelehnt. (Referent des Stadtrathes: Das ist zurückgezogen!) Ich glaube nicht, dass ein Referent den Antrag zurückziehen kann!

Nun kommt die zweite Post „Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatz". Hier liegt der Antrag Matzenauer vor, welcher lautet: „Für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule werden 60.000 fl. gewidmet. Bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten."

Weiters liegt der Antrag Maresch vor:

„1. Es sei von dem Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule am Yppenplatze im XVI. Bezirke abzusehen und hiefür in der Nähe ein anderer geeigneter Platz ausfindig zu machen.

2. Der Yppenplatz soll für den Großmarkt, welcher weder auf der Thalia- noch auf der Koppstraße einen Verbleib haben kann, reserviert bleiben."

Ich bringe die Anträge Matzenauer und Maresch bezüglich der Zuweisung unter einem zur Abstimmung.

Gem.-Rath Dr. Vogler (zur Abstimmung): Der Antrag Matzenauer ist nicht dem Stadtrathe zuzuweisen, sondern über denselben sofort abzustimmen; der andere Antrag kann zugewiesen werden.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Der erste Theil des Antrages Matzenauer lautet:

„Für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule werden 60.000 fl. gewidmet."

Ich ersuche die Herren, welche zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Weiters: „Bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten."

Ich ersuche die Herren, welche damit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun ersuche ich die Herren, welche den Antrag Maresch dem Stadtrathe zuweisen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Derselbe ist dem Stadtrathe zugewiesen.

Nun kommt Post 40 „Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes".

Antrag des Stadtrathes 15.000 fl., aufgenommen vom Herrn Gem.-Rathe Gräf.

Ich bitte jene Herren, welche diesem Antrage zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Referent des Stadtrathes (liest):

XVII. Bezirk.

Bau einer neuen Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals, XVII. Bezirk . . . . 35.000 fl.

Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse 37 in Hernals, XVII. Bezirk . 18.000 fl.

Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatze in Hernals, XVII. Bezirk . 2.000 fl.

Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse 1, XVII. Bezirk . . . . 2.500 fl.
Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helblinggasse oder Stiftgasse im XVII. Bezirke zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule . . . . 30.000 fl.

Referent der Budget-Commission: Meine Herren! Nur zu dem letzten Antrage stellt die Commission einen Abänderungs-Antrag, dahin gehend, es möge der Betrag von 15.000 fl. eingestellt werden, weil die Budget-Commission der Meinung war, dass ein Bauplatz um 30.000 fl. denn wohl ein bisschen zu theuer sein wird, und wurde namentlich die Blumen- und Josefigasse ins Auge gefasst, weil in der Stiftgasse nur mehr ein einziger Platz zu verkaufen ist, welcher ja doch weit höher zu stehen käme. Aus diesen Gründen hat die Budget-Commission zur Erwerbung eines Bauplatzes in dieser Gegend 15.000 fl. eingesetzt.

Gem.-Rath Dr. Vogler: Ich möchte die Herren bitten, bezüglich der letzten Post 45 den Antrag des Stadtrathes anzunehmen, für 15.000 fl. ist in dieser Gegend ein entsprechender Bauplatz nicht zu haben.

Gem.-Rath Eigner: In dem Präliminare für den XVII. Bezirk heißt es, zur Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helblinggasse oder Stiftgasse zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule wurden vom Magistrate und Stadtrathe 30.000 fl. und von der Budget-Commission 15.000 fl. eingestellt In dieser Gegend ist aber um 15.000 oder 30.000 fl. kein Platz zu erwerben. Das kann ich bestätigen und, ich glaube, meine Collegen ebenfalls. Ich glaube auch, dass Sie dort einen Platz nicht unter 50- bis 60.000 fl. bekommen werden.

Diese Schule hätte schon um fünf Jahre früher dort erbaut werden sollen, jetzt sind aber die Plätze schon alle verkauft, und es ist nur mehr ein solcher Platz vorhanden. Um 15.000 fl. bekommen Sie aber heute selbst in der Josefigasse und Blumengasse keinen Platz, und dort wäre die Schule auch nicht zweckmäßig, weil sie einen Platz nur direct an der Grenze von Währing bekommen. Sie müssen aber den Platz dort wählen, wo noch keine Schule ist und viele Kinder sind, und diese sind dort vorhanden von der Ottakringerstraße zwischen der Hernalser Hauptstraße, Bergsteiggasse und Veronikagasse. Dort ist die Schule nothwendig.

Mithin erlaube ich mir zu beantragen, den Antrag des Magistrates und Stadtrathes mit 30.000 fl. anzunehmen, und ich würde ferner beantragen, statt 30.000 fl., 60.000 fl. einzustellen, denn wenn man den Betrag auch nicht für den Platz braucht, so könnte doch gleich die erste Baurate daraus bestritten werden, so dass der Bau noch heuer begonnen werden kann. Wir haben aber heute noch gar keinen Platz und wenn wir nur 30.000 fl. einstellen, wird der Bau im Jahre 1894 nicht einmal angefangen werden. In Hernals sind heute noch — ich kann das nicht genau sagen — zwei oder vier Spätclassen, ich glaube sogar vier Spätclassen, und wenn das so fortgeht und man den Herbst heranrücken läst, wo die Schulen wieder beginnen, werden noch mehr Spätclassen dazukommen, weil sich die Kinder noch vermehren werden. Wir sind dort gesegnet mit Kindern (Heiterkeit), es ist guter Wein dort und gute Frankfurter, frische Luft, die Kinder gedeihen dort; es muss also etwas geschehen und ich erlaube mir daher den Antrag, statt 30.000 fl., 60.000 fl. einzustellen.

Gem.-Rath Rauscher: Meine Herren! Nach meinen früheren Ausführungen habe ich gewiss nicht nothwendig, gegen den uns unter Nr. 42 vorgelegten Antrag des Stadtrathes und der Budget-Commission, welcher die Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse Nr. 37 in Hernals beinhaltet, neuerdings Stellung zu nehmen, und es wird genügen, auf meine Auseinandersetzungen bei dem XVI. Bezirke zu verweisen. Gestatten Sie mir aber, auf einzelne Ausführungen zu reflectieren, welche früher gegen mich geschleudert wurden, und zwar hat es zunächst Herrn Gem.-Rath Dr. Vogler beliebt, mir entgegenzuhalten, dass es in Wien, einer Großstadt, überhaupt nicht möglich sei, niedrigere als drei Stock hohe Schulhäuser zu bauen.

Dem gegenüber verweise ich auf die uns eben gewordenen Auskünfte seitens des Herrn Dr. Lueger, dass in Paris drei Stock hohe Schulgebäude absolut nicht existieren. Paris ist doch jedenfalls eine größere Großstadt als Wien. Herr College Frauenberger hat gesagt, dass ich über das Ziel hinausgeschossen habe, und meint, dass ich mit meiner Anschauung allein stünde. Dem gegenüber erlaube ich mir, ganz offen zu erklären, dass ich ein entschiedener Gegner jeder Stockwerks-Aufsetzung auf Schulgebäude bin, und füge gleichzeitig hinzu, dass ich mit dieser Erklärung der Überzeugung Ausdruck gebe, dass sämmtliche Berufscollegen in dieser Beziehung an meiner Seite stehen. Interessant ist es, dass er mich in dieser Beziehung bekämpft, weil ich drei Stockwerke nicht haben will. Er selbst aber gesteht am Schlusse seiner Erwiderung, dass zwei Stockwerke besser sind als drei Stockwerke.

Herr Dr. Friedjung hat mir vorgehalten, dass ich gemeint hätte, für die Vororte geschehe zu wenig. Das habe ich absolut nicht gesagt.

Die Aussage des Herrn Dr. Friedjung ist einer Widerlegung auch in folgender Richtung bedürftig. Er rechnet mir vor, dass im vorigen Budget 200.000 fl. für die inneren Bezirke und 800.000 fl. für die äußeren Bezirke ausgegeben worden waren. Das mag richtig sein, aber daraus kann man gegen mich absolut kein Capital schlagen; denn die inneren Bezirke sind bereits abgeschlossene Bezirke, da kann die Bevölkerung keinesfalls in hohem Grade zuwachsen; die äußeren Bezirke sind offene, die Bevölkerung wächst zu, es müssen daher neue Schulen gebaut werden.

Übrigens darf man nicht immer damit kommen, dass die Vororte zu viel kosten. Ich verweise darauf, dass bei der Einverleibung der Vororte mit Wien die Cassageschäfte der autonomen Gemeinden sistiert worden sind. Man hat ihnen nicht erlaubt, frei über das Geld zu verfügen, und deshalb waren die einzelnen Schulen, die hätten errichtet werden sollen, im Rückstande geblieben. Das ist der Grund.

Wenn der Stadtraths-Referent Boschan das Hinaufsteigen ins dritte Stockwerk mit dem Turnen vergleicht, habe ich nichts dagegen einzuwenden.

Nun komme ich auf den XVII. Bezirk näher zu sprechen. Es ist mir recht wohl bekannt, dass die Aufsetzung des dritten Stockwerkes bei Post Nr. 42 von meinem Collegen Eigner seinerzeit — ich glaube, es war am 18. April 1893 — beantragt worden ist. Mein Freund Eigner wird mir wohl verzeihen, dass ich seinen Geschmack in dieser Beziehung nicht theilen kann und infolge conträrer Anschauung Einsprache gegen seinen Antrag erheben muss.

Ich habe die Nummer 32 des Amtsblattes aus dem Vorjahre vor mir, in welchem der volle Wortlaut des Antrages Eigner enthalten ist, und es sei mir gestattet, wenige Punkte aus demselben herauszustechen zu dürfen. Er sagt unter anderem, durch den Ausbau der Front in der Kirchengasse würden nun, da die beiden

Stiegenhäuser bereits vorhanden sind, auf eine einfache, billige und zweckmäßige Art neue Lehrzimmer gewonnen werden.

Nun, meine Herren, die Einfachheit, womit dem Mangel an Schulhäusern für Hernals abgeholfen werden soll, ist in der That rührend; über die Zweckmäßigkeit dieser Art der Abhilfe kann ich nach meinen früheren Ausführungen mit dem Antragsteller nicht rechten; in Betreff der Billigkeit ist es den Herren freigestellt, ihr Urtheil abzugeben, da um den Betrag von 18.000 fl. vier neue Lehrzimmer gewonnen werden sollen, sage: vier neue Lehrzimmer. Übrigens habe ich von anderer fachlicher Seite gehört, dass nur drei Lehrzimmer erhältlich sind, die nach dem Antrage Eigner nur einen Fassungsraum von 240 bis 280 Schüler besitzen sollen. Es ist klar, dass der Preis von 18.000 fl. für drei, im besten Falle für vier neue Lehrzimmer ein entschieden zu hoher ist; auf diese Idee des Herrn Collegen Eigner eingehen, hieße das Geld der Steuerträger zum Fenster hinauswerfen.

Schließlich behauptete er: „das äußere Ansehen dieses Schulgebäudes würde daher nur gewinnen, da sämmtliche anreihende und gegenüber befindliche Gebäude gleichfalls drei Stockwerke enthalten“, eine ästhetische Extravaganz, welche Dr. Lueger gewiss mit der Censur „Linealmensch“ saldieren würde.

Ich erlaube mir nun auf die Post 41 zurückzugreifen, „Bau einer Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals“, wofür ein Betrag von 35.000 fl. eingesetzt erscheint. Diese Post ist mir ebenso wie eine spätere Post im XVIII. Bezirke mit 25.000 fl. ohne einen nachträglichen Commentar unverständlich, da beide Schulgebäude bereits vollendet dastehen und functionieren. (Rufe rechts: Das ist eine Nachtragszahlung!) Da muss ich mir die Frage gestatten, wie kommen diese Ansätze in das heurige Präliminare? Ist die Commune einen Theil der Baukosten schuldig geblieben? (Widerspruch und Zwischenrufe rechts.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Gem.-Rath Rauscher (fortfahrend): Ich muss wirklich staunen, wenn die Commune Schulden gemacht haben sollte, nachdem ja, wie bekannt, aus dem letzten Jahresabschlusse der Betrag von 600.000 fl., der für Schulbauzwecke präliminiert war, nicht ganz aufgebraucht wurde und also gar nicht überschritten werden konnte. Die neue Schule in der Schmerlinggasse, für welche eine Nachtragszahlung von 35.000 fl. eingesetzt erscheint, ist aber heute bereits ziemlich gefüllt. So viel ich weiß, bestehen in Hernals gegenwärtig vier Spätclassen und zwei Wanderclassen, so dass also für das nächste Schuljahr unbedingt vorgesorgt werden muss. Es ist also ein Mangel an Schulhäusern vorhanden und diesem Übelstande sucht der Bezirksausschuss dadurch abzuhelfen, dass er den Bau einer neuen Doppel-Volksschule für Knaben und Mädchen in der Helbling- und Stiftgasse in Antrag bringt. Dafür sind inclusive des Grundankaufes 21.000 fl. in Anschlag gebracht. Zu meiner Verwunderung besteht die Budget-Commission auf 15.000 fl. für die Grunderwerbung. Was mit den überzähligen Kindern in Hernals im nächsten Jahre geschieht, das sagt sie nicht. Meiner Ansicht nach ist es daher einfacher, billiger und zweckmäßiger, wenn man die 18.000 fl. unter Post 42 zur Post 45 dazuschlägt, um damit die Erbauung einer neuen Schule in der Helblinggasse oder Stiftgasse auf das kräftigste zu fördern. Ich erlaube mir daher den Antrag zu stellen:

Die sub Post Nr. 42 eingestellten 18.000 fl. sind zum Antrage Post Nr. 45 hinzuzufügen, der somit auf 33.000 fl., beziehungsweise 45.000 fl. vergrößerte Betrag unter Nr. 45 ist auf 60.000 fl. zu erhöhen und als erste Baurate zur Erbauung einer Schule in der Gegend der Helblinggasse oder Stiftgasse noch im heurigen Jahre der Verwendung zuzuführen.

Gem.-Rath Purscht: Ich begrüße es mit Freude, dass von jener (rechten) Seite der Antrag gestellt worden ist, dass die 30.000 fl. für den Platz in der Stiftgasse verwendet werden sollen und von der Ansicht der Budget-Commission Umgang genommen wird. Denn, wie Collega Eigner erwähnt hat, ist selbst um 30.000 fl. dort kein Platz zu kaufen; es ist also wohl richtiger, wenn man wenigstens 30.000 fl. dafür bestimmt. Ich bitte also, diesen Antrag anzunehmen.

Bezirksvorsteher Helbling: Hochverehrte Herren! Erlauben Sie, dass ich als Vorsteher des Bezirkes und Ortsschulrath in Betreff dieser Schule das Wort ergreife. Der vorgeschlagene Platz in der Stiftgasse ist vielleicht einer der besten, die man sich denken kann. Wir haben überall Umschau gehalten, und es ist richtig, dass die Plätze nahezu verschwinden. Dieser Platz gehört dem Stadtbaumeister Gschwandner. Der eine Theil des Platzes war sein Privatgarten und ist mit schönen alten Bäumen bepflanzt; der zweite ist der Materialplatz. Diese beiden Plätze haben ein Ausmaß von circa 2600 m^2. Es kann also da eine schöne große Doppelschule erbaut werden und rückwärts bleibt noch ein ganz schöner grüner Fleck mit schönen Bäumen. Diese Schule, die dort erbaut werden soll, ist nicht allein für den XVII. Bezirk, sondern schafft auch eine Abhilfe für den XVI. Bezirk, denn die Stiftgasse liegt zwischen der Hernalser Hauptstraße und der Ottakringerstraße. Der Yppenplatz, wo eine Schule erbaut werden soll, liegt keine fünf Minuten weg. Wenn die Schule in diesem Ausmaße erbaut wird, ist für den XVI. und XVII. Bezirk Abhilfe geschaffen, denn die Kinder, die vom Yppenplatze sind, können dann durch eine ganz ruhige Gasse, die Helblinggasse, in die Stiftgasse in einem Zeitraume von fünf Minuten gelangen. Ich möchte bitten, dass dieser Platz angenommen wird. Herr Baumeister Gschwandner ist uns im Worte geblieben; der Preis, den er verlangt, ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man die Quadratklafter mit 67 fl. in Anrechnung bringt. Es ist kein Platz heute mehr dort zu haben, und wenn wir diesen Platz heute nicht bekommen, weiß ich nicht, wo wir uns hinwenden sollen. Ich bitte zu berücksichtigen, dass von der ehemaligen Hernalserlinie bis auf den Petersplatz keine Schule besteht.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter (unterbrechend): Ich bitte, Herr Bezirksvorsteher, es ist nicht angezeigt, auf die Sache näher einzugehen, nachdem es sich bloß um eine Budgetpost und um die Einstellung eines Betrages handelt. (Rufe links: Er muss sie begründen!)

Bezirksvorsteher Helbling (fortfahrend): Ich habe mir die Begründung erlaubt. Ich möchte bitten, dem Antrage des Stadtrathes zuzustimmen, dass mindestens ein Betrag von 30.000 fl. angenommen wird, damit wir den Platz erwerben können. Der Restbetrag wird ja ohnedies das nächste Jahr gutgeschrieben werden müssen.

Gem.-Rath Eigner: Ich habe nur noch einige Worte zu dem hinzuzufügen, was mein geehrter Herr Vorredner Rauscher gesagt hat bezüglich der Stockwerks-Aufsetzung in Hernals, Kirchengasse Nr. 37, die ich beantragt habe. Alle neuen Schulen — wenn sie auch in der äußersten Peripherie gebaut werden — werden bereits alle dreistöckig gebaut. (Gem.-Rath Rauscher: Nicht wahr!) Es

wäre auch unklug, wenn sie nur zwei Stock hoch gebaut würden, weil auch alle anderen Häuser drei und vier Stock hoch gebaut werden und in den Wohnhäusern die Kinder ebenfalls im dritten und vierten Stock wohnen müssen (Gem.-Rath Rauscher: Ist das ein Grund?), und immer jede Stockwerks-Aufsetzung mehr Kosten verursacht, als wenn man eine neue Schule gleich drei Stock hoch baut. Ich will Ihnen sagen, warum ich diesen Antrag gestellt habe. Diese Schule hätte gleich in der Kirchengasse bei ihrer Erbauung mit dem dritten Stockwerke ausgebaut werden sollen; das ist leider nicht geschehen, und wenn man sie ansieht, so muss man sagen, der hier gebaut hat, hat auch einen Fehler gemacht. Diese Schule ist ein Eckbau; sie steht an der Ecke der Kirchen- und Rötzergasse. In der Rötzergasse sind drei Fenster Gassenfront, in der Kirchengasse ist die Schule drei Stock hoch; in der Kirchengasse sind zwölf Fenster Gassenfront nur zwei Stock hoch gebaut, und der Seitentract, der in der Kirchengasse an das Rathhaus des XVII. Bezirkes anschließt, ist sammt drei Fenster Gassenfront in der Kirchengasse detto drei Stock hoch, und auch die beiden Stiegen sind drei Stock hoch aufgeführt. Der mittlere Theil in der Kirchengasse, der am schönsten gelegen ist, ist nur zwei Stock hoch. Ich weiß nicht, wie man einen solchen Bau hat veranlassen können.

Es wäre also unklug, wenn man das Dach nicht herunternehmen würde und nicht den dritten Stock aufsetzen würde; dann gewinnen sie gleich vier Lehrzimmer. Von dem Betrage von 18.000 fl., der hier eingestellt ist, dürfen Sie nicht erschrecken. Sie wissen ja ganz gut — und ich habe es schon oft erwähnt — dass dieser Voranschlag mit 18.000 fl. aus dem communalen alten Preistarif ist — der aus dem Jahre 1873 datiert und entnommen ist, wo die Ziegel 40 fl. gekostet haben und alles viel theuerer gewesen ist. Sie werden ja auch noch die Percentnachlässe sehen.

Nun muss ich noch etwas erwähnen. Hier steht in Post 43: Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatze. Dort werden zwei Lehrzimmer umgeändert und wird ein Turnsaal gemacht. Wo wollen Sie die Kinder aus diesen zwei Lehrzimmern hingeben? Wollen Sie sie in eine Spätschule einschulen?

Weiters finden Sie Post 44: Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1. Hier werden wieder zwei Lehrzimmer in einen Turnsaal umgeändert. Wo wollen Sie da die Kinder hingeben?

In der nächsten Nähe, 10, 15, 30 Schritt weit, ist die Schule in der Kirchengasse, welche nur zwei Stockwerke hat; da setzt man einen Stock darauf und erhält vier Lehrzimmer, in denen die Kinder sofort untergebracht werden können.

Ich trete auch dafür ein, dass eine neue Schule gebaut werde, aber für den Augenblick, um die ausgeschulten Kinder unterzubringen, soll das Stockwerk aufgesetzt werden. Zwei Theile dieser Schule haben schon drei Stockwerke, nur der mittlere Theil hat zwei Stockwerke. Jeder Private sucht seine Realität auszubauen und auch wir sollen es thun. Sie können mit gutem Gewissen zustimmen; ich verlange nichts Ungerechtes.

Auch würde ich bitten, den Ankauf des Platzes sobald als möglich zu beschließen. Wenn man nach meinem Antrage statt 30.000 fl. 60.000 fl. bewilligt, hätte man Geld für den Platz und auch einen kleinen Theil für die erste Baurate und könnte mit dem Baue beginnen.

Ich glaube, Sie sollten meinen Antrag annehmen.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes (zum Schlussworte): Es ist hier wieder die Stockwerks-Aufsetzung bekämpft worden. Dem gegenüber ist zu bemerken, dass die Gemeinde Wien es nicht bestreiten kann, so kleine Schulen zu haben, weil jede Schule einen Schulkörper für sich bildet, einen Oberlehrer braucht, und die ganze Ökonomie der Schule ziemlich kostspielig ist.

Der weitere Antrag, für die Erwerbung des Schulbauplatzes 30.000 fl. einzustellen, ist nicht bekämpft worden, es wurde im Gegentheile eine noch höhere Summe beantragt. Ich möchte bitten, den Antrag des Stadtrathes, 30.000 fl. einzustellen, anzunehmen. Sollte es nothwendig sein, für einen solchen Platz etwas mehr auszugeben, so haben wir in unserem Reservefonde, beziehungsweise in dem Virement für diesen Platz hinreichende Deckung.

Was die Bemängelung der Restzahlungen betrifft, möchte ich dem betreffenden Herrn Redner bemerken, dass wir ja nicht ein Object im Budget haben, sondern dass alljährlich derjenige Betrag eingesetzt wird, welcher voraussichtlich in dem Jahre gebraucht wird. Nachdem nun regelmäßig ein 10percentiger Nachlass von der Verdienstsumme übrig bleibt, muss der Betrag auf das nächste Budget übertragen werden. Daher finden die Herren in so vielen Posten kleine Beträge, welche lediglich Restzahlungen für bereits vollendete Bauten sind.

Referent der Budget-Commission (zum Schlussworte): Ich habe nur zu Post 45 eine kurze Bemerkung zu machen, in welcher Post die Budget-Commission 15.000 fl. eingestellt hat. Es wurde der Budget-Commission mitgetheilt, dass ein einziger Platz in der Helbling-, respective Stiftgasse zu haben sei, und es wurde der Preis genannt. Derselbe hat der Budget-Commission sehr hoch geschienen. Sie ist daher von diesem Platze abgegangen und hat beantragt, einen billigeren Platz in der Nähe zu suchen. Es wurde auch die Straße genannt, an welche jedoch der Gemeinderath nicht gebunden ist. Das ist der Grund, warum der niederige Betrag eingestellt wurde. Es geschah dies nur mit Rücksicht auf die enorm hohe Forderung, welche dort gestellt wird. Ich bitte um die Annahme der Anträge der Budget-Commission.

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Wir schreiten zur Abstimmung. Es liegen folgende Anträge vor:

Bei Post 45 beantragt Gem.-Rath Eigner, für die Erwerbung eines Platzes in der angegebenen Gegend statt 30.000 fl. 60.000 fl. einzustellen.

Der Antrag des Gem.-Rathes Rauscher lautet (liest): „Die sub Post Nr. 42 eingesetzten 18.000 fl. sind zum Antrage Post Nr. 45 hinzuzufügen. Der somit auf 33.000 fl., beziehungsweise auf 48.000 fl. vergrößerte Betrag unter Nr. 45 ist auf 60.000 fl. zu erhöhen und als erste Baurate zur Erbauung einer Schule in der Gegend der Helbling- oder Stiftgasse noch im heurigen Jahre der Verwendung zuzuführen."

Ich bringe vorerst zur Abstimmung Post 41 „Bau einer neuen Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals, XVII. Bezirk, 35.000 fl.", Post 43 „Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatze in Hernals, XVII. Bezirk, 2000 fl." und Post 44 „Erweiterung des Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1, XVII. Bezirk, 2500 fl.".

Diese Posten wurden nicht angefochten und ich erkläre die drei Beträge per 35.000 fl., 2000 fl. und 2500 fl. für genehmigt.

Ich bringe nun zur Abstimmung Post 42. Für diese Post „Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchen-

gasse Nr. 37 in Hernals, XVII. Bezirk, werden übereinstimmend 18.000 fl. beantragt.

Ich ersuche jene Herren, welche diesen Betrag widmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Nun kommt Post 45 zur Erledigung, und zwar zunächst der Gegen-Antrag Eigner, anstatt 30.000 fl., respective 15.000 fl. den Betrag von 60.000 fl. zu bestimmen. Ich bitte die Herren, welche dem Antrage Eigner, 60.000 fl. für die Erwerbung des Platzes zu widmen, zustimmen, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommt der Antrag Rauscher zur Abstimmung, welcher von der Erwerbung eines Bauplatzes absieht und für den Bau 60.000 fl. widmen will. Ich bitte die Herren, welche hiemit einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Abgelehnt.

Nun kommt der Antrag des Stadtrathes auf Bewilligung von 30.000 fl. zur Abstimmung. Jene Herren, welche hiemit einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss:

X. Bezirk.

Herstellung eines Turnsaales in der im Sehr'schen Stiftungshause X. Bezirk, Quellengasse Nr. 31, eingemieteten Volksschule . . . . . 500 fl.
Zubau zur Werkmeisterschule im X. Bezirke 15.000 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule nächst der Triesterstraße im X. Bezirke . . . . 90.000 fl.

XI. Bezirk.

Ausbau, respective Zubau, in der Volks- und Bürgerschule für Knaben und Mädchen am Marktplatze in Simmering . . . . 15.000 fl.
Bau einer neuen Volksschule in Kaiser-Ebersdorf . . . . 65.000 fl.

XII. Bezirk.

Erweiterung des Schulgebäudes in Hetzendorf 3.500 fl.
Zubau zur Schule in Gaudenzdorf, Schönbrunner Hauptstraße Nr. 39 und 41 2.000 fl.
Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule an der Grenze von Altmannsdorf und Hetzendorf . . . . 10.000 fl.

XIII. Bezirk.

Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule in Unter-St. Veit . . . . 70.000 fl.
Bau eines Schulgebäudes in Hütteldorf . 60.000 fl.
Ausbau des Schulhauses in Ober-St. Veit 27.000 fl.
Erbauung einer Doppel-Bürgerschule an der Grenze der ehemaligen Gemeinden Penzing und Breitensee . . . . . . 53.000 fl.
Bau einer Volksschule in der Gegend der Rochusgasse in Penzing . . . . . 15.000 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule im Centrum der ehemaligen Ortschaften Lainz und Speising . . . . 10.000 fl.

XIV. Bezirk:

Bau einer Doppel-Bürgerschule auf der Area des ehemaligen Sechshauser Bezirksspitales . 110.000 fl.
Vergrößerung des Schulgebäudes in der Selzergasse (Kröllgasse) in Rudolfsheim . . . . 27.000 fl.

XV. Bezirk:

Bau einer neuen Schule in der Zinkgasse in Fünfhaus . . . . 55.000 fl.

XVI. Bezirk:

Bau einer Doppel-Volksschule in der Panikengasse in Ottakring . . . . 10.000 fl.
Aufsetzung eines dritten Stockwerkes auf das Schulgebäude in der Seitenberggasse Nr. 10 3.000 fl.
Bau eines zweiten Turnsaales für die Doppelschule in der Seitenberggasse (Mildeplatz) . . . . 4.500 fl.
Erbauung zweier Turnsäle für die Schule in Ottakring, Hauptstraße Nr. 158 und Wagnergasse Nr. 27 . . . . . 1.700 fl.
Bau einer Doppel-Volksschule nächst dem Stillfriedplatze in Ottakring (Lorenz Mandlgasse) . . . . 60.000 fl.
Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule (bezüglich der Wahl des Bauplatzes hat der Stadtrath eine neue Vorlage zu erstatten) . . . . 60.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule in der Dornbacherstraße an der Grenze des XVI. und XVII. Bezirkes . . . . 15.000 fl.

XVII. Bezirk:

Bau einer neuen Doppel-Volksschule in der Schmerlinggasse in Hernals . . . . 35.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulhaus in der Kirchengasse Nr. 37 in Hernals . . . . 18.000 fl.
Herstellung eines zweiten Turnsaales in der Schule auf dem Petersplatze in Hernals 2.000 fl.
Erweiterung der Turnsaales für die Schule in Hernals, Schulgasse Nr. 1 . . . 2.500 fl.
Erwerbung eines Platzes in der Gegend der Helblinggasse oder Stiftgasse zum Baue einer Mädchen-Volks- und Bürgerschule . . . . 30.000 fl.

Referent des Stadtrathes (liest):

XVIII. Bezirk.

Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grüngasse in Währing . . . . 25.000 fl.
Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1 . . . . 2.700 fl.
Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing . . . . . . 8.000 fl.
Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gersthof 7.000 fl.
Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus . . . . 20.000 fl.

Diese letzte Post von 20.000 fl. ist von Seite der Budget-Commission gestrichen worden, welchen Abstrich mein College motivieren wird.

Referent der Budget-Commission: Der Abstrich dieser Position ist dadurch begründet, dass die Verhandlungen, die in dieser Richtung mit dem Landesausschusse gepflogen worden sind, noch so im Embryo sind — möchte ich sagen — dass gar nicht darauf zu rechnen ist, dass ein Abschluss derselben heuer stattfinden

wird. Die neuesten Berichte, die ich darüber habe, bestätigen die Anschauung, welche die Budget-Commission veranlasst hat, hiefür keinen Betrag einzustellen. Nachdem es doch nicht unsere Absicht ist, unnöthige Positionen einzustellen, von denen wir im vorhinein wissen, dass sie in dem Jahre nicht zur Verwendung kommen, beantrage ich namens der Budget-Commission die Nichteinstellung dieses Betrages.

Gem.-Rath Wünsch: Wenn ich mir erlaube, über die Verhältnisse des Schulbezirkes des XVIII. Bezirkes einiges zu sprechen, so muss ich zunächst den Ausführungen des Herrn Gem.-Rathes Dr. Friedjung bezüglich der Spätclassen entgegentreten. Allerdings bemerke ich, dass seine Daten wahrscheinlich älterer Herkunft sind als die meinigen, aber ich kann nur constatieren, dass wir heute in Währing bereits zwei Spätclassen zu verzeichnen haben. (Rufe links: Hört!) Ich muss ferner hervorheben, dass die erfahrungsmäßige Vermehrung der schulpflichtigen Kinder für das nächste Schuljahr ganz gewiss eine weitere Erweiterung der Spätclassen in den Volksschulen um mindestens zwei Classen erwarten läst. Nachdem ferner von Seite der Volksschulen infolge der ungeheuren Überfüllung eine gewisse Tendenz vorherrscht, so rasch wie möglich die Schüler an die Bürgerschulen abzugeben, lässt sich mit Sicherheit voraussehen, dass auch in den Bürgerschulen im künftigen Schuljahre wenigstens zwei Spätclassen werden errichtet werden müssen.

Hier haben Sie schon sechs Spätclassen, welche wir am Beginne des nächsten Schuljahres zu erwarten haben. Ferner muss ich constatieren, dass in der Mädchen-Bürgerschule in der Josefigasse zwei sonst an Bürgerschulen unerläsliche Räume, nämlich der Raum für den Industrieunterricht und der Raum für physikalischen Unterricht, abgehen, weil diese Räume für die Schulzwecke des normalen Unterrichtes verwendet werden mussten. Es sind das wieder zwei Schulzimmer, welche uns fehlen.

Nun, Sie werden aus diesen Darstellungen schon entnehmen, dass, trotzdem die Gemeinde große Opfer, die ich anerkenne, gebracht hat, um der ungeheuren Überfüllung der Schulen in Währing zu steuern, auch heute noch das Bedürfnis nach einer Erweiterung der Schulen vorliegt. Es steht das eben im engsten Zusammenhange mit der baulichen Entwicklung der Vororte selbst; Sie wissen ja, dass die Bauthätigkeit in Währing sehr rege ist und auch im heurigen Sommer haben wir eine große Bauthätigkeit zu erwarten.

Ich kann als Mitglied und Obmann der Budget-Commission nicht dem Antrage der Budget-Commission bezüglich Erwerbung eines Bauplatzes entgegentreten; ich möchte mir aber erlauben, einen Antrag zu stellen, welcher wenigstens für das künftige Schuljahr und auch für die nächsten Jahre ein Provisorium schafft, das eine Erleichterung bezüglich der Überfüllung gewährt. Ich glaube, es wäre hier das Augenmerk auf provisorische mietweise Erwerbung von Localitäten für Schulzwecke zu richten. Wir haben in Währing das sogenannte Feuerwehrhaus, welches schon einmal für Schulzwecke verwendet wurde. Bei Errichtung der Realschule waren dort vier Lehrzimmer untergebracht, und ohne wesentliche Kosten ließen sich in diesem der Gemeinde gehörigen Hause vier Schulzimmer einrichten. Weitere Localitäten würden vielleicht für das nächste Jahr leicht zu bekommen sein. Ein diesbezügliches Ansuchen seitens der Lehrerschaft an den Ortsschulrath liegt bereits vor. Ich erlaube mir, dasselbe wärmstens zu unterstützen und stelle nun, um kurz zu sein, den Antrag: „Der Magistrat werde beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob dem herrschenden Mangel an Schullocalitäten im XVIII. Bezirke nicht durch Abschließung geeigneter Mietverträge provisorisch abzuhelfen sei".

Gem.-Rath Josef Müller: Es hat der Stadtrath in Würdigung der Nothwendigkeit für die Erwerbung eines Schulbauplatzes 20.000 fl. eingestellt. Die Budget-Commission hat das gestrichen, weil sie der Meinung war, dass die Zwangs-Arbeitsanstalt nicht parcelliert werde, daher ein Platz nicht reserviert sei, und zweitens, weil, wie gesagt wurde, Spätclassen in Währing noch nicht errichtet seien.

Nun, dieses zweite Moment ist schon widerlegt worden. Es sind bereits zwei Spätclassen in Währing vorhanden.

Es handelt sich auch nicht darum, dass eine Schule auf der Realität der Zwangs-Arbeitsanstalt erbaut werde, sondern nur in der Gegend derselben. Dort sind gewiss noch sehr viele Plätze vorhanden, wo eine solche Schule erbaut werden kann. Gerade in dieser Gegend, welche an den Grenzen von Weinhaus, Gersthof, Währing und Hernals liegt, wird in der nächsten Zeit eine große Parcellierung vor sich gehen und eine starke Verbauung stattfinden, und es ist daher unbedingt nothwendig, heuer schon Vorsorge zu treffen, dass ein Bauplatz dort gekauft wird. Wenn Sie das heuer nicht machen, verzögern Sie die ganze Sache bis zum Jahre 1896 und Sie kommen dann absolut nicht auf, und würden die Gemeinde bezüglich des Schulbesuches in eine Zwangslage bringen.

Ich würde Sie daher ersuchen, den vom Stadtrathe eingesetzten Betrag von 20.000 fl. für Ankauf eines Platzes in der Gegend der ehemaligen Zwangs-Arbeitsanstalt anzunehmen.

Gem.-Rath Rauscher: Ich erlaube mir, Ihre Aufmerksamkeit ebenfalls auf einige wenige Punkte zu lenken, welche mit dem Schulbauten-Präliminare auf das engste verknüpft sind, obwohl sie in unserer Vorlage nicht erscheinen. Zunächst will ich von der Mädchenschule in der Josefigasse sprechen. In diesem Gebäude war ehemals die Währinger Realschule untergebracht und als diese Mittelschule später ein eigenes palastähnliches Gebäude erhielt, pflanzte man die Bürgerschule dort hinein und wies ihr jene Räumlichkeiten zu, die ihr als Bürgerschule gebüren.

Als dann im Laufe der Jahre der Andrang der Schülerinnen riesig anwuchs, breitete sich selbstverständlich die Bürgerschule mit ihren vermehrten Classen immer mehr und mehr aus und ebenso auch die Mädchen-Volksschule, die man gleichfalls in demselben Gebäude untergebracht hatte.

Es wurde ein drittes Stockwerk aufgesetzt, um Platz zu schaffen, aber trotzdem genügte der erhaltene Raum durchaus nicht; man frettete sich fort und so kam es, dass man der Bürgerschule ein Lehrzimmer nach dem anderen nahm. Besserung der dortigen Verhältnisse erhoffte man durch Eröffnung der neuen Mädchen-Bürgerschule in der Anastasius Grüngasse.

Diese letztere Anstalt wurde thatsächlich im Jahre 1893 eröffnet. Eine Besserung der Verhältnisse in der alten Schule trat durchaus nicht ein. Es blieb alles beim alten. Während die Töchteranstalt in der Anastasius Grüngasse den möglichsten Comfort genießt, blieb die Mutteranstalt in der Josefigasse das Stiefkind, der Sündenbock in den Währinger Schulverhältnissen. Jeden, der die dortigen Verhältnisse genauer kennt, muss begreifliche Erregung erfassen und mir fehlt der parlamentarische Ausdruck, um die dort herrschenden miserablen Zustände zu charakterisieren.

Man denke nur eine Bürgerschule ohne Physiksaal, eine Bürgerschule ohne Handarbeitszimmer, die Steinfliesen der Gänge losgelöst, dass die Mädchen darüber stolpern. Es geht nicht an, dass man eine Schule mit allem möglichen Luxus ausstattet, die andere Schule dagegen enterbt. Es geht durchaus nicht an, dass eine Schule eine theuere Art der Beheizung besitzt, die andere Schule aber trotz aller schriftlichen und mündlichen Petita die Röste nicht erlangen kann, die zur Beheizung der Schulzimmer nothwendig sind. (Gem.-Rath Jedlička: Das ist Thatsache!) Es geht weiters nicht an, dass für eine Schule schon Rollkästen zur Aufbewahrung der Kleider bewilligt werden, während die andere nicht Nägel genug hat, um sie in die Wand zu schlagen, um die Kleidungsstücke darauf hängen zu können. Es geht endlich nicht an, eine Schule mit elektrischem Klingelwerk zu versehen und die andere Schule mit Glocken abzufertigen, die für den Mistbauer passen würden und deren Schall bis ins dritte Stockwerk hinauf nicht gehört wird. Solcher Luxus ist schön und gut, aber ich meine, dass es nothwendig wäre, zuerst den elementarsten Bedürfnissen einer Schule in Betreff der Platzbeschaffung zu befriedigen, ehe man daran geht, die entbehrliche Ausschmückung der Schulräume in Angriff zu nehmen.

Das Gebäude in der Josefigasse fasst 22 oder 23 Lehrzimmer und hat über 1200 Kinder und nur eine einzige Stiege, welche überdies ziemlich schmal und deren Stufen weit größer als die Normalhöhe sind. Was im Falle eines Elementarereignisses mit den Mädchen geschieht, weiß ich nicht.

Ich glaube, es wäre nur ein Gebot der Vorsicht, wenn man daselbst eine zweite Stiege mit einem zweiten Ausgange errichtet, was sich leicht bewerkstelligen ließe. Ich werde durch einen Antrag Gelegenheit geben, diese nothwendige Abhilfe zu treffen.

In zweiter Linie erwarte ich mit Bestimmtheit, dass Sie den Antrag auf Erbauung einer zweiten Schule in Währing in der Josefigasse, worauf im Voranschlage leider vergessen wurde, genehmigen. Sie ist durchaus nothwendig. Zwei Spätschulen existieren schon jetzt, wie Herr College Wünsch richtig bemerkt hat. Zwei Classen gehen der Mädchen-Bürgerschule in Währing, Josefigasse, ab; sechs Classen werden mindestens mit Beginn des nächsten Schuljahres zuwachsen, so dass man heute bereits zehn Lehrzimmer als Bedarf ausrechnen kann. So viel ich weiß, wird auch seitens der Währinger Schulleiter eine entsprechende Action geplant behufs Einmietung einer provisorischen Schule mit zehn Schulclassen in der Gegend der Oberen Johannesgasse oder Wienerstraße in Währing. Dieser Absicht will ich mit meinem Antrage entgegenkommen.

Meine Anträge, welche ich einer entsprechenden Würdigung des Hauses unterbreite, lauten:

„1. In der Mädchen-Bürgerschule in der Josefigasse 21 in Währing ist eine zweite Stiege mit dem Ausgange in die Schulgasse herzustellen und sind die hiefür sich ergebenden Kosten im Schulbau-Präliminare pro 1894 einzusetzen.

2. Es sei ein geeigneter Platz für die Erbauung einer Schule in Währing, in der Gegend der oberen Johannesgasse oder Wienerstraße ausfindig zu machen, beziehungsweise zu erwerben und ein neues Schulgebäude darauf zu errichten. Bis zur Fertigstellung des Schulgebäudes ist einstweilen für die Einmietung einer zehnclassigen Schule vom Augusttermine an Vorsorge zu treffen."

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Ich bedauere, wir sind nicht mehr beschlussfähig, wir müssen daher die Sitzung schließen.

(Schluss der Sitzung um 10 Uhr abends.)

Stenographischer Bericht

über die **öffentliche** Sitzung des Gemeinderathes der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien vom **29. März 1894** unter dem Vorsitze des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl und des Vice-Bürgermeisters Dr. Albert Richter.

Bürgermeister Dr. Grübl: Die Versammlung ist beschlussfähig, die Sitzung eröffnet.

1. Die Herren Gem.-Räthe Ziegelwanger und Ritt. v. Neumann entschuldigen ihr Ausbleiben von der heutigen Sitzung.

Ich bitte um die Mittheilung der Einläufe:

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

2. Antrag des **Gem.-Rathes Dehm** und Genossen:

Am 4. Jänner d. J. ist Oberbaurath Karl Freih. v. Hasenauer aus der Reihe der Lebenden geschieden.

Der Name des Verblichenen ist mit der künstlerischen Ausgestaltung der herrlichen Bauten, welche das durch die Stadterweiterung gewonnene Gebiet unserer Residenz schmücken, auf das innigste verbunden.

Das Hofburgtheater, die Hofmuseen, der noch der Vollendung harrende Ausbau der neuen Hofburg und noch eine Anzahl hervorragender architektonischer Meisterwerke, mit welchen der schöpferische Geist des Verblichenen unsere Vaterstadt schmückte, geben Zeugnis von der eminenten Begabung dieses der Mitwelt leider zu früh entrissenen Mannes.

Ich glaube der Zustimmung des wohllöblichen Gemeinderathes sicher zu sein, wenn ich annehme, dass die Gemeinde in diesem wie in so vielen ähnlichen Fällen Anlass nimmt, den Manen des Verstorbenen gerecht zu werden, und erlaube ich mir daher den Antrag zu stellen:

Der wohllöbliche Gemeinderath beschließe, zur Aufnahme der irdischen Überreste des verstorbenen Oberbaurathes Karl Freih. v. Hasenauer ein Ehrengrab auf dem Central-Friedhofe zu widmen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

3. Antrag des **Gem.-Rathes v. Götz** und Genossen:

Fast der ganze XIII. Bezirk leidet bei den so lange andauernden Witterungsverhältnissen schon seit dem Herbste unter dem empfindlichsten Wassermangel. Fast die sämmtlichen Brunnen sind total ausgepumpt und die einmalige Zufuhr von Hochquellenwasser, welches überdies nur in den bescheidensten Quantitäten verabfolgt wird, genügt nur zur alleräußersten Noth zur Deckung des Genuss- und Kochbedarfes. Für Zwecke der Hausreinigung, für Wäschereinigung und Körperpflege kann bei größter Sparsamkeit der nöthige Bedarf nicht aufgebracht werden.

Nachdem wohl erst bis zum Herbste die Rohrleitung im XIII. Bezirke gelegt sein dürfte, um Hochquellenwasser direct abgeben zu können, bisher nur mittels sechs Wagen Trinkwasser zugeführt wird, stellen wir den Dringlichkeits-Antrag,

dass in diesem Bezirke die Trinkwasserzufuhr durch vier Wagen vermehrt werde und wegen der Befahrung des Rayons mit diesen vier Wägen der Bezirksvorsteher einzuvernehmen wäre.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

4. Antrag des **Gem.-Rathes Scheidl:**

Der Neulerchenfeldergürtel befindet sich noch immer in einem trostlosen Zustande, nachdem die wenigen Taglöhner nicht imstande sind, die Straßenreinigung ordnungsmäßig durchzuführen.

Ich habe diesbezüglich bereits einen Antrag eingebracht, derselbe wurde jedoch bisnun vom Stadtrathe nicht in Behandlung gezogen, weshalb ich neuerlich den Antrag einbringe,

dass im XVI. Bezirke zwei Kehrmaschinen zur Reinigung des Gürtels beigestellt werden, damit die Bewohner dieses Bezirkes endlich von diesem Übelstande befreit werden.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

5. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Nachdem es sich gezeigt, dass der Gemeinde Wien durch die Einführung der eigenen Regie bei der Straßensäuberung im I. Bezirke bedeutende finanzielle Vortheile erzielt werden, und es auf der Hand liegt, dass in derartigen Dingen die eigene Regie allen anderen Vergebungsarten vorzuziehen ist, so beantrage ich mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des XVII. Bezirkes, welcher von einem besonderen, der Gemeinde Wien gehörigen Steinbruche mit Riesel- und Schlägelschotter versorgt wird:

Es werde dieser Bezirk zu einem weiteren Versuche in dieser Richtung ausersehen, derart, dass nach Ablauf der gegenwärtigen, auf die Fuhrwerksleistungen sich beziehenden Verträge die Gemeinde Wien, vorläufig wenigstens in diesem Bezirke, in die Lage komme, nicht allein die Taglöhnerarbeiten, sondern auch sämmtliche Fuhrwerksleistungen, mit Ausnahme des Schneefuhrwerkes, in eigener Regie zu besorgen. Der Magistrat werde beauftragt, unverzüglich die nöthigen Erhebungen einzuleiten und das detaillierte Elaborat rechtzeitig dem Gemeinderathe zur Beschlussfassung vorzulegen.

Bürgermeister: Wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung unterzogen werden.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

6. Antrag des **Gem.-Rathes Eigner:**

Während die Gemeinde Wien am Exelberge in Weidlingbach einen vorzüglichen Schotterbruch besitzt und daselbst vollkommen brauchbaren Schotter gewinnt, welcher an der Verbrauchsstelle im XVII. Bezirke auf circa 2 fl. 50 kr. per Cubikmeter zu stehen kommt, wobei nur 18 Arbeiter beschäftigt werden, welche mittels Handarbeit täglich nur circa 24 m³ Schotter erzeugen, muss die Commune in den anderen Bezirken Wiens ein viel schlechteres Schottermaterial um theueres Geld (3 fl. 50 kr. bis 4 fl.) kaufen. Nachdem der genannte Schotterbruch bei rationeller Anlage nicht allein den XVII. Bezirk, sondern auch die Nachbarbezirke hinlänglich mit gutem Riesel- und Schlägelschotter versorgen könnte, so stelle ich den Antrag:

Der Magistrat werde beauftragt, ehestens ein Project über die Erweiterung des Schotterbruches am Exelberge, die Einführung des maschinellen Betriebes und der eigenen Regie, wobei mittels einer 20pferdekräftigen Maschine täglich 50 bis 100 m³ Schotter gewonnen werden können, zur Beschlussfassung des Gemeinderathes vorzulegen und zu dem hierüber vorzunehmenden Localaugenscheine den Antragsteller beizuziehen.

Bürgermeister: Geht zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

Schriftführer Gem.-Rath Schrenckh (liest):

7. Antrag des **Gem.-Rathes Edelhofer:**

In der Central-Großmarkthalle im III. Bezirke befindet sich zwar ein Telephon, welches aber nur zum ämtlichen Gebrauche dient und von den Marktparteien nicht benützt werden kann. Nachdem nun die Nothwendigkeit eines öffentlichen, allen Marktpartein zugänglichen Telephons außer Zweifel steht, erlaube ich mir folgenden Antrag zu stellen:

Der löbliche Gemeinderath beschließe, ehestens eine öffentliche, allen Marktparteien zugängliche Telephonstelle in der Central-Großmarkthalle zu errichten.

Bürgermeister: Zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung.

8. Wir gehen über zur Tagesordnung, d. i. Fortsetzung der Berathung über das Schulbau-Präliminare. Wir sind beim XVIII. Bezirke stehen geblieben.

(Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

Ich möchte aber vorher auf eine Abstimmung zurückkommen, welche beim XII. Bezirke stattgefunden hat. Da wurden bei Post 23 „Erweiterung der Schule in der Schillergasse in Ober-Meidling (Zubau)" von der Budget-Commission 40.000 fl. eingestellt. Herr Gem.-Rath Büsch hat den Antrag gestellt, es sollen für die Erwerbung eines neuen Bauplatzes und Ausführung einer neuen Schule 50.000 fl. eingestellt werden. Herr Gem.-Rath Dr. Lueger hat den Antrag gestellt, es solle ein Betrag von 50.000 fl. für Schulzwecke im XII. Bezirke eingestellt werden, es sollen aber sowohl der Antrag Büsch als auch der Antrag der Buget-Commission dem Stadtrathe zur nochmaligen Berathung zugewiesen werden.

Über diesen letzteren Antrag ist auch ausdrücklich abgestimmt worden, derselbe wurde auch angenommen, es ist aber nicht beschlossen worden, einen Betrag einzustellen, so dass also die Deckung für die Beschlussfassung des Stadtrathes fehlen würde. Ich werde also über den Betrag abstimmen lassen — Antrag Büsch 50.000 fl., Antrag der Budget-Commission 40.000 fl. — damit dann die Bedeckung für den zu fassenden Stadtraths-Beschluss vorhanden ist. Zuerst werde ich die höhere Ziffer nach dem Antrage Büsch zur Abstimmung bringen. Sollte diese Ziffer abgelehnt werden, dann würde ich die Ziffer von 40.000 fl. nach dem Antrage der Budget-Commission zur Abstimmung bringen.

Ich bitte also diejenigen Herren, die mit der Einstellung von 50.000 fl. nach dem Antrage Büsch einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Ich zähle 36 Stimmen; ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Für den Antrag Büsch ergibt sich die Majorität; derselbe ist angenommen.

Es ist also bei dieser Post 23 ein Betrag von 50.000 fl. eingestellt, und der Stadtrath wird sich mit der Verwendung dieses Betrages nach der einen oder anderen Alternative zu beschäftigen haben.

Wir sind jetzt beim XVIII. Bezirke. Zum Worte gemeldet ist Herr Gem.-Rath Tomola.

Gem.-Rath Tomola: Vorerst betone ich, dass ich mit der Einstellung der Budgetposten für die Erbauung je eines Turnsaales in der Schulgasse 19 und in Gersthof gerne einverstanden bin. Beide Ausgaben sind nützlich und nothwendig. Ich möchte bloß zur Post „Schulgasse 19" erwähnen, dass dieses Gebäude das älteste ist, welches seinerzeit der Gemeinde Währing eigen war. In demselben befinden sich einige äußerst ungünstig gelegene, ungesunde Lehrzimmer. Zu diesen Lehrzimmern gehört auch jenes ebenerdig gelegene, an welches, wie ich glaube, der Turnsaal angebaut werden soll. Dasselbe ist ungemein düster und dumpfig; wenn man hineingeht, so hat man ungefähr den Eindruck, als stünde man in einer Kerkerzelle. Ich möchte daher bitten, es möge in Erwägung gezogen werden, ob es nicht möglich wäre, dieses Lehrzimmer ganz außer Gebrauch zu setzen und entweder als Vorraum oder als Corridor, der zum Turnsaal führt, in Verwendung zu nehmen. Ich stelle keinen Antrag und bitte bloß dies in Erwägung ziehen zu wollen.

Warum ich mir aber hauptsächlich das Wort erbeten habe, das ist die Lauheit, welche man in Währing rücksichtlich der Erbauung neuer Schulhäuser an den Tag legt. Vieljährige Erfahrungen

lehren, dass wir von Schuljahr zu Schuljahr auf einen Zuwachs von 200 bis 250 und 300 Kinder zu rechnen haben.

Ich habe hier die seinerzeitigen Berichte des Ortsschulrathes von Währing. Aus denselben erhellt, dass im Jahre 1870 die Zahl der Kinder 1211 betrug; im Jahre 1890, dem letzten Jahre der Gemeinde-Autonomie, betrug die Zahl 6860 und zu Beginn des Schuljahres 1893 wurden im ganzen 8226 Schulkinder in 149 Classen des Bezirkes unterrichtet. Da also mit Rücksichtnahme auf diesen Zuwachs in drei Jahren immer ein neues Schulhaus nothwendig war, hat sich die ehemalige Gemeinde Währing auch dieser Anforderung gefügt. Ich möchte betonen, dass im Verlaufe der Jahre 1870 bis 1890 von der Gemeinde Währing nicht weniger als sieben neue Schulgebäude errichtet worden sind, außerdem von der Gemeinde Weinhaus eines und von der Gemeinde Gersthof auch eines, macht zusammen neun Schulgebäude, was noch weit über den Durchschnitt von drei Jahren, den ich angegeben habe, steht. Und trotzdem — Herr Gem.-Rath Wünsch, der Finanz-Referent der ehemaligen Gemeinde Währing, weiß das am besten — wurden die Klagen über den Mangel an Localitäten nie zum Schweigen gebracht. Kaum glaubte man ein, zwei Jahre Ruhe zu haben, ertönten wieder neue Klagen, und es musste Spätclassen in Betrieb gesetzt werden.

Es muss aber betont werden, dass niemals, ausgenommen ein einziges Jahr, nämlich 1885, wo in Währing die Bürgerschulen errichtet wurden, so viele Spätclassen im Betriebe waren, wie im vergangenen Schuljahre unter der Ägide der Großgemeinde Wien. Nicht weniger als zehn Spätclassen wurden in Betrieb gesetzt. Ich sage absichtlich, in Betrieb gesetzt, denn wer sich vorzustellen vermag, wie die armen Kinder vor- und nachmittags in Räume gepfercht werden, wo vor ihnen in der Frühe durch zwei Stunden und nachmittags im ganzen durch sechs Stunden Stickluft, Dunst, ja auch Stinkluft erzeugt worden ist, wer weiter erwägt, dass während des Nachmittagsunterrichtes im Winter Gasflammen angezündet werden müssen, wird zugeben, dass Spätclassen für die Gesundheit der Schüler von höchstem Nachtheile sind. (Sehr richtig! links.) Das Hinabsteigen in einen heißen Maschinenraum ist eine reine Wonne gegenüber solchen Pferchen und doch sagt man: Wien müsse jetzt für die Vororte so viele Schulhäuser erbauen, weil diese seinerzeit darin lässig gewesen sind. Von Währing trifft dies in diesem Falle nicht zu. Im Jahre 1890, als die Einverleibung vorgenommen worden ist, besaß Währing 110 Classen und 112 Unterrichtslocale, also zwei Locale mehr als Classen. Es ist dies gedruckt in dem Ausweise des seinerzeitigen Ortsschulrathes zu lesen, und wenn man da sagt, der Vorwurf, den wir erheben, es seien zu wenig Schulen gebaut worden, sei „Sand in die Augen gestreut", so ist das in diesem Falle ein zu gelinder Ausdruck, und man muss einen derberen, kräftigeren gebrauchen, das heißt „städtischen Wiener-Manthausener Granitschotter den Leuten ins Gesicht geworfen". Währing hat sein letztes Schulgebäude im Jahre 1888 gebaut. Es war dasselbe in der Cottagegasse Nr. 17 gelegen. Nach den von mir angeführten Daten musste man mit der Nothwendigkeit rechnen, dass im Jahre 1890 oder 1891 ein neues Schulhaus gebaut werden müsse. Die Gemeinde Währing hat auch mit dieser Nothwendigkeit gerechnet. Alle Herren, welche Gemeinderäthe dieses Bezirkes waren, mit Ausnahme meiner Wenigkeit und meines Genossen Dr. Rader, welche wir der Gemeinde Währing als Gemeinderäthe nicht angehört haben, werden wissen und es mir bestätigen, dass damals schon die Erbauung eines Schulhauses in der Gegend der Zwangsarbeitsanstalt in Vorschlag gebracht und in ernstliche Erwägung gezogen worden ist.

Die Gemeinde Wien als Rechtsnachfolgerin und als Pflichtennachfolgerin der Gemeinde Währing hat aber lange Jahre gebraucht, bis sie zu dem Entschlusse gekommen ist, ein neues Schulgebäude zu errichten — endlich im Jahre 1893 ist dies geschehen — also vom Jahre 1888 an, wo in Währing das letzte Schulhaus gebaut worden ist, nach Ablauf von fünf Jahren. Während dieser Zeit wären für Währing nach der Zunahme der Schüler zwei Schulen nothwendig gewesen. Daher ist es auch gekommen, dass die Zahl der Spätclassen eine so große wurde. Dem Umstande ist es auch zuzuschreiben, dass wir heute trotz des hartnäckigen Leugnens des Herrn Dr. Friedjung in Währing zwei Spätclassen, die eine Klettenhofergasse Nr. 3 und eine zweite in der Mädchen-Volksschule in der Wienerstraße Nr. 66, haben. Dazu kommt noch der Umstand, dass die Localitäten einer Anstalt, nämlich der Knaben-Bürgerschule, welche in der Klettenhofergasse Nr. 3 untergebracht ist, nicht zu loben und nicht entsprechend sind. In diesem Gebäude ist die Bürgerschule schlecht und recht untergebracht. Keine Zeichensäle, keine Physiksäle, keine Lehrmittelzimmer, ein finsterer, dumpfiger Turnsaal, das sind so einige Inventarstücke dieser Anstalt.

Doch wurde der in Anbetracht dieser vielen Übelstände von Seite des Stadtrathes gemachte schüchterne Versuch, indem er 20.000 fl. für die Erwerbung eines Bauplatzes in der Gegend der Zwangsarbeitsanstalt eingestellt hat, seitens der noch fürsorglichen Budget-Commission abgelehnt.

Ich möchte diesen Antrag neuerdings aufnehmen. Es hat dies gestern bereits Gem.-Rath Josef Müller gethan. Er hat ganz richtig erwähnt, dass der Platz nicht gerade im Gebiete der Zwangsarbeitsanstalt gewonnen werden muss, sondern dass man in der Umgebung derselben auch noch Plätze findet. Es hat auch Herr Gem.-Rath Wünsch den Vorschlag gemacht, man möge, da wir im nächsten Jahre mit einer großen Anzahl von Spätclassen zu rechnen haben werden, Schullocalitäten einmieten. Ich bin nicht gegen diesen Vorschlag, er wird vielleicht nothwendig sein, und ein Sperling in der Hand ist bekanntlich besser, als eine Taube auf dem Dache; aber dringend nothwendig ist es doch, heuer schon in das Budget die Post von 20.000 fl. einzustellen, denn, täuschen wir uns nicht, die Schule wird auch im nächsten Jahre noch nicht erbaut werden. Und selbst, wenn im nächsten Jahre der Bau in Angriff genommen werden wird, kann derselbe doch erst im Jahre 1896 bezogen werden, wo wir mit wenigstens 10 bis 12 Spätclassen zu rechnen haben.

Ich stelle also den Antrag, es sei der Betrag von 20.000 fl. für Erwerbung eines Platzes in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus in das Budget einzustellen. Und weiterhin möchte ich den Antrag stellen, es seien die Pläne für eine Volks- und Bürgerschule baldigst vorzulegen.

Nun möchte ich noch von einer kleinen Zierde Wiens sprechen; das ist die Schule in Neustift a. W. Gegenwärtig ist dieselbe gesperrt; der Scharlach ist bei den Kindern zu Gaste. Es wundert mich nur, dass nicht noch viel ärgere Krankheiten dort herrschen.

Ich will Ihnen ein kleines Bild dieser Schule geben. Manche von Ihnen haben vielleicht schon den Roman „Nicholas Nickleby" von Charles Dickens gelesen. Darin entwirft der große Erzähler ein schönes Bild der Knabenschule in Dotheboy-Hill. Diese Schule

mag noch so elend sein; in Neustift a. W. ist sie noch ärger. Die Lehrzimmer sind so niedrig, dass ein mittelgroßer Mann mit der Hand ganz gut die Decke erreichen kann. Früher wurden die Zimmer mit Kachelöfen geheizt, gegenwärtig, seit der Einverleibung mit Wien, oder eigentlich seit vier Jahren, erfolgt die Heizung durch Regulieröfen. Diese heizen allerdings besser; man muss sie loben, sie geben viel Wärme, soviel sogar, dass die Temperatur im Winter manchmal auf 25 bis 30 Grade steigt. Eine solche Temperatur mag gut für eine Trockenkammer, nie und nimmer aber für eine Schule sein. Darum muss ventiliert werden. Wie geschieht dies in Neustift a. W.? Nicht anders als durch Aufreißen der Fenster. Eine andere Manipulation ist unmöglich, und da ein solches Verfahren für die Kinder dort ebenso ungünstig ist, wie vielleicht in der Renngasse, kommt es, dass wir in Neustift a. W. fort und fort mit epidemischen Krankheiten zu kämpfen haben.

Dazu kommt noch ein zweiter Punkt. Wenn die Kinder ihre Nothdurft verrichten wollen, müssen sie das Schulgebäude ganz verlassen. Der Abort ist außerhalb der Schule und die Kinder müssen 50 bis 60 Schritte weit im Freien gehen. (Rufe links: Hört!) Im Winter, wenn in der Schule oft die Temperatur auf 20 bis 25 Grad steigt, müssen die Kinder in die freie Luft hinaus, wo wir in Neustift a. W. oft 10 Grad Kälte und noch mehr haben! Sie müssen zu einem Aborte gehen, dessen Bretterwände fingerdicke Fugen haben, durch welche der Schnee und Regen leicht eindringt.

Ich werde mich um einen Photographen umsehen, damit er ein Bild dieser Schul-Idylle aufnehme und darunter die Worte schreibe: „Schulhaus der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien." Diese Bilder will ich ausschicken nach den verschiedensten Gegenden mit der Bitte, mir womöglich ein Gegenstück aus der Heimat zu senden, vielleicht dass sich in den Urwäldern von Wyoming ein Gegenstück finden würde!

Meine Herren! Ich meine, es ist hohe Zeit, dass mit dem Gerümpel aufgeräumt wird, zumal wir bei dem Verkaufe des Gemeinde-Wirtshauses in Neustift a. W. 14.500 fl. eingesteckt haben.

Ich bin der Meinung, wenn die Gemeinde Neustift a. W. noch bestände, wäre dieser Erlös zu nichts anderem als zur Erbauung einer Schule verwendet worden.

Wie ich erfahren habe, werden ohnehin Vorarbeiten zur Erbauung eins solchen Schulhauses gemacht, ich möchte aber den Antrag stellen, dass dieser Erlös von 14.500 fl. oder rund 15.000 fl. ins Budget eingesetzt werde behufs Erbauung einer Volksschule in Neustift am Walde; sollte aber dieser Antrag wider mein Erwarten nicht die Mehrheit finden, dann beantrage ich, die Erbauung einer Volksschule in Neustift a. W. ehebaldigst in Erwägung zu ziehen, und wären die Kosten dieses Baues in das nächste Budget einzusetzen. Ich bitte um Annahme dieses Antrages. (Beifall links.)

Gem.-Rath Dr. Rader: Meine Herren, nach den Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners möchte ich mir nur gestatten, einige kleine Bemerkungen zu machen. Die eine betrifft den Betrag von 2500 fl., welcher für die Stockwerks-Aufsetzung auf die Schule in Weinhaus als Nachtrag für das Jahr 1894 überschrieben ist. Ich habe bereits im Vorjahre, als der Antrag gestellt wurde, einen Betrag von 25.000 fl. für diese Stockwerks-Aufsetzung zu präliminieren, interpelliert, wieso es kommt, dass für ein Haus, dessen Kosten sich nach dem finanziellen Ausweise der früheren autonomen Gemeinde Weinhaus auf 23.755 fl. 75 kr. stellten, jetzt ein so hoher Betrag präliminiert wurde.

Es wurde mir damals von dem Vorsitzenden Herrn Vice-Bürgermeister Dr. Richter die Auskunft zutheil, es handle sich nicht nur um die Stockwerks-Aufsetzung, sondern auch um gewisse Adaptierungen, und in der Schlussbemerkung dieser Interpellations-Beantwortung hat Herr Vice-Bürgermeister Dr. Richter wörtlich gesagt: „Es kommt daher, dass bei der Vergebung das Ergebnis ein gegen den Voranschlag günstigeres ist." Nun finde ich aber, dass diese 25.000 fl. nicht nur nicht ausgereicht haben, sondern sogar ein Nachtragscredit von 2700 fl. kommt.

Die Herren werden gestatten, dass ich mich darüber mindestens sehr wundere.

Nun komme ich aber auf die Schule, welche in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt errichtet werden soll, und der Herr Vorsitzende möge so gütig sein, mir etwas größere Redefreiheit zu gestatten, weil ich einiges berühren muss, was nicht unmittelbar mit der vorliegenden Frage zusammenhängt. Ich war bereits vor drei Jahren in einer der ersten Sitzungen, denen ich im Gemeinderathe angewohnt habe — später waren die Herren der Majorität so gütig, mir einen Urlaub in der Dauer von zwei Jahren zu gewähren (Heiterkeit) — so frei, einen Antrag zu stellen, welcher auf einen Beschluss hinausläuft, der in der Landtagssession vom Jahre 1890 gefasst wurde.

Damals hat nämlich der Landtag den Landesausschuss beauftragt, mit der Gemeinde Wien in Unterhandlungen zu treten bezüglich des Verkaufes des Areales der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt an die Gemeinde Wien. Damals war es um die Schaffung einer Parkanlage zu thun.

Ein Jahr später habe ich diesbezüglich einen ähnlichen Antrag gestellt. Was mit diesen Anträgen geschehen ist, weiß ich nicht, und mindestens zeigt es wenig Rücksicht für die Mitglieder des Gemeinderathes, wenn die geschäftsordnungsmäßige Behandlung der Anträge dahin hinausläuft, dass sie einfach — ich möchte sagen — in den Papierkorb geworfen werden. Es wäre ebensogut, wenn man uns einen Papierkorb zur Verfügung stellte, wo wir unsere Anträge hineinlegen. (So ist es! links.)

Nun hat aber die ehemalige Gemeinde Währing schon den Beschluss gefasst, auf dem Grunde des Areales der aufgelassenen Zwangsarbeitsanstalt eine Schule zu errichten. Diese Schule wäre sehr gut aus dem Grunde, weil sie frei wäre nach der westlichen Seite hin, zumal wenn sie in die Parkanlage hinein zu liegen käme, zu welcher Schule eben ein Theil der Area der Zwangsarbeitsanstalt zu verwenden wäre.

Nun kommt aber noch etwas anderes. Bei der Übernahme der Spitäler seitens des Staates hat das Land sich verpflichtet, die Area, auf welcher die derzeitige n.-ö. Landes-Gebär- und Findelanstalt steht, dem Staate zu überlassen. Es muss also dann die n.-ö. Landes-Gebär- und Findelanstalt irgendwo andershin gebracht werden. Der Landesausschuss hat Umschau gehalten und hat die ehemalige gottselige Zwangsarbeitsanstalt dazu ausersehen. Nun ich sehe ganz davon ab — das gehört vielleicht nicht hieher — dass diese Zwangsarbeitsanstalt, welche wie ein Keil in den XVIII. Bezirk eingetrieben ist, die Entwicklung des peripherischen Theiles desselben geradezu in einer exorbitanten Weise behindert.

Nun ist in der heurigen Landtagssession diese Angelegenheit neuerlich zur Sprache gekommen und das Land hat das Einsehen gehabt, dass mit Rücksicht auf gewisse Preise, das Areale der

ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt zur Unterbringung der Landes-Gebär- und Findelanstalt nicht geeignet ist und, meine Herren, wenn eine Schule dort wirklich oder in der Nähe dieser Zwangsarbeitsanstalt hingebaut wird, so ist, glaube ich, die Landes-Gebär- und Findelanstalt mit ihren Insassen gewiss kein ganz geeignetes Anschauungsobject für die Kinder, welche in der Nähe dieser Zwangsarbeitsanstalt in einer Schule untergebracht sind.

Es hat daher über Antrag des Verwaltungsausschusses über den Bericht des n.-ö. Landesausschusses, betreffend die Verwendung der Realität der aufgelassenen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, der Obmann desselben den Antrag gestellt: „Unter Kenntnisnahme der Mittheilungen über den gegenwärtigen Stand der Angelegenheit, welche im Berichte des n.-ö. Landesausschusses enthalten sind, wird der n.-ö. Landesausschuss beauftragt, die Verhandlungen wegen Verkaufes der Realität der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus an die Gemeinde Wien oder wegen Umtausches derselben gegen der Gemeinde Wien gehörige Baugründe oder Realitäten fortzusetzen und in der nächsten Session darüber zu berichten, ob im Falle der Verlegung der Findelanstalt im Wege der angedeuteten Transaction die anderweitige Unterbringung derselben möglich sein wird." Ich möchte mir nun erlauben, an den geehrten Herrn Referenten der Budget-Commission die Anfrage zu stellen, was in dieser Angelegenheit bereits geschehen ist und ob es nicht doch im großen und ganzen besser wäre, eine Schule auf dem Areale der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt und nicht in der Umgebung derselben zu erbauen. Ich würde auch bei dieser Gelegenheit meinen vor drei Jahren gestellten Antrag neuerdings wiederholen: „Es werde der Stadtrath von Seite des Gemeinderathes beauftragt, in dieser Angelegenheit möglichst bald mit dem Landesausschusse bezüglich des Ankaufes dieses Areales" in Unterhandlungen zu treten, und es kommt hiezu noch etwas anderes, was allerdings vielleicht nicht hieher gehört. Es ist nämlich — und diesbezüglich werde ich eine Bitte an den sehr geehrten Herrn Vorsitzenden mir zu richten gestatten — der XVIII. Bezirk wie alle ehemaligen Vororte in einer ganz bedeutenden Entwicklung begriffen; es wohnt im XVIII. Bezirke ein ganzes Heer von Beamten, Lehrern u. s. w., in den beiden Nachbarbezirken Döbling und Hernals sind schon seit Jahren Gymnasien. Es war die alte Gemeinde Döbling, die doch viel kleiner als die Gemeinde Währing war, imstande, ein Gymnasium zu errichten. Ein Gymnasium existiert auch in Hernals. In diesen beiden Gymnasien gibt es Parallelclassen. Die Mittelschüler, die das Gymnasium besuchen, finden jetzt schon beinahe weder im Gymnasium in Döbling noch in dem in Hernals geeigneten Platz, und ich weiß Fälle, wo Kinder, welche in Gersthof wohnen, gezwungen sind, das Wasagymnasium und andere Gymnasien aufzusuchen.

Es wird sich also im Laufe der Zeit die Nothwendigkeit der Errichtung eines Gymnasiums in Währing ergeben. Gerade für dieses Gymnasium wäre ein Theil des Areales der Zwangsarbeitsanstalt aus sehr vielen Gründen außerordentlich günstig. Es würde ein Gymnasium errichtet werden können, das allen modernen Anforderungen vollständig entspricht. Ich möchte mir an den sehr geehrten Herrn Vorsitzenden die Bitte zu richten erlauben, kraft seines Einflusses, den er mit Rücksicht auf seine bedeutende Stellung besitzt, höheren Ortes dahin zu wirken, dass ehemöglichst auch in der Gemeinde Währing ein Gymnasium errichtet werde. Es wird dann auch von anderer Seite das Möglichste geschehen. (Beifall links.)

Bürgermeister: Die Debatte ist geschlossen.

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Die Anträge des Stadtrathes weichen von denen der Budget-Commission nur in einer Post ab, d. i. in der Einstellung von 20.000 fl. für den Bau einer Doppel-Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt von Weinhaus. Die Herren sehen schon aus dem Titel, dass die Erbauung dieser Schule von der Erwerbung der Zwangsarbeitsanstalt nicht abhängig ist, weil es nur heißt, in dieser Gegend soll sie gebaut werden. Wird diese Realität vom Lande erworben werden können, so kann die Schule dort erbaut werden, wo nicht, so muss sie in der Nähe gebaut werden. Jedenfalls würde ich aber bitten, die Einstellung dieser 20.000 fl. zu beschließen, weil, wie von mehreren Herren Rednern ausführlich dargethan wurde, eine Schule in der dortigen Gegend unbedingt nothwendig ist.

Dem letzten Herrn Sprecher möchte ich Folgendes erwidern: Er wundert sich darüber, dass ungeachtet der Einstellung von 25.000 fl. eine Nachtragszahlung von 2700 fl. für die Stockwerks-Aufsetzung in dieser Schule nothwendig ist. Da möchte ich bemerken, dass nur die Ausweise für das Jahr 1893 noch nicht zur Hand sind und es höchst wahrscheinlich ist, dass der Betrag von 25.000 fl., welcher präliminiert wurde, nicht ganz ausgegeben wurde, dass aber bei der Verfassung des Budgets darauf Rücksicht genommen werden müsste, dass ein Theil des Betrages — in der Regel nimmt man 10 Percent an — welchen die Contrahenten als Caution zurücklassen müssen, immer erst in das nächste Budget eingesetzt wird.

Das ist die Ursache der Einstellung dieser 2700 fl., womit noch gar nicht gesagt ist, dass der ursprüngliche Betrag überschritten worden ist. Im übrigen bitte ich um die Annahme der Anträge des Stadtrathes.

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Ich habe dem, was der Herr College gesagt hat, nur weniges hinzuzufügen. College Rader würde das in der Anmerkung auf Seite 91 gefunden haben, wo genau steht, dass diese Restzahlung erst auf das heurige Jahr übertragen, wie auch der Kostenüberschlag genau ausgewiesen erscheint. Was die 20.000 fl. für die Erwerbung des Bauplatzes auf der heutigen Zwangsarbeitsanstalts-Realität betrifft, so unterliegt es gar keinem Zweifel, dass in der dortigen Gegend die dringende Nothwendigkeit besteht, eine Schule zu errichten.

Nachdem mich aber auch College Rader gefragt hat, wie es mit diesen Verhandlungen steht, kann ich nur auf das hinweisen, was uns von Seite des Stadtbauamtes und des Magistrates in der Budget-Commission über diesen Gegenstand — ich muss sagen — authentisch mitgetheilt worden ist, und zwar wurde uns gesagt, dass die Verhandlungen mit dem Landesausschusse noch so weit im Rückstande sind und bisher so wenig Greifbares bieten, dass unter gar keinen Umständen heuer schon auf einen Abschluss, noch viel weniger auf den Beginn eines Baues dort gerechnet werden kann. Die Realität ist auch so groß, dass erst eine Parcellierung vorgenommen werden muss. Dass die Schule in der Nähe dort nothwendig sein wird, darüber besteht, glaube ich, gar kein Zweifel. Mit Rücksicht darauf aber, dass heuer das Geschäft nicht wird perfect werden können, hat die Budget-Commission aus dem einzigen Grunde den Betrag hier nicht eingestellt, weil sie gesagt hat: wozu belasten wir unser Budget, das ohnehin schon so schwer belastet ist, wenn wir im vorhinein wissen, dass der Betrag nicht

zur Auszahlung kommt? Das ist der einzige Grund, weshalb der Betrag zur Streichung empfohlen wird.

Bürgermeister: Wir schreiten zur Abstimmung.

Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grüngasse in Währing, XVIII. Bezirk . . . . 25.000 fl.

Keine Einwendung? — Angenommen.

Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1, XVIII. Bezirk . 2.700 fl.

Keine Einwendung? — Angenommen.

Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing, XVIII. Bezirk . 8.000 fl.

Keine Einwendung? — Angenommen.

Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gersthof, XVIII. Bezirk . . . . 7.000 fl.

Keine Einwendung? (Niemand meldet sich.) Angenommen.

Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus, XVIII. Bezirk, nach dem Antrage des Stadtrathes . . . . 20.000 fl.

Dieser Antrag ist identisch mit dem Antrage der Herren Gem.-Räthe Tomola und Josef Müller, welche den Antrag des Stadtrathes auf Einstellung von 20.000 fl. unterstützt haben.

Die Herren, welche mit der Einstellung dieses Betrages einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Jetzt kommt der Antrag des Herrn Gem.-Rathes Wünsch:

„Der Magistrat wird beauftragt, Erhebungen zu pflegen, ob dem herrschenden Mangel an Schullocalitäten im XVIII. Bezirke nicht durch Abschließung geeigneter Mietverträge provisorisch abzuhelfen sei.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Nun kommen die Anträge des Herrn Gem.-Rathes Rauscher:

„1. In der Mädchenschule Währing, Josefigasse 21, ist eine zweite Stiege mit dem Ausgange in die Schulgasse herzustellen und die sich hiefür ergebenden Kosten sind in das Schulbauten-Präliminare pro 1894 einzusetzen.“

Die Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

„2. Es sei ein geeigneter Platz für die Erbauung einer Schule in Währing in der Gegend der oberen Johannesgasse und Wienerstraße ausfindig zu machen, beziehungsweise zu erwerben und ein neues Schulgebäude aufzurichten. Bis zur Fertigstellung des Schulgebäudes ist einstweilen für die Einmietung einer zehnclassigen Schule vom Augusttermine angefangen Vorsorge zu treffen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Ein zweiter Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola:

„Für die Erbauung einer Volksschule in Neustift a. W. seien 15.000 fl. einzusetzen.“

Ich bitte jene Herren, welche mit der Zuweisung dieses Antrages an den Stadtrath einverstanden sind, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Majorität. Angenommen.

Damit ist der Eventual-Antrag des Herrn Gem.-Rathes Tomola erledigt.

Wir kommen zum XIX. Bezirke.

Referent des Stadtrathes:

Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrengasse 14 und 16, XIX. Bezirk . . . . 50.000 fl.

Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling, XIX. Bezirk . . 4.000 fl.

Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Nussdorf im XIX. Bezirke . . . 7.000 fl.

Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke . . . . 5.000 fl.

Ich bitte um die Annahme dieser Anträge, welche mit den Anträgen der Budget-Commission identisch sind.

Gem.-Rath Steiner: Meine Herren! Was die Einstellung von hohen Summen zur Erbauung von Schulen in den Budgets anbelangt, darüber will ich heute nicht sprechen, weil ich ja glaube, dass sich bei der Berathung des Budgets pro 1894 in der Generaldebatte darüber dazu die Gelegenheit ergeben wird. Meine Herren! Es ist hier gleich ein solcher Fall bei Post 51 „Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrengasse Nr. 14 und 16“; da sind im Budget pro 1893 zur Erbauung dieser Schule 70.000 fl. eingestellt gewesen, und von diesen 70.000 fl. als erste Baurate sind nicht mehr als circa 20.000 fl. zum Ankaufe des Platzes verwendet worden, während die 50.000 fl. einfach entfallen sind. Nachdem der Bau dieser Doppel-Bürgerschule, welche auf dem hier gedachten Platze besonders günstig placiert ist, ein wirkliches Bedürfnis ist, so muss ich mir, obwohl der Betrag von 50.000 fl. als erste Baurate im Budget eingesetzt ist, doch an den Herrn Bürgermeister die Bitte erlauben, dass der Betrag auch thatsächlich verausgabt und mit dem Bau dieser Bürgerschule endlich begonnen wird, denn es müssen die Kinder von Heiligenstadt, Grinzing, Nussdorf, Kahlenbergerdorf u. s. w. bis nach Ober-Döbling in die Bürgerschule gehen. Der alte Ortstheil Heiligenstadt z. B. hat heute gar keine Verkehrsmittel; der Stellwagen, welcher schon seit Beginn des Jahrhundertes eingeführt war, ist durch die Concurrenz der Neuen Wiener Tramway, welche auch die Güte hat, im Winter bei schlechtem Wetter den Verkehr einzustellen, so dass die Kinder bei schlechter Witterung oft tagelang nicht in die Schule gehen können, verdrängt worden. Ich möchte also bitten, dass mit dem Baue dieser Schule thatsächlich begonnen wird.

Aber bei Post 54 „Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf“ muss ich einen Antrag auf Erhöhung der eingestellten Summe mir zu stellen erlauben. Ich habe, als das Project aufgetaucht ist, mich selbst in Kahlenbergerdorf umgesehen, wo die Schule am günstigsten erbaut werden könnte, und habe auch mit den verschiedenen Anrainern gesprochen. Es kommen, nachdem die Commissionen schon stattgefunden haben, nur drei Objecte in Betracht. Es ist dies die Realität des Vogt, welche aber zum Ankaufe einen Kostenbetrag von 30.000 fl. erfordert. Es sind weiters commissionell besichtigt worden das Haus des Sparvereines in Nussdorf, welches aber nicht besonders günstig wäre; es müsste der Pfarrgarten gekauft werden, welcher unbedingt den Betrag von 25.000 fl. erfordert; weiter käme in Betracht eine Realität, welche einer Dame namens Julia Leuschner gehört, welche Realität neben dem Asyl „Humanitas“ gelegen und nicht besonders zu empfehlen ist, weil sie im Überschwemmungsrayon liegt.

Die Schulverhältnisse sind in Kahlenbergerdorf die denkbar traurigsten; zum Theile sind die Localitäten eingemietet, zum Theile herrschen so sanitätswidrige Zustände daselbst, dass man, wenn man sie als Privatwohnungen benützen würde, zweifellos von Seite der Behörde delogiert würde.

Der Bau einer Schule ist also dringend nothwendig und da das jedenfalls nur ein Irrthum ist, wenn es im Antrage heißt: „Bau einer neuen Volksschule", während es zweifellos heißen soll: „Ankauf eines Bauplatzes für den Bau einer neuen Volksschule", so erlaube ich mir den Antrag zu stellen, die Summe von 5000 fl. für den Ankauf eines Platzes für den Bau eines neuen Volksschulgebäudes in Kahlenbergerdorf im XIX. Bezirke auf 20.000 fl. zu erhöhen. Es geht nicht mit 5000 fl. Ich müsste annehmen, dass Sie nur den Betrag ins Budget eingesetzt haben, damit es scheine, es geschehe etwas für die Gemeinde Kahlenbergerdorf, welche von den vielen Versprechungen gar nichts erhalten hat und an den Wohlthaten einer Großstadt gar nicht participiert. Die Schule ist unbedingt nothwendig und sie soll auch thatsächlich erbaut werden. Die 5000 fl. sind illusorisch. Ich bitte Sie daher, den Antrag, den ich gestellt habe, anzunehmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr gemeldet; die Debatte ist geschlossen.

Wünschen die Herren Referenten das Wort?

(Referent des Stadtrathes verzichtet.)

Referent der Budget-Commission: Ich möchte nur dem Herrn Collegen Steiner eine kurze Berichtigung geben.

Für uns ist zur Ausführung der Arbeiten nur der Reindruck, der die Beschlüsse des Gemeinderathes enthält, maßgebend, und ich muss nun richtigstellen, dass für den Bau einer zweiten Doppel-Bürgerschule im XIX. Bezirke nur der Betrag von 25.000 fl. eingestellt war zur Erwerbung eines Bauplatzes und, wie er sagt, ist auch der Betrag für diesen Zweck ausgegeben worden. Die heuer für denselben Zweck eingestellten 50.000 fl. umfassen die erste Baurate.

Bürgermeister: Gegen Post 51 „Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrengasse Nr. 14 und 16, 50.000 fl." ist keine Einwendung erhoben worden. — Angenommen.

Gegen Post 52 „Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling, 4000 fl." wurde keine Einwendung erhoben. — Angenommen.

Post 53 „Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Nussdorf, 7000 fl." wurde nicht beanständet. — Angenommen.

Bei Post 54 „Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf" beantragen Stadtrath und Budget-Commission die Einstellung von 5000 fl.

Gem.-Rath Steiner beantragt die Erhöhung dieser Position auf 20.000 fl.

Die Herren, welche mit der Erhöhung dieser Post auf 20.000 fl. einverstanden sind, wollen die Hand erheben. (Geschieht. — Nach Auszählung:) Es sind 36 Herren dafür. Ich bitte um die Gegenprobe. (Nach einer Pause:) Der Antrag ist mit 36 gegen 30 Stimmen angenommen. (Beifall links.) Damit ist das Schul-Präliminare erledigt.

Beschluss: XII. Bezirk (Nachtrag):

Für Erweiterung einer bereits bestehenden, eventuell für die Errichtung einer neuen Schule . 50.000 fl.

XVIII. Bezirk:

Bau einer neuen Volks- und Bürgerschule für Mädchen in der Anastasius Grüngasse in Währing 25.000 fl.

Aufsetzung eines Stockwerkes auf das Schulgebäude in Weinhaus, Köhlergasse Nr. 1 . . . . 2.700 fl.

Erbauung eines zweiten Turnsaales für die Schule in der Schulgasse Nr. 19 in Währing . . . . 8.000 fl.

Herstellung eines Turnsaales für die Schule in Gersthof . . . . 7.000 fl.

Bau einer Volks- und Bürgerschule für Knaben in der Gegend der ehemaligen Zwangsarbeitsanstalt in Weinhaus . 20.000 fl.

XIX. Bezirk:

Bau einer Doppel-Bürgerschule in Heiligenstadt, Herrengasse Nr. 14 und 16 . . . 50.000 fl.

Erweiterung des Turnsaales im Schulhause in der Kreindlgasse in Ober-Döbling 4.000 fl.

Errichtung eines zweiten Turnsaales für die Doppel-Volksschule in Nussdorf . 7.000 fl.

Bau einer neuen Volksschule in Kahlenbergerdorf . . . . 20.000 fl.

Bürgermeister: Ich möchte nun die Herren bitten, das Budget-Provisorium in Angriff zu nehmen; es steht nicht auf der Tagesordnung, weil es erst heute vormittags vom Stadtrathe erledigt worden ist. Da es aber unbedingt nothwendig ist, noch im Laufe dieses Monates den Gegenstand zu erledigen, so bitte ich, in die Berathung desselben einzugehen.

9. Referent Gem.-Rath Boschan: Es hat der Herr Vorsitzende bereits den Inhalt des Referates mitgetheilt. Der Gemeinderath hat laut beiliegenden Protokolls in der Plenarsitzung vom 28. December das Budget provisorisch bis Ende März 1894 bewilligt. Da nun voraussichtlich die Berathung des Hauptvoranschlages bis zu diesem Termine nicht abgeschlossen sein wird — heute kann ja das mit voller Gewissheit gesagt werden, dass es nicht möglich sein wird, in den zwei Tagen das Budget zu erledigen — so wird der Antrag gestellt: „Bis Ende April 1894, resp. bis zur gänzlichen Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1894 durch den Gemeinderath sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in dem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen, insoweit aber einzelne Theile des Hauptvoranschlages schon vom Gemeinderathe beschlossen sind, nach Maßgabe der vom Gemeinderathe bereits festgestellten Positionen zu bestreiten."

Das ist so zu verstehen, dass, insofern der Gemeinderath bereits Beschluss gefasst hat, was, wie den Herren bekannt ist, bezüglich des Pflaster-, Canal- und Schulbauten-Präliminares der Fall ist, das zur Grundlage zu dienen hat; bezüglich der anderen Positionen, insoweit dieselben in der heutigen und morgigen Sitzung nicht festgestellt werden können, die Positionen, wie sie in dem Stadtraths-Antrage vorliegen, zur Grundlage dienen.

Nachdem es unbedingt nothwendig ist, die Geschäfte der Gemeinde nicht stocken zu lassen, die Möglichkeit aber nicht vorhanden ist, mit dem Vorschlage fertig zu werden, erlaube ich mir die Bitte zu stellen, diesen Antrag anzunehmen.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Ich beschränke mich auf folgende kurze Erklärung: Wir halten den Antrag des Stadtrathes, wie er

Ihnen vorgelegt wird, für einen dem Gesetze nicht entsprechenden. Wir halten den ganzen Vorgang daher für einen gesetzwidrigen und sind in unserem Gewissen verpflichtet, gegen den Antrag des Stadtrathes zu stimmen.

Bürgermeister: Es ist niemand mehr zum Worte gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Hat der Herr Referent noch eine Bemerkung zu machen? (Derselbe verzichtet.) Ich bitte sohin um die Abstimmung. Diejenigen Herren, welche mit dem Antrage des Referenten auf Verlängerung des Provisoriums einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. (Geschieht.) Angenommen.

Beschluss: Bis Ende April 1894, respective bis zur gänzlichen Feststellung des Hauptvoranschlages pro 1894 durch den Gemeinderath sind die sich ergebenden Auslagen nach Erfordernis und nach Maßgabe der in dem vom Stadtrathe vorgelegten Hauptvoranschlage enthaltenen Positionen, insoweit aber einzelne Theile des Hauptvoranschlages schon vom Gemeinderathe beschlossen sind, nach Maßgabe der vom Gemeinderathe bereits festgestellten Positionen zu bestreiten.

10. Bürgermeister: Wir kommen nun zur Berathung des Hauptvoranschlages für das Jahr 1894.

(Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan und Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer treten an den Referententisch.)

Referent des Stadtrathes Gem.-Rath Boschan: Der Hauptvoranschlag für das Jahr 1894 ist im Stadtrathe in einer Anzahl von acht Sitzungen berathen worden, von denen die erste am 9. November, die letzte am 14. December v. J. stattgefunden hat. Am 14. December ist das Budget dem Gemeinderathe vorgelegt worden, also etwas später, als es eigentlich nach dem Statute sein sollte, was wohl damit zu entschuldigen ist, dass die Zusammenlegung der Rechnungen von den Vororten noch immer mit großen Schwierigkeiten verbunden ist. Am 9. November, also einige Tage nach dem Termine, an welchem das Budget hätte vorgelegt werden sollen, habe ich dasselbe zur Hand bekommen. Es ist mit dem Aufwande allen möglichen Fleißes daran gearbeitet worden; ihn früher festzustellen, war nicht möglich. Der Gemeinderath hat dann beschlossen, eine Budget-Commission zu wählen. Diesem Beschlusse ist Rechnung getragen worden und die Budget-Commission hat in einer Anzahl von zwölf Sitzungen, wovon die erste am 7. Februar, die letzte am 8. März d. J. getagt hat, ebenfalls, und zwar mit außerordentlicher Gründlichkeit und Genauigkeit, diesen Voranschlag geprüft. Die Vorlagen, welche den Herren zur Hand sind, bestehen aus Folgendem: erstens aus dem Voranschlage selbst, dann aus einem Hefte erläuternder Bemerkungen und Specialausweise, dazu weiters die Anträge, welche der Stadtrath sich zu stellen erlaubt, die den Herren ebenfalls zur Zahl 231 zur Hand sind, und endlich die Berichte und Anträge der zur Vorberathung des Hauptvoranschlages eingesetzten Commission.

Was nun die Hauptziffern dieses Voranschlages betrifft, so sind die Herren ja in der Lage, dieselben aus dem Elaborate unter dem Titel „Bilanz und Bedeckung" zu finden, und ich werde dieselben, soweit sie für uns interessant sind, kurz wiederholen.

Das Gesammt-Erfordernis, und zwar für alle Ausgaben der Gemeinde, beträgt 41,191.100 fl. Von diesem Betrage entfällt auf solche Auslagen, welche man nicht als currente bezeichnen kann, also Investitionen aller Art, zum größten Theile für die Ergänzung der Hochquellenleitung, ein Betrag von 9,881.060 fl. Zieht man diesen Betrag ab, so bleibt für die reine currente Gebarung der Gemeinde ein Ausgaben-Etat von 31,310.040 fl. Das sind also unsere currenten Ausgaben.

Die eigenen Einnahmen der Gemeinde betragen 11,623.850 fl. Der Ertrag der städtischen Umlagen beträgt 19,776.020 fl. Wenn man diese beiden Beträge addiert und von der anderen Summe abzieht, so bleibt ein Betrag zu decken, welcher in einer Höhe von 6,753.470 fl. aus dem Wasserleitungsanlehen zu bedecken ist.

Diese Ziffer wird sich eventuell etwas verändern, insofern vom Gemeinderathe die Anträge der Budget-Commission, welche eine Änderung der Auslagen involvieren, genehmigt werden, weil angenommen wird, dass der Gesammtbetrag für die Hochquellenleitung aus diesem Anlehen zu bedecken kommt. Ein Restbetrag von 3,037.760 fl. ist aus den Cassabeständen zu bedecken.

Dabei ist zu bemerken, dass, wenn von den eigenen Einnahmen der Gemeinde per 11,623.850 fl. derjenige Betrag abgezogen wird, welcher auch nicht aus currenten Quellen stammt, — hauptsächlich der Erlös von Baustellen und dergleichen — der reine currente Dienst der Gemeinde mit einem Abgange von 783.530 fl. abschließt. Dieser Betrag vergrößert sich durch die Beschlüsse, welche der Gemeinderath bezüglich des eben beschlossenen Theiles des Budgets bereits gefasst hat, um beiläufig 100.000 fl., kann sich aber möglicherweise durch Abstriche, welche vom Gemeinderathe vorgenommen werden, wieder vermindern. Im ganzen wird sich jedoch dieser Betrag wenig ändern. Die Bilanz stellt sich also nicht so günstig dar, wie es im früheren Jahre der Fall war. Es ist aber kein Grund, darüber besondere Besorgnis zu haben, weil im Verlaufe des Jahres 1894 Umstände eingetreten sind, welche speciell dieses Jahr besonders belasten.

Ich habe bereits in meinem Berichte erwähnt, dass der Spielplan für die Ziehungen der Communallose vom Jahre 1894 an ein etwas anderer geworden ist. Während nämlich in den früheren Jahren jährlich vier Ziehungen waren, werden vom Jahre 1894 an nur drei Ziehungen stattfinden. Nachdem aber die Gesammt-Annuität, die Gesammtsumme der zu ziehenden Lose die gleiche bleibt, entfallen ausnahmsweise auf das Jahr 1894 drei Raten in der bisherigen Höhe und eine Rate in größerem Ausmaße, so dass ausnahmsweise heuer ein Betrag von ungefähr 147.000 fl. mehr zur Rückzahlung gelangt.

Außerdem fallen voraussichtlich ins Jahr 1894 sehr bedeutende Grundentschädigungen im I. Bezirke für das Haus am Stock-im-Eisen, bei der Equitable, und die ebenfalls sehr bedeutende Grundentschädigung am Neuen Markt in der Umgebung des Schwarzenberg-Palais.

Für diese beiden Beträge, von denen der erste in den nächsten Jahren gewiss nicht wieder kommt, und die sonstigen Grundentschädigungen ist heuer eine außerordentlich große Summe, 600.000 fl., ins Budget eingestellt, während im Vorjahre nur 200.000 fl. hiefür eingestellt waren, so dass diese beiden Beträge allein schon beinahe die Höhe des Deficites ausmachen.

Einen Blick in die Zukunft zu werfen und zu sagen, wie sich die Verhältnisse in Zukunft gestalten werden, ist natürlich bei dem Umstande, als die Assimilierung mit den Vororten noch immer nicht vollständig durchgeführt ist, als immer noch neue Organisationen kommen und neue Ansprüche an uns herantreten, eine sehr schwierige Sache; ich bin aber der Überzeugung, dass, wenn es möglich ist, unser currentes Budget in Ordnung zu halten, d. h. wenn der Gemeinderath wie bisher in weiser Sparsamkeit gebart,

ohne dass er es nothwendig hat zu geizen, und namentlich wenn der Gemeinderath sich von allen denjenigen Auslagen, zu welchen die Gemeinde nicht verpflichtet ist, fernhält, dass es dann möglich sein wird, ohne Erhöhung der Umlagen allen berechtigten Wünschen der Bewohner nachzukommen. Nur dürfen Investitionen, welche verlangt werden: Schulbauten, Canalbauten u. s. w., nicht alle auf einmal verlangt werden, sondern es muss diesbezüglich eine Vertheilung auf einige Jahre stattfinden. Unsere Cassenbestände werden durch die Refundierung aus dem Wasseranlehen sich um einige Millionen stärken, und damit werden wir in der Lage sein, durch zwei, drei, vielleicht auch vier Jahre die nicht currenten Ausgaben aus den Cassabeständen bestreiten zu können, und ich glaube mich der Hoffnung hingeben zu können, dass nach dem Erfolge der letzten neun Jahre, seit ich die Ehre habe, über das Budget zu referieren, die regelmäßige Steigerung der Einnahmen bei gleichbleibenden Sätzen hinreichen werde, um diejenigen Beträge zu bestreiten, um welche die Ausgaben im natürlichen Wege auch steigen, und welche noch dadurch vermehrt werden, dass die Auslagen für die Verzinsung des Wasseranlehens und die Verzinsung der Verkehrs-Commissionsarbeiten hinzutreten. Es ist also wie gesagt, die begründete Hoffnung vorhanden, und ich glaube mich nicht zu täuschen, dass, wenn der Gemeinderath nicht ganz exorbitante Ausgaben beschließt, er auf eine lange Reihe von Jahren hinaus eine Besorgnis wegen Erhöhung unserer Umlagen nicht hegen dürfe. (Zustimmung.)

Das Budget des heurigen Jahres zeichnet sich dadurch aus, ungewöhnlich hohe Beträge für außerordentliche Ausgaben, für Investitionen, welche also auch unseren Nachkommen zugute kommen, eingestellt worden sind. Es beträgt diese Summe nach dem Ausweise, die die Herren in Händen haben, nahezu zehn Millionen; wozu 1,200.000 fl. für Pflasterungen kommen und ein Betrag von beinahe 900.000 fl. für Grundeinlösungen, das macht 12 bis 13 Millionen, und soweit ich die Budgets der Gemeinde Wien zurückdenke, glaube ich, dass noch nie und in keinem Jahre so hohe Beträge für diese Zwecke eingestellt worden sind. Dazu kommt noch, dass auch die Arbeiten der Verkehrs-Commission in diesem Jahre einen größeren Umfang annehmen werden, an welchen ja die Gemeinde ebenfalls participiert, so dass durch die Stadt Wien Arbeit und Verdienst in einem sehr hohen Betrage geschaffen werden. Außerdem hat die Gemeinde auch dadurch, dass sie der Steuerbefreiung für gewisse Um- und Zubauten zugestimmt hat, die Möglichkeit gegeben, dass Umbauten in größerem Maße vorgenommen werden, was auch für eine Reihe von Jahren hinauswirkt.

Ich bitte nun die Herren, sich mit diesen wenigen Mittheilungen zu begnügen und in die Berathung einzugehen. Ich erlaube mir dabei die Bitte zu stellen, dass, nachdem das Budget in acht Sitzungen des Stadtrathes und 12 Sitzungen der Budget-Commission, also zusammen in 20 Sitzungen, welche jedesmal drei bis vier Stunden gedauert haben und wobei — ich muss es sagen — mit außerordentlicher Gründlichkeit gearbeitet worden, also in der Weise vorberathen worden ist, und bei dem Umstande, dass die genaue Durchberathung eines so großen Elaborates, welches aus vielen tausenden einzelnen Ziffern besteht, mit Erfolg ja nur in einer kleineren Versammlung gemacht werden kann, dass der geehrte Gemeinderath mit mir gleicher Meinung sein wird, dass es zweckmäßig sein wird, sich im Plenum nicht so sehr in die einzelnen kleinen Zahlen zu vertiefen, um die rasche Erledigung dieses Voranschlages möglich zu machen. Ich bitte, meine Herren, in die Detailberathung einzugehen. (Beifall.)

Referent der Budget-Commission Gem.-Rath Mayer: Meine Herren! Die Vereinigung der ehedem bestandenen Vorortegemeinden mit den alten Wiener Bezirken hat Verhältnisse geschaffen, die successive erst ihre volle Bedeutung erkennen lassen, und die, gestehen wir es offen, erst successive zur vollen Kenntnis kommen und sowohl die angegliederten Gebietstheile wie auch die Gemeinde Wien selbst vollständig unvorbereitet getroffen haben. Die weite Ausdehnung des neuen Gebietes, die Verschiedenheit der einzelnen Bezirke wie auch die gewiss berechtigten Forderungen nach möglichst rascher Einführung gleicher communaler Einrichtungen in administrativer und sanitärer Beziehung erheischen dringend die Inangriffnahme einzelner großer Arbeiten, wofür auch die Geldmittel zu beschaffen sein werden. Ich erwähne beispielsweise nur die Verkehrsanlagen, die Wienfluss-Regulierung und eine Anzahl solcher Arbeiten, die, wie auch die Verzinsung des Wasseranlehens, große Mittel in Anspruch nehmen werden, während auch gleichzeitig die currenten Arbeiten, Straßenpflasterungen u. s. w., in steter Zunahme begriffen sind und an die Leistungsfähigkeit der Gemeinde immer höhere Anforderungen stellen werden.

Aus dem von mir Gesagten resultiert naturgemäß die Frage, wie werden wir auch in der Zukunft in der Lage sein, diesen hohen Anforderungen gerecht zu werden, ohne auf das so sehr verpönte, uns allerdings aus dem Gesetze zustehende Recht der Erhöhung der communalen Umlagen greifen zu müssen? Meine Herren, solche Mittel gibt es. Dieselben können aber wohl mit Erfolg nur dann angewendet werden, wenn das Streben nach Aufrechthaltung eines geordneten Haushaltes auf beiden Seiten des Hauses gleich ernst und aufrichtig ist, und wenn bei der Durchführung vor allem anderen die Gesammtverwaltung und weniger die eigenen Wahlbezirke und deren Bedürfnisse ins Auge gefasst werden. Vor allem — glaube ich — empfiehlt sich weise Sparsamkeit, namentlich dort, wo uns sehr große Ausgaben zur Genehmigung vorgelegt werden. Wir müssen sie auf ihre Dringlichkeit und Nothwendigkeit prüfen, ohne jedoch dabei einen Verfall des Bestehenden eintreten zu lassen. Als ein zweites Mittel empfiehlt sich die Schaffung weiterer productiver Unternehmungen, dort, wo sie in den Rahmen der Geschäfte einer Gemeinde passen (Beifall links) und ohne unsere Mitbürger in irgendeiner Weise in ihrem Erwerbe schädigen.

Weiters empfiehlt es sich, solche schon bestehende Unternehmungen möglichst selbständig zu gestalten, mit allen möglichen modernen Mitteln auszurüsten und sie möglichst von jedem bureaukratischen Druck und Einfluss zu befreien.

Weiters ist es aber auch nothwendig, an die hohe Regierung mit dem Ansuchen um eine entsprechende Beitragsleistung zu den Geschäften des Staates heranzutreten, welche die Gemeinde — und sie machen fast mehr als 80 Percent der gesammten Agenden aus — im sogenannten übertragenen Wirkungskreise für den Staat besorgt, während beispielsweise Berlin und Paris in ausreichender Weise hiefür entschädigt werden. Als weiteres Mittel würde sich empfehlen die Vorschreibung der communalen Umlagen auch für alle jene Objecte — mögen es nun Häuser oder Unternehmungen des Staates sein — welche nicht administrativen Zwecken gewidmet, sondern die auf Gewinn berechnet sind und bei denen die Gemeinde bisher keine Umlagen, keine Entschädigung für ihre Mühen hatte.

Als letztes Mittel möchte ich die Convertierung der alten 10- und 25-Millionen-Anlehen erwähnen, die heute noch zu dem längst nicht mehr zeitgemäßen Zinsfuße von 5 von 100 verzinst werden müssen. Wenn ich auch erst bei Gruppe IV „Gemeindeschuld" eingehend über diesen Gegenstand berichten will — soweit es sich empfehlen wird, in öffentlicher Sitzung darüber zu sprechen — will ich doch heute erwähnen, dass bei genau angestellter Berechnung und voller Berücksichtigung aller von der Gemeinde übernommenen Verpflichtungen hiebei eine jährliche Entlastung von über 650.000 fl. zu erreichen wäre, allerdings unter der Voraussetzung, dass auch den Ersatz-Obligationen die gleiche Gebüren- und Steuerfreiheit gewährt würde, wie den alten Anlehen. Ich will nun kurz sein und hier erwähnen, dass sich außer den allgemeinen Betrachtungen die Budget-Commission, wie schon erwähnt wurde, in zwölf Sitzungen eingehend mit allen übrigen Positionen des Voranschlages beschäftigt und namentlich den großen Arbeiten ihre besondere Berücksichtigung gewidmet hat, und dass eine Serie von Anträgen Ihnen die Arbeiten, die da gemacht worden sind, vor Augen führen wird. Ich bitte Sie demnach gleichfalls, in die Specialberathung einzugehen.

Bürgermeister: Zur Besprechung des Budgets im allgemeinen hat das Wort Herr Gem.-Rath Dr. Lueger.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Das Charakteristische der heutigen Budget-Debatte ist wohl, dass sie in einen Zeitraum fällt, in welchem in der Gemeinde eine Art Interregnum herrscht. Es hat dies eine gute und eine schlechte Seite. Der Umstand hat seine schlechte Seite deswegen, weil auf Seite der Majorität eine Persönlichkeit mangelt, welche in der Lage wäre, das Actionsprogramm der Majorität für die Zukunft klarzulegen, die Haltung der Partei in den einzelnen Fragen in solcher Weise zu präcisieren, dass an dieselbe der Maßstab einer Kritik angelegt werden kann. Es ist nach den Ereignissen der letzten Zeit eine Art Windstille hier im Gemeinderathe eingetreten — nur weiß ich nicht, ob diese Windstille zu einem dauernden Frieden führen wird, oder ob sie nur die Stille vor dem kommenden Sturme bedeutet. Heute kennt man nur jene Verheerungen, welche die bisherige Wirtschaft in der Gemeinde in dem wirtschaftlichen und politischen Leben unserer Vaterstadt Wien angerichtet hat. Man kennt aber nicht die Zukunft, man kennt nicht insbesondere das Programm des neuen Mannes, der an die Spitze der Gemeindeverwaltung zu treten verpflichtet ist. Vielleicht weiß er es selbst in diesem Augenblicke noch nicht.

Die Sache hat aber auch ihre gute Seite, und zwar meiner Überzeugung nach deswegen, weil durch den Umstand, dass eine solche gewaltige Persönlichkeit, wie früher, uns derzeit nicht gegenübersteht, der ganzen Debatte die persönliche Spitze genommen wird, und weil vielleicht auch die Herren der Majorität zur Einsicht gelangen werden, dass es der Opposition bei ihrem Kampfe nicht bloß oder eigentlich gar nicht um den Kampf als solchen zu thun ist, sondern dass sie ausschließlich anstrebt, das Interesse und das Wohl der Gemeinde zu fördern und unsere Mitbürger vor solchen Maßregeln zu bewahren, welche nach unserer Anschauung ihnen schädlich sein können.

Meine Herren! Der Herr Referent des Stadtrathes ist ein unverbesserlicher Optimist, oder er stellt sich wenigstens als einen solchen dar. Vor nicht langer Zeit war er in der Lage, an den Gemeinderath heranzutreten, damit eine Anleihe von 2 Millionen Gulden bewilligt wird. Kurz darauf war er in der angenehmen Lage, an den Gemeinderath heranzutreten, damit ein Anlehen von 4 Millionen Gulden aufgenommen werde. Und trotzdem ist er, ich könnte sagen, frohen Muthes, förmlich gut aufgelegt und sagt: es geht ganz ausgezeichnet, wir werden drauskommen. Ich weiß, dass der Herr Referent, wenn man ihn um die Finanzlage der Stadt Wien befragt, sagt: sie ist eine ausgezeichnete. Er zählt dann gewöhnlich immer alle Neubauten auf, die Schulen, die Gemeindehäuser, die Straßen, die Canäle u. s. w. Er sagt: das Vermögen der Gemeinde Wien vermehre sich. Der Herr Referent übersieht, dass diese Vermögensvermehrung eine ganz eigenthümliche ist. Diese Vermögensvermehrung ist ein fressendes Capital. Je mehr Schulen, je mehr Gemeindehäuser, je mehr Versorgungshäuser, je mehr Straßen, je mehr Canäle, desto mehr Ausgaben für jedes Jahr. Er weist dann darauf hin, dass die Anlehen zurückgezahlt werden, dass die Schulden sich vermindern, und übersieht dabei, dass auch das nicht geeignet ist, uns in der jetzigen Zeit irgendetwas zu nützen, weil die jährliche Quote für jetzt und eine lange Reihe von Jahren sich gleichbleibt. Wenn man wissen will, wie eine Stadt steht, wie ihre Finanzen beschaffen sind, so muss man die ordentlichen Einnahmen mit den ordentlichen Ausgaben vergleichen. Ich will sogar die Rechnung der beiden Herren Referenten zur Grundlage nehmen, trotzdem die Anschauungen der Herren Referenten über die außerordentlichen Auslagen unrichtig sind. Ich bitte, mit mir z. B. die Verzeichnisse durchzugehen.

Da finden Sie im Verzeichnisse A die außerordentlichen oder nicht currenten Auslagen. Da heißt es: „Bauliche und sonstige Herstellungen im neuen Rathhause." So lange ich im Wiener Gemeinderathe bin, und ich bin seit dem Jahre 1875 in der Körperschaft, ist noch kein Jahr verflossen, in welchem nicht eine solche Post für das neue Rathhaus gefordert wurde. Wir alle wissen eigentlich noch nicht, wie viel das neue Rathhaus gekostet hat. An diesem Rathhause wird fortwährend gebaut, so lange es steht. So wie ein neuer Bürgermeister kommt, wird er neue Wünsche haben; der eine will eine neue Stiege, der zweite wird vielleicht etwas anderes Neues wollen, der dritte will die Abbauung der einzelnen Gänge, der vierte will eine Änderung der Ventilation oder Beheizung, und so wird das fortgehen, solange dieses Haus überhaupt steht. Diese Post ist daher keine außerordentliche Ausgabe.

Was die Schulen betrifft, so sind die Ausgaben für dieselben auch keine außerordentlichen Auslagen. Es hat Ihnen ja College Tomola erwähnt, dass in Währing jedes zweite, sagen wir — wir sind sehr sparsam — jedes dritte Jahr eine neue Schule erbaut werden musste. Nun, wenn die Bedürfnisse fortwährend wachsen, so ist doch dasjenige, was man zur Deckung dieser Bedürfnisse braucht, nicht eine außerordentliche Auslage, sondern eine ordentliche Auslage, und es ist noch kein Jahr vergangen, seitdem ich im Gemeinderathe bin, in welchem nicht Schulbauten zum Beschlusse gelangt und durchgeführt worden wären. Jetzt nach der Vereinigung der Vororte ist dies umso viel mehr der Fall. Die Bevölkerung wächst in den Vororten und es werden in den Vororten in den nächsten Jahren fortwährend immer neue Schulen gebaut werden müssen — nicht in den alten Bezirken, aber in den Vororten, weil die Bevölkerung in den Vororten insbesondere anwächst, während die Bevölkerung in den alten Bezirken, wenn die Verbauung in den inneren Bezirken vollständig durchgeführt ist, stationär bleibt und ein neuer Zuwachs nicht zu erwarten ist.

Es sind auch die sogenannten Canalauslagen nicht außerordentliche Auslagen im wahren Sinne des Wortes; sie werden

sich jedes Jahr erneuern und jedes Jahr wieder kommen. Es ist also nicht richtig, was die Herren Referenten sagen, aber ich will annehmen, es sei richtig, dann bleibt ja, wie der Referent des Stadtrathes bereits auseinandergesetzt hat, noch immer ein Deficit, und zwar nach dem Beschlusse des Stadtrathes von 783.000 fl. und nach dem Beschlusse der Commission von 800- und einigen 50.000 fl. Die Thätigkeit der Budget-Commission hat es daher zustande gebracht, dass das Deficit in den laufenden Ausgaben erhöht worden ist.

Ich weiß nun, dass im Budget Einnahmenposten vorkommen, welche absichtlich niedrig gehalten sind. Ich weiß es auch, dass in den Ausgaben Posten vorkommen, welche ich die Paradeposten nennen möchte; sie werden nämlich nie ausgegeben. Das erleichtert etwas die Situation der Gemeinde. Ich weiß auch, dass die Refundierung der drei Millionen für die Gemeinde zum Vortheile gereichen wird, aber schließlich wird doch nichts anderes übrigbleiben, als daran zu denken, wie denn das Deficit in einer anderen Weise gedeckt werden soll.

Was nun die Umlagen betrifft, so wird, wie der Herr Referent weiß, im nächsten Jahre eine Erhöhung der Landesumlagen, wie ich glaube, um 3 Kreuzer, eintreten. (Hört! Hört! links.) Meine Herren! Die Belastung der Steuerträger in Wien ist eine außerordentlich große, und ich bezweifle es, ob die Steuerträger Wiens eine weitere Belastung vertragen werden. Sie werden sich hüten, für eine Erhöhung der Umlagen zu stimmen, und auch wir werden uns hüten, für eine solche zu stimmen. Sie können es auch nicht recht. Denn Sie haben förmlich feierlich sich verpflichtet, dass eine Erhöhung der Zinskreuzer unter keiner Bedingung stattfinden darf. Der Herr Referent des Stadtrathes hat — ich erinnere ihn daran — erklärt: Wenn der Bierkreuzer bewilligt sein wird, ist die Gemeinde Wien aus allen Nöthen. (Zustimmung links; Widerspruch rechts.) Er hat es gesagt. Nun, seit dem Bierkreuzer ist schon manches erhöht worden, welches ebenfalls sehr wehe thut und welches gerade die arme Bevölkerung belastet. Und an eine Erhöhung der directen Umlagen kann gar nicht gedacht werden, an eine Erhöhung der indirecten noch viel weniger; es muss daher nach anderen Mitteln sich umgesehen werden.

Nun, es gibt meiner Überzeugung nach nur zwei, trotzdem der Herr Referent der Budget-Commission mehrere aufgeführt hat. Es gibt nur zwei Mittel; das eine Mittel heißt: Ersparungen, und das zweite Mittel heißt: Schaffung neuer Einnahmsquellen. Nun erlauben Sie mir, dass ich auf das Capitel Ersparungen zurückkomme.

In den Anträgen der Budget-Commission findet sich — und der Herr Referent der Budget-Commission hat es heute erwähnt — dass man an den Staat herantreten soll, er möge zu den Kosten des übertragenen Wirkungskreises etwas beitragen. Meine Herren, das ist recht schön und gut, ich werde Sie in diesen Bestrebungen kräftigst unterstützen. Der Herr Referent des Stadtrathes lächelt; ich glaube kaum, dass er das lächerlich finden kann. Wenn ich etwas erkläre, meine ich es ernst; aber er lächelt vielleicht über sich und seine Partei (Sehr gut! links), denn gelegentlich der Vereinigung der Vororte mit Wien habe ich getrachtet, dass von Seite des Staates die Kosten des übertragenen Wirkungskreises übernommen werden (Hört! links), und Ihre Führer, meine sehr verehrten Herren, waren es, welche diesen Antrag, diesen gerechten Antrag, zu Falle gebracht haben. (Hört! Hört! links. Rufe links: Pfui!) Sie kommen immer erst fünf Jahre später auf irgend etwas. Es ist merkwürdig, vielleicht haben Sie es damals schon gewusst, aber damals hat es nicht in Ihren politischen Kram gepasst, diese Forderung zu stellen. Damals waren Sie froh, dass die Vereinigung der Vororte mit Wien überhaupt zustande gekommen ist; damals haben Sie alles bewilligt, was der Staat in finanzieller Beziehung von der Gemeinde verlangt hat, Sie haben nicht bloß die Kosten des übertragenen Wirkungskreises, die wir schon damals für Altwien zu tragen gehabt haben, behalten, ja, Sie haben auch die Kosten des übertragenen Wirkungskreises für die neuen Bezirke dazu genommen; und Sie müssen doch sich selbst gestehen, dass es einen beinahe komischen Eindruck macht, wenn ein paar Jahre später die nämliche Partei, die damals so blindlings zugestimmt hat, diese Kosten zu übernehmen, weinend an den Staat mit der Forderung herantritt, er möge zu diesen Kosten etwas beitragen. Ich werde überall den Standpunkt vertreten, dass die Gemeinde Wien berechtigt ist, eine solche Forderung zu stellen, aber ich hoffe, dass auch andere Städte ihre Bestrebungen mit den unserigen vereinigen werden. Gewiss wird das geschehen! Aber Sie (rechts) müssen „pater peccavi“ sagen und gestehen, dass Sie damals bei der Frage der Vereinigung der Vororte mit Wien in diesem Punkte übereilt oder im Zustande der Unwissenheit oder zur Erreichung Ihrer politischen Zwecke anders gehandelt haben, als es Ihre Überzeugung war. (Richtig! links; Widerspruch rechts.)

Nun, meine Herren, ein zweites Mittel, welches vorgeschlagen wird, ist die Convertierung. Die anderen Mittel, das wird der Herr Referent vielleicht selbst zugeben, sind nicht von solcher Bedeutung, dass man sie eingehend besprechen kann — die Convertierung unserer Anlehen. Meine Herren! Ich frage da den Herrn Referenten der Budget-Commission: Ist ihm etwas von der Thatsache bekannt, dass man in Österreich die Goldwährung einführen will? (Referent Gem.-Rath Mayer: Gewiss!) Ist ihm vielleicht auch etwas von der Thatsache bekannt, dass der Finanzminister Plener den Zinsfuß der Salinenscheine erhöht hat? (Referent Gem.-Rath Mayer: Ja!) Ist ihm vielleicht drittens etwas von der Thatsache bekannt, dass die Verkehrsanlagen-Commission für ihr Anlehen, welches eine dreifache Garantie besitzt, die des Staates, des Landes und der Stadt Wien, nur 96 fl. für 100 fl. bekommen hat? (Referent Gem.-Rath Boschan: Und 1/2!) 96 für 100, nicht 98 1/2, weil 2 1/2 in einen Sack fallen, in dem zwar schon viele Millionen sind, welcher aber noch mehrere Millionen verträgt. (Beifall links.) Wir bekommen nur 96 fl., und nun bitte ich ihn auszurechnen den jetzigen Cours der Schuldpapiere der Gemeinde Wien und ihn mit diesem Course zu vergleichen, und dann möge er mir genau ausrechnen, welche Opfer an Capital eventuell gebracht werden müssen, um eine halbwegs leidliche Convertierung zustande zu bringen.

Ich fürchte sehr, Herr Referent, wir haben den Zeitpunkt verpasst. Wenn Sie mir garantieren, dass keine Goldwährung zustande kommt, dass uns der Herr Finanzminister v. Plener die von ihm aufs tiefste verachteten Guldenzettel läßt; wenn Sie uns garantieren, dass er uns nicht mit diesem Danaergeschenke der Goldwährung beglücken wird, dann kann man an eine Convertierung denken; wenn aber bei uns die Goldwährung eingeführt wird, dann ist absolut an eine Convertierung nicht zu denken, denn wir dürfen das nie riskieren, dass wir an Stelle der jetzigen Papierschuld eine Goldschuld bekommen, und eine solche

Convertierung werde ich wenigstens nie unterstützen, weil sie die Interessen der Stadt auf das empfindlichste schädigen würde. (Lebhafter Beifall links.) Ist dem Herrn Referenten bekannt, dass von dem Goldanlehen der Stadt Wien in Österreich beinahe gar nichts vorhanden ist, dass das gesammte Goldanlehen der Stadt Wien — es besteht nämlich schon eines — im Auslande begeben ist? Ist der Herr Referent nicht mit mir der Überzeugung, dass es ein Unglück für ein Land und eine Stadt ist, wenn die Anlehen auswärts begeben werden? Ist der Herr Referent nicht der Meinung, dass es ein Glück wäre, wenn unser Anlehen zurückströmen würde, und dass es daher unsere Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass das Goldanlehen eingelöst und in ein Papieranlehen convertiert werde, damit es zurückgeht? Das wäre unsere Pflicht; diese Convertierung können Sie aber jetzt nicht durchsetzen, wenn der Herr Finanzminister Dr. Edler v. Plener uns die lieben Guldenzettel nimmt, uns dann auch die Fünfer und Fünfziger nehmen wird und uns dann auf Gnade und Ungnade mit gebundenen Händen der österreichisch-ungarischen Bank und den übrigen Großcapitalisten überantwortet! Herr Referent, denken Sie reiflich darüber nach, bevor Sie in dieser Beziehung auch nur einen Schritt in jetziger Zeit machen!

Ich bin nicht verantwortlich und auch meine Partei nicht, für den jetzigen Stand des Geldmarktes; dafür sind jene Leute verantwortlich, welche — sagen wir, in Unwissenheit, sagen wir, weil sie eingenommen waren von Nebeln gewisser Vorurtheile — im Begriffe sind, Österreich ins Unglück zu stürzen! (Beifall und Händeklatschen links.)

Nun, es gibt aber schon noch andere Positionen, bei denen gespart werden kann, aber davon wird nichts gesprochen. Warum reden Sie denn nichts von der Position des Gehaltes des Bürgermeisters, der Vice-Bürgermeister und der Stadträthe? Warum reden Sie davon nichts? Glaubt der Herr Budget-Referent, dass ein Gehalt von 24.000 fl. entsprechend ist der Finanzlage der Stadt Wien, glauben Sie, dass ein Gehalt von 6000 fl. entsprechend ist, glauben Sie, dass die Stadträthe 3000 fl. wirklich beziehen müssen? Fällt Ihnen nicht ein, dass Sie darüber nachdenken können, ob nicht an Stelle so hoch bezahlter Functionäre etwas anderes und Besseres gesetzt werden kann? Warum nicht? Da soll mit dem Sparen begonnen werden, an uns selbst müssen wir beginnen, zu sparen. Wenn wir aber selbst 24.000 fl., 6000 fl. und 3000 fl. beziehen, dann ist das Wort „Sparsamkeit" eine Lüge gegenüber der gesammten Bevölkerung. Ja, ich sage es Ihnen ganz offen: Sonst wird es wenig zum Sparen geben in den ordentlichen Auslagen. Die ordentlichen Auslagen werden sich vermehren, es kommen dazu die Zinsen der Anlehen, soweit wir daran betheiligt sind, die Zinsen des Anlehens der Verkehrs-Commission, dazu kommen die Zinsen des Wasseranlehens. Es kommen dazu andere bedeutende Auslagen. Meine Herren, das alles kommt dazu; das läfst sich nicht ändern.

Wenn Sie nachsehen, wie es in der Verwaltung aussieht, so werden Sie von nichts anderem als von Reorganisierung hören. Was bedeutet denn das Wort „Reorganisierung" in Wien? Das Wort „Reorganisierung" bedeutet: Erhöhung der Gehalte und Bezüge. So wird gesprochen von der Reorganisierung des Gartenpersonales, gleichbedeutend mit Erhöhung; Reorganisierung des Sanitätsdienstes, gleichbedeutend mit Erhöhung und Vermehrung. Reorganisierung der Feuerwehr! Unlängst haben wir es im Stadtrathe gehört: Wir wollen nicht — wie hat sich damals der Herr Antragsteller ausgedrückt? — wir wollen nicht bruchstückweise vorgehen, wir wollen energischer reorganisieren. Was heißt das „energischer reorganisieren"? Das heißt, wir wollen die Löhnungen erhöhen; also überall mehr!

Sehen Sie auf das Pflaster von Wien! Das ist ja elend bestellt und wir geben viel zu wenig dafür aus. Ich begreife es, dass die Posten in der Budget-Commission zum Theile erhöht worden sind. Da mangelt es überall. Es mangelt in unseren Gartenanlagen. Wie schaut es zum Beispiele in unseren Gartenanlagen aus? Das ist ja unglaublich. (Widerspruch rechts.) Speciell in den Bezirken. Meine Herren, schauen sie sich gefälligst den Bacherplatz im V. Bezirke an! Es sind hier Herren, die das gewiss gesehen haben. Schauen Sie sich zum Beispiele den anderen Platz an; was hätte daraus geschaffen werden können! Ist das eine Pflege, wenn sie einen Sand aufstreuen, der — ich könnte sagen — die Kinder förmlich vergiftet? Wissen Sie, meine Herren, welcher Sand aufgestreut wird? Es wird jener Sand aufgestreut, der im vorigen Jahre zusammengerieben wurde und bei dem alle Bestandtheile dabei sind. Und da wollen Sie sagen, das ist eine gute Verwaltung? Nein, das ist keine gute Verwaltung. Da wird noch viel mehr ausgegeben werden müssen, als bisher ausgegeben worden ist.

Es geht nicht, meine Herren! Der Stadtrath ist nach meiner innersten Überzeugung eine unmögliche Körperschaft, wenigstens in seiner jetzigen Gestaltung.

Weiters bin ich — und auch da will ich durchaus nicht einzelne Personen beleidigen — seit jeher und werde es bleiben: ein Gegner der bezahlten, gewählten Stellen. (Beifall links.) Diese bezahlten, gewählten Stellen corrumpieren (Beifall links) überall, meine Herren, überall, merken Sie sich das, an allen Orten, und jede Partei, meine Herren, jede Partei, auch unsere, würde dadurch corrumpiert werden. (Beifall und Händeklatschen links.)

Ich habe mir die Überzeugung verschafft, dass jenes Mitglied des Stadtrathes, welches fleißig arbeitet, seine ganze Zeit dieser Thätigkeit zu widmen förmlich verpflichtet ist; der Betreffende muss, wenn er ein Geschäft hat, sein Geschäft vernachlässigen. Dadurch kommt er nach und nach in die Lage, dass er auf den Bezug von 3000 fl. angewiesen ist; denn, wenn einer sich sonst nichts verdienen kann, muss er von diesen 3000 fl. leben. Ich sage es nochmals, ich will niemand kränken, ich spreche in diesem Punkte wirklich aus meiner innersten Überzeugung, ich könnte sagen, im Interesse Aller. Er wird auf die 3000 fl. angewiesen, er wird dadurch — ich könnte sagen, ohne dass er es will — ein Diener entweder einer übermächtigen Persönlichkeit oder ein Diener einer übermächtigen Partei; er verliert seine Selbständigkeit, er verliert die Kraft, dasjenige, was er wirklich fühlt, dann zum Ausdrucke zu bringen, wenn er weiß, dass diese seine Meinung sich im Gegensatze mit jener der übermächtigen Persönlichkeit, mit jener der übermächtigen Partei befindet, er muss auf die Partei Rücksicht nehmen, er wird dadurch nicht zum Diener der Gesammtheit, was im Stadtrathe sein soll, er wird zum Diener einer Partei, und die ganze Verwaltung ist dann nicht eine Verwaltung im Interesse der Gesammtheit, sondern sie ist eine Verwaltung im Interesse einer einzelnen Partei, und es kommt die Clique zur Herrschaft, jene Herrschaft, welche am verhängnisvollsten und am schädlichsten für das Allgemeine ist. (Beifall und Händeklatschen links.)

Damit Sie sehen, dass ich nicht bloß über die Stadträthe so denke, so erkläre ich Ihnen, dasselbe denke ich auch von den Landesausschüssen, wo sie immer sind, und ich habe die volle Überzeugung gewonnen, dass die Verwaltung durch bezahlte, gewählte Männer keine gute ist; sie ist es nicht in Ungarn, sie ist es nicht in Österreich, sie kann es nicht sein. Darum bin ich nach wie vor der Meinung, dass es kein Unglück gewesen wäre, wenn man damals mir gefolgt hätte. Ich habe immer die Anschauung vertreten, dass gewisse Dinge ruhig dem Magistrate zur Durchführung hätten überantwortet werden können, schlechter als jetzt wäre es nicht geworden, und schneller als jetzt wäre es gewiss gegangen. Das haben Sie nicht gethan. Sie haben den Stadtrath geschaffen, um den Magistrat — ich könnte sagen — unmöglich zu machen oder auch zu einem Diener zu degradieren, und den Gemeinderath zu entlasten — und nun, meine Herren, frage ich Sie, ist der Gemeinderath entlastet? Antwort darauf: Nein! Und es ist das merkwürdigste, dass außerordentlich wichtige Angelegenheiten aus dem Stadtrathe oder — wie man sich früher ausgedrückt hat — ex Stadtrath erledigt werden, während wir manchmal mit verhältnismäßigen Kleinigkeiten zu thun haben.

Also es muss nach neuen Einnahmsquellen gesucht werden. Nun, meine Herren, es hat mich nichts mehr überrascht, als jener Theil der Rede des Herrn Berichterstatters der Budget-Commission, welcher sich mit neuen Einnahmsquellen befasst hat. Ich hätte nur gewünscht, dass der geehrte Herr Referent vielleicht, so sagen wir, um zehn Jahre früher — ich weiß nicht, seit wann er dem Gemeinderathe angehört — dergleichen Anschauung nicht bloß gewesen wäre, sondern derselben auch in seiner Partei energischer Ausdruck gegeben hätte. (Sehr richtig! links.) Aber das ist nicht geschehen. Da fürchte ich sehr, die geehrten Herren werden zu den alten Sünden noch neue häufen, auf diesem Gebiete wenigstens.

Einer Ihrer Führer — es war ein sehr maßgebender Führer Ihrer Partei — der Herr Frauenberger (Heiterkeit) — hat einmal eine Rede gehalten, in welcher er den Gedanken vertreten hat, dass mit der englischen Gasgesellschaft ein neues Übereinkommen geschlossen werden soll. (Hört! Hört! links.) Sie erinnern sich vielleicht, dass ich einmal hier im Wiener Gemeinderathe gesagt habe, ich wette mit Ihnen, dass Sie mit der englischen Gasgesellschaft neuerdings einen Vertrag abschließen. Einer der Herren, ich glaube, es war Herr Herold, hat gesagt, das geschieht gewiss nicht. (Rufe links: Matzenauer!) Oder der Matzenauer, ja der Matzenauer. (Heiterkeit.) Meine Herren, es wird doch geschehen, passen Sie auf. Denn die Stimme des Herrn Frauenberger ist eine prophetische Stimme. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich versichere Sie, er ist einer der wenigen Naturmenschen, die hie und da ausplaudern, was sie schon lange verschwiegen im Herzen tragen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie erlauben, dass ich vielleicht auch noch auf einen anderen Punkt zu sprechen komme, nämlich auf die Verwaltung.

Beide Herren Referenten werden mir zugeben, dass die Verwaltung der Stadt Wien eine außerordentlich theuere ist. Die Kosten derselben haben sich außerordentlich vermehrt. Da muss ich mich doch fragen, ist die Verwaltung gut? Darauf gibt es aber nur eine Antwort: nein, sie ist nicht gut. Solange ich nicht im Stadtrathe war, konnte mir der verstorbene Bürgermeister Dr. Prix in einer Beziehung denn doch, wie soll ich sagen — einen kleinen Schleier vor das Antlitz ziehen. Er hat nämlich gesagt, es wird schnell gearbeitet.

Meine Herren! Seitdem ich darin bin, weiß ich, daß der Stadtrath, das habe ich ja bereits einmal gesagt, vielleicht mit einer Ausnahme außerordentlich fleißig arbeitet (Rufe links: Noske!), dass er aber von der Arbeit förmlich erdrückt wird. Es wird daher auch nicht schnell in dem Sinne gearbeitet, dass alles schnell erledigt wird. Es muss vieles liegen bleiben. Es ist das gar nicht zu vermeiden, und wie die Herren sehen, mache ich ja daraus keinen Vorwurf, weil ich selbst dabei bin und die Unmöglichkeit erkenne, dass der Stadtrath alles bewältigt. Es wird aber auch nicht gründlich gearbeitet, nicht genau, das ist ja ganz erklärlich. Man ist, ich könnte sagen, in einem förmlichen Fieber, dass man fertig wird. Die Herren Vorsitzenden sagen: ich bitte Sie, nur schnell, nur schnell; und wenn einer sich zum Worte meldet, so kriegt er ein etwas zuwideres Gesicht — nicht ich, ich sage es, ich werde sehr anständig behandelt (Heiterkeit), es sind nur die Herren von der Majorität.

Auch wir, meine Herren, rackern uns herum, wir müssen jetzt Nachtsitzungen haben bis 9 Uhr — gestern bis $^3/_4$10 Uhr — und wir werden nicht fertig. Ja, meine Herren, das ist ja ein Beweis, dass die Geschichte nicht klappt. Das Budget wird zu spät vorgelegt, der Hauptrechnungs-Abschluss wird zu spät vorgelegt — alles kommt zu spät — jetzt, meine Herren, sind Sie vielleicht mit Ihrer Schuld, vielleicht ohne Ihre Schuld, aber das ist ganz gleich — in der Lage, täglich Gesetzwidrigkeiten zu begehen. Denn die gesammte Verwaltung, wie sie jetzt geführt wird, ist eine Gesetzwidrigkeit vom ersten bis zum letzten. Nach dem Statute muss das Budget vor dem Verwaltungsjahre erledigt sein, denn nur dann gibt es bedeckte und nicht bedeckte Posten; solange das Budget nicht erledigt ist, gibt es keine bedeckten Posten und Sie sehen — Ihre ganze Wirtschaft hat jetzt gar keine legale Grundlage, und wenn ich jetzt mit Ihnen herumspringen wollte, so könnte ich es jetzt in leichtester Weise thun — ich habe es nicht gethan. Trotzdem wir aber überbürdet sind, hat ja der Gemeinderath gar keinen Einfluss. Der Gemeinderath als Körperschaft ist ja eine reine Null, und Sie, meine Herren, von der Majorität — wenn es einen „Nullster" gibt, Sie sind der „Nullster". (Lebhafter Beifall links.) Nur hie und da hat der Herr Gem.-Rath Frauenberger eine gewisse Bedeutung, wenn er rebelliert — aber sonst, meine Herren, sind Sie noch viel weniger wert als wir. Der Magistrat hat ebenfalls keinen Einfluss, und während der Magistrat früher als Körperschaft geachtet war, als Körperschaft große Geltung besessen hat, hat er dieselbe total verloren. Er ist einfach der ergebene Diener des Stadtrathes und des Bürgermeisters. Es ist ja komisch, wenn man gewisse Referate liest, wie sich da durchgewunden wird. Es ist manchesmal bedauerlich und ich erinnere mich an einen nicht unwichtigen Fall, wo jemand gesagt hat, dass er gegen seine eigene Meinung etwas unterschrieben hat. Das Statut selbst ist lückenhaft und undeutlich in vielen Punkten. Das Ansehen der Gemeindeverwaltung gegenüber den Staatsbehörden ist gesunken. (Rufe rechts: Gegenüber der Bevölkerung!) Ja, Ihr Ansehen kann in der Bevölkerung gesunken sein, bezüglich meiner Partei erlauben Sie mir, das zu bezweifeln. Wir sind in der Gelegenheit, dass wir über Thun und Lassen unseren Wählern Rechenschaft ablegen. Was Ihre Parteikreise von uns halten, ist uns, ich sage es Ihnen offen, gleichgiltig, wir stehen auf dem Boden unserer Wähler und legen unseren Wählern Rechenschaft ab über das, was sie uns auftragen und was wir für gut halten. (Gem.-Rath Gregorig: Bei offenen Thüren!)

Ich habe heute von Offenheit gar nicht gesprochen, nicht von den geheimen Verhandlungen im Stadtrathe und von allen diesen Dingen.

Ich könnte davon auch manches erzählen. Aber, meine Herren, Sie sind ja nicht Schuld daran, Schuld daran ist der Landtag und Ihre Vertreter im Landtage, Ihre Majorität.

Die hat das Gesetz in einer Weise geschaffen, dass es eben so geworden ist, wie es sich derzeit darstellt. Unter solchen Verhältnissen sollte man glauben, dass auf allen Seiten die Erkenntnis platzgreifen würde, dass ein Zusammenwirken aller Kräfte nothwendig ist, um den total verfahrenen Karren der Gemeindeverwaltung ins richtige Geleise zu bringen. Leider ist wenig Aussicht dafür vorhanden.

Denn in den Blättern Ihrer Partei (Rufe links: Judenliberale!), der judenliberalen Partei, liest man von nichts anderem als von der Nothwendigkeit der Vernichtung und Unterdrückung unserer Partei, und in den Candidatenreden Ihrer Führer, die gerade jetzt gelegentlich der Neuwahl eines Abgeordneten in der inneren Stadt Wien gehalten werden, hört man keinen anderen Ausruf und kein anderes Schlagwort, als „Nieder mit den Antisemiten!“ (Heiterkeit links.) Ja, ich erkläre Ihnen: alle Antisemiten zusammengenommen, können bis jetzt noch nicht so viele Juden verzehrt haben, als Herr Noske in den wenigen Tagen seiner Candidatur Christen verzehrt hat. (Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen links.) Es wird Ihnen zugerufen: „Nur ja nicht Frieden schließen, Kampf bis aufs Messer!“ Ich fürchte sehr, Sie haben bisher gefolgt; Sie werden vielleicht auch weiter folgen. (Gem.-Rath Frauenberger: Wer weiß?) Es soll mich freuen, wenn es nicht der Fall wäre, aber ich fürchte, dass selbst das Ansehen und die gewichtige Autorität des Herrn Frauenberger seine Partei in diesem Punkte nicht wird belehren können. Aber die Partei thäte gut, einem solchen Rathschlage zu folgen; denn ich glaube, dass sie Ursache hätte, unsere Rathschläge hie und da zu beherzigen.

Meine Herren! Es war einmal Gelegenheit, die Gasfrage im Sinne der Gemeinde-Interessen zu lösen.

Damals sind wir und auch ein Mann, der nicht mehr hier ist, mit allem Eifer für die Lösung im Sinne der Interessen der Gemeinde eingetreten.

Meine Herren! Sie waren es, die dagegen waren, Sie müssen sich heute gestehen, dass es ein Glück für Wien wäre, wenn wir bereits im Besitze der Gasanstalt wären, wenn die englische Gesellschaft draußen wäre. Fragen Sie wenigstens die neuen Mitglieder Ihrer Partei. Fragen Sie wenigstens die Hoteliers und alle jene Geschäftsleute, welche mit der englischen Gasgesellschaft zu thun haben, ob ich nicht Recht habe.

Meine Herren! Ich erinnere mich an den großen Tramway-Krieg. Der große Tramway-Krieg, den ich lange Zeit und — wie ich glaube — zum Heile der Gemeinde geführt habe, wurde durch einen Frieden beendet, den der damalige Vice-Bürgermeister geschlossen hat. Lesen Sie die damaligen Debatten und vergleichen Sie den Inhalt derselben mit den heutigen Zuständen und Sie werden finden, dass gerade ich es gewesen bin, der alle Mängel dieses Vertrages hervorgehoben hat, der auf die Zukunft hingewiesen hat, und Sie werden finden, dass die Führer ihrer Partei es gewesen sind, die eigensinnig und bloß, um nicht ein Jota daran ändern zu lassen, mir entgegengetreten sind und die Anträge zu Falle gebracht haben.

Meine Herren! Jetzt ist die Tramway mächtiger denn je, mächtiger als die Gemeinde, mächtiger als die Statthalterei, ich könnte sagen, mächtiger als das Ministerium. (Zustimmung links.) Die Tramway thut noch vielmehr das, was sie will, als sie es jemals gethan hat. Die Tramway ruiniert dabei alle jene Geschäftsleute, welche mit dem Fuhrwerke zu thun haben, sie ruiniert die Sattler, die Schmiede u. s. w., alles ohne Unterschied. Und dennoch herrscht sie. Sie ist Regentin, und wir alle müssen uns eine Behandlung gefallen lassen, wie sie der Bevölkerung einer Großstadt nicht würdig ist. Lesen Sie die damaligen Debatten und Sie werden finden, dass ich damals gut gerathen habe, und dass es ein Fehler war, dass man meinen Rathschlägen kein Gehör geschenkt hat. Ich erinnere mich an den letzten Tag der Debatte. Da hat man die Majorität so recht zusammengetrieben und da hat es geheißen, heute muss man fertig werden.

Es war Regen draußen — alles mögliche. Bis 10 Uhr haben Sie hier ausgedauert, weil man gewusst hat, dass ich allein Redner bin, man dachte: der muss müde werden und kann nicht weiter reden, und ich bin auch müde geworden. Aber das Resultat ihrer damaligen Anstrengungen war zu Gunsten der Tramway-Gesellschaft, zum Schaden der Gesammtbevölkerung.

Denken Sie auch an die Vereinigung der Vororte mit Wien; schlagen Sie die damaligen Debatten nach, ob ich nicht Wort für Wort vorausgesagt habe, wie die Gemeindeverwaltung beschaffen sein wird unter dem Stadtrathe und den sonstigen Cautelen, die geschaffen wurden. Lesen Sie nach, wie ich gesagt habe, welche neue Auslagen erwachsen werden. Jetzt singt man das Lied, ich habe es schon damals gesungen — die Herren haben es nicht geglaubt.

Denken Sie auch an die Verkehrsanlagen! Meine Herren, der Gang der Ereignisse bei den Verkehrsanlagen ist für mich — ich muss es sagen — geradezu erhebend. Sie verhöhnen, lachen mich aus oder haben es wenigstens gethan, wenn ich davon gesprochen habe, dass die Localbahnen nicht an Private hintangegeben werden sollen. Schließlich ist es doch durchgegangen, dass dies nicht geschieht, sondern dass die Verkehrsanlagen-Commission die Localbahnen baut. Und heute lese ich in den Abendblättern, dass auch dasjenige erreicht wird, wofür ich immer gestritten habe: dass die unglückselige Hochbahn bei der Landstraße wegkommt und durch eine Tiefbahn ersetzt wird. Das ist meine Agitation, meine rastlose Agitation. (Beifall links, Widerspruch rechts.) Meine Herren, Sie können machen, was Sie wollen, Sie wissen nicht, was Agitation bedeutet, Sie wissen nicht, was es bedeutet, wenn in jedem Bezirke, in jeder Versammlung davon gesprochen wird, wenn man den betreffenden landesfürstlichen Commissär immer auffordert, er möge das ja berichten, wenn man immer wieder erklärt, dass es ein Verbrechen, eine Nichtswürdigkeit wäre, wenn so etwas geplant würde. Sie wissen nicht, dass ich den Muth habe, solche Worte zu sprechen und solche Aufforderungen an die Regierung zu richten; Sie wissen nicht, wie man eine bedeutende Agitation entfesseln kann, an der das ganze Volk theilnimmt, aber ich weiß es und bin stolz darauf und stolz auf die Siege, die unsere Agitation im Vorjahre errungen hat. (Lebhafter Beifall links.)

Ich erinnere Sie, meine Herren, wer hat denn die Frage der Straßensäuberung gelöst? Und zwar in der Weise gelöst, wie es jetzt geschehen ist? Wir, meine Herren! Freilich wird Gem.-Rath Frauenberger sagen: Er war damals unser Führer.

(Heiterkeit links.) Wir haben ihn damals als Sturmbock gebraucht, und sein Schädel hat sich als ein guter eiserner Schädel erwiesen! (Erneuerte Heiterkeit links.) Sehen Sie also, wir haben oft recht gehabt, und eine Partei, welche so oft recht hat, eine Partei, welche mit wahrhaft prophetischem Blicke alles das vorausgesehen und vorausgesagt hat, was seither eingetreten ist, eine solche Partei verdient mehr Beachtung, verdient jedenfalls nicht jene Behandlung, welche Sie (rechts) ihr bisher haben angedeihen lassen. (Sehr richtig! links.) Freilich werden Sie mir sagen — es ist das auch das alte Lied, welches ich in den verschiedenen Blättern lese: „Das ist eine Scandalpartei, da gibt es keinen Frieden".

Ja gehen Sie gefälligst die verschiedenen Amtsblätter durch und Sie werden zur Überzeugung kommen, dass sogenannte Scandale nur immer eintreten, wenn wir Unrecht erleiden mussten. Wollen Sie keine Scandale, dann thun Sie kein Unrecht. So wie Sie recht handeln, wird es keinen Scandal im Saale geben. (Sehr richtig! links.)

Zwei Worte sind es, welche, wenn sie in die That übersetzt werden, den Frieden in diesem Saale herbeiführen und eine sachliche Behandlung der Angelegenheiten ermöglichen. Das eine Wort lautet: „Umkehr". Sie dürfen nicht die Traditionen fortführen, Herr Dr. Prix darf nicht Muster sein. Wir sind mit Herrn Dr. Prix fertig geworden und wir werden mit jedem fertig werden, welcher die Wege des Herrn Dr. Prix wandeln wird. Es möge daher auch der neue Herr Bürgermeister glauben oder nicht glauben, dass wir durch unsere Theilnahme an der Leichenfeier vielleicht bekannt hätten, dass wir uns jemals geirrt haben (Unruhe rechts; Gem.-Rath Frauenberger: Aber das gehört doch nicht hieher!) oder gefehlt haben. (Gem.-Rath Frauenberger: Lassen Sie den armen Prix in Ruhe! — Rufe links: Ruhe! — Rufe rechts: Wo ist der Vorsitzende?)

Bürgermeister: Ich bitte, es wäre wünschenswert, wenn dieses Thema verlassen würde, denn, aufrichtig gesagt, es berührt peinlich.

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn Sie nicht wollen, dass ich spreche, werde ich einfach aufhören. Ich habe niemanden in irgendeiner Weise beleidigt, ich spreche in vollständig ruhiger, sachlicher Weise, wenn Sie das nicht hören wollen, so gehen Sie hinaus! Es wäre aber traurig, wenn sich der neue Herr Bürgermeister vom Herrn Gem.-Rathe Frauenberger commandieren ließe! Gewöhnen Sie sich doch Unabhängigkeit an! (Unruhe.)

Bürgermeister: Pardon, ich bitte. (Gem.-Rath Stehlik ruft dazwischen.) Herr Gem.-Rath Stehlik, Sie haben nicht das Wort. Ich muss den Herrn Redner, dem ich bis jetzt die größte Redefreiheit, ja die allergrößte Redefreiheit zutheil werden ließ, bitten, den Vorsitzenden nicht in solcher Weise zu attaquieren.

Ich habe bemerkt, dass es mich und, wie ich sehe, auch einen größeren Theil der Versammlung peinlich berührt, wenn von dem Leichenbegängnis des verstorbenen Bürgermeisters in Verbindung mit politischen Streitverhältnissen gesprochen wird. (Zustimmung rechts.) Ich habe deshalb den Wunsch ausgesprochen, der Herr Redner möge dieses Thema verlassen, das ist mein Recht, das ist meine Pflicht, und ich habe damit dem Herrn Redner in gar keiner Weise ein Unrecht zugefügt. (Beifall rechts.)

Gem.-Rath Dr. Lueger (fortfahrend): Wir haben ihm jene Ehre erwiesen, welche jeder christlich denkende Mann dem gefallenen tapferen Feinde erweist. Wir haben dies gethan trotz aller hämischen Bemerkungen in gewissen Parteiblättern. Aber wir bleiben auf dem alten Boden, den wir seit jeher eingenommen haben und wenn nach der Tradition vorgegangen wird, und das wollte ich sagen, wenn nach der alten Tradition vorgegangen wird, wenn wir so behandelt werden in Zukunft, wie wir früher behandelt worden sind, dann wird auch der neue Bürgermeister eine festgeschlossene Opposition auf seinen Wegen finden. (Zustimmung links.)

Wir verlangen zweitens Gerechtigkeit. Ungerecht ist die jetzige Eintheilung der Wahlkörper; ungerecht ist die Vertheilung der Gemeinderäthe auf die einzelnen Bezirke; ungerecht ist die Art und Weise der Wahl des Stadtrathes; ungerecht ist die Stellung des Gemeinderathes. Es muss das alles geändert werden. Es muss das Haus der Gemeinde vom Fundament auf neu erbaut werden, damit an Stelle des Unrechtes endlich einmal Gerechtigkeit nicht gegenüber uns, sondern gegenüber dem Volke tritt. (Zustimmung links.)

Ungerecht ist auch die Art und Weise, wie wir bisher behandelt worden sind; wir sind ausgeschlossen vom Präsidium, man vergönnt uns nicht einmal eine Schriftführerstelle, die gewiss — die Herren Schriftführer werden verzeihen — nicht mit allzu großen Rechten ausgestattet ist, und Sie könnten doch einen Schriftführer von unserer Seite brauchen. Sehen wir doch, dass die Schriftführer Ihrer Partei (zur rechten Seite gewendet) sehr oft nicht richtig zu zählen in der Lage sind! (Heiterkeit links.) Wir sind ausgeschlossen vom Stadtrathe, und meine Wahl verdanke ich nicht Ihrer Partei; die verdanke ich nur einzelnen aus Ihrer Partei, welche mir ihre Stimme gegeben haben, denen ich dafür immer dankbar bin. Wir sind ausgeschlossen vom Bezirksschulrathe, wir sind ausgeschlossen vom Landesschulrathe, wir sind ausgeschlossen von der Verkehrsanlagen-Commission, in die ich ja vom niederösterreichischen Landtage entsendet worden bin.

Wir sind mit einem Worte ausgeschlossen von allen Verwaltungsgebieten. Ja, selbst wenn Sie uns einige Stellen in einer Commission gönnen, fügen Sie einem solchen Zugeständnis immer eine Erniedrigung bei. (Sehr richtig! links.) Die Budget-Commission besteht aus 30 Mitgliedern, uns hätten nach der Stärke zehn Stellen gebürt. Nein, man hat sie uns nicht gegeben, nur sieben, weil man drei Stellen vergeben musste an die Abgefallenen der eigenen Partei.

Auch dann, wenn Sie geben, geschieht es in einer kränkenden Form, welche bei jeder Partei das Ehrgefühl auf das tiefste verletzt (Sehr richtig! links), und trotzdem sind wir nicht in factiöse Opposition gegangen. Wie oft, meine Herren, habe ich es zustande gebracht, dass einstimmige Beschlüsse hier in diesem Saale gefasst worden sind! Immer ist das Interesse der Gesammtheit hochgehalten worden und wir haben manche Bedenken unterdrückt, wenn es sich darum gehandelt hat, einen einstimmigen Beschluss zu fassen. Darum rathe ich Ihnen zum Schlusse zur Umkehr und zur Gerechtigkeit. Sie sind die einzigen Mittel, welche den kranken Körper heilen können. Ihre Sache, meine Herren von drüben, wird es sein, zu entscheiden, ob Sie von diesen Mitteln Gebrauch machen wollen oder nicht. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen links.)

(Vice-Bürgermeister Dr. Richter übernimmt den Vorsitz.)

Gem.-Rath Dr. Stern: Sehr verehrte Herren! Ich werde dem Herrn Vorredner nicht auf das ganze Gebiet folgen, welches

er betreten hat; ich werde nicht eingehen auf Fragen, welche weit abliegen von dem, was uns gegenwärtig beschäftigt. Einige Bemerkungen kann ich jedoch nicht unterdrücken. Wenn der Herr Vorredner davon gesprochen hat, wie er und seine Partei sich in Fragen, welche den früheren Gemeinderath beschäftigt haben, z. B. in der Gasfrage, in der Tramwayfrage und in anderen Fragen verhalten haben, so möchte ich ihm darauf erwidern, dass, trotzdem mehrere Herren auf denselben Sitzen sich befinden, welche die frühere Opposition eingenommen hat, die gegenwärtige Opposition doch eine ganz andere Partei ist als die frühere Opposition war, dass die Partei, welche früher diese Sitze eingenommen und welche sich in vielerlei Fragen gegenüber der Majorität in der Opposition befunden hatte, doch auch auf dieser (rechten) Seite in einzelnen von dem Herrn Vorredner angeregten Fragen Anhänger hatte.

Der Herr Vorredner hat wieder das alte Thema der Vereinigung der Vororte mit Wien berührt. Ich werde darauf nur zwei Worte erwidern. Ich halte diese Vereinigung unter allen Umständen für einen Vortheil sowohl für uns wie für die neu einverleibten Bezirke (Widerspruch links), für einen Vortheil für uns, weil es eine Thatsache ist, dass eine Stadt mit 800.000 Einwohnern unmöglich gedeihen kann, wenn sich an ihren Grenzen große Gemeinwesen mit 500.000 oder 600.000 Einwohnern entwickeln, die, vermöge Verschiedenartigkeit der Besteuerung, sich in ganz anderen, weit günstigeren Lebensverhältnissen befinden. Und wenn es noch in Frage gestellt wird, ob es auch für die neuen Bezirke ein Vortheil war, so möchte ich nur auf eines verweisen, was wir heute hier gehört haben, nämlich auf die Schilderung der Schulzustände in den Vororten, so beispielsweise auf die Schilderung, welche uns Herr Gem.-Rath Tomola von der Schule in Neustift am Walde gegeben hat, der Vorwürfe darüber erhebt, dass, wie er sagte, jetzt schon lange Jahre vergangen seien, ehe diese entsetzlichen Zustände Abhilfe gefunden haben. Das ist dasjenige, was ich in diesem Punkte entgegnen möchte.

Es hat der Herr Vorredner auf zwei Punkte verwiesen, welche von Seite des Herrn Stadtraths-Referenten und des Herrn Referenten der Budget-Commission hier zur Sprache gebracht wurden. Zunächst auf die Beitragsleistung zu den Kosten des übertragenen Wirkungskreises. Er hat darauf hingewiesen, dass er selbst seinerzeit — ich weiß nicht, ob hier im Gemeinderathe oder vielleicht im Landtage — davor gewarnt habe, dass die Gemeinde diese Kosten des übertragenen Wirkungskreises auch in den neuen Bezirken übernehme. Diese Kosten des übertragenen Wirkungskreises in den neuen Bezirken allein sind es nicht, welche mit allzu großem Schwergewichte in die Wagschale fallen, aber allerdings gibt gerade der übertragene Wirkungskreis, welchen wir übernommen haben, uns einen neuen Rechtstitel, an die Staatsverwaltung in einem Sinne heranzutreten, wie ich mir erlauben werde, ihn später zu entwickeln.

Es hat der Herr Vorredner auch von der Convertierung gesprochen und damit die Frage der Goldwährung in Verbindung gebracht. Nun, die Frage der Goldwährung werden wir im Gemeinderathe wahrhaftig nicht behandeln. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine Frage, welche von solcher Tragweite ist, dass wir im Gemeinderathe unmöglich dazu competent sein können (Widerspruch und Zwischenrufe links), uns in Discussionen über diese Frage einzulassen. Aber das eine ist sicher, darauf mache ich aufmerksam — und das hat ja bereits der Herr Vorredner berührt — dass thatsächlich eines der Anlehen, welche wir convertieren wollen, wenn wir es können — denn es kann sich immer nur um eine freiwillige Convertierung handeln — ein Goldanleihen ist, und dass wir die Goldzahlungen thatsächlich noch ungefähr durch 10 bis 15 Jahre auf diese Goldanleihe ebenfalls zu bezahlen hätten. Thatsächlich sind die Frage der Goldwährung und die Frage der Möglichkeit einer freiwilligen Convertierung zwei Dinge, welche ich nach meinen Erfahrungen, nach meinen Kenntnissen in irgendeiner Beziehung zueinander zu bringen nicht imstande bin.

Es ist bereits gesagt worden, dass wir thatsächlich heute vor einem Fehlbetrage stehen, welcher von Seite des Stadtrathes mit 783.000 fl., von Seite der Budget-Commission mit 858.000 fl. beziffert wurde, und ich glaube, dass nach den Erhöhungen, die das Budget im Laufe der Plenardebatte erfahren hat, wir wahrscheinlich schon vor einem Abgange von über eine Million stehen. Es ist allerdings gesagt worden, dass wir nach Mitteln suchen müssen, um diesen Fehlbetrag zu decken, und es handelt sich ja eigentlich um einen Fehlbetrag von drei Millionen Gulden, welcher allerdings aus den Cassabeständen gedeckt wird und noch durch eine Reihe von Jahren aus denselben gedeckt werden kann. Ich habe mir erlaubt, in einem Referate, welches ja den Herren infolge eines Beschlusses der Budget-Commission im Drucke zugestellt wurde, meine Ideen hierüber zu entwickeln. Ich habe mir erlaubt, darauf hinzuweisen, in welcher Weise Wien mit Steuern überlastet ist, und in welcher Weise gerade nach dieser Richtung hin die Möglichkeit gefunden werden kann und gefunden werden muss, um für communale Steuern Raum zu schaffen. Und es scheint mir das durchaus nicht so weitab zu liegen von aller Möglichkeit, nachdem wir ja heute sehen, wie in anderen Staaten gerade die bezügliche Frage der Communalsteuern in eingehender Weise behandelt wird und wie sie in anderen Staaten zur Lösung gelangt, und wenn wir uns vor Augen halten, dass heute thatsächlich ein Steuergesetzentwurf im Abgeordnetenhause in Berathung gezogen wird, ein Gesetzentwurf, bezüglich dessen wir allerdings rechtzeitig unsere Stimme erheben mögen.

Ich habe mir erlaubt, meine Ansichten im kurzen am Schlusse meines Referates dahin auszusprechen, dass es angezeigt erscheine, dass geeignete Schritte dahin unternommen werden mögen, dass die in Wien bestehenden staatlichen Erwerbsgeschäfte, insbesondere die als reine Erwerbsgeschäfte anzusehenden Regalien, sowie die Gebäude, in welchen dieselben ausgeübt werden, der communalen Besteuerung unterzogen werden, und dass die die Stadt Wien prägravierenden staatlichen Steuern, die $26^2/_3$percentige Hauszinssteuer und die Verzehrungssteuer, in entsprechender Weise ermäßigt werden, damit in solcher Weise für communale Umlagen und für communale Steuern Raum geschaffen werde, wie dies ja in einem ganz anderen, viel weiteren Maße in anderen Staaten geschehen ist und noch geschieht. Es ist eine bekannte Thatsache, dass heute über ein Jahr, am 1. April 1895, in Preußen eine Steuerreform in Kraft tritt, wonach die Gebäudesteuer, Grundsteuer und auch die Gewerbesteuer aus dem Systeme der staatlichen Steuern ganz ausgeschieden werden und vollständig den communalen Verbänden, den Gemeinden zugewiesen werden.

Es ist bekannt, dass in Preußen und anderen Staaten die communale Einkommensteuer vollkommen losgelöst ist von der Verbindung mit der Staatssteuer, so dass die Befreiung von der staatlichen Steuer nicht schon die Befreiung von der communalen Steuer in sich schließt. Nach allen diesen Richtungen, glaube ich allerdings, wären Reformen anzustreben. Ich weiß recht wohl, dass solche Reformen nicht etwa erreicht werden von einem Monat zum

anderen, auch nicht von einem Jahre zum anderen, aber sie sind zu erreichen, dess bin ich überzeugt, sie sind zu erreichen, namentlich dann, wenn dem Staate gegenüber geltend gemacht wird, in welcher Weise die Gemeinde gerade durch die Geschäfte des übertragenen Wirkungskreises überlastet wird und in welcher Weise eine Entschädigung für den übertragenen Wirkungskreis gefunden werden kann. In einem allerdings, da muss ich mit dem Herrn Vorredner übereinstimmen, darin, dass das Ansehen der Gemeindevertretung heute sich nicht auf der Höhe befindet, auf der sich das Ansehen der Gemeindevertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien befinden sollte. Ich überlasse es dem Herrn Vorredner und überlasse es der ganzen Versammlung zu entscheiden, welches die Gründe sind, dass dies nicht der Fall ist, und in welcher Weise wir vorzugehen haben, damit der Gemeinderath der Stadt Wien wieder jenes Ansehen gewinnt. Das sind die wenigen Bemerkungen, welche ich zur General-Debatte vorzubringen mir erlauben wollte, indem ich mir vorbehalte, zu einzelnen Capiteln des Voranschlages später das Wort zu ergreifen. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Dr. Kupka: Es ist keine leichte Aufgabe, nach einer so ausgezeichneten Rede, wie wir sie von dieser (linken) Seite gehört haben, noch besonders Neues vorzubringen. Constatieren muss ich, dass der Budget-Referent uns gesagt hat, dass der Hauptrechnungs-Abschluss keineswegs ein günstiger genannt werden kann. Der Herr Commissions-Referent hat erwähnt, dass ein Hauptgrund für diesen weniger günstigen Rechnungsabschluss die neuen Verhältnisse sind, welche durch die Vereinigung mit den Vororten geschaffen worden sind. Nun, dieses Argument könnte nur dann gelten, wenn die neuen Vororte wirklich mit einem Übermaß dessen gesegnet worden wären, was ihnen versprochen wurde. Das ist ja aber thatsächlich nicht der Fall. Die Vororte erhalten nur successive dasjenige, was sie brauchen und was sie wahrscheinlich auch bei den früheren Verwaltungen erhalten hätten.

Wenn ich nun diesen Hauptvoranschlag zur Hand nehme, so kann ich über eines gewiss nur erstaunt sein, und das ist eben die Ziffer, welche als frei verfügbares Vermögen der Gemeinde Wien angegeben wird. Es ist das die Summe von 370.023 fl. 66 kr. Wenn Sie die Einnahmen, respective die Ausgaben der Gemeinde, die über 40 Millionen ausmachen, in Betracht ziehen und dann auch die Bedeckung ins Auge fassen, werden Sie finden, dass eine Reserve, ein frei verfügbares Vermögen von 370.000 fl. vollständig ungenügend ist.

Das Budget der Stadt Wien ist so groß, wie das manchen Königreiches oder kleinerer Staaten und es ist eben mit Staaten, wie mit Gemeinden dann traurig bestellt, wenn ein frei verfügbares Vermögen überhaupt nicht vorhanden ist. Denn was sind die Consequenzen davon? Dass, wenn unvorhergesehene Ausgaben kommen, man für dieselben nur durch Schulden eine Deckung finden kann. Wenn ich die uns vorliegenden Hauptvoranschläge betrachte, also den Hauptvoranschlag der Buchhaltung, des Magistrates, des Stadtrathes, dann der Budget-Commission, so scheint mir, dass diejenige Aufstellung, welche der Magistrat gemacht hat, eigentlich die maßgebendste ist, denn wodurch wurde das Budget gebessert?

Das Budget wurde dadurch gebessert, dass man Ausgaben nicht gestrichen hat. Die Ausgaben, die da gestrichen worden sind, sind sehr nothwendige Ausgaben. Man hat das Budget dadurch reguliert, dass man sie hinausschiebt, aber wir entgehen ihnen doch nicht.

Im allgemeinen gesprochen, drängt sich mir die Überzeugung auf, dass die jetzige Gemeindeverwaltung keineswegs so gut ist, wie sie sein soll, dass sie gewiss keine Musterverwaltung ist.

Worin liegt das? Es kommt mir vor, dass es in den Principien liegt, nach welchen die Gemeinde Wien verwaltet wird. Es sind da Principien bezüglich der sachlichen Verwaltung, und es sind Principien in persönlicher Beziehung.

Ich werde mich gleich mit der sachlichen Verwaltung befassen. Eine rationelle Verwaltung kann es nicht genannt werden, wenn alle Ausgaben insbesondere aus Steuereinnahmen bestritten werden sollen. Allerdings sind hier nicht bloß Einnahmen aus Abgaben und Steuern, sondern es werden auch zu Hilfe genommen die Cassabestände und ein Anlehen.

Ich will ja zugeben, dass dieses Anlehen zur Deckung früherer Auslagen aufgenommen wurde, aber ich will es constatieren. Die Einnahmen aus dem beweglichen und unbeweglichen Vermögen, welche die Gemeinde hat, sind keine bedeutenden. Die Gemeinde Wien ist hauptsächlich auf die Abgaben und Steuern angewiesen. Wenn das der Staat thut, und wenn das das Land thut, und auch in dieser Weise wirtschaftet, so ist es eben auch nicht gut. Aber man sollte glauben, dass ein Gemeinwesen, welches doch Gelegenheit hat, sich außerordentliche Einnahmen zu schaffen, und welchem außerordentliche Ausgaben nicht entgehen können, dieselben bedecken muss, und dass ein Gemeinwesen, welches diese außerordentlichen Ausgaben nicht bloß aus den Steuern und Communalabgaben bedeckt hat, sich doch damit beschäftigen sollte, wie man hier ein Gleichgewicht herstellt.

Mir fällt ein Grundsatz ein, welchen ein berühmter Nationalökonom und Fachmann in der Finanzwissenschaft aufgestellt, der nämlich sagte: In einer ordentlichen Wirtschaft soll ein Sechstel des Einkommens für außerordentliche Ausgaben reserviert sein. Nun, das mag ja im Privatleben allenfalls gehen, und wenn man hier die Summe von 40 Millionen Gulden betrachtet und sich sagt, es solle ein Sechstel hievon für außerordentliche Ausgaben reserviert werden, so scheint mir, dass das sich wohl nach der Progression abschwächt und nicht gerade ein Sechstel nothwendig ist. Aber, meine Herren, wir haben für außergewöhnliche Fälle ein frei verfügbares Vermögen von bloß 370.000 fl.; denn, wenn wir auch drei Millionen Papiere haben nach der Refundierung der einen Million, so ist doch zu entnehmen, dass dieses Geld belastet ist mit den Einquartierungsgeldern, der Gabrielli-Stiftung und weiters mit 400.000 fl. für die Tramway. Also das ist eigentlich ein verpfändetes Vermögen, wenn auch nicht formell und gerichtlich, so doch moralisch.

Das ist wohl kein erfreuliches Resultat. Warum haben andere Städte oder Verwaltungen eine bessere Wirtschaft? Es hat ein Vorredner vor mir angeführt, dass in Paris und Berlin ganz andere Verhältnisse herrschen als bei uns. Es ist dort der Grundsatz, dass nicht für alle Ausgaben der Steuersäckel der Gemeindemitglieder belastet werden muss, dass insbesondere der Realbesitz nicht in dieser schweren Weise belastet wird, wie heute bei uns. Man sorgt in diesen Städten auch für Einnahmen.

Ich will nicht wiederholen, was vorgebracht wurde. Es wurde auf das Beleuchtungswesen hingewiesen. Es ist wirklich ein deprimierendes Gefühl, wenn man bedenkt, wie viele Millionen nach England gehen. Man hat auf das öffentliche Verkehrswesen hingewiesen, auf die Tramway; man hat constatiert, wie glimpflich man mit der Tramway umgegangen ist, und nicht zum Nutzen

der Commune, sondern, ich möchte beinahe sagen, zum Schaden der Commune.

Es hat zwar den Anschein, als ob die Principien in mancher Richtung, wie sie heute aufrechtgehalten werden, sich gebessert hätten.

Wir haben bereits außerordentliche Einnahmen geschaffen, welche nicht mit der ordentlichen Verwaltung zusammenhängen. Ich erinnere hier z. B. an die Friedhofsverwaltung. Sehen Sie, das sind thatsächliche Einnahmen, durch welche niemand besonders bedrückt wird und welche der Commune Wien gewiss außerordentlich zugute kommen. Es wurde zwar hier in diesem Saale in früherer Zeit und auch jetzt noch der Grundsatz vertreten, dass eine Commune nicht dazu da sei, um zu thesaurieren, d. h. eine Commune soll keine Ersparungen machen, es sei nicht nothwendig, dass sie Capitalien sammelt, welche allenfalls für außerordentliche Fälle verwendet werden können. Nun, dieser Grundsatz hat bis zu einer gewissen Grenze keine Berechtigung.

Wie gut es ist, wenn thesauriert wird, sehen Sie z. B. an dem Stadterweiterungsfonde. Da wurde das Vermögen, welches dem Staate auf einmal zugefallen ist oder welches er sich — richtiger gesagt — genommen hat, nicht zu den laufenden Einnahmen der Staatsverwaltung geschlagen, sondern ein eigener Fond gegründet und was hat dieser Fond schon alles geleistet! Wie wäre es möglich gewesen, dass die Staatsverwaltung so prächtige Bauten ausgeführt hat, wie es durch diesen Fond geschehen ist, und womit bestreitet der Fond diese Auslagen? Nicht mit dem Capitale selbst, sondern mit den Interessen, und was wird er noch leisten können, wenn er überhaupt, wie ich hoffe, noch weiter bestehen wird!

Der Commune Wien bietet sich auch ein solcher Anlass. Wir haben die Linienwallgründe übernommen. Wie schön wäre es, wenn die Commune sich entschließen würde, einen Linienwallfond zu gründen! Wäre es nicht wunderbar, wenn dadurch ein bedeutendes Capital geschaffen würde, das in die Cassen der Commune wandert, so dass die Commune imstande wäre, dieses Capital zu verzinsen und mit den Zinsen etwas zu leisten? Und das ist nicht allein bei diesem Fonde, sondern es gibt noch andere derlei Zwecke, wie ich schon angedeutet habe, z. B. bei der Friedhofsverwaltung, wodurch die Einnahmen der Commune erhöht werden könnten. (Rufe links: Assecuranz!) Nun, ich will diese alten Sachen hier nicht besprechen, aber es freut mich, dass einige Punkte, welche stets im Programme unserer Partei waren, nun vom Herrn Referenten gutgeheißen werden.

Wir sind bei den Abgaben und der Besteuerung unserer Gemeindemitglieder eigentlich nicht vollkommen gerecht, denn sehen Sie zum Beispiel die Bierumlage an; das ist eine ausgiebige Umlage, das ist richtig, aber ganz gerecht ist sie nicht, denn wir machen keinen Unterschied zwischen arm und reich. Der Arme muss soviel zahlen als der Reiche, aber mehr trinken als der Arme kann der Reiche auch nicht, wenigstens ein Normalmensch nicht.

Wem haben Sie also eigentlich mit dieser Umlage getroffen? Die große Menge des Volkes, die reicheren Classen sind dabei verschwunden, und so ist es mit allen derlei Umlagen. Warum entschließen Sie sich nicht, das Geld dort zu suchen, wo es ist? Warum entschließen Sie sich nicht, das mobile Capital besser heranzuziehen! Warum sträuben Sie sich stets gegen die Luxussteuer und haben sich immer dagegen gesträubt? Wenn die Sache auch nicht Millionen einträgt, etwas trägt sie doch ein, und wenn mehrere solche Einnahmen zusammenfließen, so entsteht doch ein ganz nettes Bächlein mit welchem man Durstige tränken kann.

Ich will gar nicht davon sprechen, dass durch die neuen Anlagen, zum Beispiele durch die Verkehrsanlagen, eine neue Belastung geschaffen werden wird. Oder mit welchen Mitteln werden Sie die Zahlungen leisten? Wieder aus den Steuergeldern. Ja, das führt zu weiteren Schulden, und wenn Sie sich einen Haushalt vorstellen, wo man außerordentliche Ausgaben macht und durch Schulden deckt, und sich vorstellen, dass diese Schulden aus den ordentlichen Einnahmen gezahlt werden, und wenn wieder außerordentliche Ausgaben kommen, neue Schulden gemacht werden müssen, so haben Sie ein Bild, wie es sich ungefähr in unserer Finanzverwaltung entwickelt.

Es wurde schon von Ersparungen gesprochen; Ersparungen sollen gemacht werden. Das ist wohl sehr rasch ausgesprochen, aber Herr Dr. Lueger hat Ihnen es schon gesagt, es ist füglich nicht viel, wo erspart werden kann.

Aber, meine Herren, ich glaube, dass es richtiger wäre, wenn man richtig verwalten würde. Ich habe mir vorgenommen, Ihnen einige Ziffern zu nennen, aus welchen Sie ersehen werden, dass das unmöglich eine ganz rationelle Wirtschaft genannt werden kann. Ich habe unter den Einnahmen gefunden: „Amtsblatt“, das trägt 2880 fl. Dagegen steht eine Ausgabe von 19.650 fl. Sie zahlen auf dieses lucrative Unternehmen also circa 17.000 fl. darauf. Ist das rationell oder nicht?

Ich habe eine Post gefunden: „Einnahmen aus den Steuerexecutionen" 83.450 fl. Und was kostet das, dass wir diese Einnahmen hereinbringen? Das kostet 222.780 fl. Damit wir die 83 fl. — ich lasse gleich tausende aus — hereinbringen, geben wir 222 fl. aus. Meine Herren, wenn das ein Privater thut, wird man sagen: der Mensch kann nicht wirtschaften? Es wäre gescheiter, wenn man den armen Teufeln die 83.000 fl. schenkt, als dass wir 222.780 fl. ausgeben müssen.

Eine andere bedenkliche Sache ist, dass die Schulrequisiten für die armen Kinder präliminiert sind mit 111.000 fl. (Gem.-Rath Gräf: Da wird viel gesündigt!) Ich will nicht darüber sprechen, ob viel hierin gesündigt wird; dass nicht besonders wirtschaftlich vorgegangen wird, ist bekannt.

Aber es ist verhältnismäßig eine zu große Steigerung gegen frühere Zeiten, nicht allein durch die Vereinigung der Vororte mit Wien hervorgerufen, sondern es spricht diese Ziffer von der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung. Es wird immer schlechter. Man muss also das Volk schonen. Wenn man es nicht schont, verarmt das Volk, und wir werden dazu kommen, dass sich die Versorgungs- und Armenhäuser immer mehr füllen, und was wir für diesen Zweck zahlen müssen, müssen wir aus den Einnahmen nehmen. Wir müssen den Versorgungsfond ergänzen, wenn derselbe nicht ausreichend ist.

Ich will da nicht weiter ausschweifen. Ich werde vielleicht noch Gelegenheit haben, bei der Special-Debatte auf einiges aufmerksam zu machen!

Nun will ich aber zu den Principien in sachlicher Beziehung kommen. Ich habe dem alten Gemeinderathe angehört und habe daher so ziemlich die Verwaltung des alten Gemeinderathes kennen gelernt. Ich muss sagen, dass durch das jetzige Gemeindestatut die Verwaltung gewiss keine bessere, und dass sie auch keine schnellere geworden ist.

Wenn Sie den Geist vergleichen, welcher in dem alten Statut geweht hat, und den Geist, welcher in dem neuen Statute weht, so werden Sie einen himmelhohen Unterschied finden. In einer Zeit, wo man von der Constitution keine Ahnung gehabt hat — es war in der Zeit des Absolutismus im Jahre 1850 — hat man der Gemeinde Wien das provisorische Statut gegeben. Und sehen Sie sich dieses Statut an! Es basiert darauf, dass die Gemeinde selbständig ihr Vermögen verwalte und dasjenige Organ, welches die Verwaltung vollständig in Händen gehabt hat, welches alles in Händen gehabt, war der Gemeinderath. Heute — Sie haben gehört, was der Gemeinderath bedeutet — muss der Gemeinderath das Geld hergeben, alles andere geht eigentlich den Gemeinderath nichts an, bis auf einige Lappalien — wir dürfen Leuten die Salvator-Medaille geben, wir dürfen Gnaden erweisen, aber Wichtiges oder überhaupt etwas, das von großer Bedeutung ist, kann ohne den Stadtrath nicht durchgeführt werden. Dieser Stadtrath ist ein Unglück. Wenn hier ein Antrag gebracht wird — und ich habe einen solchen Antrag einmal hier eingebracht, wo Bürger sich an den Gemeinderath um Abhilfe gewendet haben, weil sie belästigt werden durch den Rauch einer Fabrik, weil sie ihr Geld verlieren und die Wohnungen leer stehen — was geschieht damit?

Ich habe im vorigen Jahre eine Petition überreicht. Man hat nichts davon gehört. Ich habe die Petition urgiert. Es hat geheißen, die Sache ist beim Magistrate. Der Gemeinderath hat aber nichts davon erfahren, was eigentlich mit der Sache geschehen ist.

Ja, meine Herren, welches Vertrauen soll die Bevölkerung zu einer solchen Verwaltung haben, wenn sie mit berechtigten Wünschen an den Gemeinderath herantritt und darauf nicht einmal eine Antwort bekommt?

Das jetzige Statut hat einen anderen Geist als das alte Statut. Ich möchte sagen, das alte Statut war auf demokratischer Grundlage aufgebaut, der Gemeinderath als solcher hat gewisse Rechte gehabt, es hat aber auch jedes einzelne Mitglied Rechte gehabt, jedes einzelne Mitglied hat mitverwaltet und mitcontroliert. Nichts mehr davon ist da. Das neue Statut ist nahezu absolutistisch. Das ist der große Unterschied zwischen dem alten und dem neuen Statute, welches in der Zeit des Liberalismus, der Zeit der größten Freiheiten geschaffen worden ist.

Nun zeigen sich die Folgen. Es wird von dem Gemeinderathe eine kaum nennenswerte Controle geübt. Wer soll sie ausüben? Der Stadtrath ist so überbürdet, dass ihm das nicht möglich ist. Sehen wir uns nur die Anstalten an, die sich außerhalb Wiens befinden. Welche Menge physischer Zeit erfordert es, um sich zu überzeugen, wie es dort zugeht. Das haben früher die Gemeinderäthe besorgt. Darum kommt es aber auch zu jenen Unzukömmlichkeiten, wie sie bei der Berathung des Rechnungsabschlusses zutage getreten sind. Es hat sich gezeigt, dass in einem Versorgungshause Materialien ganz unnütz herumliegen, dass ein Vermögen von 18.000 fl. ganz brach lag u. s. w. Das kommt daher, weil man die Sache nicht bewältigen kann. Jeder vernünftige Mensch muss mir zugeben, dass es viel besser gienge, wenn statt der 22 Stadträthe alle 138 Mitglieder des Gemeinderathes arbeiten würden, was dadurch möglich wäre, wenn, wie dies auch im Reichsrathe und Landtage üblich ist, die Vorberathungen in Ausschüssen stattfinden würden.

Es wäre möglich, dass, wie es im alten Gemeinderathe war, gewisse Sachen, die heute der Stadtrath im eigenen Wirkungskreise erledigt, ohne den Gemeinderath zu fragen, von den Ausschüssen im eigenen Wirkungskreise erledigt werden könnten. Man müsste eine vernünftige Änderung des Statutes vornehmen, dann wäre es möglich, dass jedes Gemeinderathsmitglied mitverwalten könnte. Das wäre liberal, das wäre auf Grundlage des alten Statutes demokratisch. Wie es aber heute ist, ist es nicht liberal und nicht demokratisch.

Die Bagatellen, für welche man angeblich den Stadtrath geschaffen hat, sind keine Bagatellen. Die wichtigsten Sachen kommen zum Stadtrathe, und die wichtigsten Sachen werden uns vorgelegt, wenn sie der Stadtrath vorlegen will. So steht die Sache heute. Es wäre auch möglich gewesen, dass man nicht nur dem Magistrate, sondern auch den Bezirksausschüssen Agenden zugewiesen hätte. Diese Bezirksausschüsse haben heute eigentlich keine Bedeutung; sie sind namentlich der Regierung dann sehr wünschenswert, wenn sie Erhebungen über Steuern machen und Erhöhungen beantragen. Wenn aber die Bezirksausschüsse der Anschauung sind, dass der Mann ohnedies zu viel besteuert wird, so kümmert sich einfach die Steueradministration nicht darum.

Meine Herren! Wie die Verwaltung im einzelnen aussieht, diesbezüglich gestatten Sie mir doch ein kleines Beispiel anzuführen, und Sie werden entnehmen, dass das der Commune Wien geradezu unwürdig ist. Wie Ihnen bekannt ist, hat die Gemeinde Wien die Sicherstellungen vorzunehmen, wenn jemand stirbt, der keine Hinterbliebenen hat, oder die Hinterbliebenen nicht bekannt sind. Da kommt in der Regel eine Commission und versiegelt alles; dann kommt die Inventur, und dann wird vom Gerichte in der Regel ein Curator aufgestellt, und nun hat die Sache ihren Gang.

Nun hören Sie folgende interessante Angelegenheit. Es verstarb im VIII. Bezirke eine arme Frau. Über die Anzeige, dass dieselbe keine Hinterbliebenen habe oder solche nicht bekannt sind, kam die Commission und stellte die Fahrnisse sicher. Diese Habe bestand aus einem sogenannten Bett, dessen Inlage das Wort Bettzeug nicht verdient, aus einem defecten Tische, aus einem zerbrochenen Sessel und einem alten Ofen.

Für diese Sicherstellung wurde vom Magistrate eine Gebür von 2 fl. 50 kr. aufgerechnet. Es fand sich zufälligerweise eine Barschaft von 12 fl., das wurde sofort abgezogen, und der Rest wurde bei der städtischen Hauptcassa deponiert. Nun kam eine zweite Commission; diese hat verfügt, dass die Transferierung dieser Sachen, nachdem das arme Weib irgendwo eine Schlafstelle oder eigentlich ein kleines Cabinet hatte und die Quartiergeberin dasselbe weitervermieten wollte, erfolgt. Dafür wurden an Kosten weiter berechnet 4 fl. 70 kr., es sind also an Kosten bereits 7 fl. 20 kr. aufgewachsen.

Das Gericht, welches vom Magistrate verständigt worden ist, hat einen Curator bestellt, der Anträge stellen sollte, was damit zu geschehen habe.

Der betreffende Curator hat gesagt: „Ich muss doch wissen, was die ganze Geschichte wert ist, wenn ich sie verkaufen soll." Der Magistrat hatte in seinem Protokolle wohl angegeben, dass die Fahrnisse nahezu gar keinen Wert haben. Nun, wenn dieselben keinen Wert haben, so hätte man sie dort stehen lassen sollen, wo sie sind, oder hätte sie unterbringen oder auf eine Weise transferieren sollen, dass dies nicht 7 fl. 20 kr. kostet. Nun sind die Sachen richtig durch gerichtliche Inventur bewertet worden und diese hat ein Resultat von 50 kr. ergeben — der ganze Nachlass war 50 kr. wert. Sehen Sie, meine Herren, so verfährt man mit

dem Gelde der armen Leute; sie haben im ganzen 12 fl., und 7 fl. 20 kr. rechnet der Magistrat für nahezu wertlose Sachen auf! Da hat nun der Curator gesagt: „Die 50 kr. zahle ich lieber, bevor ich herumlaufe und mich darum bekümmere, wer die Sachen abkaufen will; das Polizeigefangenhaus soll sie sich behalten." Man kann eben bei diesen Sicherstellungen seine Wunder sehen; die Art, wie hier administriert wird, ist ganz gewiss nicht die richtige.

Ich will hier anführen, dass vielleicht das einzige Gute in unserem Statute ist, dass man die magistratischen Bezirksämter geschaffen hat, dass man die Verwaltung decentralisiert hat, dass man also dem Steuerträger nicht zumuthet, dass er aus den entlegensten Ortschaften kommen muss, um Steuer zu zahlen, wie es sonst der Fall gewesen wäre, wenn die Centralisierung geblieben wäre, was namentlich für die Bewohner der Grenzen der alten Bezirke großen Zeitverlust in der Folge gehabt hätte — die Schaffung der Bezirksämter ist also ein Verdienst des neuen Statutes, aber es ist ihnen so viel aufgeladen worden, dass sie nicht imstande sind, ihr ganzes Material zu bewältigen; es geht ihnen so wie dem Stadtrathe. Und dazu noch die Art und Weise, wie man dort vorgeht. (Ruf: Schwerfällig!) Ja, schwerfällig — und schwerfällig ist die ganze Administration und nicht nur der Geschäftsgang der magistratischen Bezirksämter.

Weil ich schon bei dieser Sicherstellung bin, so sehen Sie sich einmal diese Manipulation an, sie ist geradezu unbegreiflich. Ein Beamter geht zur Sicherstellung, ein Protokoll wird aufgenommen, jetzt werden die Fahrnisse oder das Vermögen, das sich findet, getheilt, ein Theil geht in die städtische Hauptcassa, der andere geht in das Polizeigefangenhaus. Man hat in den einzelnen Bezirken nicht einmal genügende Localitäten, um in loco, d. h. im Bezirke, solche Fahrnisse unterzubringen. Es werden also Fahrnisse vom Alsergrund, von der Josefstadt in den VI. Bezirk hinübergeführt, das ist ganz gewiss nicht rationell. Und dann erst die Wirtschaft, wenn man die Sachen wieder haben will! Das ist nicht so einfach. Da muss das Gericht dem magistratischen Bezirksamte einen Auftrag geben, und dieses weist, wenn es den Auftrag hat und man darum kommt, zuerst die städtische Hauptcassa an.

Wenn das magistratische Bezirksamt den Auftrag hat und man kommt darum, so weist das magistratische Bezirksamt die städtische Hauptcassa an, es muss wieder ein kurzer Bericht gemacht werden; der Beamte muss mit zur städtischen Hauptcassa gehen, da wird das Ding in drei bis vier Bücher eingetragen und endlich ist man so glücklich und bekommt das Stück. Bei Sachen geht der Beamte regelmäßig mit und übergibt die Sachen. Der Fehler liegt in der Zeitverschwendung und Vielschreiberei, in dem schlechten Betriebe der Geschäfte; die Vielschreiberei ist eine ungeheure nicht nur bei den magistratischen Bezirksämtern, sondern überall; man braucht dazu viele Leute und das kostet alles Geld. Wenn ein Privater seine Geschäfte in der Weise verwalten wollte wie die Gemeinde Wien, dann würde er einfach unmöglich sein.

Ich habe erwähnt, dass in den Principien, wie verwaltet wird, eigentlich der Schaden unserer Verwaltung liegt, und wenn man eine bessere Verwaltung haben will, muss man dasjenige acceptieren, was zur Reform der Verwaltung führt. (Bravo! Bravo! links.)

Gem.-Rath Dr. Scholz: Wenn man so viele Vorwürfe erlitten hat, wie sie der erste Herr Redner in der Budget-Debatte auf uns geschleudert hat, gehört schon ein gewisser Muth dazu, um sich unter dieser Bürde noch zu rühren und es zu wagen, eine Meinung auszusprechen, welche dieser entgegengesetzt ist. Nichtsdestoweniger ist das aber eine Nothwendigkeit, damit es nicht den Anschein gewänne, als ob alle diese Vorwürfe berechtigt und begründet wären und wir nichts anderes zu thun hätten, als sie in Demuth auf unseren Schultern weiter zu schleppen.

Da ist nun das vielgebrauchte Gleichnis von dem Karren, der im Kothe steckt. Es ist das ein Ausdruck, der jedes Jahr hier gehört wird, so oft die Budget-Debatte vor sich geht, und merkwürdigerweise, dieser Karren, der seit 15 bis 20 Jahren im Kothe steckt, bewegt sich noch immer recht gut vorwärts. Entweder ist der Koth, in dem er steckt, sehr bequem, oder die Gewalt in diesem Karren ist so groß, dass er den Koth überwindet.

Eines ist mir erfreulich, nämlich dass diesmal nichts von dem Bankerotte gehört wurde, der in früheren Jahren ebenso zum Inventar der Opposition gehört hat wie der Karren. Der Bankerott ist also schon ins alte Eisen gewandert. Es ist doch nicht thunlich, 15, 16 und noch mehr Jahre hindurch immer den Bankerott für das nächste Jahr zu verkünden und er tritt niemals im nächsten Jahre ein. Er ist doch nicht mehr recht verwendbar. Das Mittel zieht nicht mehr. Also ist der Karren noch dasjenige, was vorhalten muss.

Sehen wir uns diesen Karren einmal näher an. (Ruf: Er ist schwerfällig!) Gewiss, ein Gemeinwesen mit $1\frac{1}{2}$ Millionen Menschen und einem Budget von mehr als 30 Millionen ist nichts Leichtes. Das ist vollkommen richtig. Man hat seine großen Schwierigkeiten, eine solche Aufgabe zu bewältigen und dasjenige vorwärts zu bringen, was ein solches Gemeinwesen erfordert. Das ist kein Zweifel und wurde auch vom Führer der Opposition anerkannt, indem er erklärt hat, die Ausgaben wachsen stetig und das muss sein, es ist naturgemäß, weil auch die Bevölkerung stetig wächst und die Stadt stetig größer wird. Infolge dessen müssen auch die Ausgaben zunehmen. Er hat erwähnt, dass die Ausgaben für die Schulen nicht als außerordentliche zu betrachten sind, weil sie jedes Jahr wiederkehren. Das ist eine Sache, die man ganz ruhig hinnehmen könnte; denn es ist richtig, es werden alle Jahre neue Schulen gebraucht. Wir haben die Erfahrung, dass in einem Bezirke drei neue Schulen gebaut wurden und noch immer kein Platz war.

Auch früher wurden in allen Bezirken alle Jahre Schulen gebaut und wenn man geglaubt hat, man hat dann einige Jahre Ruhe, hat sich im nächsten Jahre wieder die Nothwendigkeit ergeben, neue Schulen zu bauen. Es ist also keine Frage, dass die Ausgaben in dieser Richtung fortwährend steigen werden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass wir dieses Jahr so außerordentliche Ausgaben haben, die vielleicht hätten vermieden werden können. Das ist nun eine Frage. Auf der einen Seite ist immer großes Geschrei nach Arbeit, auf der anderen das große Geschrei: Immer vorwärts, vorwärts mit den verschiedenen Aufgaben, die die Stadt zu leisten hat. Und sobald es sich darum handelt, die Mittel zu beschaffen und die Summen zu bewilligen, welche diese Aufgaben erfordern, dann heißt es: ja das ist eine ungeheure Überschreitung des Budgets, das darf man nicht thun. Nun, wenn das eine gewollt wird, muss man auch das andere wollen.

Das ist keine Frage, es ist nothwendig, dass in dieser Richtung das Nothwendige geleistet wird, und zwar lässt sich das ganz gut machen. Unsere Aufgaben sind sehr groß. Wir werden sie in einem Jahre nicht bewältigen, aber wenn alle Jahre ge-

arbeitet wird, und ein Theil bewältigt wird, wird man auf den Punkt kommen, wo einmal die Gemeindewirtschaft in ruhigere Bahnen einlenkt.

Die Herren dürfen nicht vergessen, dass, seitdem die freigewählte Gemeindevertretung besteht, seit dem Jahre 1861, wir uns fort und fort im Ausnahmszustande befinden. Damals ist die erste Stadterweiterung an uns herangetreten, der Ausbau der Ringstraße, die Canalisierung, die großartige Pflasterung, das alles ist zu leisten gewesen. Jetzt wären wir gerade mit diesen Arbeiten soweit auf gleich gewesen und hätten angefangen, in ein ruhigeres Fahrwasser zu kommen; jetzt kommt die zweite Stadterweiterung mit ebenso großen Ausgaben. Es ist natürlich, dass wir uns auch jetzt im Ausnahmszustande befinden; ich bin überzeugt, es wird wieder 10 bis 15 Jahre dauern, bis wir über diesen Knoten hinweggekommen sind und diesen Ausnahmszustand überwunden haben werden. Wir sind früher in der Lage gewesen, um den Aufgaben gerecht zu werden, Schulden zu machen, und der Herr Redner der Opposition hat es als ein großes Unglück bezeichnet, dass unser Goldanlehen in England, sich also im Auslande befindet, und er hat es als ein Unglück bezeichnet, dass wir heute unser Anlehen mit einem Course von 96 begeben.

Ich erlaube mir die Frage an ihn, ob er sich noch erinnert, zu welchem Course wir das 10-Millionen-Goldanlehen begeben haben. Ich weiß es nicht genau, es dürfte der Cours zwischen 60 und 70 gewesen sein. (Widerspruch seitens des Gem.-Rathes Dr. Lueger.) Das war aber ein 5percentiges Anlehen. Das war vor der Zeit, als ich in den Gemeinderath kam; ich habe es nicht so genau verfolgt. Dass dieses Anlehen im Auslande gemacht wurde, hat seinen Grund darin, dass wir damals im Inlande das Geld nicht bekommen haben. Wir mussten damals zu diesem theueren und schweren Auskunftsmittel greifen.

Es wurde gesagt: man soll Ersparungen machen. Meine Herren, was sind Ersparungen in der Gemeinde? Der erste Herr Redner hat als wirkliche, effective Ersparungen die angeführt, welche an den Gehalten des Bürgermeisters, des Vice-Bürgermeisters und der Stadträthe zu machen sind. Das sind herzlich geringe. Alle anderen Ersparungen, welche bei den öffentlichen Arbeiten zu machen wären, sind keine Ersparungen. Wir haben das Geld von den Bürgern der Stadt dazu bekommen, um jene Bedürfnisse zu befriedigen, welche sie selbst und die Einrichtungen der Stadt brauchen, und wir können nur sparen, indem wir solche nothwendige Einrichtungen nicht machen. Das ist dann aber keine Ersparnis, höchstens ein Aufschieben; allerdings wird in unserem Budget dermaßen reichlich vorgesorgt, dass wir nicht imstande sind, alle Sachen fertig zu machen, die für ein Jahr vorgesehen sind; andererseits kommen unvorhergesehene Ausgaben, welche einen Theil des Geldes verschlingen, das auf diese Weise geleistet wird.

Wenn ich mich nun zur Verwaltung wende, unterscheide ich bei der Verwaltung zweierlei, nämlich Gemeinderath und Magistrat. Überall wird geklagt über große Überbürdung. Das ist auch richtig. Wir haben jetzt gegenüber dem früheren Statute die Einrichtung des Stadtrathes. Diese wird bekämpft. Es ist die Frage, ob der Stadtrath wirklich eine so vollkommene Einrichtung ist, dass er unter allen Umständen beibehalten werden muss. Aber eines ist sicher: wenn wir ihn heute nicht hätten, wären wir mit unserer Verwaltung im Gemeinderathe längst ins Stocken gerathen. Denn wie heute die Debatten langwierig sind, wo wir heute zwei Stunden brauchen, um eine Kleinigkeit, eine Lappalie zu erledigen, ist es naturgemäß, dass, wenn wir auch noch dasjenige, was der Stadtrath zu leisten hat, hier leisten müssen, wir in einem kolossalen Rückstande wären, in einem viel größeren, als wir uns jetzt befinden, wo wir heute am 29. März bei der General-Debatte über das Budget stehen! Ein zweiter Theil der Verwaltung ist der Magistrat. Nun, da wird geklagt, die Verwaltung des Magistrates sei langwierig, langweilig und sehr kostspielig. Warum aber? Der Grund liegt einfach bei den Herren auf dieser (linken) Seite des Hauses. (Oho-Rufe links). Ich bitte, es datiert das nicht von heute, sondern schon viel länger, und der Grund ist der Mangel an Vertrauen, welches dem Magistrate entgegengebracht wird (Ruf links: Von uns?), was dahin führt, dass über jede Kleinigkeit Buch und Controle geführt werden muss, dass jeder Magistrats-Beamte gewärtig sein muss, eines schönen Tages zur Rechenschaft gezogen zu werden und daher genöthigt ist, Belege für jede seiner Thaten zur Hand zu haben. Infolge dessen wird die Verwaltung um ein Drittel vermehrt, und zwar durch die überflüssige Controle. Hiezu kommt weiters, dass alles im Centrum gemacht wird. Wenn wir eine Erleichterung haben wollen, so müssen wir decentralisieren (Ruf links: Das ist ja so geschehen! — Rufe: Bezirksausschuss!), das habe ich auch schon lange gesagt und wiederhole es hier; sobald es möglich sein wird, den Bezirksausschuss einen Theil der Arbeiten zu überweisen, die wir hier haben, werden wir imstande sein, auch hier Erleichterungen zu schaffen. Ich komme nun auf einen Ausdruck zurück, der dem Herrn Budget-Referenten zugerufen wurde, er sei ein unverbesserlicher Optimist, und zwar deshalb, weil er immer versichert, dass sich die Finanzen in gutem Zustande befinden.

Die Herren von der Opposition behaupten immer, die Finanzen der Stadt befinden sich in einem elenden, erbärmlichen, schlechten Zustande, und merkwürdigerweise, die Ereignisse haben immer dem Herrn Budget-Referenten rechtgegeben. (Widerspruch links.) Infolge dessen hat er eine gewisse Berechtigung, Optimist zu sein und zu sagen, die Finanzen der Stadt befinden sich in gutem Zustande. Ich stehe nun auch auf diesem Standpunkte und sage, bei einigermaßen vernünftiger Verwaltung ist ja die Finanzverwaltung der Stadt Wien gar nicht umzubringen. Wir haben nicht ein bestimmtes Quantum von Geld zur Verfügung, sondern wir haben ein dehnbares Quantum, welches sich zum Theile nach den Bedürfnissen richtet. Wir haben die Möglichkeit, wenn außerordentliche Bedürfnisse kommen, außerordentliche Auflagen auszuschreiben; dass davon kein Gebrauch gemacht wird, hat seinen Grund darin, dass diese Nothwendigkeit noch nicht eingetreten ist, dass die gesteigerten Einnahmen durch die Vergrößerung und den vermehrten Reichthum der Stadt ausreichen, die vermehrten Bedürfnisse zu decken. Nehmen wir z. B. einen Kriegsfall, wo auf einmal ein großes Unglück auf uns einstürzt; da würde man aber den Bürgern sagen müssen, es sei nothwendig, mehr herzugeben, und sie werden mehr hergeben und hergeben müssen. (Ironische Heiterkeit links; Rufe: Wenn Sie es haben!) Das ist ganz einfach. Das geht im Privatleben so und auch im öffentlichen Leben. Weil aber unser Budget auf diesem Systeme basiert, können wir eigentlich gar nicht zugrunde gehen; wir haben nur die Aufgabe, unsere Ausgaben so zu vertheilen, dass sie im Rahmen der Einnahmen bleiben, und das geschieht. Allerdings habe ich da auch einige Unzufriedenheit, und zwar hauptsächlich deshalb, weil unser Budget nicht eingehalten wird.

Der Gemeinderath treibt da geradezu, nach meiner Meinung, einen Unfug mit seinem Ausgaben-Bewilligungsrechte. Das Budget wird mühsam berathen und fertiggestellt, und wenn es mühsam berathen, fertiggestellt und beschlossen ist, so kommt am folgenden Tage schon ein Antrag auf eine neue Ausgabe, die bewilligt wird, obwohl sie im Budget nicht vorgesehen ist.

Wenn wir es dahin brächten, dass wir uns die Selbstbeschränkung auferlegen würden, das Budget auch einzuhalten, wie es beschlossen ist, würde unsere Wirtschaft noch ganz anders dastehen und wir könnten dann ganz anders auftreten, als es jetzt der Fall ist. Diese Möglichkeit ist vorhanden. Ich weise darauf hin. Ich will übrigens die Herren nicht viel mit meiner Rede langweilen; es nützt ja doch nichts. Es werden noch andere Herren sprechen, und unsere Zeit ist kostbar. Aber auf eines muss ich zurückkommen und das sind die Worte, welche der Herr Führer der Opposition gebraucht hat in Bezug auf unsere Partei. Er hat gewünscht „Friede“ und hat dann ein Wort gesprochen, welches allerdings der Boden ist, auf dem der Friede zu finden ist, und zwar „im Interesse und Wohle der Stadt Wien“.

Das ist wohl der Boden, wo ein Friede möglich ist. Wenn aber der Herr Führer der Opposition uns sagt „Umkehr“, ja so frage ich doch gefälligst, weshalb sollen wir umkehren, welche Gründe bestehen dazu für uns?

Wir haben bisher das Interesse der Stadt nach bestem Wissen und Gewissen mit einem gewissen Erfolge vertreten. Allerdings nehmen die Herren der Opposition diesen Erfolg für sich in Anspruch und sie können das mit großer Bequemlichkeit thun, weil es ihnen ja ganz leicht ist, die unangemessensten Anträge zu stellen, in der sichersten Überzeugung, dass diese Anträge nicht angenommen werden; denn wenn sie selbst die Majorität wären, könnten sie diese Anträge nicht ausführen.

Für uns ist daher zur Umkehr durchaus kein Grund vorhanden. Wohl aber könnte man fragen, ob nicht die Herren von dieser (linken) Seite Grund zur Umkehr hätten. Wenn man eine Thätigkeit nach ihrem Erfolge bewertet, so erkläre ich, dass die Meinung, dass dort Umkehr nothwendig wäre, sehr begründet ist. Der Herr Führer der Opposition war Führer vor 15 und so viel Jahren und ist es auch heute noch. Er hat also in diesen 15 Jahren im Gemeinderathe — genau genommen — gar keine Fortschritte gemacht. Er ist gar nicht avanciert. Wenn es naturgemäß gegangen wäre, wie es jeder Opposition, die richtig geführt ist, zukommt und endlich zutheil wird, so rückt die Opposition an die Stelle der Majorität und an ihre Stelle tritt eine neue Opposition. Das ist im politischen Leben immer der Fall. Wenn nun die Führung der Opposition eine verständige, kluge gewesen wäre, so wäre es sehr wahrscheinlich, dass der Herr Führer der Opposition heute an jener Stelle säße, an der er gerne sitzen würde. Naturgemäß wäre er auch heute auf diesem Platze, wenn der Gang der Dinge eingehalten worden wäre. So hat er sich aber durch die Form seiner Opposition den Weg selbst verrammelt und verlegt, und da muss ich sagen, sind wir viel eher berechtigt zu sagen: „Dir thäte Umkehr noth.“ (Dr. Lueger: Da würde ich ja Bürgermeister!) Gewiss, das wären Sie auch, Herr Führer der Opposition. Der Führer der Opposition war der Erste nach dem seligen Bürgermeister Dr. Prix, und naturgemäß hätte er ihm auf seinen Weg folgen müssen.

Nun ist uns der Vorwurf gemacht worden, wir weisen alle Anträge zurück. Ich habe immer geschwiegen und nicht viel gesprochen (Rufe: Oho!), ich erkläre aber, dass dieser Vorwurf ungerechtfertigt ist. Es ist eine Reihe von Anträgen, die Sie gestellt haben, angenommen worden, wenn sie zum Nutzen der Stadt waren. Sie sind ungeschaut angenommen worden, von woher sie auch gekommen sind. Nicht alles aber, was die Herren als Solches ansehen, ist gut für die Stadt. Das ist der Unterschied, und da müssen wir uns die Freiheit unseres Urtheiles wahren und müssen uns auch das Recht vindicieren, darüber abzusprechen, ob etwas, was beantragt wird, gut ist oder nicht.

Ich muss sagen, da herrscht eine verhältnismäßig große Objectivität auf unserer Seite, aber eine viel geringere auf Ihrer (linken) Seite.

Meine Herren! Ich schließe meine allgemeinen Betrachtungen mit dem Wunsche, dass wir fortfahren mögen auf dem bisherigen Wege. Bisher hat die Majorität des Gemeinderathes die Geschäfte der Stadt Wien in tüchtiger und ordentlicher Weise geführt, es ist viel geschaffen worden, es ist nichts verschwendet worden, und das Bestreben, die Dinge zu bessern, ist bei uns, wenn nicht in höherem Maße, doch ebenso vorhanden wie bei Ihnen. Wenn wir von Ihrer Seite Unterstützung finden, wenn wir zur Einigkeit gelangen, dann werden sich die Geschäfte gewiss in noch viel zweckmäßigerer und rascherer Weise abwickeln. Ich habe keine Furcht, dass wir bankerott werden, ich habe keine Furcht, dass unser Karren im Kothe stecken bleiben wird. (Bravo! Bravo! rechts.)

Gem.-Rath Sebastian Grünbeck: Nach diesen Ausführungen haben wir eigentlich wieder Stoff genug zum Sprechen. Zunächst will ich mich mit dem geehrten Herrn Dr. Stern befassen. Er hat gesagt, dass die frühere Opposition verschwunden ist. Ja, meine Herren, es fehlt vielleicht nur ein Mann und das ist nach Ihrer Anschauung Dr. Mandl. Dr. Mandl hat sich viele Verdienste erworben. Aber Ihnen war er auch nicht recht. Sie haben seinerzeit über Dr. Mandl noch mehr geschimpft, als heute über Dr. Lueger. Er hat gesehen, es kann so nicht weitergehen, darum hat er sich dem Dr. Lueger angeschlossen, und hätte Dr. Lueger es durchgesetzt — leider waren sie zu schwach — die Majorität im Gemeinderathe zu erhalten, so wäre heute eine ganz andere Wirtschaft. Darüber können Sie beruhigt sein. (Gem.-Rath Dr. Lueger: Da war der Übereifer schuld.) Man gibt den Vororten die Schuld. Diese kosten viel Geld, sagen Sie, weil sie fort und fort Schulen brauchen. Das können Sie aber nicht von allen Vororten sagen. Wir haben Paläste gebaut, bevor wir Wiener waren. (Widerspruch rechts.) Wir haben Amtshäuser gebaut, wo Sie sich heute breit machen können (Gelächter rechts), schauen Sie nach Hernals, nach Fünfhaus. So etwas bauen Sie gar nicht mehr, und wenn Sie bauen, bauen Sie um ein Drittel theuerer, denn bekanntlich baut der Wiener Magistrat, respective das Wiener Bauamt theuerer. Auf diese Weise hätten wir nicht gebaut. Also, mit diesem Schlagworte hören Sie einmal auf, dass die Vororte schuld sind. Vergessen Sie denn ganz, dass wir gegen die Einbeziehung waren? Dass Sie gerade bei dieser Einbeziehung, die Sie uns auf den Hals geworfen haben, diejenigen waren, die sich gebeugt haben und vor der Regierung gekrochen sind und sich zu allen möglichen Verpflichtungen hergegeben haben. Sie hätten sich gegen den übertragenen Wirkungskreis wehren können, aber Sie haben alles mit in den Kauf genommen, weil Sie gesehen haben, dass in den einzelnen Gemeinden noch ein Fond da ist, und dass Sie die große Masse besteuern können. Ich will diese Besteuerung ja gar nicht besprechen.

Sie wissen es ja selbst, aber Sie schlagen sich nicht reumüthig an die Brust, wie es sich gehört, sondern Sie sind in der Öffentlichkeit noch immer stolz, dass Sie die Bevölkerung und tausende von Geschäftsleuten zugrunde gerichtet haben. Gehen Sie hinaus und sprechen Sie von der Einbeziehung, ich sage Ihnen: nicht drei oder vier werden es wagen zu sagen, die Einbeziehung ist gut.

Sie sagen, ja, die Vororte verlangen jetzt plötzlich viel. Ich habe gestern betont, wir haben ein Schulhaus schon im Jahre 1889 mit 150.000 fl. zu bauen beschlossen. Wir haben aber nicht ganz nach dem Wunsche der Gemeinde Wien und Sr. Excellenz des Herrn Statthalters gehandelt und uns mit dem vorgelegten Memorandum nicht ganz einverstanden erklärt und haben gesagt, die Einbeziehung ist eine rein fiscalische Maßnahme von Seiten des Staates und der Gemeinde, was sie auch thatsächlich ist. Darauf wurden wir aufgelöst. Wir mussten vier Jahre warten, bis man uns eine Schule gegeben hat. War das nicht schon damals ein Bedürfnis? Wir hätten selbst die Schule und auch eine zweite gebaut, wir brauchten dazu nicht erst einbezogen zu sein. Ohne die Zinskreuzer zu erhöhen, ohne der Bevölkerung den Bierkreuzer aufzuerlegen, ohne Todtenbeschau-Gebüren u. dgl., ohne all das hätten wir zwei Schulhäuser statt eines. Das kann ich ruhig sagen. Ich war neun Jahre in der Verwaltung, aber so herumgeschlagen wurde nicht, so theuer wurde nicht gebaut, und die Bevölkerung hat sich ganz gut befunden.

Vergessen Sie nicht, dass wir Vororte an Verzehrungssteuer für Wien mindestens zwei Millionen jährlich hereinschicken, dass wir dem Staatsschatze drei Millionen zustecken, und weil ich bei der Verzehrungssteuer bin, so will ich erklären, dass ich stolz darauf bin, ein berüchtigter Agitator gegen die Einbeziehung gewesen zu sein, weil ich gewusst habe, was kommen wird. Viele haben mir nicht geglaubt, aber heute sehen Sie es ein; wir haben gebeten, es soll bei der Einbeziehung — und das wäre im Interesse von ganz Wien gewesen — der Mehrertrag der Verzehrungssteuer zur Herabsetzung des Tarifes verwendet werden. Das hat man nicht ins Gesetz hineingenommen, weil der damalige Finanzminister genau wusste, dass dies dem Staate mindestens drei Millionen kosten würde. Damals hat man es also nicht gethan, und heute kommt der Abgeordnete Dr. Max Menger und sagt: „Die Verzehrungssteuer in ganz Wien beträgt bedeutend mehr, als es vorher der Fall war; ich beantrage, dass dieser Mehrertrag zur Herabsetzung der Tarife verwendet wird."

Sehen Sie, meine Herren, in welcher Überhastung dieses Gesetz geschaffen worden ist. Ja, Wien wäre frei von dem eisernen Gürtel — und sehen wir nur den Erfolg an. Die Bewohner der inneren Bezirke leben nicht billiger, sie spüren nichts, und die in den äußeren Bezirken, die ärmsten Arbeiterfamilien müssen 60 fl. mehr zahlen. Höheren Lohn, höheren Verdienst haben sie seitdem nicht — die Folge davon ist, dass sie es vom Essen, Trinken, Gewand und vom Quartier absparen, dass zwei, drei Familien zusammenziehen müssen. Also auf diese Errungenschaft dürfen Sie nicht stolz sein, Herr Dr. Scholz. Diese Errungenschaft hat das Volk zu tragen, und es liegt etwas darin — ich will es nicht aussprechen — was man im gewöhnlichen Leben nicht gerne hat. Aber bezüglich dieses Capitels seien Sie ruhig. Sie sagen immer, die Vororte kosten viel Geld; auch der Herr Gem.-Rath Dr. Vogler liebt das zu sagen; aber Sie haben uns ja dazu verholfen; Sie haben uns ja in diese Zwangslage gebracht, die uns nur Verderben bringt.

Ich bin kein Finanzmann, meine Herren, ich bin nur ein kleiner Geschäftsmann, aber das leuchtet mir auch ein, was unser Herr Führer gesagt hat, dass die Goldwährung, wenn sie eingeführt wird, nur ein Unglück ist. Herr Dr. Sueß, Neuwirth und noch andere Abgeordnete wollten ja dagegen sprechen, aber sie durften es nicht — und warum? — aus Parteizwecken! Die Leute waren nicht für die Einführung der Goldwährung, weil sie selbst darin ein Unglück erblickt haben. Und nun sollen wir es wagen, wir, die Gemeinde?

Freilich hat ein geehrter Herr Vorredner gesagt: „Die Goldwährung, da können wir nichts reden"; ich weiß es, da dictieren andere Größen, Rothschild und Consorten. Vielleicht wäre es jedoch besser für den Staat, wenn wir das hier ausgemacht hätten, vielleicht hätte nicht jeder den Muth gehabt, gegen das Volk zu stimmen, wo es doch auf der Hand liegt, dass das Volk dabei unbedingt zu kurz kommt. Wollen wir uns also in diese Convertierungen nicht einlassen, lassen wir dieselben ruhig beiseite liegen, es ist viel besser.

Im allgemeinen wird viel präliminiert, aber es wird immer bedeutend weniger ausgeführt und weniger gegeben. Schöne Ziffern, viel Versprechen, so wie es auch der Bräutigam mit der Braut macht, und kaum sind sechs Wochen, die Flitterwochen (Heiterkeit) vorüber, so wird schon wieder geknausert, und es wird so manches abgezwickt, was er ihr während oder vor den Flitterwochen zugestanden hat. So ist es auch hier. Gerade so wie die Braut enttäuscht wird, so sind auch wir enttäuscht. Es mag auch manchen inneren Bezirk geben, der ebenfalls enttäuscht wird, aber die alten Bezirke haben schon einen großen Theil von den Errungenschaften, und sie werden noch immer mehr kriegen wie die heißhungerigen Vororte.

Ich möchte also wünschen, dass das Präliminare auch wirklich ausgeführt wird, aber wir wissen ja alle, dass das ein alter Kunstkniff ist; es wird nicht alles so ausgeführt, wie es auf dem Papiere steht. Das Papier ist ja geduldig. Sie sagen: Eine wunderbare Finanzlage. Aber sehen Sie: da haben wir vier Millionen, dann zwei Millionen und die bewusste Million, macht sieben Millionen.

Auf eines muss ich noch zu sprechen kommen. In dem Überprüfungsausschusse, dem ich auch anzugehören die Ehre hatte, bin ich darauf gekommen, dass wir einen Einquartierungsfond mit der Ziffer von 1,300.000 fl. haben. Wir in den Vororten sind gewohnt, dass, wenn man von einem Fonde spricht, auch wirklich etwas da ist. Wenn ein Geschäftsmann, der ein Geschäft anfängt, sagt, er habe einen Fond von 1000 fl., so denke ich mir: der Mann hat 1000 fl. Fond, wenn auch in Waren — gut, er weist den Fond in Waren aus.

Ich war auch in diesem Falle so naiv und stelle die Frage: Wie ist es mit dem Fond, ist er auch da? Ah, heißt es, das ist buchhalterisch. (Heiterkeit.) Warum reden Sie nicht die Wahrheit und sagen, Sie haben einen Fond? Das ist ja nicht wahr. Was machen Sie im Falle einer Kriegsgefahr, da muss ja der Einquartierungsfond seine Sachen leisten. Der Fond steht nur im Buche, in Wirklichkeit ist er, wie die Wiener sagen, „verkitscht", auch nach dem Zugeständnisse des Referenten, das ist mir genügend. Was machen wir im Falle einer Kriegsgefahr? Wenn dann eine Einquartierung kommt, müssen wir den Hausherren, die 20 Jahre

zu dem Fond gezahlt haben, sagen: „Ihr müsst die Soldaten nehmen, denn der Fond ist verklopft.“ So ist es nun in Wirklichkeit.

Wir in Hernals, in einem dieser Vororte, den die Commune angeblich herausreißen muss, weil er im Drecke stecken soll, wir, die eigentlich froh sein müssen, dass die Gemeinde Wien sie in die Arme genommen hat und als Kinder betrachtet, wir in Hernals, sage ich, haben durch Jahren einen Einquartierungsfond von 53.000 fl. gesammelt, die liegen hier in Papieren. Das heißt, ich weiß nicht, liegen sie noch da? (Lebhafte Heiterkeit.) Wir haben sie hereingeschickt, das kann ich sagen, wir haben die 53.000 fl. dem Vice-Bürgermeister Dr. Borschke — Gott laß ihn selig ruhen! — übergeben.

Er war sehr erfreut, ich sehe ihn noch heute mit der Tasche fortgehen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sehen Sie diesen Einquartierungsfond an. Wäre etwas ausgebrochen, das hätte der Fond machen können, aber Sie können nichts machen. Bekanntlich ist, wenn Kriegsgefahr, auch die Gemeinde in Nöthen. Der Gemeinde werden die Steuergelder nicht so eingehen, wie in einem normalen gesunden Jahre. Was machen Sie dann? Den Leuten Soldaten schicken. Dafür sind Sie um 1,300.000 fl. mehr schuldig. Es wundert mich nur, dass der Hausherrenverein sich noch nicht gemeldet hat. Das ist eine Incorrectheit, wie ich sie noch nie gesehen habe.

Etwas anderes, was die Gemeinde sehr stark belastet, sind die Commissionsgebüren. Schauen Sie sich im allgemeinen die vielen Commissionen an, die für die Gemeinde gemacht werden. Da weiß ich einen Fall — der selige Dr. Prix hat ihn wenigstens mir zuliebe abgestellt. Es sind da in Dornbach ersessene Rechte wegen eines einfachen Wasserlaufes; der ist nicht canalisiert, die Leute haben den Lauf meist selbst hergestellt, das besteht seit 30, 35 Jahren. Ich habe mir gedacht, die Sache wird protokollarisch geführt, man ladet die Leute vor und verpflichtet sie, wenn canalisiert wird, müssen sie eventuell die Einmündungsgebür zahlen. Das ist selbstverständlich, wenn die Commune den Canal baut. Wissen Sie, was man sagt? Du Besitzer wirst aufgefordert, vier Plan-Parien einzuschicken, ein Gesuch, eine Commission wird gemacht mit 15 fl. und du musst auf dein Recht ohnedies verzichten. Sehen Sie, so ist es, die ewige Vielschreiberei, die vielen Commissionen. Ich glaube, die Ziffer wird Sie interessieren, dass wir, die Gemeinde allein, im vorigen Jahre 245.000 fl. für Commissionen ausgegeben haben. Dann glaube ich schon, dass dieser Karren stecken bleibt. Es muss ein bisschen gespart, die Vielschreiberei abgeschafft und die Sache einfach, kaufmännisch richtig betrieben werden, nicht dass ein Act durch zehn Stellen geht, dass 15 Unterschriften bei einer Rechnung sein müssen, wo der Unterschreibende nicht weiß, was darauf steht; aber formgerecht ist es, 15 Unterschriften müssen sein. So ist es auch mit der Auszahlung der Rechnungen. Wenn man einen Contrahenten fragt: Willst Du mit der Commune arbeiten? sagt er, laß mich mit der Commune aus, da muss man ja drei Vierteljahre warten, bis man die Rechnungen zurück- und sein Geld kriegt. Das sind keine geordneten Verhältnisse, es muss eine Besserung eintreten; es wäre gut, wenn das, was hier gesprochen wird, notiert und die Beschwerden berücksichtigt würden. Da könnte man den Frieden schaffen, die Bevölkerung sich allmählich zu Freunden machen, indem man eine ordentliche Verwaltung schafft.

So ist es auch mit dem Capitel „Versorgungshaus“. Der Landesausschuss hat die Verpflegung in eigene Regie genommen und man hat gesehen, dass er dabei wunderbar gut fährt. Gehen Sie ins Versorgungshaus im IX. Bezirke! Die armen Leute haben nichts zu essen und die Traiteure werden reich dabei. In diesem Jahre sind zwei Selbstmorde von ganz rüstigen Leuten vorgekommen. Warum? Wahrscheinlich wegen Nahrungssorgen. (Gem.-Rath Frauenberger: Aber gehn's!) Ich bitte, sich nur darum zu bekümmern; Sie mögen in ganz guten Verhältnissen sein, aber es ist nicht jeder reich gestorben. Schauen Sie sich die Verhältnisse an. Es wäre ganz gut, wenn die Gemeinde, statt dass wir dem Pächter 1000 fl. geben, die Sache in eigene Regie nehmen und ein paar Köchinnen dorthin stellen würde; da würden die armen Leute für ihre paar Kreuzer wenigstens etwas kriegen. Also nicht schöne Reden halten; bedenken Sie wenigstens, dass sich die armen Leute, die schon verurtheilt sind, dorthin zu kommen, satt essen können. Sehen Sie, das habe ich auch von einem Bekannten erfahren; er ist im November beim Bezirksamte um Aufnahme in die Versorgung eingeschritten und heute ist er noch nicht aufgenommen! So müssen die armen Leute herumwandern, und dann wundert man sich, wenn das Capitel „Verbrechen“ so groß ist. Ich weiß nicht, ob wir nicht auch daran theilhaben, weil wir die Leute so schlecht versorgen und so lange warten lassen, bis man sie endlich dorthin bringt, wo sie ihre paar Tage noch verleben können. Hier wäre die eigene Regie gut. Sehen Sie, der Traiteur weiß ganz genau, wer bei ihm isst. Vor 12 Uhr darf niemand hinaus, außer er hat die Erlaubnis; erst nach 12 Uhr, wenn abgespeist ist, darf er fortgehen, damit nicht etwa ein armer Teufel seine 10 bis 12 kr. in der Nachbarschaft verzehrt. Da wäre also die eigene Regie am Platze. (Rufe rechts: Das wollen wir ja, Dr. Lueger ist dagegen! — Gem.-Rath Dr. Lueger: Darüber werden wir schon reden!) Ich bitte, er hat auch nicht in allem recht. Gäbe es also gemeinderäthliche Commissionen, so würden die wohl von Zeit zu Zeit Nachschau halten.

Wir als Gemeinderäthe sind aber nichts, höchstens dass die Diener zu uns sagen: Guten Tag, Herr Gemeinderath! Dann ist unsere Herrlichkeit vorbei. Selbstverständlich ist alles der Stadtrath. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind also die Hauptsache. Wenn Sie uns auch oft sagen: „Ihr bösen Antisemiten“, wenn Sie aber so fortfahren, so weiß ich nicht, ob nicht ein großer Theil der Juden sagen wird: „die Antisemiten sind uns noch lieber, sie sind wenigstens wirtschaftlicher, wenigstens kommt auf den armen Juden auch ein bisschen mehr!“ (Gem.-Rath Dr. Lueger: Das sagen Sie jetzt schon!) Vor ganz kurzer Zeit hat man auch geschrien: die freiwilligen Feuerwehren hinaus! Nun, ich bitte Sie, dass Ihnen das ja nicht einfällt! Die Zeit ist zwar schon vorüber, es war nur so, wie eben einen manchmal etwas anwandelt, jetzt ist es schon besser geworden. Man hat damals gesagt, alle freiwilligen Feuerwehren auflösen, eigene Abtheilungen bilden! Da kämen dann sechs Mann in einen Bezirk, wo jetzt 60 bis 100 Mann sind, und was hätte das der Commune mehr gekostet? Gewiss 200.000 fl. So geben wir vielleicht 20.000 fl. für Subventionen aus. Das ist auch zu erwägen. Ich glaube aber, dieses Gespenst ist jetzt bereits verschwunden.

Meine Herren, ich kann leider nicht allen geehrten Collegen recht thun, aber ich glaube, das kann gar niemand, auch nicht die Herren von der Majorität. Schauen Sie, Herr Gem.-Rath Dr. Scholz hat uns gesagt, es sei eine Katastrophe über Wien gekommen, nämlich die Einbeziehung der Vororte. Im Jahre 1861 war die Stadterweiterung und jetzt war wieder die große Stadterweiterung. Ja, diese Einbeziehung ist mit solcher Hast betrieben

worden, wahrscheinlich wie die vom Jahre 1861; damals musste die Commune die ganzen Straßen und Canäle und alles mögliche bauen, und der riesige Fond, der Stadterweiterungsfond, der hat alles eingeheimst und jetzt baut er langsam mit seinen Millionen hie und da ein Haus, aber ich bin auch froh, dass er da ist, denn wenn wir das gewesen wären, wären die 20 Millionen auch nicht mehr da! Es ist also gut, dass da Vorsorge getroffen wurde.

Es ist auch nicht ganz richtig, wie ein Redner gesagt hat, es sei gut, wenn die Engländer und Berliner unsere Communallose haben. Ich glaube, es wäre viel besser, wenn dieselben hier wären, weil dann die Interessen auch hier verzehrt würden, und wenn wir schon mehr Zinsen bezahlen müssen, ist es immer besser, wenn sie hier verzehrt werden.

Auch das neue Anlehen werden Sie wieder weggeben. Die Verkehrscommission hat Eile gehabt, das ihre weiterzugeben. Wir sind auch Theilnehmer an diesem Anlehen, selbstverständlich mit einem gewissen Percentsatze. Warum hat man es nicht so gemacht, wie es in anderen Städten geschieht, dass man eine öffentliche Einzeichnung veranlasst hat? Warum ist man nicht an das Volk herangetreten und hat gesagt, da hast du ein Papier zum Nominalwerte von so und so viel, zu dem und dem Course? Nein, man muss den Großcapitalisten den Banken lassen, damit diese den Gewinn haben. So wird es wahrscheinlich auch die Commune machen, wenn sie in die Lage kommen wird, ihr Anlehen aufzunehmen. Nicht einzelne werden den Nutzen von 1 oder 2 fl. haben, nein, Rothschild und Consorten und die großen Banken. Ich weiß nicht, ob man das immer so wird verantworten können.

Also, meine Herren, in Zukunft sparen Sie — aber sparen Sie am richtigen Platze. Das nenne ich nicht Sparen, wenn vielleicht dem einen oder anderen Bezirke das, was ihm noththut, was ihm im allgemeinen Verkehre fehlt, entzogen wird. Das ist eine Sparsamkeit am unrichtigen Platze; das ist eigentlich eine Unterbindung des ganzen. Meine Herren, was nun die Verwaltung anbetrifft — ja, die Verwaltung haben wir nicht so eingerichtet — die haben Sie eingerichtet.

Sie haben sich den Stadtrath geschaffen, Sie haben sich eigentlich alles geschaffen; früher haben die Commissionen ihren Wirkungskreis gehabt, die früheren Bezirksausschüsse den erweiterten Wirkungskreis, der Magistrat seinen Wirkungskreis.

Wir haben den Magistrat nicht heruntergesetzt. Es ist unrichtig, was Herr College Dr. Scholz sagt. Sie haben den Magistrat herabgesetzt; Sie haben ihn zu Ihrem Diener gemacht. Der Stadtrath ist über den Magistrat, der Stadtrath über alle Commissionen, kurz und gut ist die allein seligmachende Herrlichkeit.

Uns kann man nicht vorwerfen oder unseren Führern die Schuld geben, dass der Magistrat in eine Stellung gelangt ist, in die er eigentlich nicht gehört. Ich bitte, uns mit solchen Sachen absolut nicht zu kommen, besonders nicht Herr Dr. Scholz. Da ist er auf die unrichtige Adresse gekommen; das hätten Sie (zu Dr. Scholz gewendet) vielmehr zu Ihren Parteigenossen sagen sollen.

Was den Frieden anbelangt, so sind wir selbstverständlich für denselben, aber einen Frieden gibt es nur, wenn beide Theile in der Sache einig sind. Einen Frieden aber kann es auch nicht geben, der uns entwürdigt, und wahrlich, wer die ersten eineinhalb Jahre im Gemeinderathe bis zu unserer Abstinenz mitgemacht hat, muss sagen, dass die Behandlung, die uns zutheil geworden ist, eine unerwartete war. Selbst die Zigeuner, die von Stadt zu Stadt ziehen, werden anders behandelt, als wir in dieser Zeit behandelt worden sind. (Dr. Lueger: Wie Hunde!) Der geringste Zusatz-Antrag, wenn es sich z. B. bei einer Subvention um die Erhöhung von 10 fl. gehandelt hat, wurde zu einer Parteifrage gemacht und abgelehnt. So sind wir zu dem scharfen Extrem gekommen, bei dem wir heute sind. Die Schuld liegt also auf der anderen Seite. Von der ersten Minute haben Sie sich so gegen uns benommen — und gestehen Sie es mir zu, wenn wir die Friedenspalme nun in die Hand nehmen und Ihnen den Frieden bieten, dann müssen Sie uns doch erwidern, dass wir nobel sind, nobel auf eine solche Behandlung, wie Sie sie uns haben angedeihen lassen. Sie hätten so etwas vielleicht selbst nicht erwartet.

Nun, meine Herren, ich will Sie nicht länger aufhalten, aber das eine muss ich wiederholen, trachten Sie zu sparen am rechten Orte; nehmen Sie nicht immer die Vororte in den Mund, als würden diese die Gemeinde zugrunde richten. Wir sind jetzt dazu da, um mit Ihnen mitzuarbeiten, und stellen Sie sich auf den Standpunkt der Wahrheit und des Rechtes, so werden Sie sehen, dass wir immer für Recht und Wahrheit eintreten. (Beifall links.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Herr Gem.-Rath Frauenberger hat das Wort. (Lebhafte Schlussrufe.)

Gem.-Rath Dr. Lueger: Wenn wir von 5 bis 9 Uhr sitzen, ist es doch genug. Das ist ja schon Thierquälerei. (Heiterkeit.)

Vice-Bürgermeister Dr. Richter: Da die Versammlung den Schluss der Sitzung wünscht, so stimme ich wohl zu. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss der Sitzung 9 Uhr abends.)

Allgemeine Nachrichten.

(Beeidigung des Bürgermeisters.) Samstag den 31. März 1894, um $11^1/_2$ Uhr vormittags, fand im Gemeinderaths-Sitzungssaale durch den Statthalter von Niederösterreich, Excellenz Grafen Kielmansegg, die Beeidigung des Bürgermeisters Dr. Raimund Grübl statt.

Der Statthalter Graf Kielmansegg leitete den feierlichen Act mit nachstehender Rede ein:

„Hochgeehrte Herren! Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 22. März 1894 die Wahl des bisherigen zweiten Vice-Bürgermeisters Herrn Dr. Raimund Grübl zum Bürgermeister der k. k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien allergnädigst zu bestätigen geruht.

Bevor ich zur Beeidigung des neugewählten Herrn Bürgermeisters schreite, drängt es mich, seines Herrn Vorgängers zu gedenken, der inmitten rastlosen Schaffens, in der Vollkraft seiner Jahre von einem tückischen Leiden so plötzlich dahingerafft wurde.

Von warmer Liebe zu seiner Vaterstadt beseelt und getragen von dem ernsten Bestreben, das von ihm für gut Erkannte mit zielbewusster Energie zu verwirklichen, hat Bürgermeister Dr. Prix in einem wichtigen Abschnitte der Geschichte Wiens an der Entwicklung der Residenzstadt in hervorragendem Maße werkthätig theilgenommen und hiedurch als erster Bürgermeister des erweiterten Wien seinem Namen ein bleibendes Andenken gesichert. (Beifall.)

Bei der am 14. März d. J. stattgehabten Wahl hat sich die überwiegende Mehrheit des Gemeinderathes dahin geeinigt, Sie, hochgeehrter Herr Bürgermeister, als Nachfolger des Dr. Prix zur obersten Leitung der Gemeindegeschäfte zu berufen.

Empfangen Sie zunächst meinen aufrichtigen Glückwunsch zu der Allerhöchsten Bestätigung dieser Wahl, sowie zu der auszeichnenden Vertrauenskundgebung, welche Ihnen durch diese Wahl zutheil wurde.

Als gebürtiger Wiener und immer in Wien ansässig, hatten Sie von jeher reichlich Gelegenheit, sich mit den Bedürfnissen der hauptstädtischen Bevölkerung eingehend vertraut zu machen.

Seit 1880 dem Wiener Gemeinderathe angehörend, waren Sie dadurch in der Lage, sich in allen Zweigen der Gemeindeverwaltung ausgebreitete Kenntnisse zu erwerben, welche im Vereine mit Ihrem gediegenen Fachwissen und Ihren reichen sonstigen Erfahrungen Sie als die zunächst berufene Persönlichkeit erscheinen ließen, in der Vorgeschichte der Vereinigung der Vororte mit Wien, und zwar von deren Anbeginne eine hervorragende Rolle zu spielen. (Beifall.) Ganz besonders werde ich Ihnen für die sehr wertvollen Informationen und Rathschläge, welche Sie mir seinerzeit stets so bereitwillig zu geben die Güte hatten, immer zu lebhaftem Danke verpflichtet bleiben. (Beifall.)

Mit dem Beginne der Wirksamkeit des neuen Gemeindestatutes zum zweiten Vice-Bürgermeister berufen, nahmen Sie sehr wesentlichen Antheil an der durchgreifenden Umgestaltung aller Institutionen der Gemeinde, sowie an der Einleitung jener großen Reformen, deren Vollendung Ihnen nunmehr als dem Oberhaupte der Gemeinde in erster Linie obliegen wird.

Ihr bisheriges Wirken in der Gemeinde und als langjähriger Vertreter derselben im n.-ö. Landesschulrathe bietet die Gewähr, dass Sie in Ihrer neuen Stellung mit aller Hingebung bestrebt sein werden, Ihr ganzes Können für das Wohl der Gemeinde einzusetzen und deren Interessen mit gleicher Wärme und Aufopferung wie bisher zu fördern und Ihre bekannte schulfreundliche Gesinnung als nunmehriger Vorsitzender des Wiener Bezirksschulrathes erfolgreichst zu bethätigen. (Beifall.)

Die Bewältigung der vielen und wie ich nicht verkenne, schweren Aufgaben, welche seitens der Gemeinde einer gedeihlichen Lösung harren, wird dadurch wesentlich erleichtert, dass Ihnen als erster Vice-Bürgermeister ein im Dienste der Gemeinde erprobter Mann von eminenter Arbeitskraft treu zur Seite steht. (Beifall.)

Das Ihrer Wahl zugrunde liegende Stimmenverhältnis lässt einen Zweifel darüber nicht aufkommen, dass Ihnen auch die Unterstützung der überwiegenden Mehrheit im Gemeinderathe sicher ist, und kann der volle, nachhaltige und die gesammte Bevölkerung befriedigende Erfolg der communalen Thätigkeit nicht ausbleiben, wenn bei den Verhandlungen und Berathungen im Gemeinderathe endlich den Anschauungen immer weiterer Kreise der Bevölkerung Rechnung getragen wird, dass es sich hier nicht um die Austragung politischer oder gar persönlicher Kämpfe handeln dürfe (Beifall), sondern nur um die keine fruchtlosen Debatten mehr vertragende Verwaltung unserer Reichshauptstadt! (Beifall.)

Möge es Ihnen gelingen, diesen Geist der Mäßigung und ruhigen sachlichen Erwägung, welchen pflegen zu wollen Sie in Ihrer Ansprache am Tage der Wahl als Ihre besondere Aufgabe bezeichneten, in diesem Saale einzubürgern.

Reicher Dank und volle Anerkennung aller wahren Freunde dieser Stadt und ihrer besten Bürger ist Ihnen dann sicher! (Beifall.)

Dass die Gemeinde in allen sie berührenden Fragen auf die wohlwollende Unterstützung der Regierung rechnen kann, und dass speciell ich stets bereit bin, die Interessen Wiens im Rahmen meines Wirkungskreises zu fördern, habe ich bereits wiederholt an dieser Stelle ausgesprochen und durch Thaten bewiesen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Es erübrigt mir nun noch, Sie hochgeehrter Herr Bürgermeister, zu bitten, mir auch in Ihrer neuen Stellung das bisherige Entgegenkommen zu bewahren und gleich mir darauf hinzuwirken, dass die Beziehungen zwischen Gemeinde und Staatsverwaltung in deren beiderseitigem Interesse sich immer fester und inniger gestalten.

Im Sinne des § 25 des Wiener Gemeindestatutes lade ich Sie ein, den vorgeschriebenen Diensteid in meine Hände abzulegen.

Herr Statthaltereirath Freiherr v. Kutschera wird die Eidesformel verlesen und ersuche ich, die Schlussworte derselben mit zum Schwure erhobener Rechte wiederholen zu wollen."

Statthaltereirath Freiherr v. Kutschera verliest hierauf nachstehende Eidesformel:

„Sie werden einen Eid zu Gott dem Allmächtigen schwören und bei Ihrer Ehre und Treue geloben, Seiner Majestät dem allerdurchlauchtigsten Fürsten und Herrn Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Österreich, König von Böhmen &c. &c. und apostolischer König von Ungarn, und nach Allerhöchstdemselben den aus dessen Stamm und Geblüte nachfolgenden Erben treu und gehorsam zu sein, die Staatsgrundgesetze unverbrüchlich zu beobachten und das Ihnen anvertraute Amt des Bürgermeisters der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien treu und redlich nach Ihrem besten Wissen und Gewissen zu verwalten, sowie die Ihnen in der Eigenschaft des Bürgermeisters nach dem Gesetze vom 19. December 1890, L.-G.-Bl. Nr. 45, und nach den Gesetzen überhaupt obliegenden Pflichten nach ihrem vollen Umfange genau und gewissenhaft zu erfüllen."

Statthalter Graf Kielmansegg: Ich bitte, die folgenden Worte zu wiederholen:

„Was mir soeben vorgelesen worden und ich wohl und deutlich verstanden habe, demselben soll und will ich getreu und fleißig nachkommen: So wahr mir Gott helfe!"

Bürgermeister Dr. Grübl (mit zum Schwur erhobener Rechten): „Was mir soeben vorgelesen worden und ich wohl und deutlich verstanden habe, demselben soll und will ich getreu und fleißig nachkommen: So wahr mir Gott helfe!"

Nach Ablegung dieses Eides ergriff Bürgermeister Dr. Grübl das Wort zu folgender Rede:

Vor allem bitte ich Eure Excellenz, meinen ehrfurchtsvollen Dank Seiner Majestät dem Kaiser für die Bestätigung meiner Wahl zum Bürgermeister der Stadt Wien zur Kenntnis zu bringen.

Eurer Excellenz danke ich innigst für die freundlichen und aufmunternden Worte, mit welchen Sie heute den feierlichen Act eingeleitet haben.

Ihr lebhaftes Interesse für unser Gemeinwesen lässt mich mit voller Zuversicht hoffen, dass Eure Excellenz auch in Zukunft den Angelegenheiten der Stadt eine wohlwollende Fürsorge zuwenden werden.

Die Gemeinde wird eine kräftige Unterstützung seitens der hohen Regierung schon aus dem Grunde erwarten dürfen, weil alles, was für die Metropole des österreichischen Staates geschieht, zum Vortheile des Reiches ist (Beifall), dessen Glanz sich in der Residenzstadt spiegeln soll.

Die freigewählte Bürgerschaft Wiens wird sich dieser historischen Aufgabe stets bewusst sein, wie sie auch jederzeit eingedenk sein wird, dass Wien den Mittelpunkt deutscher Cultur und Sitte in unserem Vaterlande bildet. (Beifall.)

Mitten im vollen Schaffen und erfüllt von Plänen für die Ausgestaltung des Werkes, das unter seiner Leitung begonnen wurde, ist mein verdienstvoller Vorgänger Dr. Johann N. Prix in das Reich der Ruhe eingezogen. Was er begonnen, will ich fortsetzen und ausführen, im Sinne der bestehenden Gesetze, im Geiste des wahren Fortschrittes und im Gefühle der Liebe zu meiner Vaterstadt. (Beifall.)

Streng unparteiisch werde ich die Verhandlungen im Gemeinderathe leiten, von dem innigsten Wunsche erfüllt, ein einträchtiges Zusammenwirken zu ermöglichen. (Beifall.)

Ich werde in der Organisation des decentralisierten Verwaltungsdienstes, die sich vollkommen bewährt, keine principielle Veränderung anstreben und bin überzeugt, dass die städtischen Beamten mit gleichem Fleiße und eben derselben Hingebung wie bisher ihre Pflichten erfüllen werden. In Würdigung dessen soll das von meinem Vorgänger begonnene Werk einer zeitgemäßen Regulierung der Bezüge der Beamten und Diener schon in nächster Zeit abgeschlossen werden, zu welchem Zwecke es nothwendig sein wird, die Pensionsvorschrift der Beamten und Diener einer Revision zu unterziehen und in den Bezügen der Witwen und Waisen jene Verbesserung eintreten zu lassen, die den veränderten Zeitverhältnissen angemessen ist. (Beifall.)

Die mit der Neugestaltung Wiens verbundenen Arbeiten haben einen erfreulichen Fortschritt genommen. Die Wienthallinie ist in ein einheitliches Netz einbezogen, sämmtliche Arbeiten stellen ein Ganzes dar und werden für Rechnung der Verkehrs-Commission ausgeführt, wodurch allen Zufälligkeiten vorgebeugt und die Vollendung des großen Werkes endgiltig gesichert ist. (Beifall.)

In allen Zweigen der Verwaltung, auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, der Approvisionierung, der öffentlichen Sicherheit, der Schule und in vielen anderen Theilen des öffentlichen Lebens muss theils Neues geschaffen, theils das Bestehende ergänzt oder verbessert werden.

Eine der wichtigsten Aufgaben zunächst ist die Durchführung der Wasserversorgung. Um in dieser Hinsicht allen gerechten Anforderungen entsprechen zu können, werden gegenwärtig die Erhebungen und Studien fortgesetzt. Neben der Erweiterung der Hochquellenleitung und der Dienstbarmachung neuer Quellen wird in Zukunft auch auf die Herstellung einer Nutzwasserleitung Bedacht zu nehmen sein, die sowohl durch die Menge als durch die Güte ihres Erträgnisses den strengsten Anforderungen entsprechen soll.

Die veränderten Verhältnisse machen eine Organisation unseres Marktwesens zur unbedingten Nothwendigkeit. Hiebei wird die künftige Gestaltung des localen Verkehrswesens von Einfluss sein.

Um die Bedürfnisse des Handels und Verkehres zu fördern, werden wir an die Erweiterung des städtischen Lagerhauses schreiten müssen, es steht aber zu hoffen, dass die Gemeinde bei der Durchführung dieses Unternehmens eine kräftige Unterstützung seitens der Regierung finden werde, die ihr Interesse an der Ausgestaltung des Lagerhauses und insbesondere an der Errichtung eines öffentlichen Umschlagplatzes am Donauufer wiederholt betont hat. (Beifall.)

Im Interesse der öffentlichen Sicherheit werden wir unser Feuerwehrwesen weiter ausbilden müssen, doch können wir nur durch das einträchtige Zusammenwirken der freiwilligen Feuerwehren und der städtischen Berufsfeuerwehr zum Ziele gelangen. Ich werde daher auf das gute Einvernehmen dieser Körperschaften großen Wert legen. (Beifall.)

Meine volle Aufmerksamkeit werde ich auch der Übernahme der Stadtbeleuchtung in eigene Regie widmen und nichts versäumen, was dazu beitragen könnte, dass sie der Gemeinde zu dem erhofften Vortheile gereiche. (Lebhafter Beifall.) Mit großem Eifer werden die Projecte, welche den Offertverhandlungen zur Grundlage dienen sollen, ausgearbeitet, und ich hoffe, die Schätzung der alten Werke soweit vorwärts zu bringen, dass, wenn nicht unerwartete Ereignisse eintreten, der Gemeinderath noch im Laufe des Sommers endgiltige Beschlüsse wird fassen können.

Auch auf dem wichtigen Gebiete der Armenpflege sind Neuerungen unumgänglich nothwendig, und es wird mein Bestreben sein, sie im Geiste der Zeit und den Anforderungen der Humanität entsprechend durchzuführen. Ich zähle hiebei auf die Mitwirkung der Wiener Bürger, die auf diesem Gebiete als Armenräthe ihren Gemeinsinn vielfach erprobt haben. In gleichem Maße wie für die materiellen Interessen der Bevölkerung werde ich allen Angelegenheiten des geistigen Lebens die vollste Würdigung angedeihen lassen. Was mir zunächst am Herzen liegt, ist die Förderung alles dessen, was zum Nutzen der Schule ist, der die Gemeinde schon in den ältesten Zeiten die vollste Aufmerksamkeit gewidmet hat. Mein Bestreben wird es auch sein, eine genaue Competenzabgrenzung zwischen den Schulbehörden und der Gemeinde zu erzielen und eine Vereinfachung bei Besetzung von Lehrstellen anzubahnen; auch erachte ich es für meine Pflicht, die Interessen der männlichen Lehrpersonen bei Erlangung leitender Stellen an unseren Schulen zu wahren. (Beifall.)

In Würdigung, dass der gewerbliche Unterricht die Grundlage eines kräftigen Gewerbestandes ist, werde ich jederzeit bereit sein, an der Ausbildung dieses Schulzweiges mitzuwirken. (Beifall.)

Ich bin mir bewusst, dass mein guter Wille zur That nur durch die Mitwirkung aller berufenen Factoren verwirklicht werden kann.

Ich zähle daher auf die Unterstützung meiner Collegen im Gemeinderathe und Stadtrathe, ich vertraue auf die hingebungsvolle Thätigkeit der Herren Bezirksvorsteher und Bezirksausschüsse und auf den bewährten Eifer der Herren Bezirks- und Ortsschulräthe, sowie ich auch von der erprobten Thätigkeit der Herren Genossenschaftsvorsteher erwarte, dass sie als Vertreter eines social wichtigen Standes das Interesse ihrer Mitbürger stets bewahren werden. (Beifall.)

Meine sehr geehrten Herren! Welcher Meinung im politischen und socialen Leben jeder einzelne von uns auch sein mag, in einem stimmen wir sicher alle überein: in der Liebe zu unserer Stadt, deren Wohl wir alle anstreben. (Beifall.)

Lassen Sie uns in diesem Streben stets einig sein und mit vereinten Kräften wirken zum Heile unserer Mitbürger, eingedenk des Wahlspruches unseres gütigen Kaisers, der so vielfache Beweise von Liebe zu seiner Vaterstadt gegeben hat. (Lebhafter Beifall.)

Unter Kaiser Franz Josef I. ist die Autonomie der Gemeinde Wien wieder verwirklicht worden, unter seiner Regierung ist ein neues und großes Wien entstanden. Stets bereit, dem angestammten

Gefühle zu unserem Allerhöchsten Kaiserhause Ausdruck zu geben, wollen wir in diesem feierlichen Augenblicke aus vollem Herzen rufen: Seine Majestät Kaiser Franz Josef I. lebe hoch! (Die Versammlung bringt ein dreifaches begeistertes Hoch aus.)

* * *

(Commission für Verkehrsanlagen in Wien, 31. März 1894.) In der abgelaufenen Woche hat die Anzahl der bei der Ausführung der Wiener Verkehrsanlagen verwendeten Arbeiter 1445 betragen; hievon waren 776 beim Baue der Sammelcanäle links und rechts des Donaucanales, 669 an der Gürtel- und Vororteline der Stadtbahn beschäftigt; hier standen 64, beim Bau der Sammelcanäle 30 Fuhrwerke, an der Gürtellinie überdies auch noch drei Dampfmaschinen in Verwendung.

* * *

(Musterstatut für Losvereine.) Von Seite der k. k. n.-ö. Statthalterei wurde ein Musterstatut für Losvereine nebst einer Belehrung ausgearbeitet und aufgelegt.

Einzelne Exemplare dieses Statutes sind um den Preis von je drei Kreuzern bei dem Buchdrucker Karl Krapfenbauer in Mistelbach erhältlich.

Die „Belehrung" enthält nachstehende Hauptbestimmungen:

Das Gesuch um Genehmigung der Statuten eines Losvereines nach dem Vereinsgesetze vom 26. November 1852, R.-G.-Bl. Nr. 253, ist mit einer 50 kr.-Stempelmarke zu versehen.

Demselben sind fünf mit je 15 kr.-Stempel versehene Statuten-Exemplare beizuschließen, je zwei Exemplare sind geschrieben vorzulegen; für die drei übrigen ist das gedruckte Musterstatut zu benützen.

Für das mit der Genehmigungsclausel zu versehende geschriebene Statuten-Exemplar ist für den ersten Bogen 1 fl.-Stempel, für jeden weiteren Bogen ein 50 kr.-Stempel dem Gesuche beizuschließen. Die beiden geschriebenen Statuten-Exemplare dürfen keinerlei Correctur enthalten.

Wenn der Proponent im Wiener Polizei-Rayon wohnt, ist das Gesuch bei der Wiener Polizei-Direction, sonst bei der k. k. Bezirkshauptmannschaft, respective beim Stadtrathe einzureichen.

Zu § 1. Im § 1 der Statuten ist nur der Ort des Vereinssitzes anzugeben. Die Wahl des Vereinslocales ist freigestellt.

Jeder Losverein muss einen Namen führen; der Gebrauch des gleichen Namens für zwei oder mehrere Vereine desselben politischen Bezirkes ist zu vermeiden.

Zu § 3. Es bleibt den Proponenten überlassen, die Wahl der Lose der Generalversammlung oder der Vereinsleitung zu überlassen.

Zu § 7. Der Schlussatz ist zur Bestimmung über den Einzahlungsort, die Einzahlungstermine und die Höhe des Mitgliederbeitrages den Proponenten überlassen.

Zu § 10. In diesen Paragraph ist eine Bestimmung darüber aufzunehmen, ob die Mitglieder in der Vereinsversammlung in allen Fällen nur eine Stimme haben oder ob mit dem Besitze mehrerer Antheile auch mehrere, respective wie viele Stimmen in der Generalversammlung verbunden sind.

Zu § 15. Vor erfolgter behördlicher Genehmigung der Vereinsstatuten darf keine Vereinsthätigkeit entwickelt werden.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Hernals.

März 1894.

Stand der Einlagen am 28. Februar 1894 5,447.768 fl. 25 kr.

Einlagen	406.188 fl. 93 kr.	von 1920	Parteien
Rückgezahlt	354.044 „ 30 „	an 1395	„

Stand der Einlagen am 31. März 1894 . . 5,499.912 fl. 88 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen . . . . . . 3,647.278 fl. 71 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Währing.

März 1894.

Einlagen	328.184 fl. 31 kr.	von 1637	Parteien
Rückgezahlt	265.668 „ 69 „	an 1433	„

Das Gesammt-Interessenten-Guthaben beträgt mit 31. März 1894 . . . . 6,453.519 fl. 99 kr.

* * *

Wiener Communal-Sparcassa im Bezirke Döbling.

März 1894.

Eingelegt wurden von 539 Parteien	90.229 fl. 44 kr.
Behoben wurden von 355 Parteien	97.088 fl. 95 kr.
Es ergibt sich daher ein Minus von	6.859 fl. 51 kr.
Abgerechnet vom Stande vom 28. Februar 1894 per	1,451.698 fl. 36 kr.
verbleibt mit Ende März 1894 bei 3495 offenen Conti ein Stand der Einlagen von	1,444.838 fl. 85 kr.
Stand der Hypothekar-Darlehen	785.154 fl. — kr.

* * *

80. Ziehung des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874.

Verzeichnis der am 2. April 1894 gezogenen Serien und Gewinst-Nummern des Prämien-Anlehens der Stadt Wien vom Jahre 1874 per 30 Millionen Gulden und der auf dieselben gefallenen Treffer.

Gezogene Serien: **34, 265, 529, 809, 1303, 1376, 1565, 1609, 1993, 2124, 2293, 2516, 2656.**

Serie 34, Nr. 21, Gewinn 250 fl.; Serie 34, Nr. 22, Gewinn 1000 fl.; Serie 34, Nr. 79, Gewinn 20.000 fl.; Serie 265, Nr. 18, Gewinn 250 fl.; Serie 265, Nr. 42, Gewinn 250 fl.; Serie 265, Nr. 93, Gewinn 1000 fl.; Serie 809, Nr. 6, Gewinn 250 fl.; Serie 809, Nr. 7, Gewinn 250 fl.; Serie 809, Nr. 49, Gewinn 250 fl.; Serie 1303, Nr. 50, Gewinn 1000 fl.; Serie 1376 Nr. 86, Gewinn 250 fl.; Serie 1376, Nr. 93, Gewinn 250 fl.; Serie 1565, Nr. 53, Gewinn 1000 fl.; Serie 1609, Nr. 23, Gewinn 5000 fl.; Serie 1993, Nr. 39, Gewinn 250 fl.; Serie 1993, Nr. 57, Gewinn 200.000 fl.; Serie 1993, Nr. 98, Gewinn 250 fl.; Serie 1993, Nr. 99, Gewinn 1000 fl.; Serie 2293, Nr. 70, Gewinn 250 fl.; Serie 2293, Nr. 84, Gewinn 250 fl.

Die übrigen 1280 Antheilscheine, welche in den gezogenen Serien enthalten sind, gewinnen à 140 fl.

Die Auszahlung der planmäßigen Gewinne erfolgt vom 2. Juli 1894 ab durch die Cassa der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien.

Die nächste Ziehung findet am 2. Juli 1894 statt.

Verzeichnis jener gezogenen Serien des Communal-Anlehens vom Jahre 1874, von welchen bisher noch nicht sämmtliche Lose zur Einlösung beigebracht worden sind: 9 13 31 32 41 47 63 64 66 68 79 81 83 85 99 105 113 122 126 127 129 135 144 145 156 173 175 188 195 204 226 227 238 245 248 250 254 258 261 268 288 292 295 297 302 324 327 329 330 346 358 363 369 372 395 398 399 407 425 432 437 446 447 448 454 461 463 473 478 484 491 516 524 533 548 554 559 562 571 575 578 579 597 603 608 624 627 629 649 650 651 656 660 670 681 688 690 694 698 702 710 732 733 742 747 752 754 767 804 805 815 826 831 835 837 844 869 870 875 901 925 952 956 963 965 977 978 984 986 988 996 998 1003 1006 1007 1010 1029 1034 1043 1051 1063 1074 1076 1077 1089 1094 1110 1111 1114 1121 1124 1125 1148 1149 1157 1163 1183 1222 1237 1258 1263 1291 1304 1310 1321 1323 1325 1341 1345 1351 1352 1353 1363 1364 1375 1383 1387 1392 1418 1424 1447 1449 1450 1469 1473 1479

1484 1498 1503 1520 1536 1557 1558 1562 1595 1597 1606 1608 1611 1612 1613 1622 1624 1632 1636 1637 1657 1672 1674 1677 1682 1685 1697 1698 1709 1710 1713 1722 1739 1740 1742 1750 1751 1757 1760 1766 1788 1797 1798 1834 1841 1843 1848 1851 1878 1880 1881 1890 1906 1909 1914 1928 1934 1950 1957 1961 1964 1965 1973 1982 1991 1994 2001 2011 2014 2031 2041 2043 2047 2068 2071 2082 2104 2110 2111 2115 2120 2128 2130 2144 2152 2160 2164 2181 2190 2195 2202 2207 2213 2222 2228 2229 2232 2235 2236 2239 2246 2247 2266 2268 2300 2309 2317 2319 2320 2324 2331 2335 2345 2346 2349 2356 2363 2369 2377 2379 2388 2389 2413 2439 2452 2460 2463 2483 2487 2493 2497 2508 2510 2535 2547 2562 2566 2573 2576 2580 2600 2602 2612 2617 2621 2622 2631 2640 2660 2666 2669 2670 2672 2682 2689 2697 2698 2705 2707 2709 2720 2721 2725 2727 2732 2735 2737 2760 2768 2770 2774 2781 2790 2815 2822 2838 2839 2840 2849 2861 2878 2880 2893 2904 2910 2925 2945 2953 2980 2982 2991 2994 3000.

* * *

(Stempelbehandlung der Quittungen der Religionslehrer über Wegentschädigungen.) Die Quittungen der Religionslehrer über die ihnen auf Grund des § 3 des Gesetzes vom 17. Juni 1888, R.-G.-Bl. 99, zukommenden Wegentschädigungen sind gemäß T.-P. 48 e des Gebürengesetzes vom 9. Februar 1850 unbedingt gebürenfrei. (Fin.-Min.-Erlass vom 24. Februar 1894, Z. 900.)

* * *

(Vorschriften über den Transport explosiver Gegenstände.) Bei der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien ist eine Zusammenstellung der sämmtlichen Vorschriften, betreffend den Transport explosiver und denselben ähnlicher Gegenstände auf den österreichischen Eisenbahnen, als 104. Heft der von der k. k. Hof- und Staatsdruckerei veranstalteten Herausgabe der österreichischen Gesetze und Verordnungen erschienen und ist dieses Heft bei der genannten Hof- und Staatsdruckerei zum Preise von 70 kr. zu erhalten.

Approvisionierung.

Der tägliche Fleischmarkt.

In der Großmarkthalle eingelangte Fleischwaren vom 25. März bis 31. März 1894.

1. Fleischsendungen:

a) Für den täglichen Fleischmarkt.

Rindfleisch . . .	186.566 kg	(Davon aus Nieder-Österreich — 142.134; aus Ober-Österreich — 2820; aus Mähren — 11.700; aus Böhmen — 32; aus Galizien — 14.292; aus Ungarn — 12.678; aus der Bukowina 2910; aus Croatien — —; aus Steiermark — —; aus Tirol — —; aus Salzburg — —; aus Bosnien — —; aus Siebenbürgen — — kg)
Kalbfleisch . .	37.219 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 2846; aus Ober-Österreich 30; — aus Mähren 289; aus Galizien — 33.544; aus Ungarn — 481; aus der Bukowina — 9; aus Böhmen — 20 kg)
Schaffleisch	512 „	(Davon aus Nieder-Österreich 277; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 192; aus Ungarn — 28; aus der Bukowina — 6; aus Mähren — 9 kg)
Schweinfleisch	30.987 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 25.545; aus Ober-Österreich —; aus Böhmen — 510; aus Mähren — 849; aus Galizien — 1141; aus Ungarn — 2942; aus der Bukowina — —; aus Croatien — — aus Steiermark — —; aus Bosnien — — kg)
Kälber	1663 Stück	(Davon aus Nieder-Österreich — 118; aus Ober-Österreich — 4; aus Mähren 50; aus Böhmen 1; aus Galizien — 1435; aus Ungarn — 55; aus der Bukowina — ; aus Kärnten — —; aus Tirol — —; aus Schlesien — — St.)
Schafe	142 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 139; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — —; aus Galizien — 3; aus der Bukowina — —; aus Ungarn — St.)
Schweine . .	521 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 66; aus Ober-Österreich — —; aus Mähren — 13; aus Galizien — 442; aus Ungarn — —; aus der Bukowina — —; aus Croatien — —; aus Kärnten — — St.)
Lämmer	513 „	(Davon aus Nieder-Österreich — 280; aus Ober-Österreich — —; aus Galizien — 10; aus Ungarn — 212; aus Mähren — 11; aus Böhmen — St.)

b) Für den Approvisionierungsverein.

Rindfleisch . .	11.542 kg		Kälber	39 Stück
Kalbfleisch . .	11 „		Schafe	15 „
Schaffleisch . .	— „		Schweine	— „
Schweinfleisch . .	680 „		Lämmer . . .	50 „

2. Preisbewegung:

Rindfleisch	Siedfleisch	von 26	bis 70	kr.	per Kg.
	Rostbraten u. Rieden	„ 50	„ 86	„	„ „
extrem		„ —	„ —	„	„ „
Kalbfleisch		„ 26	„ 62	„	„ „
Schaffleisch		„ 36	„ 52	„	„ „
Schweinfleisch		„ 48	„ 70	„	„ „
Kälber		„ 30	„ 62	„	„ „
Schafe		„ 28	„ 46	„	„ „
Schweine		„ 46	„ 64	„	„ „
Lämmer		„ 2	„ $4\frac{1}{2}$ fl.	„	St.

Die Zufuhr an Fleischwaren war im Vergleiche zu jener der Vorwoche bedeutend geringer, der Verkehr die ganze Woche hindurch äußerst matt, so daß größere Partien Ware unverkauft blieben. Rindfleisch, Schaffleisch und Schweinfleisch, dann Schafe und Schweine konnten knapp die vorwöchentlichen Preise behaupten, während Kalbfleisch und Kälber einen Preisrückgang von 6 bis 8 kr. per Kilo erlitten.

* * *

Pferdemarkt vom 30. März 1894.

Zum Verkaufe wurden gebracht: 557 Pferde.

Preis: für Gebrauchspferde . . . . . 95—480 fl. per Stück
„ „ Schlachtpferde . . . . . 16—50 „ „ „

Der Markt war sehr lebhaft.

* * *

Schlachtviehmarkt vom 2. April 1894.

1. Auftrieb.

Mastvieh 3649, Weidevieh —, Beinlvieh 744,
Summa . 4393

Davon — nach Racen:

Ungarische Thiere . . .	1971
Galizische „ . . .	668
Deutsche „ . . .	1721
Büffel „ . . .	33

Davon — nach Gattungen:

Ochsen	3304
Stiere	406
Kühe	683

2. Preisbewegung.

a) Preis per 100 kg Lebendgewicht mit Percentabzug:

Ungar. Schlachtthiere	von 49	bis 62	fl.
(extrem	„ —	„ 63	„)
Galiz. Schlachtthiere	„ 49	„ 60	„
(extrem	„ 61	„ 62	„)
Deutsche Schlachtthiere	„ 49	„ 66	„
(extrem	„ —	„ 67	„)
Weidevieh	„ —	„ —	„
Stiere	„ —	„ —	„
Kühe	„ —	„ —	„
Büffel	„ —	„ —	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„

Diese Preise ermäßigen sich um den beim Handel vereinbarten Percentabzug (auf dem heutigen Markte 37 bis 47 %), welchen der Verkäufer dem Käufer als Entschädigung:
a) für den Gewichtsverlust infolge der Schlachtung;
b) für die minderwertigen Stoffe, wie: Haut, Horn, Blut, Unschlitt ꝛc.;
c) für die wertlosen Stoffe, wie: Magen- und Darminhalt ꝛc., zugesteht.

b) Preis per 100 kg Lebendgewicht ohne Percentabzug:

Ochsen	von 18	bis 32 (41)	fl.
Stiere	„ 23	„ 32	„
Kühe	„ 20	„ 32	„
Büffel	„ 21	„ 25	„
Beinlvieh	„ —	„ —	„
Weidevieh	„ —	„ —	„

c) Preis per Stück:

Beinlvieh .... von 29 bis 79 fl.

Nach dem Modus auf Schlachtgewicht wurde nichts gehandelt.

Unverkauft blieben:

Ochsen	17 Stück
Beinlvieh	7 „

Gegen den letzten Montagsmarkt wurden um 732 Stück Schlachtthiere mehr aufgetrieben. Die Kauflust war infolge des größeren Auftriebes sehr flau und sind daher die Preise durchschnittlich um 1 fl. per 100 kg gefallen.

* * *

Preisbewegung an der Börse für landwirtschaftliche Producte in Wien vom 31. März 1894.

a) Getreide.

		von		bis	
Weizen	(Qualitätsgewicht per 1 hl 76—81 kg)	7 fl.	55 kr.	8 fl.	20 kr.
Roggen	(„ „ „ 70—75 „)	„ 6 „	10 „	„ 6 „	45 „
Gerste		„ 5 „	80 „	„ 9 „	40 „
Mais		„ 5 „	45 „	„ 6 „	10 „
Hafer		„ 7 „	35 „	„ 8 „	40 „

b) Mahlproducte.

	von		bis	
Grieß	12 fl.	80 kr.	14 fl.	50 kr.
Weizenmehl	„ 5 „	80 „	„ 14 „	50 „
Roggenmehl	„ 6 „	10 „	„ 11 „	— „
Weizenkleie	„ 4 „	25 „	„ 4 „	50 „
Roggenkleie	„ 4 „	70 „	„ 4 „	55 „

Städtisches Lagerhaus.

Vom 22. März bis 29. März 1894.

Waren eingelagert .... 34.984 Meter-Centner
„ ausgelagert .... 26.958 „

Die durchschnittliche Tagesbewegung bezifferte sich auf 12.388 Meter-Centner.

Lagerstand vom 29. März 1894: 330.764 Meter-Centner, und zwar:

50.502 Meter-Centner	Weizen,	58.081 Meter-Centner	Roggen,
75.204 „	Gerste,	65.590 „	Hafer,
9.314 „	Mais,	9.838 „	Ölsaaten,
17.470 „	Mehl u. Kleie,	3.493 „	Wein,
8.800 „	Zucker,	943 Hektoliter à 100%	Spiritus.

Der Assecuranzwert dieser Waren stellt sich auf 3,403.400 fl. öst. Währ.

* * *

Vom 1. bis 31. März 1894.

Waren eingelagert .... 151.009 Meter-Centner
„ ausgelagert .... 165.585 „

Der Lagerstand betrug am 31. März 330.844 Meter-Centner im Assecuranzwerte von 3,382.230 fl. gegen 242.058 Meter-Centner im Werte von 2,355.830 fl. in der gleichen Zeit des Vorjahres; darunter waren:

51.155 Meter-Centner	Weizen	gegen	62.111
58.530 „	Roggen	„	23.283
73.174 „	Gerste	„	35.609
65.907 „	Hafer	„	18.729
10.538 „	Mais	„	32.986
9.837 „	Ölsaaten	„	3.928
17.403 „	Mehl und Kleie	„	11.005
3.357 „	Wein	„	7.088
8.797 „	Zucker	„	3.140 und
941 Hektoliter à 100%	Spiritus	„	5.958 im Vorjahre.

Die durchschnittliche Tagesbewegung während des Monates März bezifferte sich auf .... 12.177 Meter-Centner; es wurden 28 Lagerscheine ausgegeben und bei 10 Lagerscheine im Versicherungswerte von .... 25.350 fl. — kr. eine Lombardierung von .... 14.265 „ — „ in die Lagerbücher vorgemerkt.

* * *

(Gebarungs-Ausweis für das Jahr 1893.) Der Director des städtischen Lagerhauses, Ed. Straßer, legte dem Gemeinderathe den Bericht über die Geschäftsthätigkeit und Gebarung im Jahre 1893 vor. Das Reinerträgnis belief sich auf 53.909 fl. 49 kr. oder 6·80 Percent des Anlagewertes gegen 70.528 fl. 38 kr. oder 9·02 Percent im Vorjahre und 40.279 fl. 96 kr. oder 5·69 Percent nach dem Durchschnitte von 1876 bis 1891. Der Bericht bezeichnet das abgelaufene Jahr als das bewegteste, welches das Lagerhaus bisher mitgemacht. Der Geschäftsverkehr übertraf selbst das sehr lebhafte Vorjahr und erreichte die größte Ausdehnung seit dem Bestande des Unternehmens; er zeigt eine äußerst sprunghafte Bewegung. Die Zuzüge mittels Bahn und Schiff nahmen zu manchen Zeiten, insbesondere im Herbste, so sehr überhand, dass ihre Bewältigung und Unterbringung Schwierigkeiten und Verzögerungen verursachte und beträchtliche Warenmengen zurückgewiesen werden mussten. Von dem Gesammtumsatze mit 4,400.710 Metercentner (gegen 4,160.040 im Vorjahre) entfallen 2,223.304 Metercentner (gegen 2,041.130 in 1892) auf die Einlagerungen und 2,177.406 Metercentner (gegen 2,118.910 in 1892) auf die Auslagerungen; die Tagesbewegung, die sich im Jahresmittel auf 14.669 Metercentner (gegen 13.867 in 1892) belief, stieg im September auf 20.378 und im October auf 21.920 Metercentner an — Ziffern, wie sie in solcher Höhe und solcher Dauer bisher noch niemals beobachtet wurden. An dem Umsatze ist der Bahnverkehr mit 58 Percent, der Schiffsverkehr mit 24 Percent und das Straßenfuhrwerk mit 18 Percent betheiligt. Das Getreide

umfasste 96·44 Percent, sonstige Waren 3·56 Percent der umgesetzten Menge (gegen 94·37 und 5·63 Percent in 1892). Der durchschnittliche Versicherungswert der Waren zu Ende 1893 berechnet sich mit 9 fl. 53 kr. für den Metercentner (gegen 8 fl. 95 kr. im Vorjahre). Der Belehnungsumsatz zeigt einen Rückgang: von 276 ausgeschriebenen Lagerscheinen (gegen 364 in 1892) wurden 59 mit einer Belehnungssumme von 200.474 fl. 33 kr. zur Vormerkung in die Lagerbücher vorgewiesen (gegen 124 mit 419.563 fl. 54 kr. in 1892).

Communications-Angelegenheiten.

(Wagenverkehr auf der Schönbrunn-Laxenburger Allee-Hofstraße.)

1. Beladene und leere Ziegelwägen dürfen auf der Schönbrunn-Laxenburger Allee-Hofstraße nur in der Zeit vom frühesten Morgen bis 10 Uhr vormittags und auch dann nur in dem Falle verkehren, wenn die betreffenden Fuhrleute mit von der k. u. k. Schlosshauptmannschaft Schönbrunn ausgefertigten Certificaten versehen sind.

2. Vom Verkehre in der genannten Hof-Allee sind unbedingt ausgeschlossen:

a) Stein- und Kohlenwägen;
b) Eiswägen;
c) breitgeladene Geflügelwägen;
d) der Viehtrieb jeder Art.

3. Die Bestimmung des § 21 der Straßen-Polizei-Ordnung vom 10. October 1875 (L.-G.-Bl. Nr. 62), wonach alle Fuhrwerke ohne Unterschied links in der Fahrbahn zu bleiben, links auszuweichen, rechts vorzufahren und den vorfahrenden und entgegenkommenden Wägen ohne Weigerung Platz zu machen haben, ist mit der größten Genauigkeit zu beobachten.

4. Die Nichtbefolgung vorstehender Anordnungen wird von der k. k. Bezirkshauptmannschaft Hietzing Umgebung gemäß der Ministerial-Verordnung vom 30. September 1857 (R.-G.-Bl. Nr. 198) mit Geldstrafen bis 100 fl. oder mit Arrest bis zu 14 Tagen strengstens geahndet.

Sicherheits-Angelegenheiten.

(Verwahrung maulkorbloser Hunde.) Der k. k. oberste Gerichts- und Cassationshof hat am 20. October 1893 zur Z. 8650 über die von der k. k. Staatsanwaltschaft erhobene Nichtigkeitsbeschwerde gegen das Urtheil des k. k. Kreisgerichtes in Korneuburg vom 15. Juni 1893, Z. 4311, womit N. N. von der wider ihn erhobenen Anklage wegen Vergehen nach § 35 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) und Artikel I des Gesetzes vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) freigesprochen und vom Ersatze der Kosten des Strafverfahrens losgezählt wurde, in öffentlicher Verhandlung zu Recht erkannt:

Der Nichtigkeitsbeschwerde der k. k. Staatsanwaltschaft wird Folge gegeben, das Urtheil des k. k. Kreisgerichtes in Korneuburg vom 15. Juni 1893, Z. 4311, als nichtig aufgehoben und in der Sache selbst erkannt:

N. N. ist schuldig, er habe am 26. April 1893 der von der k. k. Polizei-Direction in Wien mit der Kundmachung vom 25. April 1889 auf Grund des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) erlassenen Anordnung, wonach alle Hunde, sobald sie den Verschluss der Wohnung verlassen, mit einem zweckentsprechenden sicheren Maulkorbe versehen sein oder an der Leine geführt werden müssen, dadurch, dass er seinen Hund im Hofe seines Hauses maulkorblos und frei herumlaufen ließ, wodurch eine körperliche Beschädigung eines Mannes erfolgte, zuwidergehandelt und hiedurch das Vergehen nach § 35 des Gesetzes vom 29. Februar 1880 (R.-G.-Bl. Nr. 35) und Artikel I des Gesetzes vom 24. Mai 1882 (R.-G.-Bl. Nr. 51) begangen und werde hiefür in Gemäßheit letzterer Gesetzesbestimmung zu einer Geldstrafe im Betrage von 15 fl., im Uneinbringlichkeitsfalle zu drei Tagen Arrest, sowie auf Grund des § 369 Strafprocessordnung zum Ersatze der Kosten des Strafverfahrens in erster Instanz verurtheilt.

Sanitäts-Angelegenheiten.

Besuch der städt. Volksbäder im März 1894.

			männliche	weibliche
			Personen	
II. Bez., Treustraße 60 (Eröffnet August 1892.)	—	3323,	davon 2843	480
III. Bez., Apostelgasse 18 (Eröffnet August 1891.)	—	5528,	„ 4953	575
IV. Bez., Klagbaumgasse 4 (Eröffnet Juni 1893.)	—	2881,	„ 2560	321
V. Bez., Einsiedlerplatz (Eröffnet August 1890.)	—	8259,	„ 7328	931
VI. Bez., Eßterházygasse 2 (Eröffnet August 1892.)	—	5706,	„ 4733	973
VII. Bez., Mondscheingasse 9 (Eröffnet December 1887.)	—	6329,	„ 5180	1149
VIII. Bez., Florianigasse 30 (Eröffnet August 1892)	—	4939,	„ 4115	824
IX. Bez., Wiesengasse 17 (Eröffnet August 1892.)	—	4017,	„ 3388	629
X. Bez., Erlachplatz (Eröffnet August 1890.)	—	6994,	„ 6297	697

Baubewegung.

(Die in Klammern eingestellten Zahlen sind die Geschäftsnummern der Actenstücke im Baudepartement des Magistrates für den I. bis IX. Bezirk. — Für den X. bis XIX. Bezirk bedeuten die eingeklammerten Zahlen die Geschäftsnummern der betreffenden magistratischen Bezirksämter.)

Gesuche um Baubewilligungen wurden überreicht:

vom 29. März bis 2. April 1894:

Für Neubauten:

II. Bezirk: Haus, Bäuerlegasse, Grundb.-Einl. 3387, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2121).
III. Bezirk: Haus, Pettenkofengasse 3, von Emil Breßler, I., Marc-Aurelstraße 8, nomine Alfred Freih. v. Liebig (2081).
„ „ Haus, Fasangasse 22, von Emil Breßler, I., Marc-Aurelstraße 8, nomine Alfred Freih. v. Liebig (2081).
„ „ Haus, Erdbergermais, Grundb.-Einl. 1996, Mitterweg, von Rudolf und Anna Krenn, Bauführer L. Witzmann (2108).
V. Bezirk: Haus, Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einl. 2020, von Ad. Jäger, Bauführer Th. Bauer (2110).
„ „ Haus, Siebenbrunnengasse, Grundb.-Einl. 2021, von Ad. Jäger, Bauführer Th. Bauer (2112).
IX. Bezirk: Haus, Lackierergasse, Grundb.-Einl. 3387, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2121).

XIV. Bezirk: Zwei Stock hohes Wohnhaus, Rudolfsheim, Lerchenstraße 3, von Franz Mayer, ebenda, Bauführer A. Haunzwickl, VIII., Skodagasse 11 (9074).

Für Umbauten:

XVII. Bezirk: Haus, Hernals, Hauptstraße 88, von Franz Hawlicek, ebenda, Bauführer Karl Haas (11111).

Für Zubauten:

II. Bezirk: Engerthstraße 199, von der Internationalen Elektricitäts-Gesellschaft, Bauführer Al. Schumacher (2071).
IX. Bezirk: Hoftract, Porzellangasse 5, von Emil Fridrich, Bauführer J. Witzmann (2088).
XIV. Bezirk: Abort, Rudolfsheim, Prinz Carlgasse 12, von Josefine Kugler, ebenda, Bauführer Karl Brunner, Stadtbaumeister, XIV., Wehrgasse 10 (9135).

Für Adaptierungen:

I. Bezirk: Teinfaltstraße 11, von der Wiener Baugesellschaft, nomine J. Zennek (2126).
„ „ Singerstraße 14, von F. Schmidt, Bauführer W. Klingenberg, Baumeister (2065).
III. Bezirk: Barichgasse 28, von Betti v. Fabrici, Bauführer G. Kleibl (2135).
„ „ Landstraße, Hauptstraße 137, von Josef Mord, Bauführer J. Schmalzhofer (2141).
IV. Bezirk: Schaumburgergasse 8, von Jakob Ziefer, Maurermeister (2058).
V. Bezirk: Hundsthurmerstraße 7, von Julius Halla, Baumeister (2047).
VI. Bezirk: Webgasse 28, von Moriz Miller, Bauführer M. & J. Sturany (2057).
„ „ Canalgasse 4, von Alexander Hofmann, Bauführer E. Schätz (2080).
„ „ Gumpendorferstraße 88 b, von Ch. M. Cabos & Al. Schweinburg, Bauführer H. J. Lederer (2096).
IX. Bezirk: Müllnergasse 23, von Robert Stransky nomine Pensionsfond der Sicherheitswache, Bauführer J. Hecht (2105).
X. Bezirk: Quellengasse 9, von Alexander Albrecht, Bauführer Laitl (11470).
XV. Bezirk: Umänderung eines Fensters in einen Gassenladen, Fünfhaus, Kandlgasse 6, von Heinr. Stagl, Haidmannsgasse 4, Bauführer derselbe (8167).
XIX. Bezirk: Unter-Sievering, Kasgraben 25, von Heinrich Moßbauer, ebenda, Bauführer Leopold Rettinger (6116).

Für diverse (geringere) Bauten:

II. Bezirk: Schupfe, Dresdnerstraße 113, von Matthias Gayer, Bauführer Martin Neubauer (2045).
„ „ Canal, Obere Donaustraße 67 und 67 a, von Ferd. Dehm & F. Olbricht, Bauführer dieselben (2097).
„ „ Pavillon- und Tribünenaufstellung, Kronprinz Rudolfstr. 82, von den Wiener Radfahrern, Bauführer G. Geßwein (2114).
X. Bezirk: Karmarschgasse, Ecke Buchengasse 123, von Eduard Theurer, Bauführer Zeitlinger (11321).
XIV. Bezirk: Herstellung einer Schupfe, Sechshaus, Wehrgasse 12, von Johanna Ramp, ebenda, Bauführer Karl Brunner, Stadtbaumeister, XIV., Wehrgasse 10 (9134).
„ „ Abtragung einer Scheidemauer, Rudolfsheim, Pereirag. 15, von Heinr. Czerny, ebenda, Bauführer Kraus & Schick, Architekten und Stadtbaumeister, XII., Ruckergasse 24 (9139).

Gesuche um Parcellierung wurden überreicht:

IX. Bezirk: Lazarethgasse 23, von Simon Oppelmayer (2138).
XVII. Bezirk: Hernals, Hauptstraße 78 bis 80, von Johann und Franz Albertini (2104).

Gesuche um Bekanntgabe der Baulinie wurden überreicht:

II. Bezirk: Bäuerlegasse, Grundb.-Einl. 3387, von Wenzel Schulz, Maurermeister (2124).
III. Bezirk: Erdbergermais, Grundb.-Einl. 1969, von Franz Bösel Dietrichgasse 35 (2059).
„ „ Dietrichgasse 18, von Franz Bösel, Dietrichgasse 35 (2060).
V. Bezirk: Matzleinsdorferstraße 32, von Amalia Gilg (2119).
VIII. Bezirk: Piaristengasse 36, von Martin Haßfurther, Piaristengasse 34 (2077).
„ „ Bennogasse, Grund.-Einl. 115, von Lang, VIII., Piaristengasse 41 (2139).
X. Bezirk: Einl.-Z. 2234, Absberggasse, von Jul. Frankl (11503).
„ „ Hasengasse 25, von Paul und Marie Huber (11547).

XV. Bezirk: Fünfhaus, Rosinagasse 21, von S. Rosenthals Erben (8074).
XVII. Bezirk: Dornbach, Pointeng. 31, von Ant. und Ther. Schatzinger (10807).

Gewerbeanmeldungen vom 24. März 1894.

(Fortsetzung.)

Aittermoser Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Braunhirschengasse 39.
Churacek Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Kirchengasse 36.
Schneider Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Blutgasse 9.
Skorpil Wilhelm — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Hauptstraße 60 b.
Trpisovsky Antonie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Karlsgasse 47.
de Nowakowski Casimir Thelesphore Melchior — Verschleiß von feinem Gemüse und Naturblumen — I., Zedlitzhalle.
Kasper Leopold, Mandelblüh Wilhelm — Gürtler — VII., Ziegler g. 51.
Böck Ignaz — Handelsagentie — I., Vorlaufstraße 5.
Kibbel Johann Heinrich — Handelsagentie — I., Wallnerstraße 1 a.
Patrizander Karoline — Kaffeeschank — XVIII., Währing, Johannesgasse 20.
Schubart Anna — Kaffeeschank — I., Schultergasse 6.
Henke Robert — Kleinfuhrwerk — XII., Meidling, Wertheimsteing. 7.
Klička Franz — Kürschner — VII., Neustiftgasse 24.
Nebes Josef — Metallätzer — XVII., Hernals, Hauptstraße 125.
Pauly Pauline — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Goldschmidtgasse 4.
Schäder Francisca — Naturblumenhandel — XVII., Hernals, Ottakringerstraße 44.
Durst Johanna — Obst- und Grünwarenhandel — I., Zedlitzhalle.
Haiden Josef — Obst- und Gemüsehandel im Umherziehen — XII., Meidling, Neuwallgasse 16.
Mixard Leopoldine — Obst-, Blumen- und Grünwarenhandel im Umherziehen — XVII., Hernals, Mitterberggasse 43.
Kovats Georg — Pfaidler — I., Annagasse 8.
Spengler Anna Hedwig Natalie — Pfaidlerin — I., Tuchlauben 28.
Košnar Antonie — Selchwaren-Verschleiß — X., Laxenburgerstraße 44.
Pecši Josef — Selchwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Gürtelstraße 21.
Rubin Osias Beer — Stadtträger — III., Löwengasse 31 a.
Heinrich Bruno — Tinte- und Leim-Verschleiß — I., Dorotheergasse 7.
Trpak Josef — Tischler — XVIII., Währing, Marktgasse 39.
Roth Josefine — Tröblergewerbe (Pachtbetrieb) — X., Quellengasse 60.
Malek Anna — Victualien-Verschleiß — VII., Burggasse 58.
Schmatz Marie — Victualien- und Fischhandel — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 27. März 1894.

Kirsch Anna — Betrieb einer Cantine — II., Trabrennplatz.
Herzog Josef — Betrieb einer mechanischen Schießstätte — II., k. k. Prater 148.
Scholz Adolf — Drechsler — XII., Unter-Meidling, Schönbrunner-Hauptstraße 122/124.
Filipski Josef — Einspänner — XII., Gaudenzdorf, Gärtnergasse 6.
Plecher Josef — Errichtung eines Depositoriums — IV., Mühlgasse, Ecke der Schikanedergasse.
Erste Wiener Productiv-Genossenschaft der Feilhauer (r. G. m. b. H.) — Feilhauergewerbe — XII., Meidling, Wilhelmstraße 54.
Schäffer Josef — Fleischhauer — II., Wittelsbachstraße 2.
Spitzer Rösy — Fleisch-Verschleiß — II., Jägerstraße 5.
Souczek Johann — Fleckputzerei auf chemischem Wege — II., Schiffamtsgasse 4.
Fröhlich Anna — Fragnergewerbe — III., Hohlweggasse 13.
Hubalek Franz — Gastwirt — IX., Alserstraße 33.
Zorn Leopold — Gastwirt — II., Obere Augartenstraße 70.
Wenning Leonhard — Gebäck- und Brothandel im Umherziehen — III., Adamsgasse 15.
Bösel Karl — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Rauscherstraße 1.
Grubler Cäcilie — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Brigittaplatz 23.
Jordan Therese — Gemischtwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Langegasse 30.
Klaus Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Brigittenauerlände 4.
Kopold Regine — Gemischtwaren-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 13.
Roth Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Rudolfsstraße 10.
Turinsky Johann — Gift-Verschleiß — IX., Garnisonsgasse 1.
Ohrner Heinrich — Häuseradministration — IV., Hauptstraße 49.
Picker Rudolf, Beiler Isidor — Holzhandel — II., Obere Donaustraße, Holzplatz 2.
Edelhofer Pauline — Kleidermacherin — II., Blumauergasse 24.

Souczek Johann — Kleidermacher — II., Schiffamtsstraße 4.
Spitzer David — Kleinfuhrwerk — II., Wallensteinstraße 35.
Beck Sophie — Kuchenbäckerwaren-Verschleiß — II., Auf der Haide, Markt.
Klimkiewicz Emilie — Kunstblumen-Verschleiß — IV., Paulanergasse 1.
Baier Berl — Laugenstein-Erzeugung — IX., Liechtensteinstraße 63.
Kroch Hermine — Modistin — II., Stephaniestraße 7.
Geisler Heinrich — Milchmeier — XII., Gaudenzdorf, Krongasse 6.
Moulik Johann — Milch-Verschleiß — II., Schreigasse 13.
Bauer Karoline Henriette — Naturblumenhandel — IX., Nußdorferstraße 30.
Machula Agnes — Obst-, Blumen-, Grünzeug-, Eier- und Butterhandel im Umherziehen — II., Dresdnerstraße 15.
Etzelsdorfer Julius — Photographengewerbe — IX., Porzellangasse 45.
Czerwinski Ladislaus — Privilegium auf eine Papiergattung „Cigarren-Emplaston" zur unbemerkbaren Ausbesserung beschädigter Cigarren — IV., Kettenbrückengasse 8.
Deckert Wilhelm, Homolka Eduard — Ausübung eines Privilegiums — IV., Favoritenstraße 34.
Wlček Franz — Schuhmacher — IX., Rögergasse 21.
Augesky Friedrich — Sonn- und Regenschirm-Verschleiß — IX., Währingerstraße 14.
Haller Johann — Strohhut-Verschleiß — II., Taborstraße 6.
Schwarz Berthold — Tapezierer — II., Gr. Sperlgasse 3.
Bach Theodor — Tischler — XII., Hetzendorf, Schönbrunnerstraße 12.
Sunstinger Anna — Weißnäherin — XII., Unt.-Meidling, Ruckerg. 6.
Karpfen Adolf — Zeitungs-Verschleiß — IV., Margarethenstraße 39.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 28. März 1894.

Götzl Max, Dr. — Advocatie — IX., Universitätsstraße 4.
Hrusa Adalbert — Anstreicher — XIV., Rudolfsheim, Märzstraße 50.
Schwarz Anton — Baumeister — I., Freyung 7.
Reisz Josef — Besteller auf dem Central-Viehmarkte — IX., Säulengasse 15.
Dvořak Juliana — Cravattenmacherin — XVIII., Währing, Annag. 52.
Lugert Josef — Fahrräder- und Maschinenbestandtheile-Commissions-Verschleiß — I., Schottenring 26.
Porges Julius — Fahrräder- und Maschinenbestandtheile-Commissions-Verschleiß — I., Schottenring 26.
Lachnit Marie — Feinputzerei — III., Kölblgasse 14.
Frank Johanna — Fleisch-Verschleiß — IX., Müllnergasse 16.
Andel Johann — Gastwirt — IX., Althangasse 7.
Grömling Karoline — Gastwirtin — XVII., Hernals, Mitterbergg. 9.
Rauchegger Johann — Gastwirt — XVIII., Währing, Anastasius Grüngasse 12.
Starkmeth Mayer — Gemischtwarenhandel — VI., Mariahilferstr. 72.
Birkl Franz — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Leitermayergasse 21.
Fiebinger Gisela — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Hetzgasse 36.
Habel Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Ziegelofengasse 5.
Hiesberger Karoline — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Johannesgasse 13.
Hochmuth Georg — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Streichergasse 10.
Hofer Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Strohgasse 2.
Jakob Marie — Gemischtwaren-Verschleiß — XVIII., Währing, Fürstengasse 20.
Ordelt Josef — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Langegasse 24.
Stadler Bernhard — Gemischtwaren-Verschleiß — III., Geologengasse 1.
Ullrich Marie Pauline — Gemischtwaren-Verschleiß — XV., Fünfhaus, Schönbrunnerstraße 48.
Zajíček Willibald — Gemischtwaren-Verschleiß — XVII., Hernals, Zimmermannsgasse 2.
Resch Elisabeth — Geschirr-Verschleiß — XVII., Hernals, Stiftg. 106.
Ciganek Johann — Grünwarenhandel — XIX., Heiligenstadt, Silbergasse 15.
Schirnhofer Ferdinand — Häuseradministration — IV., Favoritenstr. 2.
Berger Kurt — Fabriksmäßige Hutformen- und Hutmacherartikel-Erzeugung — VIII., Josefstädterstraße 83.
Hermandinger Michael — Kaffeesieder — XIII., Penzing, Marktgasse 55.
Schmid Bertha — Kaffeesiederin — I., Magistratsstraße 12.
Ladentrog Michael — Kaffeeschank — VIII., Kochgasse 36.
Friedmann Ignaz — Kleidermacher — V., Wildemanngasse 1 a.
Kmoch Marie — Kleidermacher — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 50.
Gaßlhütner Marie Anna — Kleinfuhrwerk — XVIII., Währing, Fürstengasse 5.
Köberle Daniel — Milchmeiergewerbe — XIII., Unter-St. Veit, Kircheng. 9.
Edlhofer Michael — Milch- und Gebäck-Verschleiß — IX., Prechtlg. 5.
Lackner Marie — Milch- und Gebäck-Verschleiß — XVIII., Währing, Alsbachstraße 20.
Wanke Aloisia — Modistin — IV., Hauptstraße 45.
Powolny Anna — Naturblumenhandel im Umherziehen — V., Gießaufgasse 23.
Schweilenka Barbara — Naturblumen- und Kränze-Verschleiß — I., Freyung.
Kralovic Marie — Obst-, Gemüse- und Blumenhandel im Umherziehen — XVIII., Währing, Wienerstraße 24.
Löffler Anna — Pferdefleisch-Verschleiß — XVII., Hernals, Mitterbergg. 1.
Bathiany Josef — Photograph — XVI., Neulerchenfeld, Habergasse 49.
Färber Theresia — Privatkostgebung — IX., Pramergasse 3.
Hanzl Johann — Schlosser — XI., Kaiser-Ebersdorf 367.
Pollatschek Anna — Schuhwaren-Verschleiß — IX., Porzellangasse 12.
Groß Wilhelm — Tischler — XIV., Rudolfsheim, Goldschlagstraße 35.
Leißer Marie — Verkauf dressierter Vögel — XV., Fünfhaus, Neubaugürtel, Markt.
Knabl Franz — Vertilgung von Insecten in Wohnungen mittels einer giftfreien Tinctur und eines giftfreien Pulvers — VIII., Josefstädterstr. 21.
Hroschek Adalbert — Victualienhandel — XVIII., Währing, Josefig. 5.
Laska Cäcilie — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Brunnengasse, Markt.
Valenti Emilie Anna — Marktvictualienhandel — VII., Markthalle, Zelle 17.
Bauer Gisela — Wäscheputzerei — VIII., Lerchengasse 15.
Endelweber Leopoldine — Wäscherin — XIX., Unter-Sievering, Weinberggasse 4.
Häusler Albine — Zuckerbäckerwaren-Verschleiß — XIV., Rudolfsheim, Schönbrunnerstraße 76.
Epstein Emma — Zuckerbäckerwaren- und Canditen-Verschleiß — XVII., Hernals, Alsbachstraße 45.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 29. März 1894.

Börsch Karl — Agentie in Fettwaren und Kunstdünger — XV., Fünfhaus, Braungasse 10.
Buch Ludovica — Dienstvermittlung für Dienstboten männlichen oder weiblichen Geschlechtes gewöhnlicher Kategorie — I., Graben 15.
Weißlitz Josef Mendel — Edelstein-Verschleiß — I., Hotel Metropole.
Heksch Ludwig — Erzeugung und Verschleiß eines Mundwassers und Zahnpulvers — I., Goldschmiedgasse 4.
Herz Julius, Dr. — Erzeugung und Verschleiß eines Mundwassers und Zahnpulvers — I., Graben 31.
Nezhyta Georg — Fleisch- und Selchwaren-Verschleiß — XVI., Ottakring, Hauptstraße 47.
Burgstaller Magdalena — Friseur — VIII., Alserstraße 33.
Aujezdky Wenzel — Gastwirt — I., Himmelpfortgasse 21.
Fröhlich Gustav — Gastwirt — I., Kohlmesser 7.
Reinisch Wenzel — Gastwirt — I., Singerstraße 11.
Seidel Alois — Gastwirt — I., Griechengasse 3.
Ullrich Franz — Gastwirt — I., Schönlaterngasse 4.
Benesch Theresia — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Josefstädterstr. 59.
Grimmer Marie Elis. — Gemischtwaren-Verschleiß — IV., Kolschitzkygasse 1.
Safař Tomáš — Gemischtwaren-Verschleiß — VIII., Schlösselg. 8.
Wärmer Bertha — Gemischtwaren-Verschleiß — I., Lichtenfelsg. 5.
Müller David — Geschäftsbesorgung gegen Provision — I., Franz Josefs-Quai 41.
Österreicher Ruscha — Holzhandel — I., Maximilianstraße 13.
Pelz Anna — Milch-Verschleiß — II., Untere Augartenstraße 113.
Schulz Marie — Obst- und Naturblumenhandel im Umherziehen — XVI., Ottakring, Pettenkofergasse 1213.
Kopp Karl, Ritt. v. — Spirituosen-Kleinverschleiß — I., Lichtensteg 3.
Feiner Salomon — Stadtträger — II., Novaragasse 49.
Steiner Hermann, Nagy Eugen — Thee-Commissionshandel — I., Lobkowitzplatz 3.
Bendl Johann — Verabreichung von Speisen — III., Kölblgasse 9.
Rosenzweig Josef — Vermittlungsbureau für Namhaftmachung von Bezugs- und Absatzquellen für Erzeugnisse der Industrie, Landwirtschaft und sonstige Rohproducte durch Bekanntgabe von Adressen — I., Grünangergasse 1.
Minař Katharina — Victualienhandel im Umherziehen — XV., Fünfhaus, Victoriagasse 3.
Szeliga Francisca — Victualien-Verschleiß — XVI., Neulerchenfeld, Lerchenfelderstraße 37.
Bernhard Johann — Weinschank — XVI., Ottakring, Wilhelminenstr. 50.

* * *

Gewerbeanmeldungen vom 30. März 1894.

Kornfeind Peter — Anstreicher — III., Hauptstraße 21.
Thieme Otto — Balletschule — IV., Paniglgasse 24.
Lihotzky Gustav — Betrieb eines technischen Bureaus für Werkzeug- und Specialmaschinenbau — VI., Damböckgasse 10.
Leibl Karl — Bildhauer — V., Oppelgasse 5.
Stier Amalie — Brantweinschank — XIV., Hauptstraße 87.
Linner Marie — Brennmaterialhandel — V., Einsiedlergasse 9.
Fröschel Laura — Cravattennäherin — VI., Stumpergasse 51.
Malek Emma — Erzeugung photographischer und zinkographischer Bedarfsartikel — III., Erdbergstraße 15.
Konkal Rudolf — Etuimacher — V., Franzensgasse 20.

Geyer Franz — Fiaker — XIV., Schmelzgasse 9.
Glowacki Leopoldine — Fiakergewerbe — XVIII., Martinsstraße 56.
Pauly Anton — Fiaker — XVIII., Martinsstraße 58.
Steindl Rudolf — Fiaker — XVIII., Währing, Wienerstraße 74.
Marschal Martin — Fleisch-Verschleiß — XIV., Goldschlagstraße 51.
Staniek Julie — Friseurgewerbe — XIII., Baumgarten, Hauptstr. 22.
Ježek Johann — Gastwirt — VI., Bürgerspitalgasse 13.
Loidl Johann — Gastwirt — VII., Ulrichsplatz 1.
Meßner Johann — Gastwirt — IX., Rögergasse 11.
Ehrenstein Rosalie — Gemischtwaren-Verschleiß — VI., Bürgerspitalgasse 19.
Friedmann Alois — Gemischtwaren-Verschleiß — X., Columbusg. 24.
Schneidinger Anton — Gemischtwaren-Verschleiß — V., Schloßg. 26.
Hirt Adolf — Handelsagentie — IV., Fleischmanngasse 5.

(Das Weitere folgt.)

Inhalt:

Herausgeber: **Die Gemeinde Wien.** Verantwortlicher Redacteur: **Dr. Friedrich** Edler v. **Radler,** Secretär des Wiener Magistrates.
Papier aus der k. k. priv. **Pittener Papierfabrik.** — **J. B. Wallishausser's** k. und k. Hof-Buchdruckerei, Wien.